

Politische Parteien, Verbände und Vereine in Regensburg 1869—1914

Teil II

Von Werner Chrobak

B. Die politischen Parteien 1869—1914	212
Vorbemerkungen zur Terminologie „Partei“ — „politische Strömung“	212
Überblick über die politischen Strömungen vom Vormärz bis zum Deutschen Krieg 1866	213
I. Die Katholisch-Konservativen	226
1. Bayerische Patriotenpartei (1869—1887) und Zentrumspartei (1887—1914)	226
a) Das Katholische Kasino Regensburg	230
b) Der Katholische Männerverein St. Emmeram	250
c) Der Volksverein für das katholische Deutschland, Sektion Regensburg	254
d) Der Windthorstbund Regensburg	258
e) Die Zentrumspartei der Oberpfalz	261
f) Die führenden Männer der Katholisch-Konservativen: Manz — die Pustets — Habel — Held — Heim	271
2. Die katholisch-konservativen Standesorganisationen	279
a) Die Katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine	279
Der St. Josefs-Arbeiterunterstützungsverein (ab 1893 St. Josefs-Arbei- terverein)	279
Der Katholische Arbeiterunterstützungsverein St. Joachim	285
Der Katholische Arbeiterverein St. Emmeram	286
Der Katholische Arbeiterinnenverein Regensburg	287
Der überregionale Zusammenschluß der Katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine und die lokale Reorganisation der Arbeiter- vereine Regensburgs	287
b) Der Katholische Gesellenverein Regensburg (Kolpingsverein)	290
3. Die Christlichen Gewerkschaften	294
Der Verein Christlicher Arbeiterschutz	294
Das Christliche Gewerkschaftskartell Regensburg	297
4. Der Oberpfälzische Christliche Bauernverein	300
5. Die parteipolitische Orientierung der Subsidiärorganisationen	304
II. Die Liberalen	306
1. Der Liberale Verein der Stadt Regensburg und Umgebung (1869—1912)	309
	211

2. Der Jungliberale Verein für Regensburg und Umgebung (1903—1910) und der Fortschrittliche Volksverein Regensburg und Umgebung (1910—1912)	347
3. Die Liberale Arbeitervereinigung Regensburg (1904—1918)	359
4. Der Liberale Klub Regensburg (1912—1918)	362
5. Der Liberale Kreisverein der Oberpfalz und von Regensburg (1870—1871)	368
6. Der Kreisverband der liberalen und demokratischen Vereine der Oberpfalz (1907—1918) und die Gründung der Arbeitsgemeinschaft der liberalen Kreisverbände Bayerns r. d. Rh. am 19./20. März 1910 in Regensburg	375

B. Die politischen Parteien 1869—1914

Vorbemerkungen zur Terminologie „Partei“ — „politische Strömung“

Über die Definition des Begriffs „Partei“ und infolgedessen auch über den Zeitpunkt der Entstehung politischer Parteien herrscht in der gegenwärtigen historischen Forschung noch kein Konsens¹. Während H. Fenske die Anfänge des deutschen Parteiwesens bereits in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts verlegt², Th. Nipperdey sie im frühen 19. Jahrhundert ansiedelt³, Th. Schieder, D. Langewiesche und M. Botzenhart die Revolutionsphase von 1848/49 als die Geburtsstunde der Parteien ansehen⁴, läßt H. Kaack die deutschen Parteien erst mit der Deutschen Fortschrittspartei von 1861 beginnen⁵. Selbst das Standardwerk von L. Bergsträsser - W. Mommsen weist in sich definitorische Unschärfen auf: Während es die Anfänge der Parteienentwicklung bereits vor 1848 datiert, bezeichnet es dann doch die Fortschrittspartei von 1861 als „die erste Partei in Deutschland . . . , die als Partei im modernen Sinne anzusprechen ist“⁶. Was unter dem Prädikat der „modernen“ Partei zu verstehen ist, wird nicht näher erläutert.

Diese unterschiedlichen Ansichten und Inkonsequenzen rühren aus der unterschiedlichen Auswahl und Bewertung der Kriterien, die für eine Partei als konstituierend angesehen werden. Wir halten es für keinen Gewinn, Parteidefinitionen so allgemein — wie etwa G. A. Ritter — zu fassen, daß damit „alle auf die Beeinflussung der staatlich-öffentlichen Willensbildung gerichteten formellen und

¹ Vgl. hierzu und zum Folgenden D. Langewiesche S. 324 ff.; G. A. Ritter, Parteien S. 9, 17—22; zur älteren Parteienforschung vgl. F. Meinecke S. 46 ff.; E. Brandenburg S. 63 ff.; W. Mommsen, Methodik S. 53 ff.

² Vgl. H. Fenske S. 22.

³ Vgl. Th. Nipperdey, Grundprobleme S. 33.

⁴ Vgl. Th. Schieder, Grundlagen S. 134; D. Langewiesche S. 355, 359 f.; M. Botzenhart S. 315—414.

⁵ Vgl. H. Kaack S. 29.

⁶ L. Bergsträsser, W. Mommsen, Geschichte S. 99, vorher S. 33 ff.; desgleichen W. Tormin, S. 53: „Die Fortschrittspartei war die erste moderne Partei in Deutschland.“

informellen Gruppen verstanden werden, die gemeinsame politische Grundtendenzen und ein zumindest rudimentäres, von anderen Gruppen abgesetztes Gruppenbewußtsein besitzen, nicht auf Angehörige eines Standes oder Berufes beschränkt sind und das Bestreben (wenn auch unter Umständen nicht die Möglichkeit) haben, ihre Repräsentanten in einem Parlament vertreten zu sehen und ihre politischen Vorstellungen gegen konkurrierende Gruppen durchzusetzen“⁷. Ohne zu verkennen, daß wichtige Stufen zur Parteienbildung bereits im Vormärz und der Zeit der 1848iger Revolution erreicht wurden, neigen wir dazu, im Anschluß an H. Kaack als Zeitpunkt der Parteiengründungen in Deutschland die sechziger Jahre festzuhalten. Erst ab diesem Zeitpunkt wiesen Parteien folgende Merkmale auf: Es wurden klar definierte Programme aufgestellt; das Bekenntnis zu diesen Programmen bildete eine klare Entscheidungsgrundlage für oder gegen den Anschluß an die Gruppe, die dieses politische Programm vertrat. Auch drückte der Parteiname bereits ein Programm aus. Gleichzeitig wurden bestimmte organisatorische Mindestanforderungen verwirklicht: Eine Parteiführung versuchte die Parteimitglieder organisatorisch zu erfassen, trotz aller durch die bestehenden Vereinsgesetze der deutschen Einzelstaaten bestehenden rechtlichen Hindernisse⁸.

Die Ausformung der Parteien war Ergebnis der Existenz des konstitutionellen Regierungssystems. Parteien als Institutionen waren zwar in den Verfassungen der süddeutschen Länder, des Norddeutschen Bundes oder des Deutschen Reiches nicht ausdrücklich verankert, doch bildeten sie sich als „intermediäre Gewalten“⁹ zwischen Wählern und Gewählten, zwischen Volk und Repräsentativinstitutionen, den Abgeordnetenkammern, heraus. Die Differenzierung der politischen Meinungen, die politische Gruppenbildung wurde durch das konstitutionelle System gefördert. Auf Seite der Wahlberechtigten, teilweise auch auf seiten des vom Wahlrecht ausgeschlossenen Personenkreises, formten sich politische Grundrichtungen oder „politische Strömungen“¹⁰ heraus, auf Seite der Abgeordneten kam es in den Ständekammern ebenfalls, allerdings vor 1848 nur sehr zögernd zu politischen Gruppenbildungen und der Entstehung von Fraktionen¹¹. Für beide Erscheinungen wurde bereits im damaligen zeitgenössischen Sprachgebrauch gelegentlich das Wort „Partei“ benutzt¹², wir ziehen für die Zeit des Vormärz und der 1848iger Revolution den Begriff der politischen Strömung oder Richtung vor.

Überblick über die politischen Strömungen vom Vormärz bis zum deutschen Krieg 1866

Vormärzzeit

Die politische Grundströmung im zweiten und dritten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts in Regensburg läßt sich als konservativ-konstitutionell-monarchisch charakterisieren. Der Übergang an Bayern war hier allgemein begrüßt worden,

⁷ G. A. Ritter, Politische Parteien S. 102.

⁸ Vgl. hierzu Th. Nipperdey, Organisation, S. 16 ff.; E. R. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 4, S. 7 f.

⁹ E. R. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 4, S. 10.

¹⁰ Ein seit F. Valjavec formelhaft eingebürgerter Begriff. Vgl. F. Valjavec S. 1 ff.

¹¹ Vgl. Th. Nipperdey, Organisation S. 9 ff.; H. Kramer S. 21—28.

¹² Vgl. M. Botzenhart S. 318.

desgleichen der Erlaß der Bayerischen Verfassung am 26. Mai 1818¹³. So stellte selbst die ansonsten politisch sehr farblose Regensburger Zeitung fest: „Mit dem heutigen Tage beginnt für das Königreich Baiern die glänzendste Epoche, — ein neuer Zeitraum in der vaterländischen Geschichte.“¹⁴ Die Verkündung der Verfassung wurde in Regensburg mit einem großen Fest gefeiert¹⁵. Die Verfassung führte das Zweikammersystem zur Mitwirkung der Volksvertretung an der Gesetzgebung ein. In die Zweite Kammer, die ständisch gegliederte Kammer der Abgeordneten, hatte die Stadt Regensburg zusammen mit den Städten und Märkten des Regenkreises drei Abgeordnete zu entsenden; München, Nürnberg und Augsburg konnten hingegen alleine ihre Abgeordneten wählen. 1818 bis 1836 war Regensburg ständig mit dem Kaufmann und zweiten Bürgermeister Johann Wilhelm Anns, 1825 bis 1831 auch mit dem k. Regierungsrat Heinrich Bösner vertreten¹⁶. Beide gehörten dem konservativen Lager an, insbesondere Anns fiel zuweilen mit erzkonservativen wirtschaftlichen Ansichten auf¹⁷ und legte eine „unerschütterliche Treue und Anhänglichkeit an die Person Seine Majestät und das königliche Haus“¹⁸ an den Tag.

Als weiterer integrierender Faktor, der die ehemalige Reichsstadt in das Staats- und Verwaltungsgefüge des bayerischen Staates hineinwachsen ließ, erwies sich neben der Verfassung auch das am 17. Mai 1818 erlassene Gemeindeedikt¹⁹. Über die Wiedereinführung der unter Montgelas praktisch beseitigten Selbstverwaltung der Gemeinden äußerten sich die Gemeindebevollmächtigten der Stadt Regensburg am 8. März 1819 in einem Schreiben an König Max I. unter Hinweis auf die jahrhundertelange freie Selbstverwaltung als Reichsstadt erfreut folgendermaßen: „Keine Stadt im ganzen Umfange des Reiches, wie es unter dem glücklichen Szepter von Eurer Königlichen Majestät vereinigt ist, kann die Wiederherstellung der Magistraturen mit größerem Danke und mit lebhafterem Gefühle der allerhöchsten Gnade feiern, als Regensburg“²⁰. Die Hochstimmung über diese Errungenschaft hielt jedoch nicht allzulang an, Kritik und Mißstimmung über Mängel der neuen Gemeindeordnung, insbesondere hinsichtlich des Wahlrechts, wurden sehr bald laut.

Im September 1818 wurden die ersten Gemeindevahlen (Kommunalwahlen) durchgeführt²¹. Den bestimmenden Einfluß übte hierbei — wie auch beinahe noch im gesamten nachfolgenden Jahrhundert — das protestantische Besitz- und Bildungsbürgertum Regensburgs aus. Die Klage der Katholiken über ihre Unterrepräsentation in den Gemeindegremien, gemessen am Verhältnis der Einwohnerzahl — zwei Drittel Katholiken gegenüber einem Drittel Protestanten zu Beginn

¹³ Druck: E. R. Huber, Dokumente, Bd. 1, S. 141—156.

¹⁴ RZ Nr. 126, 28. 5. 1818.

¹⁵ Vgl. ebd., zur Reaktion, auch Kritik, in Bayern allgemein vgl. M. Doeberl, Jahrhundert S. 57 ff.

¹⁶ Zur Wahl 1818 vgl. Bericht der Reg. des Regenkreises an StMInn, 24. 12. 1818, HStAM MInn 47 472; Regierungsblatt 1819, Sp. 7 f.; RZ Nr. 301, 18. 12. 1818; zur Wahl 1825 vgl. Übersicht über die MdKdA, HStAM MInn 44 333; RZ Nr. 10, 12. 1. 1825; zur Wahl 1831 vgl. Übersicht über die MdKdA, HStAM MInn 44 330.

¹⁷ Vgl. W. Lempfrid S. 65; RZ Nr. 190, 9. 8. 1828.

¹⁸ StMInn an Reg. des Regenkreises, 1. 10. 1836, HStAM MInn 58 757.

¹⁹ Vgl. Teil I, Anm. 25; M. Seydel, R. Piloty, J. Graßmann, Bd. 1, S. 506 ff.

²⁰ GB an König Max I., 8. 3. 1819, HStAM MInn 58 755.

²¹ Zu den Ergebnissen vgl. HStAM MInn 58 755; RZ Nr. 272, 14. 11. 1818.

des Jahrhunderts, später sogar vier Fünftel gegenüber einem Fünftel²² riß nie ab. Bereits 1821 wandten sich 135 katholische Regensburger Bürger mit einer Beschwerde an den König, nachdem bei der Gemeindevahl dieses Jahres nur ein einziger Katholik in den zwölfköpfigen bürgerlichen Magistrat gelangt war. Die k. Regierung des Regenskreises berichtete gleichzeitig an das Staatsministerium des Innern nach München, daß die bereits 1820 beobachtete „Spannung zwischen den protestantischen und katholischen Gemeindegliedern einen sehr hohen Grad erreicht habe und bedeutende Erbitterungen gegeneinander obwalten“²³.

Die Verhältnisse besserten sich in den folgenden Jahren nicht grundlegend. Weitere Beschwerdeschriften folgten. Sie entzündeten sich vielfach am Streit um die Verwaltung der Wohltätigkeits- und Schulstiftungen. Hier fürchteten die Katholiken, wegen der nicht ausreichenden Vertretung in den städtischen Kollegien benachteiligt zu werden²⁴. 1835 wurde der Maurermeister Johann Nepomuk Liebherr, neben dem Lithographen Franz Niedermaier zu dieser Zeit der einzige Katholik im bürgerlichen Magistratskollegium, mit zweifelhafter Begründung (angeblicher Geisteskrankheit) seines Sitzes enthoben und durch einen Protestanten ersetzt²⁵. Bis 1836 saßen nie mehr als ein oder zwei Katholiken unter den zwölf bürgerlichen Magistratsräten, 1836—1839 waren es immerhin drei; im Gremium der Gemeindebevollmächtigten fanden sich maximal fünf Katholiken. Als dann bei der Gemeindevahl 1839 kein Katholik mehr durchdrang, beschwerte sich ein Ausschuß katholischer Bürger Regensburgs unter der Federführung des Buchhändlers Georg Joseph Manz beim König über die gezielte Ausschaltung von Katholiken seitens der Protestanten in der Gemeindepolitik²⁶. Ludwigs I. Antwort war knapp und abweisend: Eine Änderung der Wahlordnung läge nicht in seiner Absicht, außerdem wäre „es der katholischen Bürger Regensburgs eigene Schuld . . . , wenn sie die Mehrheit bildend sich von der Minderheit zurücksetzen ließen“²⁷.

Die Gründe für die Unterlegenheit der Katholiken bei den Gemeindevahlen lagen freilich nicht nur an deren Ungeschicklichkeit — wie aus den ironischen Worten des Königs vorschnell geschlossen werden könnte — sondern an gesetzlichen Voraussetzungen: Der Verknüpfung des Gemeindevahlrechts mit dem Bürgerrecht²⁸. Gerade in diesem Punkte aber wirkten sich Regensburgs lokale historische Verhältnisse nachteilig für die Katholiken aus. Das Bürgerrecht war

²² Vgl. Teil I, A II 2.

²³ Reg. des Regenskreises an StMInn, 1. 10. 1821, HStAM MInn 58 755.

²⁴ Vgl. Beschwerden katholischer Bürger Regensburgs an König Ludwig I., 4. 3. 1827, 4. 2. 1829, 17. 11. 1829, 25. 9. 1830, 17. 2. 1831 u. a., HStAM MInn 58 777.

²⁵ Vgl. Liebherr an StMInn, 17. 1. 1836, HStAM MInn 58 757.

²⁶ „Vorstellung eines Ausschusses der katholischen Bürger in Regensburg wegen Gefährdung des katholischen Religionstheiles in den Gemeindevahlen betr.“ (an König Ludwig I.), 14. 3. 1840, HStAM MInn 58 757.

²⁷ Signat Ludwigs I., 2. 4. 1840, HStAM MInn 58 757.

²⁸ Diese Problematik war auch Ludwig I. klar, doch kam für ihn eine Änderung des Gemeindevahlrechts nicht in Frage: „Es scheint, die Katholiken haben Grund zu klagen, die Billigkeit haben sie auf ihrer Seite, ob das Recht, ist genau zu untersuchen, denn auf das Recht kommt es an . . . so lang aber das Gemeinde-Edikt nicht verletzt wird, darf nichts verfügt werden.“ Signat Ludwigs I. auf eine Vorstellung katholischer Bürger Regensburgs vom 4. 3. 1827, 20. 3. 1827, HStAM MInn 58 777.

seit 1651 laut Ratsbeschuß nur mehr Protestanten verliehen worden, so daß sich die Zahl katholischer Familien mit Bürgerrecht bis zum Ende des 18. Jahrhunderts auf zwei bis drei verringerte²⁹. Da auch die Übernahme städtischer Ämter, die Ausübung eines selbständigen Handwerks oder Gewerbes, der Erwerb städtischen Haus- und Grundbesitzes zu Reichstadtzeiten an das Bürgerrecht geknüpft war³⁰, hatte sich zwangsläufig das protestantische Bürgertum zur wirtschaftlichen und sozialen Oberschicht entwickelt. Zwar hatte Dalberg dann durch die Generalverordnung vom 20. Mai 1803 die Beschränkung des Bürgerrechts auf Protestanten aufgehoben³¹, doch gelang es der wirtschaftlich weniger potenten katholischen Majorität der Einwohnerschaft Regensburg nicht, hinsichtlich des Bürgerrechts zahlenmäßig zumindest gleichzuziehen. Die Erwerbung des Bürgerrechts war nämlich außer an eine direkte Steuerveranlagung auch noch an die Zahlung einer relativ hohen Bürgerrechtsgebühr geknüpft³². H. Huber konnte 1929 noch feststellen: „Wie lange übrigens die früheren (d. h. reichstädtischen, d. Verf.) Verhältnisse noch nachwirkten, hat jeder ältere Regensburger sehr wohl in Erinnerung, indem nämlich noch bis weit in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein die Inhaber fast aller bedeutenderen Handels- und Gewerbsunternehmungen, ebenso die Mitglieder des Magistrats und des Kollegiums der Gemeindebevollmächtigten evangelischer Konfession waren“³³. Die Sozialstruktur der Reichstadt zeigte das ganze 19. Jahrhundert über für Regensburg Nachwirkungen, insofern die damalige wirtschaftliche und politische Führungsschicht der Protestanten ihren Führungsanspruch in erster Linie aufgrund historisch bedingter besserer Ausgangspositionen behaupten konnte³⁴.

Aus dieser Konstellation ergaben sich anfangs der dreißiger Jahre tiefergehende Spannungen, als sich zu den wirtschaftlich-konfessionellen Gegensätzen auch noch politische Differenzierungen einstellten: Das protestantische Besitzbürgertum neigte großteils liberalem Ideengut zu, während der katholische Bevölkerungsteil großteils konservativem Gedankengut anhing. Die Bürgermeister der Stadt Regensburg waren bis 1836 der Konfession nach gemischt, allerdings alle von konstitutionell-monarchisch-konservativer Grundgesinnung, vertraut man den Beurteilungen des Generalkommissärs des Regenkreises, Eduard v. Schenk³⁵. Die

²⁹ Vgl. H. Huber, Bürgerrecht S. 103 f.; W. Schlaich S. 178; den Insassen des Katharinenspitals war das Bürgerrecht allerdings auch weiterhin verliehen worden als Voraussetzung für den Genuß dieser Stiftung: freundlicher Hinweis von Herrn Oberarchivrat Hable, StR.

³⁰ Vgl. G. Hable S. 56; H. Huber, Bürgerrecht S. 103 f.

³¹ Vgl. Ch. G. Gumpelzhaimer, Bd. 4, S. 1431; H. Huber, Bürgerrecht S. 103 f.; R. Schönfeld, Studien S. 53, 126 (beleuchtet die wirtschaftlich-steuerpolitische Absicht Dalbergs: Steuermehreinnahmen!); W. Schlaich S. 289 f.

³² Vgl. StR ZR 1887.

³³ H. Huber, Bürgerrecht S. 104.

³⁴ Auch Schenk stellte 1839 fest, daß die Leiter der wichtigsten öffentlichen Anstalten und Besitzer der industriellen Unternehmungen größtenteils Protestanten seien. Vgl. Schenk an Ludwig I., M. Spindler, Briefwechsel S. 336.

³⁵ Eggelkraut nannte Schenk einen „dem Thron stets ergebenen Bürgermeister“, über Bürgers politischen Ansichten und Gesinnungen seien ihm nur sehr günstige Äußerungen bekannt geworden und des „wackern Anns“ bediente er sich sogar, um gegen den politischen Klub von 1832 einzuschreiten. Vgl. Schenk an Ludwig I., 8. 9. 1831, 6. 3. 1832, M. Spindler, Briefwechsel S. 206, 224.

beiden aufeinanderfolgenden rechtskundigen Bürgermeister Karl Martin Maurer (1818—1828)³⁶ und Sigmund Maria Edler v. Eggelkraut (1828—1832)³⁷ gehörten der katholischen Konfession an, der zweite Bürgermeister Wilhelm Anns (1818—1836)³⁸ und der rechtskundige Bürgermeister Dr. Friedrich Brügel (1832—1835)³⁹ hingegen der protestantischen Konfession⁴⁰.

Die konservative, insbesondere katholisch-konservative Grundströmung in Regensburg besaß eine bedeutende Stütze im sog. Regensburger Romantikerkreis⁴¹. Zu ihm zählten — neben dem dichterisch begabten ersten Regensburger Bürgermeister Karl Martin Maurer — vor allem Bischof Johann Michael Sailer und Mitglieder seines Schüler- und Freundeskreises, so Melchior v. Diepenbrock, Sailers Privatsekretär, Regensburger Domkapitular ab 1830, Generalvikar 1842—1844, ab 1845 Fürstbischof von Breslau, 1848 prominentes Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung, ferner Eduard v. Schenk, der vormalige bayerische Innenminister (1828—1831), Verfasser etlicher zeitgenössisch gefeierter Dramen und Herausgeber des literarischen Almanachs „Charitas“⁴². Die Ernennung des bereits siebzigjährigen Sailer 1821 zum Domkapitular in Regensburg, bis dahin Professor für Moral- und Pastoraltheologie an der Universität Landhut, markierte eine Wende in der amtlichen bayerischen Kirchenpolitik, ein Abrücken von der aufklärerischen Einschätzung und Behandlung der Kirche im Stile Montegelas⁴³. Sailer war der geistige Mittelpunkt einer kirchlichen Erneuerungsbewegung in Bayern, die sich — in Überwindung rationalistisch-aufklärerischer Methoden in der Theologie — zurückbesann auf eine religiöse Innerlichkeit und traditionelle christliche Werte, die zugleich Grundlage für eine universelle Geisteskultur sein sollten⁴⁴. Kronprinz Ludwig, ein Schüler Sailers in Landshut, hatte sich diese Auffassungen über den Stellenwert der Religion zu eigen gemacht, die Religion war für ihn „erstes Staats- und Bildungsprinzip“⁴⁵. Sailers Berufung in den bayerischen Episkopat — gegen erhebliche Widerstände der römischen Kurie⁴⁶ — stellte einen ersten wichtigen Schritt in dieser Richtung dar. 1822 wurde Sailer zum Coadjutor des Regensburger Bischofs Johann Nepomuk v. Wolf bestimmt, 1829 bis 1831 folgte er ihm auf dem Bischofsstuhl selbst nach⁴⁷. Sailers Anwesenheit hob die Stadt auf kultur- und kirchenpolitischem Gebiet über pro-

³⁶ Maurerer war vor seiner Wahl zum Regensburger Bürgermeister Landgerichts-assessor in Stadtamhof. Vgl. RZ Nr. 272, 14. 11. 1818; Regierungsblatt 1818, Sp. 1346; RZ Nr. 198, 19. 8. 1828.

³⁷ Eggelkraut war bereits seit 1818 rechtskundiger Magistratsrat in Regensburg. Vgl. Reg. des Regenkreises an StMInn, 2. 9. 1828, HStAM MInn 58 756.

³⁸ Vgl. RZ Nr. 272, 14. 11. 1818; StMInn an Reg. des Regenkreises, 1. 10. 1836, HStAM MInn 58 757.

³⁹ Vgl. Brügel an StMInn, 23. 1. 1832, HStAM MInn 58 756.

⁴⁰ Vgl. BVBo Nr. 84, 8. 4. 1910.

⁴¹ Vgl. H. Nestler S. 6 ff.

⁴² Vgl. V. Goldschmidt S. 9 ff.; Verbindungen mit Sailer hatte auch der Dichter Clemens Brentano, der sich 1832/33 in Regensburg aufhielt. Vgl. B. Gajek S. 151 ff.

⁴³ Vgl. M. Spindler, Regierungszeit S. 107; zu Sailer vor seiner Landshuter Zeit vgl. R. Stölzle S. 3 ff.; H. Graßl, Aufbruch S. 335 ff.

⁴⁴ Vgl. Ph. Funk, Aufklärung S. 83—99; W. M. Hahn S. 1 ff.; H. Graßl, Sailerbild S. 45—52.

⁴⁵ M. Spindler, Regierungszeit S. 106.

⁴⁶ Vgl. E. v. Schenk S. 35; J. Staber S. 178 ff.

⁴⁷ Vgl. H. Schiel, Bd. 1, S. 621 f., 694 f.; F. W. Bodemann S. 194 ff.

vinzielles Niveau empor, sie lenkte die Aufmerksamkeit des jungen Königs hierher. Sailer besaß das Vertrauen Ludwigs I. bis zu seinem Tode (20. Mai 1832), er übte durch seinen Rat entscheidenden Einfluß auf die bayerische Kirchen- und Kulturpolitik aus, etwa bei Besetzungen akademischer Lehrstühle, bei Errichtung kirchlicher Lehranstalten oder der Wiederherstellung von Klöstern⁴⁸. Als Bischof setzte er sich auch in seinem Amte in staatskonservativem Sinne ein. In seinem letzten Hirtenbriefe vom Palmsonntag 1832 warnte er vor dem Liberalismus und rief zur Treue gegenüber König und Vaterland auf⁴⁹.

Von gleichen Motivationen getragen, wandte auch Eduard v. Schenk, das bereits genannte Mitglied des Sailerkreises, als Generalkommissär und Regierungspräsident des Regenkreises von Mai 1831 bis April 1841 allen seinen Einfluß auf, um monarchisch-konstitutionelle Gesinnungen zu fördern und liberale Strömungen in Regensburg zurückzudrängen. Die Anhänglichkeit des größten Teils der Regensburger Bevölkerung an das Herrscherhaus war nach Einschätzung Schenks geradezu vorbildlich⁵⁰, der begeisterte Empfang des Königspaares durch die Stadt Regensburg anlässlich der Grundsteinlegung der Walhalla am 18. Oktober 1830 hierfür der beste Beweis⁵¹. Noch am 8. September 1831 berichtete Schenk dem König: „... hier gibt es keine radikale Oppositionspartei wie in Nürnberg...“⁵². Doch dann machten sich ab Ende 1831 vereinzelte Angehörige des Bildungsbürgertums, insbesondere auch der Thurn und Taxischen höheren Beamten-schaft, als Anhänger eines gemäßigten Liberalismus bemerkbar⁵³. Im Frühjahr/Sommer 1832 konstituierten sich Regensburger Liberale zum erstenmal, wenn auch nur vorübergehend in Form eines politischen Klubs. Anlaß war die Eintrittsverweigerung des Königs für zwei Beamte als liberale Abgeordnete, Frhr. v. Closen und Frhr. v. Tauffkirchen, im Januar 1832 und ein entsprechender Aufruf zur Unterstützung dieser Abgeordneten im Würzburger Bayerischen Volksblatt⁵⁴. In Regensburg schlossen sich daraufhin neun Personen, darunter der quieszierte Appellationsgerichtsrat Armansperg, der Advokat Rudhart und der fürstlich Thurn und Taxische Domänenassessor Frhr. v. Thon-Dittmer zu einem „Filial-Comité“ des Würzburger Vereins zusammen, um „jenen Vaterlandsfreunden thätig zu danken, die im redlichen gesetzlichen Kampfe für unsere verfassungsmäßige Freiheit zu Schaden kommen sollten“⁵⁵. Auf Druck der Behörden, insbesondere auch nach einem von Schenk in die Wege geleiteten Verbot des Fürsten Thurn und Taxis zur Teilnahme seiner Beamten an politischen Bewegungen⁵⁶, löste sich diese Gruppierung wieder auf⁵⁷. Im August 1832 meldete Schenk dem

⁴⁸ Vgl. hierzu Sailers Briefwechsel mit Ludwig I. und Eduard v. Schenk: H. Schiel, Bd. 1 u. 2; M. Spindler, Briefwechsel; dazu E. v. Schenk S. 37 f.; M. Staudinger S. 23 ff.

⁴⁹ Vgl. J. Lipf S. 270–276.

⁵⁰ Vgl. Schenk an Ludwig I., 22. 5. 1831, 29. 7. 1831, 8. 9. 1831, 19. 10. 1831, 5. 11. 1831, 4. 5. 1832, M. Spindler, Briefwechsel S. 190 ff., 199 f., 204 ff., 209, 213, 225.

⁵¹ Vgl. RZ Nr. 247, 16. 10. 1830, Nr. 248, 18. 10. 1830, Nr. 251, 21. 10. 1830, Nr. 252, 22. 10. 1830 (mit Rede Schenks), Nr. 256, 27. 10. 1830, Nr. 265, 6. 11. 1830.

⁵² Schenk an Ludwig I., 8. 9. 1831, M. Spindler, Briefwechsel S. 206.

⁵³ Vgl. Schenk an Ludwig I., 23. 12. 1831, M. Spindler, Briefwechsel S. 217.

⁵⁴ Vgl. Bayerisches Volksblatt, Würzburg Nr. 16, 7. 2. 1832.

⁵⁵ A. o. O. Nr. 22, 21. 2. 1832.

⁵⁶ Vgl. Ludwig I. an Maximilian Karl v. Thurn und Taxis, 20. 11. 1832, HStAM MInn 45 583.

⁵⁷ Vgl. Protokoll Fischer, Müller, Rudhardt, Samüller, Thon-Dittmer beim StM, StAA Reg. KdI Nr. 13 687; vgl. dazu auch L. Mayer S. 25 ff.

König: „In dem Kreise, dessen Verwaltung allergnädigst mir anvertraut worden, wagt die Opposition keinen Atemzug mehr“⁵⁸. Doch dieser Zustand war nicht von Dauer.

Einer der Hauptwortführer des politischen Klubs von 1832, Gottlieb Frhr. v. Thon-Dittmer, wurde 1835 dann sogar zum rechtskundigen Bürgermeister Regensburgs gewählt und nach langem Zögern von seiten des Staatsministeriums des Innern bestätigt⁵⁹ — und dies, obwohl er 1824 bereits zusammen mit dem späteren Regensburger Paulskirchenabgeordneten Adolph von Zerzog in München als Mitglied der Erlanger Burschenschaft „Bubenreuther“ in Untersuchungshaft gesessen hatte⁶⁰. Die Tatsache der Wahl Thon-Dittmers drückte aus, daß Anhänger des gemäßigten Liberalismus im Gremium der Gemeindebevollmächtigten die eindeutige Mehrheit besaßen. Daß ferner der Liberalismus auch in der Stadt zunehmend im Vordringen war, beweist die Gründung einer dezidiert liberalen Zeitung, des „Regensburger Tagblatts“, durch den Buchdrucker Josef Reitmayr im Jahre 1838⁶¹. Das Regensburger Tagblatt setzte sich engagiert für die Ziele der nationalen Einheit und Freiheit ein, zeichnete sich aber auch durch heftige antikirchliche Angriffe⁶² aus, die wesentlich zu Spannungen zwischen den beiden politischen Lagern des gemäßigten Liberalismus und katholischen Konservatismus in den Jahren vor 1848 beitrugen.

Als ein starker Motor der liberalen Bewegung im Vormärz erwies sich — auch in Regensburg — der Nationalstaatsgedanke. Das Ziel eines geeinten deutschen Vaterlandes — in dem dann den bürgerlichen Freiheiten mehr Platz eingeräumt werden sollte —, begeisterte die Einwohner der deutschen Einzelstaaten mehr und mehr. Auf diesem Hintergrund erweckten die nationalen Freiheitskämpfe anderer Völker überall im Lande lebhaftes Sympathie. Als zaghafte Ansätze allgemeiner Politisierung sollen sie hier nicht übergangen werden. In Regensburg zeigte sich, wie in vielen anderen Städten, in den zwanziger Jahren anlässlich der griechischen Freiheitskämpfe ein starker Philhellenismus. Er spiegelte sich in einer ausführlichen Berichterstattung der Regensburger Zeitung und einer von Konrektor Salfrank geleiteten Spendenaktion wieder⁶³. Auch während der polnischen Freiheitskämpfe 1831 wurden Geldspenden gesammelt, diesmal von einem eigenen „Polen-Comité“ unter Führung des Frhrn. v. Oefele und des Arztes Dr. Karl August Herrich⁶⁴. Geflohenen polnischen Offizieren und Soldaten wurde in der Stadt ein feierlicher Empfang bereitet⁶⁵ und kostenlose Unterkunft und Verpflegung gewährt. Polnische Offiziere aus dem Ramorino'schen Korps bedankten sich dafür in einem Schreiben an den „Polenverein in Regensburg“⁶⁶.

1846 erregte dann die Schleswig-Holsteinische Frage erstmals — knapp zwei

⁵⁸ Schenk an Ludwig I., 20. 8. 1832, M. Spindler, Briefwechsel S. 235.

⁵⁹ Vgl. Aktenvorgänge HStAM MInn 43 932, MInn 58 757; StR ZR 3559.

⁶⁰ Vgl. E. Höhne S. 76, 95 f.; L. F. Ilse, Übersicht Nr. 1, S. IV.

⁶¹ RegOR an StMInn, 3. 3. 1838, HStAM MInn 25 109.

⁶² Von den katholischen Bürgern und dem Bischof von Regensburg wurden 1845—1848 auch mehrfache Beschwerden an den König gerichtet: Vgl. HStAM MInn 25 110 (Teilakt 6); dazu auch N. Mayer S. 46—50; L. Mayer S. 31 f.

⁶³ Vgl. N. Mayer S. 36 f.

⁶⁴ Die Sammlung brachte 223 Gulden. Vgl. RZ Nr. 177, 27. 7. 1831.

⁶⁵ Vgl. Schenk an Ludwig I., 23. 12. 1831, M. Spindler, Briefwechsel S. 217; RZ Nr. 284, 29. 11. 1831.

⁶⁶ RZ Nr. 62, 13. 3. 1832.

Jahrzehnte später sollte dies nochmals der Fall sein — die Gemüter der national gesinnten Bürger Regensburgs. Die Erbansprüche Dänemarks in weiblicher Thronfolge gegenüber dem „stammverwandten Brudervolk in Schleswig-Holstein und Lauenburg“⁶⁷ wurden in einer Adresse aus Regensburg mit mehreren hundert Unterschriften entrüstet zurückgewiesen. Der Ruf nach einem geeinten Deutschland erhielt dadurch mächtigen Auftrieb. Dieser Tenor beherrschte auch das große Regensburger Sängerfest vom 24.—27. Juli 1847, zu dem zahlreiche Vereine aus ganz Bayern angereist waren⁶⁸. Ausgerichtet hatte das Fest der im Herbst 1837 gegründete Regensburger Liederkranz⁶⁹. In ihm hatten sich offensichtlich die liberal und national gesinnten Elemente Regensburgs zusammengefunden, so etwa Gerichtsrat August Reitmayr und Adolf v. Zerkow, spätere Mitglieder der Frankfurter Nationalversammlung, Fabrikant Johann Rehbach, oder auch der Arzt Dr. Raimund Gerster, eine führende Gestalt während der Revolutionsjahre 1848/49 in Regensburg⁷⁰. Das Verbot politischer Vereine war in Bayern im März 1832 ausdrücklich verschärft worden⁷¹, eine Organisation der politischen Kräfte war nur in Tarnvereinen möglich. Um einen solchen dürfte es sich beim Regensburger Liederkranz gehandelt haben.

Revolutionszeit 1848/49

Über die Revolutionszeit 1848/49 liegt bereits eine Monographie vor⁷², es genügt daher, ihre Ergebnisse in aller Kürze zu skizzieren. Die Märzereignisse 1848 lösten die bisher noch teilweise geübte Zurückhaltung der politischen Tagespresse Regensburgs, auch die bisher farblose Regensburger Zeitung vertrat nun offen eine liberale Linie. Die Regensburger Einwohnerschaft schloß sich dem allgemeinen Ruf nach Einführung liberaler Grundrechte, wie Versammlungs- und Pressefreiheit in mehreren Adressen an den Monarchen an, allerdings war ihr Ton weitaus gemäßigter als der anderer Städte, etwa Münchens und Nürnbergs⁷³. Die Hauptfigur des Liberalismus in Regensburg, Bürgermeister Thon-Dittmer, wurde bereits am 6. März nach München berufen, um die Stelle des Innenministers zu übernehmen.

Die Beteiligung zu den Vorbereitungen der Wahl zur Nationalversammlung war so rege, wie vorher noch bei keiner Wahl. Dabei schälten sich zur Vorabklärung von Wahlmännerlisten bereits drei verschiedene Gruppierungen heraus: Der „Lammklub“ um Dr. Gerster, benannt nach seinem Versammlungslokal „Zum goldenen Lamm“, der „Glockenklub“, benannt nach dem Gasthaus „Zur Glocke“, und ein „Verein aufrichtiger Anhänger des gemäßigten Fortschritts“. Die zwei erstgenannten Klubs standen beide auf einer liberalen Basis, im „Glockenklub“ vereinigten sich die etwas gemäßigteren, im „Lammklub“ die ent-

⁶⁷ RTB Nr. 243, 4. 9. 1846.

⁶⁸ Vgl. dazu RTB Nr. 193, 16. 7. 1846, Nr. 186, 9. 7. 1847, Nr. 193, 16. 7. 1847, Nr. 198, 21. 7. 1847, Nr. 202, 25. 7. 1847, Nr. 203, 26. 7. 1847, Nr. 204, 27. 7. 1847, Nr. 205, 28. 7. 1847, Nr. 206, 29. 7. 1847, Nr. 208, 31. 7. 1847, Nr. 209, 1. 8. 1847; zur behördlichen Genehmigung und Überwachung vgl. StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 3542.

⁶⁹ Satzungen in StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 3542.

⁷⁰ Vgl. zur Geschichte und zum Mitgliederstand des Liederkranzes L. E. Meyer S. 2 ff., 14—18; J. Hösl S. 3 ff.; Regensburger Liederkranz S. 7 ff.

⁷¹ Vgl. M. Spindler, Regierungszeit S. 182; RZ Nr. 58, 8. 3. 1832.

⁷² Vgl. L. Mayer, insbes. S. 47—52, 66—79.

⁷³ Vgl. ebd. S. 33 ff.

schiedeneren Tendenzen. Beide veranstalteten gesonderte Volksversammlungen, doch legten sie sich zum Schluß auf eine gemeinsame Wahlmännerliste fest⁷⁴. Die dritte Vereinigung, initiiert vom katholischen Buchhändler Manz, trug demgegenüber konservativen Charakter; sie ließ gedruckte Wahlmänner-Gegenlisten an den Kirchentüren verteilen⁷⁵. Als Kandidaten für das Frankfurter Parlament warf das Regensburger Tagblatt auch den Namen des ehemaligen Würzburger Bürgermeisters Behr, des „Märtyrers der Freiheit“⁷⁶ in die Diskussion, nachdem dieser nach Verbüßung seiner Haftstrafe zwangsweise auch einige Zeit in Regensburg zugebracht hatte. Gewählt wurde dann aber der gemäßigt-liberale Kreis- und Stadtgerichtsrat August Reitmayr aus Regensburg, doch rückte für ihn der Gutsbesitzer Adolf v. Zerzog nach, da Reitmayr auch mehrfach in anderen oberpfälzischen Wahlkreisen erfolgreich war⁷⁷. Zerzog, ein Schwager Thon-Dittmers, spielte in der Nationalversammlung sachlich keine große Rolle, fiel jedoch durch seine markant-bayerische Erscheinung auf⁷⁸; er stimmte im Frühjahr 1849 für ein preußisches Erbkaisertum⁷⁹.

Zu einer organisatorischen Verfestigung der verschiedenen politischen Strömungen in Vereinsform kam es in Regensburg erst im Spätsommer/Herbst 1848, obwohl auf Seite der Liberalen bereits bei der Wahl zur Nationalversammlung Überlegungen zur Gründung eines Vereins angestellt worden waren⁸⁰. Der demokratisch angehauchte Liberale Dr. Karl Gerster rief am 8. September 1848 den „Volksverein in Regensburg und Stadtamhof“⁸¹ ins Leben, dem sogleich 200 Mitglieder beitraten. Dieser Verein unterstützte in Adressen die Politik der Vereinigten Linken in der Frankfurter Nationalversammlung⁸². In Abgrenzung dazu gründete das gemäßigtere Regensburger Bürgertum, das den „Volksverein“ nicht allein im Namen Regensburgs sprechen lassen wollte, Ende Oktober/Anfang November den „Verein für deutsche Einheit und gesetzliche Freiheit“⁸³. Führender Kopf dieses Vereins war zunächst der Journalist Josef Anton Pangkofer⁸⁴. Er mußte seine Führungsposition aber sehr bald mit Dr. Gerster teilen, der mit seinem Anhang diesen Verein unterwanderte und den von ihm gegründeten „Volksverein“ im Januar 1849 für aufgelöst erklärte⁸⁵. Der Verein für deutsche Einheit und gesetzliche Freiheit, der etwa 500 Mitglieder zählte⁸⁶, entfaltete seine Haupttätigkeit im März und April 1849 in einer geradezu hektischen

⁷⁴ Vgl. RTB Nr. 100, 19. 4. 1848, Nr. 111, 20. 4. 1848; RZ Nr. 114, 24. 4. 1848.

⁷⁵ Vgl. RTB Nr. 114, 25. 4. 1848, Nr. 116, 27. 4. 1848.

⁷⁶ Vgl. RTB Nr. 113, 24. 4. 1848 (Beilage); zur Person Behrs und seinem Regensburger Aufenthalt 1842/43 vgl. M. Domarus S. 222 ff.

⁷⁷ Vgl. RTB Nr. 118, 29. 4. 1848, Nr. 119, 30. 4. 1848; H. Huber, Abgeordneten S. 70.

⁷⁸ Vgl. A. Priesack S. 20 f.; P. Wentzke, Stimmen S. 485 ff.

⁷⁹ A. Priesack S. 100; dazu auch Zerzogs Berichte aus Frankfurt, StR Nachlaß Thon-Dittmer.

⁸⁰ Vgl. RTB Nr. 110, 19. 4. 1848, Nr. 130, 11. 5. 1848.

⁸¹ Vgl. RTB Nr. 252, 12. 9. 1848, Nr. 260, 20. 9. 1848 (Beilage), Nr. 261, 21. 9. 1848.

⁸² RTB Nr. 280, 10. 10. 1848; dagegen RZ Nr. 287, 15. 10. 1848.

⁸³ Vgl. RTB Nr. 295, 25. 10. 1848, Nr. 310, 9. 11. 1848; RZ Nr. 318, 16. 11. 1848; Satzungen und Mitgliederverzeichnis (gedruckt) im Nachlaß Gerster.

⁸⁴ Pangkofer war der Verfasser der „Grundsätze“ dieses Vereins. Vgl. RZ Nr. 318, 16. 11. 1848, Nr. 321, 19. 11. 1848; RTB Nr. 330, 29. 11. 1848 (Beilage).

⁸⁵ RTB Nr. 19, 19. 1. 1849; über die Hintergründe dieses Vorgangs informiert ein Artikel Pangkofers in RZ Nr. 344, 12. 12. 1848.

⁸⁶ Vgl. N. Mayer S. 76.

Adreßbewegung für die Annahme der Grundrechte und der Reichsverfassung. Als sich das Scheitern des Werks der Frankfurter Nationalversammlung abzeichnete, schloß er in einem „Mahnruf an die Abgeordneten der bayerischen Volkskammer“ selbst einen bewaffneten Volksaufstand als letztes Rettungsmittel nicht aus⁸⁷. Eine liberale Programmatik verfocht auch der 1848 gegründete Regensburger Gewerbeverein⁸⁸. In einem Wahlmanifest begrüßte er Ende 1849 die politischen Errungenschaften der Revolutionsbewegung und forderte die sofortige Einführung der von der Nationalversammlung beschlossenen Grundrechte in Bayern⁸⁹.

Etwa gleichzeitig zum Gewerbeverein entstand in Fühlungsnahe mit liberalen Kräften im Sommer 1848⁹⁰ ein Gesellenverein, der auf einen Interessenausgleich zwischen Handwerksgesellen und Gewerbemeistern angelegt war⁹¹. Anfangs Februar 1849 konstituierte sich dieser Gesellenverein dann als Arbeiterbildungsverein⁹². Unter der Führung des besonnenen Regensburger Buchbindergehilfen Johann Georg Reitmayer⁹³ wurde der Verein dann sehr schnell der Organisation der „Allgemeinen deutschen Arbeiterverbrüderung“, der aus der Revolutionsbewegung von 1848 geborenen überregionalen deutschen Arbeiterbewegung, eingegliedert⁹⁴. Reitmayer vertrat Regensburg im April 1848 auf dem Kongreß bayerischer Arbeitervereine in Nürnberg⁹⁵, über ihn lief auch die Korrespondenz mit dem Leipziger Komitee der Arbeiterverbrüderung⁹⁶. Am 20. Februar 1850 nahm er als einer von insgesamt 22 Delegierten aus ganz Deutschland bei der Generalversammlung deutscher Arbeiter in Leipzig das Mandat für den Bezirksverein Regensburg und die beiden Zweigvereine Passau und Straubing wahr⁹⁷. Die Mitgliederzahl des Vereins stieg von etwa 100 im Juni 1849⁹⁸ auf rund

⁸⁷ Vgl. RTB Nr. 117, 29. 4. 1849.

⁸⁸ Wirtschaftlich dagegen vertrat der Gewerbeverein mit seiner Ablehnung der Gewerbefreiheit einen konservativen Standpunkt. Vgl. Jahresbericht des Gewerbe-Vereins in Regensburg für 1848/49 (gedruckt), in StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 037; Instruktion für den Abgesandten zum Gewerbekongreß in Frankfurt, RTB Nr. 200, 22. 7. 1848 (Beilage).

⁸⁹ Vgl. RTB Nr. 330, 29. 11. 1848 (Beilage).

⁹⁰ Als Gründungstag des Vereins wird der 13. August 1848 angegeben. Vgl. StM an Kreis- und Stadtgericht Regensburg, 13. 8. 1851, StR ZR 3276; zur Unterstützung durch liberale Kräfte vgl. R. Rüdinger S. 22.

⁹¹ Statuten dieses Gesellenvereins wurden den Behörden nicht vorgelegt, sein Wirken amtlicherseits auch nicht näher verfolgt. Vgl. RegOR an StMinn, 8. 8. 1850 (Anlage: Notizen über den Arbeiter-Bildungs-Verein in Regensburg . . .), 8. 8. 1850, HStAM MInn 45 619.

⁹² Vgl. RTB Nr. 14, 14. 1. 1849, Nr. 35, 4. 2. 1849; „Statuten für den Arbeiter-Bildungs-Verein in Regensburg und Stadtamhof“ von 1849 (gedruckt) in StR ZR 3276, auch HStAM MInn 45 619.

⁹³ Reitmayer (häufige Schreibweise auch Reitmeyer) war am 4. 4. 1820 in Regensburg geboren und starb am 10. 9. 1851 auch hier. Vgl. Familienbögen, StR.

⁹⁴ Vgl. dazu F. Balsler S. 55 ff.

⁹⁵ Vgl. RTB Nr. 81, 22. 3. 1849, Nr. 91, 1. 4. 1849; K. Rüdinger S. 21 f.

⁹⁶ Vgl. F. Balsler S. 185, 634; StR ZR 1735.

⁹⁷ Vgl. W. Koeppe S. 98; K. Rüdinger S. 23 f.; RegOR an StMinn, 3. 6. 1850, HStAM MInn 45 619.

⁹⁸ Vgl. Bericht Reitmeyers vom 14. 6. 1849, abgedruckt in Leipziger Zeitung Nr. 192, 11. 7. 1850 (1. ao. Beilage), HStAM MInn 45 619; auch K. Rüdinger S. 23.

350 im ersten Halbjahr 1850⁹⁹. Politik schloß Reitmayer für den Regensburger Verein zwar nicht ganz aus, doch sah er in der sozialen Aufwertung des Arbeiters durch Bildung und die Verbesserung seiner Lebensverhältnisse hierdurch den primären Vereinszweck¹⁰⁰. Selbst das bayerische Innenministerium bescheinigte Reitmayer eine „gewisse Mäßigung“¹⁰¹, doch rettete auch das nicht den Verein vor behördlicher Unterdrückung Mitte des Jahres 1850. Eine radikale Arbeiterbewegung konnte in Regensburg nicht Fuß fassen. Ein im April 1848 hier anwesendes Mitglied des Bundes der Kommunisten¹⁰² machte sich öffentlich in keiner Weise bemerkbar.

Auf katholisch-konservativer Seite organisierte man sich ebenfalls im Herbst 1848. Zunächst bildete sich am 15. Oktober dieses Jahres ein „Verein für constitutionelle Monarchie und religiöse Freiheit“, dem sich sofort 64 Mitglieder anschlossen¹⁰³. Nachdem aber der gleichzeitig im Entstehen begriffene „Verein für deutsche Einheit und gesetzliche Freiheit“ politisch dieselben Zielsetzungen zu verfolgen schien — nämlich die Wahrung der konstitutionellen Monarchie und der seit dem März 1848 gewonnenen Freiheiten —, so löste man sich wieder auf, „um nicht die Kräfte unnütz und zum Nachtheile für die gute Sache zu zersplittern und vielleicht gar Spannung unter gleichgesinnten Bürgern irgendwie Raum zu lassen“¹⁰⁴. Zur Wahrung der spezifisch religiösen Interessen, vor allem der Sicherung der Freiheit der Kirche gegen Staatsbevormundung, konstituierten sich die ehemaligen Mitglieder des „Vereins für constitutionelle Monarchie und religiöse Freiheit“ noch im Oktober 1848 als Zweigverein des Pius-IX.-Vereines, dessen Zentralverein in Mainz seinen Sitz hatte. Bald aber übernahm der Piusverein de facto auch die Vertretung der politischen Interessen der katholisch-konservativen Bevölkerung¹⁰⁵, nachdem der „Verein für deutsche Einheit und gesetzliche Freiheit“ einen für sie nicht mehr tragbaren Kurs steuerte. Der Buchhändler Friedrich Pustet, ursprünglich einer der dreißig Unterzeichner des Gründungsaufrufs des „Vereins für deutsche Einheit und gesetzliche Freiheit“¹⁰⁶, entwickelte sich zum tatkräftigen Führer des Regensburger Piusvereins und zugleich zu einer der herausragenden Gestalten konservativer Gesinnung in der Oberpfalz¹⁰⁷. Unter seiner Ägide wuchs der Regensburger Piusverein als wirkungsvolles Instrument der politischen Auseinandersetzung zur zahlenmäßig stärksten Gruppierung der Stadt heran: Die Mitgliederzahl kletterte von 300 im Januar 1849¹⁰⁸ auf 921 (darunter 66 Frauen) im Februar 1850¹⁰⁹. Zugleich

⁹⁹ Vgl. F. Balsler S. 615; ein „Auszug aus den Protokollen der Generalversammlung deutscher Arbeiter am 20. Februar 1850 zu Leipzig“ nennt für den Regensburger Verein 320—380 Mitglieder. Vgl. HStAM MInn 45 619.

¹⁰⁰ Vgl. Anm. 98.

¹⁰¹ F. Balsler S. 185.

¹⁰² Vgl. Institut für Marxismus-Leninismus, Bd. 1, S. 763—765.

¹⁰³ Vgl. RZ Nr. 303, 1. 11. 1848.

¹⁰⁴ Ebd.

¹⁰⁵ In den „Statuten für den Pius IX.-Verein in Regensburg“ vom 8. 11. 1848, veröffentlicht in RTB Nr. 315, 14. 11. 1848 (Beilage), heißt es: „§ 1. Der Zweck des Pius IX.-Verein ist ein doppelter, zunächst ein rein religiöser, dann aber auch ein religiös-politischer“.

¹⁰⁶ Vgl. RTB Nr. 295, 25. 10. 1848.

¹⁰⁷ Vgl. RegOR an StMInn, 20. 9. 1855, HStAM MInn 45 021.

¹⁰⁸ Vgl. K. Hoffmann S. 143.

¹⁰⁹ Vgl. BV Nr. 54, 3. 3. 1850.

überspannte ein Netz von 26 Zweigvereinen mit rund 4000 Mitgliedern die Diözese Regensburg¹¹⁰, der Regensburger „Pius-Centralverein“¹¹¹ war ihr organisatorischer Mittelpunkt. Kurzzeitig übernahm er diese Funktion sogar für ganz Deutschland, als ihm nach der erfolgreichen Vorbereitung des 3. deutschen Katholikentages — damals noch „Generalversammlung des katholischen Vereines von Deutschland“ genannt¹¹² — die Rolle des Vororts für alle deutschen katholischen Vereine übertragen wurde¹¹³. Zur Bindung der Arbeiter an die katholisch-konservative Bewegung wurde im Januar 1849, in Konkurrenz zum bereits bestehenden Regensburger Gesellenverein (dem späteren Arbeiterbildungsverein), der St. Josefs-Arbeiter-Unterstützungsverein im Piusverein gegründet¹¹⁴. Die Statuten dieses ersten katholischen Arbeitervereins Deutschlands wurden dem Piusverein in Regensburg von einem Prof. Michelis aus Luxemburg zugeschickt¹¹⁵. Mit dem „Bayerischen Volksblatt“ von Stadtamhof wurde ab April 1849 auch auf publizistischer Ebene ein Gegengewicht gegen die liberalen Kräfte geschaffen¹¹⁶.

Nachrevolutionäre Periode

Das Jahr 1850 brachte mit dem bayerischen Vereinsgesetz vom 26. Februar 1850¹¹⁷ die Unterdrückung und teilweise erzwungene Auflösung der genannten Vereine. Der Arbeiterbildungsverein beschloß, nachdem er wegen seiner überregionalen Kontakte mit der Allgemeinen deutschen Arbeiterverbrüderung als revolutionsverdächtig eingestuft und deshalb zum politischen Verein erklärt worden war, seine Selbstaflösung am 17. 6. 1850¹¹⁸. Mit der Bildung eines Krankenunterstützungsvereins, Turnvereins und Sängerbunds suchte er der völligen Desorganisation zu entgehen¹¹⁹. Auch bot der Regensburger Gewerbeverein den Arbeitern den Beitritt als außerordentliche Mitglieder an; die Bibliothek des Arbeiterbildungsvereins hatte er ohnehin übernommen¹²⁰. Der „Verein für deutsche Einheit und gesetzliche Freiheit“ entfaltete nach dem zweiten Halbjahr 1850 ohnehin keine Tätigkeit mehr¹²¹. Für den Piusverein, der ebenfalls zum politischen Verein erklärt worden war¹²², legte Friedrich Pustet Protest beim

¹¹⁰ Vgl. K. Hoffmann S. 242; M. Staudinger S. 170 f.; BV Nr. 4, 4. 1. 1850.

¹¹¹ BV Nr. 4, 4. 1. 1850.

¹¹² RZ Nr. 270, 30. 9. 1849.

¹¹³ BV Nr. 6, 6. 1. 1850, Nr. 152, 16. 6. 1850.

¹¹⁴ Sterr und Ringhammer an StM, 21. 3. 1850, StR ZR 6812; BV Nr. 5, 5. 1. 1850, Nr. 46, 22. 2. 1850, Nr. 63, 14. 3. 1850.

¹¹⁵ BV Nr. 4, 4. 1. 1850.

¹¹⁶ Ein Probeblatt erschien bereits am 1. 3. 1849; zum Bayerischen Volksblatt vgl. N. Mayer S. 75 ff.; zur Empfehlung dieses Blattes in Hirtenbriefen durch den Regensburger Bischof Valentin v. Riedel vgl. Zeitungsgeschichte S. 85 f.

¹¹⁷ Druck: Gesetzblatt 1849/50, Sp. 54—66.

¹¹⁸ Vgl. RTB Nr. 158, 11. 6. 1850, Nr. 167, 20. 6. 1850; Notizen des Rechtsrats Mayr über die GV des Arbeiterbildungsvereins vom 17. 6. 1850, StR ZR 3276.

¹¹⁹ Vgl. Bericht Reitmayers in „Prometheus“ Nr. 24, 14. 12. 1850, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 037.

¹²⁰ Schriftwechsel zwischen Gewerbeverein und Arbeiterbildungsverein in StR ZR 3276; über die nachfolgende Überwachung Reitmayers, bei ihm durchgeführte Haus-suchungen vgl. StR ZR 1735.

¹²¹ Vgl. StR ZR 3188.

¹²² BV Nr. 152, 16. 6. 1850.

Staatsministerium des Innern ein¹²³, und zwar mit Erfolg: Der Verein konnte seine Versammlungstätigkeit ohne ständige polizeiliche Überwachung fortsetzen¹²⁴. Politische Aktivitäten entwickelte allerdings auch der Piusverein in der Folgezeit nicht mehr¹²⁵.

Eine Neubelebung der politischen Aktivität setzte in Regensburg erst wieder anfangs der sechziger Jahre ein. Am 28. Dezember 1862 wurde von Großhändler Wilhelm Neuffer die Gründung eines „Deutschen Reformvereins“ angezeigt¹²⁶. Die sich hierin sammelnde großdeutsch-konservative Richtung, mit dem Regensburger Morgenblatt als Organ, grenzte sich gegen die Anhängerschaft des kleindeutschen Nationalvereins ab, dessen Linie vom Regensburger Tagblatt vertreten wurde. Die Schleswig-Holsteinbewegung, deren Movens wiederum nationale Begeisterung war, verdeckte kurzzeitig die Gegensätze großdeutsch-kleindeutsch und liberal-konservativ. Ein am 28. November 1863 gegründeter Schleswig-Holsteinischer Hilfsverein stellte 1867 seine Tätigkeit wieder ein¹²⁷.

Hatten sich in Regensburg in der Vormärzzeit zwei noch unorganisierte politische Grundströmungen herauskristallisiert — eine konservativ-konstitutionell-monarchische und eine gemäßigt-liberale —, so war es kennzeichnend für die Revolutionszeit 1848/49, daß sich das politische Meinungsspektrum weiter differenzierte und in Form politischer Vereine organisierte. Es wurden nunmehr drei politische Richtungen erkennbar: Neben der konservativ-konstitutionellen und einer in sich zweigeteilten liberalen Richtung auch eine eigens organisierte Arbeiterschaft. Freilich war das Erscheinungsbild der Arbeiterbewegung als eigener politischer Größe noch nicht klar umrissen. Verbindungen zur liberal-demokratischen Seite wurden als durchaus vereinbar angesehen mit der gleichzeitigen Zuordnung zur „Allgemeinen deutschen Arbeiterverbrüderung“, der Vorläuferin der späteren Sozialdemokratie. Gleichzeitig wurde ein Bruch innerhalb der Arbeiterschaft deutlich: Das katholisch-konservative Lager zog einen Teil der Arbeiterschaft im St. Josefs-Arbeiter-Unterstützungsverein an sich. Die Ziele der konservativ-konstitutionell-monarchischen Richtung wurden in Regensburg in der Revolutionszeit vor allem von den Organisationen des politischen Katholizismus aufgegriffen, die konservative Bewegung also katholisch überformt. Innerhalb des Liberalismus trat eine gewisse Differenzierung ein: Hinter der zu Tage tretenden Zweiteilung standen letztlich jedoch eigentlich nur graduelle Unterschiede, keine prinzipiellen. Beide Lager hielten am Ziel der konstitutionellen Monarchie fest. Auch Dr. Gerster, der Führer der progressiveren Richtung, lehnte eine republikanische Staatsreform ab¹²⁸. Überzeugt vom Prinzip der Volkssouveränität, setzte er sich aber energisch für eine Erweiterung der bürgerlichen Freiheitsrechte ein. Als glühender Verfechter der Nationalstaatsidee näherte er sich mit seinem Volksverein der Position der Linken in der Frankfurter Nationalversammlung, die ihm dieses Ziel am konsequentesten zu verwirklichen schien. Hierdurch aufge-

¹²³ BV Nr. 154, 18. 6. 1850; Rekurs des Central-Piusvereines in Regensburg an Max II., 27. 6. 1850, HStAM MInn 71 543.

¹²⁴ Vgl. StMInn an RegOR, 13. 11. 1852, HStAM MInn 71 543: Mit dem Bemerkten, „daß dieser Gegenstand bis auf etwaige weitere Anregung zu beruhen habe.“

¹²⁵ Vgl. etwa den Bericht über die Zehnjahresfeier des Piusvereins: BV Nr. 258, 3. 11. 1858.

¹²⁶ Vgl. Neuffer an StM, 30. 12. 1862, StR ZR 3189 (Statuten im Akt).

¹²⁷ Vgl. StR ZR 3191, 3192.

¹²⁸ Vgl. RTB Nr. 110, 19. 4. 1848.

schreckt, formierten sich die Gemäßig-Liberalen in einem eigenen Verein. Um aber die Einheit der liberalen Bewegung in Regensburg zu retten, löste Dr. Gerster den von ihm gegründeten Volksverein auf. Die Spannungen innerhalb des „Vereins für deutsche Einheit und gesetzliche Freiheit“ veranlaßten etwa 30 Gemäßigte zum Austritt¹²⁹. Die innerparteilichen Differenzen kosteten den Liberalen Regensburgs auch den Sieg bei den Landtagswahlen im Dezember 1848¹³⁰. Die behördlichen Unterdrückungsmaßnahmen nach 1850 brachten dann aber das im Freiraum der Revolution von 1848 so stark aufgeflammete politische Interesse vorläufig wieder weitgehend zum Erliegen.

I. Die Katholisch-Konservativen

1. Bayerische Patriotenpartei (1869—1887) und Zentrumspartei (1887—1914)

Die Entscheidung des Jahres 1866 trug wesentlich zur Formierung und Erstarkung der katholisch-konservativen Parteibewegung in Bayern bei. Mit Königgrätz hatte nicht nur Österreich, sondern der großdeutsche Gedanke eine Niederlage erlitten. Nach der Lösung der Dualismusfrage zugunsten Preußens war abzusehen, daß in einem künftigen kleindeutschen Nationalstaat die Katholiken eine konfessionelle Minderheit unter einem protestantischen Oberhaupt bilden würden. Die Annexion Hannovers, Kurhessens, Nassaus und Frankfurts, unverhüllte Verletzungen des Legitimitätsprinzips im Interesse des preußischen Machtstaatsdenkens, ließen Befürchtungen eines ähnlichen Vorgehens gegenüber den süddeutschen Staaten wach werden¹³¹. Zur Abwehr dieser Entwicklungen sammelten sich in Bayern vor allem adelige und kirchlich-konservative Kräfte, die sich für eine unbedingte Wahrung der Selbständigkeit Bayerns einsetzten. Sie gerieten in direkte Konfrontation mit den Anhängern der bismark- und preußenfreundlichen Fortschrittspartei in Bayern, die eine Lösung der Nationalstaatsfrage im kleindeutschen Sinn, einen Anschluß Bayerns an den Norddeutschen Bund betrieben¹³². Desgleichen entwickelte sich eine Gegnerschaft zur neuen liberalen Regierung Hohenlohe, die keine absolut defensive Haltung gegenüber Preußen einnahm, nach der Niederlage der bayerischen Truppen auch nicht einnehmen konnte, wie der Abschluß des geheimen Schutz- und Trutzbündnisses vom 22. August 1866 und die Verabschiedung einer neuen Wehrverfassung nach den Wünschen Preußens am 30. Januar 1868 zeigten¹³³. Diese Oppositionshaltung wurde verstärkt durch die liberale Gesetzgebung des Ministeriums Hohenlohe auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet. Die konservativ-ländlichen Schichten sahen in der Einführung der Gewerbefreiheit und dem Komplex der sog. Sozialgesetzgebung mit Freizügigkeit, Erleichterung der Eheschließung usw.¹³⁴ in erster Linie die Gefahr der Auflösung überkommener Bindungen und lehnten sie des-

¹²⁹ Darunter auch Dr. Herrich und Dr. Popp. Vgl. RZ Nr. 349, 17. 12. 1848.

¹³⁰ Vgl. RTB Nr. 339, 8. 12. 1848; dazu RZ Nr. 344, 12. 12. 1848.

¹³¹ Vgl. M. Doeberl, Reichsgründung S. 7; K. Bachem, Bd. 2, S. 231; R. Weber, Ultramontanismus S. 414 f.

¹³² Vgl. Th. Schieder, Kleindeutsche Partei S. 127 ff.

¹³³ Vgl. a. a. O. S. 133, 150 f.; H. Rall S. 263 f.

¹³⁴ Vgl. H. Hesse S. 146—177.

halb ab. Besonders heftige Reaktionen erweckte jedoch der Versuch des Kultusministers Franz v. Gresser, mit der Vorlage eines liberalen Schulgesetzes im Herbst 1867 die überlieferte geistliche Schulaufsicht zu beschränken¹³⁵. Eine Protest- und Adreßbewegung im ganzen Lande mit etwa 4000 Unterschriften demonstrierte zum erstenmal den Rückhalt der konservativen Parteibewegung in breiten Teilen der Bevölkerung¹³⁶. Die Wahlen zum Deutschen Zollparlament am 10. Februar 1868, durchgeführt nach dem allgemeinen direkten Wahlrecht, erbrachten eine völlig überraschende Mehrheit von 48 gegenüber 30 Mandaten für die Konservativen¹³⁷.

Kurz nach den Zollparlamentswahlen am 18. Februar 1868, wurde in München der „Verein der bayerischen Patrioten“ gegründet¹³⁸, der namensgebend für die spätere Partei wurde. Ein formeller Parteigründungsakt fand nicht statt, konkrete Gestalt nahm die Patriotenpartei mit der Bildung der Patriotischen Fraktion im Bayerischen Landtag im Winter 1868/69 an¹³⁹. Soziologischer Träger der Patriotenpartei waren hauptsächlich die katholisch-konservativen Schichten der traditionellen Agrargesellschaft, Adel und Bauerntum, die sich gegen die tragende Schicht der neu entstehenden Industriegesellschaft, das liberale Wirtschaftsbürgertum, wandten¹⁴⁰. Bestimmendes Moment für das Zustandekommen der Patriotenpartei war eine doppelte Antihaltung: Nach außen gegen einen überwiegend protestantischen, preußisch-militaristisch geprägten, kleindeutschen Nationalstaat, nach innen gegen ein liberales bayerisches Ministerium, das die Ziele des liberalen Bürgertums politisch und gesetzgeberisch unterstützte¹⁴¹. Die Abwehr staatskirchlicher Maßnahmen, wie im Falle des Schulgesetzes, trat als besonders wirksame Motivationsgrundlage hinzu¹⁴².

Der Klerus der Diözese Regensburg bildete nach 1866 einen Kristallisationspunkt der Agitation gegen die Politik der Regierung Hohenlohe. Bereits im September 1867 forderte eine Priesterversammlung in Schwandorf die Formierung des bayerischen Klerus zur Abwehr kirchenfeindlicher und staatskirchlicher Bestrebungen¹⁴³. Der Plan eines Regensburger Komitees unter der Leitung des Dompfarrvikars Dr. Fridolin Schöttl, den bayerischen Klerus zu einer Generalversammlung nach Regensburg einzuberufen, um ihn zu einer einheitlichen Agitation gegen den Gresserschen Schulgesetzentwurf zu mobilisieren, mußte wegen des Widerstandes des Erzbischofs von München und des Bischofs von Passau fallengelassen werden¹⁴⁴. Die Gründung einer politischen Partei war durch diese Initiativen zwar nicht direkt beabsichtigt, doch lag sie in der Konsequenz des

¹³⁵ Vgl. KdA 1866/68, Bd. 2, S. 125 f.; dazu K. Bachem, Bd. 2, S. 233 f.; K. Petermeier S. 37.

¹³⁶ Vgl. H. Spielhofer, Vorgeschichte S. 418.

¹³⁷ Vgl. J. Schmidt S. 156 f.

¹³⁸ Vgl. H. Spielhofer, Vorgeschichte S. 420; H. Rall S. 264.

¹³⁹ Vgl. K. Petermeier S. 40; D. Albrecht S. 298 f.

¹⁴⁰ Vgl. D. Albrecht S. 299.

¹⁴¹ Vgl. R. Weber S. 415 f.

¹⁴² Vgl. F. v. Rummel S. 10.

¹⁴³ Druck der Adresse von 86 in Schwandorf am 4. 9. 1867 versammelten Priestern an Bischof Ignatius v. Senestréy: RM Nr. 207, 12. 9. 1867, auch: DkV Nr. 39, 29. 9. 1867.

¹⁴⁴ Vgl. H. Schulthess 1867, S. 210 (dort fälschlich „Dompfarrer Schödel“), 220; Schematismus 1867, S. 1; K. Petermeier S. 38 weist die Urheberchaft des Planes einer Generalversammlung des bayerischen Klerus in Regensburg Balthasar Daller zu.

Gedankenganges, was auch in kommentierenden Artikeln der Presse zum Ausdruck gebracht wurde¹⁴⁵. Nach dem Beispiel der sogenannten „Passauer Königsadresse“¹⁴⁶, in der die Auflösung der bis dahin mehrheitlich liberalen Abgeordnetenversammlung gefordert wurde, veranlaßte Bischof Ignatius v. Senestréy von Regensburg etwa gleichzeitig zur Schwandorfer Priesterversammlung in der Oberpfalz einen Petitionssturm¹⁴⁷.

Bischof Senestréy hatte sich seit seinem Amtsantritt 1858 bereits als absolut romtreuer, sog. „ultramontaner“ Bischof profiliert. Nach der teilweisen Annexion des Kirchenstaates 1859 erhob er mehrfach in Hirtenbriefen seine Stimme für den Papst, verteidigte engagiert den Syllabus errorum von 1864¹⁴⁸ und nahm im Methodenstreit zwischen den Theologischen Fakultäten der Universitäten München und Würzburg für die neuscholastische — gegen die historisch-kritische — Methode Stellung¹⁴⁹. Auf dem I. Vatikanischen Konzil wurde er zusammen mit Kardinal Manning zum Wegbereiter des Infallibilitätsdogmas¹⁵⁰. In seiner langen Amtszeit bis 1906 erwies sich Senestréy als streitbarster Kämpfer des bayerischen Episkopats gegen staatskirchliche Bestrebungen¹⁵¹. In der aktuellen Tagespolitik zog er mehrfach die Angriffe der Liberalen auf sich, so 1870 wegen seiner sog. „Schwandorfer Ansprache“¹⁵² oder 1875 wegen angeblicher Anweisung seines Klerus zur Unterstützung der Patriotenpartei im Landtagswahlkampf, eine Behauptung, die von Kultusminister Lutz am 13. Oktober 1875 öffentlich im Landtag aufgestellt wurde¹⁵³. Bischof Ignatius darf wohl auch als der Initiator gelten, von dem Ende 1867 ein großer Adressensturm in ganz Bayern gegen den Gresserschen Schulgesetzentwurf ausging. Diese Willenskundgebungen wurden aber nicht mehr an den König gerichtet — denn da kämen sie wieder nur, so meinte das in Regensburg erscheinende katholische Wochenblatt „Der katholische Volksfreund“, wie die Adressen zur Kammerauflösung in die Hände der Minister und von da in den Papierkorb¹⁵⁴ — sondern an die Kammer der Reichsräte, diesmal mit Erfolg. Das bereits von der Kammer der Abgeordneten verabschiedete Gesetz wurde von der ersten Kammer am 26. April 1869 abgelehnt¹⁵⁵. So wirkte der Klerus der Diözese Regensburg in den Jahren 1866

¹⁴⁵ Vgl. RM Nr. 204, 8. 9. 1867; in diesem Sinne H. Rall S. 264, der direkt davon spricht, daß von der Schwandorfer Priesterversammlung „die Gründung einer kirchlich-konservativen Partei angeregt“ wurde.

¹⁴⁶ H. Spielhofer, Vorgeschichte S. 418.

¹⁴⁷ Druck der Oberpfälzischen Königsadresse um Auflösung des gegenwärtigen Landtags und Anordnung von Neuwahlen: RM Nr. 207, 12. 9. 1867; zum Fortgang der Adressenagitation vgl. RM Nr. 215, 21. 9. 1867, Nr. 219, 26. 9. 1867, Nr. 239, 19. 9. 1867.

¹⁴⁸ Vgl. A. Doeberl, Bischof S. 22 f.

¹⁴⁹ Vgl. J. Staber S. 194.

¹⁵⁰ Vgl. Th. Granderrath, Bd. 2, S. 291 f.; M. Weber S. 119, 123.

¹⁵¹ Vgl. H.-M. Körner S. 109 f.

¹⁵² S. u. S. 311 ff.

¹⁵³ Zwischen Lutz und Senestréy kam es deswegen zu einer langdauernden Pressefehde. Vgl. RM Nr. 235, 16. 10. 1875, Nr. 238, 20. 10. 1875, Nr. 245, 28. 10. 1875, Nr. 249, 5. 11. 1875, Nr. 260, 16. 11. 1875, Nr. 281, 11. 12. 1875, Nr. 288, 19. 12. 1875, Nr. 289, 21. 12. 1875, Nr. 293, 25. 12. 1875 (Beilage); vgl. dazu F. v. Rummel S. 85, 87.

¹⁵⁴ Vgl. DkV Nr. 18, 30. 1. 1868 (mit Aufruf zu neuem Adressensturm und Hinweis, daß die Adressen gedruckt in der Pustetschen Buchhandlung in Regensburg zu haben seien).

¹⁵⁵ Vgl. K. Petermeier S. 37.

bis 1868 offensichtlich entscheidend am Zustandekommen jenes geistigen Fluidums mit, aus dem heraus die Patriotenpartei geboren wurde¹⁵⁶.

Die Bayerische Patriotenpartei bestand bis zum Februar 1887; zu diesem Zeitpunkt schloß sie sich dem Reichszentrum an und nannte sich künftig „Bayerische Zentrumsparlei“¹⁵⁷. Typisch für die Organisation der Patriotenpartei wie auch später der Bayerischen Zentrumsparlei war ihre Verankerung in einem breiten Spektrum konservativer, kirchlich-religiöser und ständisch ausgerichteter Vereine mit teils direkt-politischer, teils indirekt-politischer Zielsetzung. Hierzu zählten Patriotische Vereine, Katholische Arbeitervereine und Bauernvereine, so der Anfang 1869 von Franz Xaver Frhr. v. Hafensbrädl gegründete Bayerisch-Patriotische Bauernverein mit Sitz in Deggenndorf, der am 19. September 1869 von Ludwig Graf v. Arco-Zinneberg und dem Freisinger Lycealprofessor Dr. Balthasar Daller gegründete Bayerisch-Patriotische Bauernverein Tuntenhausen und die späteren Christlichen Bauernvereine. Diese subsidiäre Organisationsstruktur ersetzte der Patrioten- bzw. Zentrumsparlei praktisch bis 1918 den Aufbau einer eigenen Parteiorganisation und die Gründung rein politischer Zentrumsparleiortsvereine¹⁵⁸; eine eigenständige Entwicklung zur voluntaristischen Mitgliederparlei nahm in dieser Beziehung allerdings die Zentrumsparlei der Oberpfalz ab 1907/08. Oberstes Parteiorgan der Patrioten- bzw. Zentrumsparlei in Bayern bildete bis kurz vor der Jahrhundertwende der Fraktionsvorstand der Partei im Bayerischen Landtag, ab 1898 dann ein zweiunddreißigköpfiges Zentralkomitee. Versuche zur Koordinierung und zentralistischen Zusammenfassung der Basisvereine auf Landesebene erfolgten erst ab den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts¹⁵⁹. Vor 1899 war ein überregionaler Zusammenschluß politischer Vereine durch Vereinsrecht untersagt. Für Bayern galt Art. 17 des Versammlungs- und Vereinsgesetzes vom 26. Februar 1850: „Politischen Vereinen ist nicht gestattet, mit andern in der Art in Verbindung zu treten, daß entweder die einen den Beschlüssen und Organen der andern unterworfen oder mehrere solche Vereine unter einem gemeinsamen Organe zu einem gegliederten Ganzen vereinigt werden“¹⁶⁰. Bis nach 1900 setzten sich die genannten Subsidiärvereine zu Wahlzeiten jeweils auf das Signal eines Wahlaufrufs von seiten des Fraktionsvorstandes der Patrioten- bzw. Zentrumsparlei hin eigenverantwortlich und selbständig für die Ziele und Kandidaten dieser Partei ein.

In der Stadt Regensburg wird die Bayerische Patriotenpartei erstmals organisatorisch mit der Gründung eines Katholischen Kasinos im Frühjahr 1869 faßbar. Das Kasino blieb das Agitationszentrum der patriotischen bzw. Zentrumsparlei in Regensburg bis 1918, ab 1905 wirkte neben ihm — unter flächenmäßiger Aufteilung des Stadtgebiets — der Katholische Männerverein St. Emmeram

¹⁵⁶ Vgl. auch H. Spielhofer, Parteien S. 224. Über diejenigen Geistlichen des oberpfälzischen Regierungsbezirks, die bei den Zollparlamentwahlen und Landtagwahlen, gegen den Schulgesetzentwurf und später gegen das Jesuitengesetz besonders agitierten, wurde vom Regierungspräsidium in Regensburg sogar eine „schwarze Liste“ angelegt; sie umfaßt 121 Namen. Vgl. StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 1675.

¹⁵⁷ D. Albrecht S. 304.

¹⁵⁸ Zur Organisation der Zentrumsparlei allgemein Th. Nipperdey, Organisation S. 265 ff.; speziell zur Bayerischen Patrioten- und Zentrumsparlei A. Knapp S. 93—144; D. Albrecht S. 299.

¹⁵⁹ S. u. S. 261.

¹⁶⁰ Druck: Gesetzblatt 1849/50, Sp. 60.

als zweiter politischer Verein. Außerdem konnte sich das Zentrum in Regensburg, wie überall in Bayern und im Reich, auf eine breite Palette katholischer Vereine stützen. Erklärermaßen für die Zentrums politik wirkten hier eine 1890 gegründete Sektion des Volksvereins für das katholische Deutschland sowie der 1899 gegründete Windthorstbund Regensburg, eine Nachwuchsorganisation der Zentrums partei. Eine mehr indirekte, nichtsdestoweniger wirkungsvolle Unterstützung fand die Zentrums partei in den Katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereinen sowie den Christlichen Gewerkschaften Regensburgs. Überregionalen Einfluß im Sinne der Zentrums partei entfalteten der Oberpfälzische Christliche Bauernverein ab 1895 und die Zentralstelle des Bayerischen Christlichen Bauernvereins ab 1907 von Regensburg aus. Besondere Schrittmacherdienste innerhalb der Bayerischen Zentrums partei leistete Regensburg mit der modellhaften Organisation der Zentrums partei der Oberpfalz ab 1907/08.

a) Das Katholische Kasino Regensburg

Am 12. April 1869 wurde im Laumbacherschen Gasthaus in Stadtamhof die Gründung eines Katholischen Kasinos für Regensburg, Stadtamhof und Umgebung beschlossen und hierfür ein provisorisches Komitee gewählt¹⁶¹. Die konstituierende Versammlung fand am 26. April 1869 statt¹⁶², eine Anmeldung beim Stadtmagistrat Regensburg erfolgte unter dem Datum des 30. April 1869¹⁶³. Katholische Kasinos waren der ursprünglichen Intention nach katholische Männervereine zur Wahrnehmung und Verteidigung kirchlicher Rechte im öffentlichen Leben. Den Anstoß zur Kasinobewegung hatte der Mainzer Domkapitular Moufang mit einem Aufruf auf dem Katholikentag 1862 zu Aachen gegeben¹⁶⁴, nachdem im Jahr zuvor die liberale Deutsche Fortschrittspartei ins Leben getreten war. In Baden wurden Katholische Kasinos bereits 1864 im Kampf gegen ein Gesetz über die staatliche Schulaufsicht gegründet, sie bildeten den Grundstock der 1865 konstituierten Katholischen Volkspartei¹⁶⁵. In Bayern hatten sich Katholische Kasinos seit 1866 verbreitet, sie waren die Hauptträger der 1868/69 konstituierten Bayerischen Patriotenpartei. Das Münchner Katholische Kasino begann mit dem Dreikönigsfest (6. Januar) 1866 seine öffentliche Wirksamkeit¹⁶⁶, das Freisinger trat Anfang 1868 anlässlich der Zollparlamentswahlen in Aktion¹⁶⁷, desgleichen das Ingolstädter¹⁶⁸, in Augsburg entstand ein Kasino im März 1868 mit Dr. Max Huttler, dem Verleger der Neuen Augsburger Zeitung und Augsburger Postzeitung als geistigem Mittelpunkt¹⁶⁹ und in Landshut ein solches im Mai 1868¹⁷⁰. Der organisatorische Zusammenschluß der katholisch-konservativen Kräfte erfolgte in Regensburg somit im Vergleich zu anderen Städten etwas verspätet, jedoch waren hier die Parteigänger der Patriotenpartei die ersten, die

¹⁶¹ Vgl. NBV Nr. 100, 13. 4. 1869.

¹⁶² Laut Eintrag im Protokollbuch KK (Titelseite); dasselbe Gründungsdatum ist auf der Titelseite eines gedruckten Statutenheftes von 1906 vermerkt (vgl. u. Anm. 198).

¹⁶³ Vgl. Adreßbuch 1876, S. LV.

¹⁶⁴ Vgl. A. Doeberl, Graf S. 843; Auszug der Rede Moufangs bei E. Filthaut S. 44.

¹⁶⁵ Vgl. W. Tormin, Geschichte S. 62 f.

¹⁶⁶ Vgl. A. Doeberl, Graf S. 844.

¹⁶⁷ Vgl. K. Petermeier S. 41.

¹⁶⁸ Vgl. R. Obermeier S. 20.

¹⁶⁹ Vgl. I. Fischer S. 236 f.

¹⁷⁰ Vgl. Th. Herzog S. 216.

den Schritt zu einer dauerhaften vereinsmäßigen Organisation vollzogen, noch vor den Liberalen und den Sozialdemokraten.

Das Regensburger Kasino wurde im Wahlkampf für die Landtagswahlen vom Mai 1869 gegründet, eine Beeinflussung des Wahlausgangs war unmittelbar Gründungszweck¹⁷¹. Die Präsentation vor der Öffentlichkeit erfolgte jedoch erst nach den Wahlen in einem Stiftungsfest am 13. Juni 1869. Hierzu waren als Deputierte auswärtiger Kasinos Ludwig Graf v. Arco-Zinneberg¹⁷² aus München und der Landtagsabgeordnete Georg Ponschab¹⁷³ aus Ingolstadt erschienen. Bischof Ignatius v. Senestréy war persönlich anwesend. Er und mit ihm die ganze Festversammlung benutzten die Gelegenheit, um König Ludwig II. mit einem dreifachen Hoch ihre patriotische Gesinnung zu demonstrieren und ihn darüber telegraphisch in Kenntnis zu setzen¹⁷⁴. Solche Loyalitätsbezeugungen bei Vereinsfesten waren an sich nicht unüblich, sie besaßen in diesem Falle jedoch eine besondere Brisanz, weil Bischof Senestréy zu diesem Zeitpunkt wegen seiner sogenannten Schwandorfer Ansprache im Kreuzfeuer der liberalen Kritik stand, die ihm umstürzlerische Gesinnung gegenüber Staat und König vorwarf. Das Stiftungsfest diente aber auch dazu, die Verbundenheit des neuen Vereins mit dem angefeindeten Diözesanoberhaupt vor aller Augen deutlich zu machen, ein Wesenszug, der die Geschichte des Katholischen Kasinos durchgehend begleitete. Inwieweit von Bischof Senestréy direkte Initiativen zur Gründung des Katholischen Kasinos ausgingen, muß offengelassen werden. Fest steht, daß erste Gespräche zur Bildung eines Kasinos im Hause des Redakteurs und Verlegers des Neuen Bayerischen Volksblattes, Josef Schmidbauer¹⁷⁵, stattgefunden hatten¹⁷⁶. Zum Ausschuß des Kasinos gehörte 1869 als einziger Geistlicher der Subregens des Regensburger Klerikalseminars, Dr. Franz Ludwigs. Falls Kontakte zwischen Schmidbauer und dem bischöflichen Stuhl in Regensburg bestanden, dürften sie über diesen gelaufen sein.

Die Gründung des Katholischen Kasinos für Regensburg, Stadtamhof und Umgebung wurde in der ersten Märzhälfte 1869 durch eine Artikelserie im Stadtamhofer Neuen Bayerischen Volksblatt von Redakteur Josef Schmidbauer vor-

¹⁷¹ Vgl. NBV Nr. 69, 11. 3. 1869.

¹⁷² Ludwig Graf v. Arco-Zinneberg (1840—1882), Vorstand des Katholischen Kasinos in München, Mitbegründer des Bayerisch-patriotischen Bauernvereins zu Tuntenhausen, Vertreter der aristokratisch-reichsfreundlich-konservativen Richtung in der Patriotenpartei. Vgl. A. Doeberl, Graf S. 847, 854 f.; D. Albrecht S. 302, 315.

¹⁷³ Georg Ponschab, Bierbrauereibesitzer in Ingolstadt, 1869 MdKdA im Wkr. Pfaffenhofen/Oberbayern; gehörte 1871 der reichsfreundlichen Huttler-Gruppe an. Vgl. H. Kistler S. 376; E. Roeder, Kaiser S. 255; K. Petermeier, Anhang S. 2.

¹⁷⁴ Vgl. NBV Nr. 160, 14. 6. 1869; RA Nr. 161, 14. 6. 1869; RM Nr. 132, 15. 6. 1869.

¹⁷⁵ Geb. 6. 8. 1823 in Burghausen, gest. 2. 11. 1877 in Stadtamhof. Trat nach Gymnasialbesuch in München dem Willen seines Vaters entsprechend in das Lyceum in Passau ein, um wie sein Bruder Geistlicher zu werden, verließ jedoch 1845 das Klerikalseminar in Passau, schloß hierauf sein Philosophiestudium an der Universität München ab und belegte vier Semester Jura. Während der Lola-Montez-Affaire engagierte er sich als Hauptmann der Pappenheimia im Studentenfreikorps auf konservativer Seite, brach dann sein Jurastudium ab und wurde Redakteur. Er begründete den „Lechboten“ in Augsburg und war längere Zeit bei der Augsburger Postzeitung tätig. Zwischen 1849 und 1861 wurde ihm dreimal die Schriftleitung des Bayerischen Volksblatts in Stadtamhof bzw. Regensburg übertragen, 1863 gründete er als eigenes Blatt das Neue Bayerische Volksblatt in Stadtamhof.

¹⁷⁶ Vgl. NBV Nr. 160, 14. 6. 1869; N. Mayer S. 82 f.

bereitet: Kirche und christlicher Geist würden immer mehr aus dem öffentlichen Leben verdrängt¹⁷⁷. „Das Christentum muß wieder aus dem steinernen Gotteshaus, aus seinem eng gezogenen kirchlichen Weichbilde hinaustreten in das öffentliche, sociale Leben, es erwärmen und verhüten, daß die Gesellschaft geistig absterbe und verwese“¹⁷⁸. An die Katholiken erging der Aufruf, aus ihrer Lethargie zu erwachen, dem Liberalismus, der sich zur beherrschenden Macht in Staat und Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft entwickelt habe, das Feld streitig zu machen. Katholiken sollten, wie die Liberalen, vom Vereinsrecht Gebrauch machen, nicht länger zusehen, daß nur Liberale an das Staatsruder gelangten und die Gesetzgebung von liberalen Volksvertretern bestimmt würde¹⁷⁹. Das Ziel war klar umgrenzt: nicht Rückzug, sondern Beteiligung der Katholiken am staatlichen Leben, unter Ausschöpfung der in der konstitutionellen Monarchie gegebenen Möglichkeiten. Nicht Resignation und innere Emigration, sondern offensives Vorgehen im freien Kräftespiel der konkurrierenden Parteien und Weltanschauungen. Erstrebt wurde dabei kein konfessioneller Staat mit privilegierter Stellung *einer* Konfession, sondern ein pluraler Staat, in dem die Freiheit der katholischen Kirche gewahrt werden sollte¹⁸⁰. Dieser Staat sollte das souveräne Königreich Bayern sein und bleiben, ein Anschluß an Preußen, das „sich auf Kosten der deutschen Freiheit und des deutschen Geldbeutels . . . zu einem Staate erster Größe“¹⁸¹ aufschwingen wolle, wurde strikt abgelehnt.

In den Statuten von 1869 übernahm dann das Katholische Kasino Regensburg wörtlich den ersten Paragraphen des Münchner Kasinos und beanspruchte in Berufung darauf den Charakter eines geselligen, nichtpolitischen Vereins, wie er auch dem Münchner Verein zugebilligt worden war¹⁸². Der Vereinszweck sei, „Männer von katholischer Gesinnung zur Förderung der katholischen Interessen und zu geselligem Leben zu vereinen“¹⁸³. Die Kategorisierung, ob geselliger oder politischer Verein, war insofern von Belang, weil politische Vereine nach dem bayerischen Vereinsgesetz vom 25. Februar 1850 schärferen Überwachungs- und Strafbestimmungen unterlagen. So konnte die Ortspolizeibehörde jederzeit einen Polizeikommissär in die Versammlungen politischer Vereine entsenden; die der liberalen Partei zuneigende Regensburger Stadtverwaltung wäre somit immer mit neuesten Informationen über die politische Gegenpartei versorgt worden, ein Vorgang, den man von seiten des Kasinos natürlich möglichst zu verhindern suchte. Eine der ersten Amtshandlungen des Regensburger Stadtmagistrats nach Einführung der neuen Gemeindeordnung¹⁸⁴ war es jedoch, das Kasino mit Beschluß vom 2. Juli 1869 zum politischen Verein zu erklären¹⁸⁵. Stadtkommissär

¹⁷⁷ Vgl. NBV Nr. 68, 10. 3. 1869.

¹⁷⁸ NBV Nr. 69, 11. 3. 1869.

¹⁷⁹ Vgl. ebd.

¹⁸⁰ Vgl. NBV Nr. 70, 12. 3. 1869.

¹⁸¹ NBV Nr. 71, 13. 3. 1869.

¹⁸² Vgl. RM Nr. 102, 8. 5. 1869.

¹⁸³ Zitat nach wörtlicher Wiedergabe in Entschließung des StMInn an RegOR, 24. 9. 1869, StR ZR 3169 (Abschrift); auch Verzeichnis der politischen Vereine für 1869, RegOR an StMInn, 21. 1. 1870, StAA Reg. KdI, Nr. 13 689. Die Statuten des Katholischen Kasinos für Regensburg, Stadtamhof und Umgebung sind als ganze nicht erhalten.

¹⁸⁴ Druck: Gesetzblatt 1869, Sp. 865—1006; die Gemeindeordnung für die Landesteile diesseits des Rheins trat zum 1. Juli 1869 in Kraft.

¹⁸⁵ Vgl. RM Nr. 148, 6. 7. 1869; NBV Nr. 182, 6. 7. 1869.

Regierungsrat Reinhard Frhr. v. Freiberg wurde seiner Funktion enthoben, weil er ein entsprechendes Gutachten über das Kasino zwei Monate hinausgezögert hatte¹⁸⁶. Das Katholische Kasino nahm die Magistratsentscheidung jedoch nicht widerspruchlos hin. Es legte Berufung bei der Regierung der Oberpfalz und von Regensburg ein¹⁸⁷, die Kreisregierung aber deckte mit Entschließung vom 9. August 1869 den Stadtmagistrat¹⁸⁸. Dies war nicht allzu verwunderlich, denn auf dem Regierungspräsidentenstuhl in Regensburg saß seit 1868 der liberal gesinnte Max Prachter¹⁸⁹. Die liberale Staatsregierung hatte seinen Vorgänger, Max Gutschneider¹⁹⁰, ebenso wie den Regierungspräsidenten von Unterfranken, Friedrich Frhr. v. Zu-Rhein, wegen Nähe zur Patriotenpartei in den Ruhestand versetzt¹⁹¹. Daß auch eine Beschwerde an das Staatsministerium des Innern unter diesen Umständen nur negativ beschieden werden würde, war dem Ausschuß des Kasinos, der sich offensichtlich an das Prinzip der Gleichbehandlung — im Blick auf den Münchner Verein — klammerte, nicht klar. Das Innenministerium bestätigte die Beschlüsse der untergeordneten Behörden¹⁹². Dies veranlaßte das Kasino, sich in einer Generalversammlung am 11. Oktober 1869 selbst zum politischen Verein zu erklären¹⁹³. Redakteur Josef Schmidbauer begrüßte im Neuen Bayerischen Volksblatt letztendlich die Entscheidung der Behörden¹⁹⁴. Anders als der Kasinoausschuß hatte er sich von Anfang an zum politischen Charakter der Kasinos bekannt, weil es nur so bestimmenden Einfluß bei Wahlen gewinnen könne¹⁹⁵.

Eine Anpassung der Statuten an die veränderte Rechtsstellung wurde erst nach dem Deutsch-französischen Krieg in der Generalversammlung vom 24. April 1871 vorgenommen¹⁹⁶. Ziel des „Katholischen Männervereins ‚Casino‘ für Regensburg, Stadthof und die benachbarten Ortschaften“ — so die beim Stadtmagistrat Regensburg eingetragene Vereinsbezeichnung — war es nunmehr, „Männer von entschieden katholischer Gesinnung zur allseitigen Wahrung und Förderung der katholischen Interessen zu vereinigen“¹⁹⁷. Während hier die politische

¹⁸⁶ Vgl. WBR 5. 7. 1869, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 199.

¹⁸⁷ Vgl. RM Nr. 155, 14. 7. 1869.

¹⁸⁸ Vgl. WBR 10. 8. 1869, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 199; RM Nr. 181, 13. 8. 1869.

¹⁸⁹ Max (v.) Pracher (1819—1888), 1868—1888 Regierungspräsident der Oberpfalz und von Regensburg; 10. 1. 1884 Verleihung des erblichen Adelsstandes unter Vorbehalt des persönlichen Ritterstandes. Vgl. W. Schärl S. 209.

¹⁹⁰ Max Gutschneider (1797—1874), 1854—1863 Regierungspräsident von Mittelfranken, 1863—1868 Regierungspräsident der Oberpfalz und von Regensburg. Vgl. W. Schärl S. 199.

¹⁹¹ Vgl. H. Rall S. 266; L. Lenk, Panorama, Nr. 4, S. 47.

¹⁹² Vgl. StMInn an RegOR, 24. 9. 1869, StR ZR 3169 (Abschrift); RTB Nr. 276, 7. 10. 1869.

¹⁹³ Vgl. RM Nr. 232, 13. 10. 1869; WBR 18. 10. 1869, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 199.

¹⁹⁴ Vgl. NBV Nr. 268, 30. 9. 1869.

¹⁹⁵ Vgl. NBV Nr. 69, 11. 3. 1869.

¹⁹⁶ Vgl. WBR 1. 5. 1871, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 200; NBV Nr. 110, 23. 4. 1871.

¹⁹⁷ Zitat nach Verzeichnis der politischen Vereine für 1882, StR ZR 3169; auch StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 9534. Beim Fehlen entsprechender Primärquellen muß auf den relativ späten Beleg zurückgegriffen werden; doch dürfte es sich bei der Angabe des

Aufgabenstellung in die sehr weite Formulierung der „allseitigen Wahrung“ der katholischen Interessen einbezogen war, wurde sie später in den revidierten Statuten vom 7. Mai 1906 *expressis verbis* ausgedrückt. Dort hieß es: „Das Katholische Casino Regensburg hat den Zweck, die katholischen Interessen auf religiösem, politischem und sozialem Gebiete zu fördern und daneben das gesellige Leben seiner Mitglieder zu pflegen“¹⁹⁸.

Das Kasino erfüllte als politischer Verein quasi die Funktion eines Ortsvereins der Bayerischen Patriotenpartei bzw. des Zentrums. Es nahm bei Landtags-, Reichstags- und Gemeindewahlen die Wahlagitacion und die damit zusammenhängende Bildung wahlspezifischer Organisationen, wie Wahlkreiskomitees für die Patrioten in die Hand¹⁹⁹. Eine ständige organisatorische Verbindung von Ortsverein zu Ortsverein außerhalb der Wahlzeiten oder eine Zentralisierung der Einzelvereine auf Landesebene verhinderte, wie bereits erwähnt, bis 1898 das bayerische Vereinsgesetz von 1850²⁰⁰. Erst ab 1898 wurde das Kasino über den Kreisausschuß für die Oberpfalz in die sehr lockere Organisation der Zentrumspartei in Bayern eingebunden²⁰¹. Die ursprüngliche Konzeption, durch das Kasino die beiden Schwesterstädte Regensburg und Stadtamhof sowie die nächste Umgebung gleichzeitig zu umfassen, wurde nur wenige Jahre, bis zum September 1872, durchgehalten. Ab diesem Zeitpunkt beschränkten sich die Versammlungen, die bis dahin wöchentlich abwechselnd in Stadtamhof und Regensburg stattgefunden hatten, nur mehr auf Regensburg. Den vordergründigen Anlaß gab der Wirt des ehemaligen Stadtamhofer Vereinslokals des Kasinos, der eine Sängergesellschaft nicht gehindert hatte, Spottlieder auf die Jesuiten zum Besten zu geben²⁰². Den tieferen Grund bildeten Meinungsverschiedenheiten zwischen dem radikalpartikularistischen Stadtamhofer Kasinoanhang um Redakteur Josef Schmidbauer und dem in der deutschen Frage gemäßigten Flügel des Regensburger Kasinos. Eine größere Anzahl Stadtamhofer Vereinsmitglieder blieb dem Kasino zwar treu, doch wurde ihre Beteiligung an den Versammlungen in Regensburg immer geringer. Als kurz vor der Jahrhundertwende wieder einmal eine Versammlung des Kasinos in Stadtamhof abgehalten wurde, wurde dort der Wunsch nach einem Vorortkasino geäußert. Am 22. November 1898 erfolgte daraufhin in Anlehnung an die Statuten des Regensburger Kasinos die Gründung des Katholischen Männervereins Stadtamhof und Umgebung, zu dessen Fahnenweihe das Katholische Kasino Regensburg die Patenstelle übernahm. Im Mai 1901 zählte der Katholische Männerverein Stadtamhof und Umgebung 204 Mitglieder²⁰³.

Stadtmagistrats um ein wörtliches Zitat handeln, wie die Verifizierung zweier an gleicher Stelle vorhandener Angaben über die Vereinszwecke des Liberalen Vereins und Protestantenvereins der Stadt Regensburg beweist.

¹⁹⁸ Revidierte Statuten des Katholischen Kasino, gegründet am 26. April 1869 in Regensburg. Genehmigt in der Generalversammlung vom 7. Mai 1906, § 1 (gedruckt) im Protokollbuch KK, eingehftet vor S. 151.

¹⁹⁹ Vgl. z. B. RA Nr. 1, 1. 1. 1877, Nr. 10, 10. 1. 1877.

²⁰⁰ S. o. Anm. 117; Änderung von 1898: Gesetzblatt 1898, S. 289—291.

²⁰¹ Vgl. dazu S. 224.

²⁰² Vgl. WBR 23. 9. 1872, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 200.

²⁰³ Vgl. Festbericht des Katholischen Männervereins Stadtamhof und Umgebung zu seiner Fahnenweihe am 27. Mai 1901, BZAR OA 651; zur Gründung auch Bezirksamt Stadtamhof an RegOR, 28. 11. 1898, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 9951 (mit gedruckten Satzungen); RA Nr. 587, 24. 11. 1898, Nr. 618, 11. 12. 1898.

Das Katholische Kasino war zwar in juristischem Sinne zum politischen Verein erklärt worden, jedoch verfolgte es nicht ausschließlich politische Ziele. Geistige und geistliche Unterweisung seiner Mitglieder gehörten ebenso dazu wie die Pflege des geselligen Lebens. Diese Mischform in der Zielsetzung war typisch für das katholische Vereinswesen, das vor 1918 das subsidiäre Organisations-system der Zentrums-Partei ausmachte²⁰⁴. Über die vereinsinterne Organisation kann für die Anfangszeit Exaktes nicht ausgesagt werden, da die Satzungen fehlen. Jedoch läßt sich aus Angaben des Stadtmagistrats im jährlichen Verzeichnis der politischen Vereine und aus vereinzelt Hinweisen in der Presse erkennen, daß der Vereinsaufbau im wesentlichen mit dem gängigen Vereinsschema übereinstimmte: Zwei Vorstände, ein Schriftführer, ein Kassier sowie eine Reihe Ausschußmitglieder, deren Zahl von fünf (1869) auf 18 (1875) stieg²⁰⁵. Das Kasino hatte den Charakter einer geschlossenen Gesellschaft, Zutritt zu den Veranstaltungen, insbesondere zu den politischen, wurde nur gegen Vorzeigen der Mitgliedskarte gestattet²⁰⁶, ein Umstand, der dem Liberalen Verein, bei dem eine andere Praxis geübt wurde, einen willkommenen Ansatz zur Kritik bot²⁰⁷. Auffallend war der Modus der Wahl der Vorstandschaft: Die Vorstände wurden erst ab der Jahrhundertwende von der Generalversammlung der Mitglieder²⁰⁸, bis dahin aber vom Vereinsausschuß gewählt²⁰⁹. In der Vereinspraxis erschöpfte sich diese „Wahl“ jedoch in einer Bestätigung der bestehenden Vorstandschaft durch Akklamation (Zuruf), was dann jeweils als besonderer Vertrauensbeweis und Anerkennung der bisherigen Verdienste der Vorstandschaft gedeutet wurde²¹⁰. Nach der Angleichung der Statuten an die Satzungen des Katholischen Männervereins St. Emmeram am 7. Mai 1906²¹¹ wurde die gesamte Vorstandschaft, bestehend aus einem ersten und zweiten Vorsitzenden, einem Kassier, einem Schriftführer und 16 Beiräten, alle zwei Jahre von der Generalversammlung mittels Stimmzetteln, d. h. geheim, gewählt (§ 6).

Welche Leute aber standen an der Spitze dieses Vereins, der durch den Auftritt Bischof Senestréys am Stiftungsfest kirchlicherseits legitimiert worden war? Am Zustandekommen des Kasinos war Redakteur Josef Schmidbauer vom Stadt-amhofer Neuen Bayerischen Volksblatt maßgeblich beteiligt gewesen, an leitender Stelle fand er sich nachher jedoch nicht. Zum ersten und zweiten Vorstand wurden 1869 Kaufmann Franz Xaver Straßer und Kürschnermeister Josef Mulzer aus Stadtamhof, zum Sekretär Kassenoffiziant Anton Kölblig, zum Kassier Bäckermeister Thomas Schießl, beide aus Regensburg, gewählt. Bestimmender Mann des Kasinos in der Anfangszeit und eigentlicher Widerpart Schmidbauers, etwa in der Frage des politischen oder nichtpolitischen Charakters des Vereins, aber war der

²⁰⁴ Vgl. dazu Th. Nipperdey, Parteiorganisation S. 265 f.

²⁰⁵ Vgl. Verzeichnisse der politischen Vereine in Regensburg für 1869—1875, StR ZR 3169.

²⁰⁶ Entsprechende Hinweise wurden bereits jeweils in den Versammlungsannoncen in der Presse gegeben, vgl. z. B. RA Nr. 3, 3. 1. 1875.

²⁰⁷ Vgl. WBR 13. 5. 1872, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 200.

²⁰⁸ Vgl. RA Nr. 266, 30. 5. 1900.

²⁰⁹ Vgl. NBV Nr. 112, 25. 4. 1871: „Es wurde ein neuer Ausschuß gewählt, dem nächsten die Vorstandswahl obliegt.“

²¹⁰ Vgl. RA Nr. 213, 1. 5. 1901, Nr. 212, 30. 4. 1902; RM Nr. 107, 14. 5. 1903, Nr. 99, 4. 5. 1904, Nr. 99, 3. 5. 1905.

²¹¹ S. o. Anm. 198.

Subregens des Regensburger Klerikalseminars, Dr. Franz Ludwigs, in der Position eines „Referenten“; er war auch der einzige Akademiker unter den Vorstands- und Ausschußmitgliedern des Casinos im Gründungsjahr ²¹². Offenbar im Zusammenhang mit der amtlicherseits erfolgten Erklärung zum politischen Verein hob das Kasino von sich aus diese Referentenstelle auf, womit auch Dr. Ludwigs Bedeutung schwand; er tauchte 1871 jedoch noch unter den 16 Ausschußmitgliedern auf ²¹³. Im Jahr 1870 stammte der erste Vorstand, Buchhändler Karl Pustet, einer der drei Söhne des Firmengründers Friedrich Pustet ²¹⁴, aus Regensburg, der zweite Vorstand, Kaufmann Georg Michael Ostermann noch aus Stadtamhof ²¹⁵. 1871 waren bereits beide Vorstände aus Regensburg. Die Schwerpunktverschiebung von Stadtamhof nach Regensburg war bedingt durch das proportional schnellere Anwachsen der Mitglieder im einwohnerstärkeren Regensburg, aber auch durch die Gewichtigkeit der in Regensburg ansässigen Kasinomitglieder. Ende April 1871 löste Friedrich Pustet (II) seinen Bruder Karl Pustet als ersten Vorstand ab ²¹⁶, nachdem dieser, reichsfreundlich eingestellt, wegen Differenzen um die Haltung des Casinos in der Frage der Annahme oder Ablehnung der Versailler Verträge aus dem Kasino ausgetreten war ²¹⁷. Mit Friedrich Pustet (II) stand nicht nur einer der angesehensten, durch päpstliche Auszeichnungen geehrten Bürger Regensburgs, sondern auch einer der bedeutendsten Unternehmer der Stadt — die Firma Pustet zählte in den achtziger Jahren weit über 300 Beschäftigte ²¹⁸ —, fast ein Vierteljahrhundert lang an der Spitze des Vereins. Regierungspräsident Pracher beurteilte ihn 1871 als „eine eben so schlaue als unter Umständen energische Persönlichkeit“ ²¹⁹, die durchaus fähig sei, nunmehr, nachdem das Kasino die Erklärung zum politischen Verein akzeptiert habe, auch einen entschieden politischen Kurs zu steuern — eine Einschätzung, die durchaus zutraf. Nach einer vergeblichen Landtagskandidatur im Jahre 1893 legte Friedrich Pustet (II) 1895 die erste Vorstandsstelle nieder, doch verlieh ihm der Verein den Titel eines Ehrenpräsidenten auf Lebenszeit mit dem Recht, in jeder Kasino-Versammlung den Vorsitz zu übernehmen ²²⁰. Friedrich Pustet (II) starb am 4. August 1902 im Alter von 71 Jahren ²²¹.

Gegenüber der beherrschenden Figur Friedrich Pustets treten die zweiten Vorstände des Casinos wenig in Erscheinung. 1871 bis 1873 bekleidete der Fragner Johann Baptist Hüttinger diese Stelle ²²², 1874 bis mindestens Mitte der achtziger Jahre der Gutsbesitzer und erste Reichstagsabgeordnete des Wahlkreises Regens-

²¹² Vgl. Verzeichnis der politischen Vereine in Regensburg für 1869, StR ZR 3169; auch StAA Reg. KdI, Nr. 13 689.

²¹³ Vgl. Verzeichnis der politischen Vereine in Regensburg für 1871, StR ZR 3169.

²¹⁴ Vgl. o. S. 223 u. bereits Teil I, S. 207 f.

²¹⁵ Vgl. Verzeichnis der politischen Vereine in Regensburg für 1870, StR ZR 3169.

²¹⁶ Vgl. NBV Nr. 110, 23. 4. 1871, Nr. 113, 26. 4. 1871; WBR 1. 5. 1871, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 200.

²¹⁷ S. dazu u. S. 241 f.

²¹⁸ S. Teil I, S. 208.

²¹⁹ WBR 1. 5. 1871, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 200.

²²⁰ Vgl. RM Nr. 247, 30. 10. 1895.

²²¹ Vgl. RA Nr. 387, 5. 8. 1902.

²²² Vgl. Verzeichnis der politischen Vereine in Regensburg für 1871, 1872, 1873, StR ZR 3169; auch StAA Reg. KdI, Nr. 13 689.

burg, Adolf Graf v. Walderdorff²²³, und von Beginn der neunziger Jahre bis 1899 der Verleger Josef Habel²²⁴. Habel besaß von Amberg her, von wo er 1889 nach Regensburg übergesiedelt war, bereits reiche Erfahrung in kommunalpolitischen Auseinandersetzungen und im Vereinsleben. Doch nicht er wurde 1895 zum ersten Vorstand des Katholischen Kasinos in Regensburg als Nachfolger Friedrich Pustets (II) gewählt — möglicherweise lehnte er eine Wahl wegen der starken Inanspruchnahme seiner Kräfte durch den Ausbau des Regensburger Zeitungsverlages ab²²⁵ —, sondern der Spirituosenfabrikant Karl Mayer²²⁶. Diesen unterstützte von 1899 bis Anfang 1906 Friedrich Pustet (III), Sohn Friedrich Pustets (II)²²⁷ als zweiter Vorstand, ehe er 1905 als erster Vorstand die Leitung des neugegründeten Katholischen Männervereins St. Emmeram übernahm. Sein Nachfolger als zweiter Vorstand des Katholischen Kasinos wurde der fürstlich Thurn und Taxissche Justizrat Karl Keller, der 1908 auch in die erste Vorstandsstelle aufrückte, nachdem der inzwischen zum Landtagsabgeordneten gewählte Karl Mayer die Kasinoleitung niedergelegt hatte²²⁸. Karl Mayer wurde zum Ehrenvorstand ernannt — wie vor ihm schon Friedrich Pustet (II) — und gleichzeitig Bahnexpeditor Josef Sachs zum 2. Vorsitzenden gewählt. Keller und Sachs standen an der Spitze des Vereins bis 1918²²⁹.

Abgesehen vom ersten Vorstand, einem Kaufmann, wurde das Kasino im Zeitraum von 1869 bis 1918 von drei Fabrikanten bzw. Gewerbetreibenden und einem hochgestellten Privatbeamten geleitet. Beim zweiten Vorstand folgten auf drei nur kurzzeitig fungierende Vertreter des Handwerks- und Kaufmannsstandes über einen längeren Zeitraum ein adeliger Gutsbesitzer, ein Gewerbetreibender, ein Fabrikant, ein höherer Privatbeamter und ein mittlerer Staatsbeamter.

Weitere Rückschlüsse auf die Mitgliederstruktur des Kasinos lassen eine Auswertung des Gesamtvorstands (erster und zweiter Vorstand, Schriftführer, Kassier und Ausschußmitglieder bzw. Beiräte) sowie vereinzelte Hinweise auf die Zusammensetzung der Mitgliedschaft zu. Im Jahre 1869 war das zehnköpfige Gremium noch ganz mittelständisch-kleinbürgerlich geprägt mit vier Kaufleuten, drei Handwerksmeistern, einem niederen Beamten und einem Geistlichen²³⁰. 1871 gliederte sich die Vorstandschaft von insgesamt 20 Mann in sieben Handwerksmeister und Gewerbetreibende, vier Geistliche, drei Redakteure, je einen

²²³ Vgl. Verzeichnisse der politischen Vereine in Regensburg für 1874—1885, StR ZR 3169; für 1874 auch StAA Reg. KdI, Nr. 13 689, für 1875—1882 auch StAA Reg. KdI, Nr. 13 690, für 1878—1885 auch StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 9534. Für die Phase von 1886—1891 fehlen Angaben.

²²⁴ Zur Person s. u. S. 274 f.

²²⁵ In das Jahrzehnt von 1889 bis 1899 fiel das umfangreiche Bauvorhaben der Verlagsgebäude in der Königsstraße / Fröhliche Türkenstraße. Vgl. RA Nr. 9, 6. 1. 1917.

²²⁶ Karl Mayer, geb. 24. 1. 1851 in Amberg, gest. 24. 1. 1922 in München, kath., besuchte 1856 bis 1864 die städtische Handelsschule in Nürnberg, war 1868—1874 Kommis und Buchhalter in Stuttgart, Antwerpen und London, wurde 1874 Teilhaber der Spirituosenfabrik C. L. Runzlers Nachfolger, k. Kommerzienrat seit 12. 3. 1911, zudem Inhaber des päpstlichen Ehrenkreuzes Pro ecclesia et pontifice. Vgl. Amtliches Handbuch KdA 1906, S. 263; Familienbögen StR.

²²⁷ S. 273 f.

²²⁸ Vgl. RA Nr. 65, 7. 2. 1906, Nr. 225, 6. 5. 1908.

²²⁹ Vgl. Protokollbuch KK, S. 2, 17, 33, 51, 54, 57.

²³⁰ Ein weiteres Ausschußmitglied war beruflich nicht zu klassifizieren. Vgl. Verzeichnis der politischen Vereine in Regensburg für 1869, StR ZR 3169.

Fabrikanten, Lycealprofessor, höheren Privatbeamten, Okonom, Arbeiter und Privatier²³¹, 1914 bei gleicher Anzahl in sechs Handwerksmeister und Gewerbetreibende, fünf Staatsbeamte, drei Geistliche, zwei Arbeiter und je einen Redakteur, Privatbeamten, Parteiangestellten und technischen Freiberufler²³². Die Streuung über verschiedene Berufssparten war damit ziemlich breit und annähernd ein Spiegelbild der Sozialstruktur der wenig industrialisierten, vorwiegend mittelständisch-kleingewerblich bestimmten Stadt. Gleichwohl lag für manche Schichten, etwa die katholische Geistlichkeit, eine deutliche Überrepräsentation vor, während die Arbeiterschaft, zuletzt mit zwei Vertretern im Beirat, deutlich unterrepräsentiert war.

Die Gründung des Casinos als Teil einer über das ganze Land Bayern verbreiteten Parteibewegung, die in der neu konstituierten Fraktion der Bayerischen Patriotenpartei ihren Mittel- und Zielpunkt hatte, war für konservative Wählerschichten ein neues Unterfangen. Die Frage war, auf welche Resonanz dieses Organisationsbestreben stoßen würde und inwieweit man sich gegenüber der unmittelbar darauf auftretenden Konkurrenz der liberalen und sozialdemokratischen Partei behaupten würde. Hinsichtlich der vom Kasino angesprochenen Zielgruppe fällt zunächst auf, daß sie durch Paragraph 1 der Statuten auf eine Konfession, die Katholiken, eingeengt war²³³. Dies erwies sich bei der konfessionellen Struktur Regensburgs mit vier Fünftel Katholiken der Gesamteinwohnerschaft zu diesem Zeitpunkt²³⁴ nicht so sehr als Nachteil, widersprach aber dem späteren, zumindest theoretisch aufrecht erhaltenen Anspruch der Zentrums-partei im Reich auf einen nichtkonfessionellen, politischen Charakter²³⁵. Die bewußt weite Formulierung des Vereinszweckes als „Förderung der katholischen Interessen“²³⁶ appellierte indirekt an das religiöse Pflichtgefühl aller Angehörigen dieser Konfession, aus Verantwortungsbewußtsein gegenüber Kirche und Glaube in die Parteioorganisation einzutreten. Dies entsprang der Auffassung von der Untrennbarkeit religiöser und politischer Angelegenheiten. Tatsächlich erwies der Mitgliederzuwachs bereits in den ersten Monaten, daß die Politisierung der Bevölkerung schon soweit fortgeschritten war, daß eine organisatorische Bindung der Parteigänger eingeleitet werden konnte. Die Adreßbewegungen, die ständige Agitation der Parteipresse seit 1866, die Aufeinanderfolge mehrerer Wahlen hatten in dieser Beziehung den Boden bereitet. Friedrich Pustet (II) drückte den erreichten Bewußtseinszustand 1871 so aus: „Die Zeiten, in denen man gemütlich im Schlafrock in warmer Stube die Tagesereignisse an sich vorüberziehen lassen konnte, ohne sich am öffentlichen Leben irgendwie selbst zu beteiligen, sind gründlich vorüber und es ist eine, wenn auch für manchen unangenehme Tatsache, daß die Gleichgiltigkeit des Einzelnen die Erfolge einer ganzen Partei nicht nur zu hemmen, sondern in vielen Fällen geradezu in Frage zu stellen, ja sogar zu vereiteln vermag. Nur dort, wo jeder nach seinen Kräften für seine Überzeugung einsteht und willig seine persönliche Bequemlichkeit dem Parteizwecke zum Opfer bringt, ist der schließliche Sieg zu erhoffen“²³⁷.

²³¹ Vgl. Verzeichnis der politischen Vereine in Regensburg für 1871, StR ZR 3169.

²³² Vgl. Protokollbuch KK, S. 51 f.; auch RA Nr. 225, 6. 5. 1914.

²³³ S. o. Anm. 183.

²³⁴ Exakte Zahlen zu den Konfessionsverhältnissen s. Teil I, Tabelle 2.

²³⁵ Vgl. K. Bachem, Bd. 3, S. 126 ff.

²³⁶ S. o. Anm. 183.

²³⁷ O. Denk S. 135.

Bis zum Stiftungsfest am 13. Juni 1869, nicht ganz zwei Monate nach der Gründung, zählte das Kasino bereits mehr als 400 Mitglieder²³⁸. Ein Jahr später war die Zahl bereits auf 1145 geklettert²³⁹, der Kulturkampf sorgte für weiteren Zustrom, 1884 wurden über 1300 Mitglieder genannt²⁴⁰. Aber die wirtschaftliche Stagnation der endsiebziger und achtziger Jahre, die in Deutschland überall ein Nachlassen des politischen Interesses des Bürgertums mit sich brachte und speziell auch in Bayern zum Einschlafen vieler in den siebziger Jahren gegründeter politischer Vereine führte²⁴¹, ging letzten Endes auch am Katholischen Kasino für Regensburg und Umgebung nicht spurlos vorüber. Die Mitgliederzahl sank rapide um mehr als die Hälfte, für 1893 wurden lediglich noch circa 600 Mitglieder angegeben²⁴². Die Befürchtung liberaler Kreise der Stadt, daß nach dem Bau des großdimensionierten St. Erhardihauses 1890/91, des neuen Vereinshauses der katholischen Vereine Regensburgs²⁴³, die Zentrumspartei einen ungeahnten Aufschwung nehmen würde, bewahrheitete sich nicht, jedenfalls nicht unmittelbar²⁴⁴. Zwar konnte Friedrich Pustet bei der 25-Jahrfeier des Kasinos auf 652 Mitglieder verweisen²⁴⁵, doch verringerte sich ihr Bestand bis zum Mai 1899 auf 578. Erst das Auftauchen eines neuen aktiven Mannes, Heinrich Helds, im Laufe des Jahres 1899 und die von ihm angestoßene parteipolitische Kraftprobe bei den Gemeindewahlen 1899 ließen die Mitgliederzahl des Kasinos bis Ende 1900 auf über 700 emporschnellen²⁴⁶. Die Gründung eines zweiten Zentrumsvereins, des Katholischen Männervereins St. Emmeram Ende 1905, entzog dann dem Kasino einen Teil seiner Mitglieder, jedoch wirkte sich dies bei einem zunächst anhaltenden Aufwärtstrend der Zentrumspartei in der Stadt nicht allzustark aus. 1908 gehörten dem Kasino 583 Mitglieder an, von da ab stagnierte die Zahl bis zum Jahre 1912 und sank dann bis Mai 1914 sogar auf 539 ab²⁴⁷.

In das Ringen zwischen liberaler Partei und Kasino um Mitglieder wurden auch andere Vereine und Organisationen mit einbezogen. Am 23. Juni 1869 meldete das Neue Bayerische Volksblatt von Stadtamhof Protest an, weil angeblich Leute wegen ihrer Zugehörigkeit zum Katholischen Kasino aus der Regensburger Feuerwehr ausgeschlossen worden seien²⁴⁸. Auf einem kurz darauf zufällig in Regensburg stattfindenden Feuerwehrtag wurde dieser Vorwurf als ungerechtfertigt zurückgewiesen²⁴⁹. Eine nationalliberale Tendenz mit zeitweise anti-kirchlichen Tönen aber war bei der Regensburger Feuerwehr nicht zu verleugnen, wie eine erneut aufflackernde Polemik ein Jahr später bewies²⁵⁰. Der Liberalis-

²³⁸ Vgl. RM Nr. 132, 15. 6. 1869; NBV Nr. 160, 14. 6. 1869.

²³⁹ Vgl. O. Denk S. 133; BVBo Nr. 107, 9. 5. 1894 nennt beim Rückblick anlässlich der 25-Jahrfeier des Kasinos 1155 Mitglieder für 1870.

²⁴⁰ Vgl. RM Nr. 105, 7. 5. 1884.

²⁴¹ Vgl. A. Knapp S. 99.

²⁴² Vgl. RM Nr. 230, 11. 10. 1893.

²⁴³ Vgl. G. Brombierstäudl S. 21.

²⁴⁴ Vgl. BVBo Nr. 107, 9. 5. 1894.

²⁴⁵ Vgl. ebd.

²⁴⁶ Vgl. RA Nr. 266, 30. 5. 1900.

²⁴⁷ Die genauen Mitgliederzahlen: 1909: 567, 1910: 573, 1911: 575, 1912: 588, 1913: 571, 1914: 539, 1915: 510, 1916: 414. Vgl. Protokollbuch KK, S. 1, 10, 24, 32, 40, 42, 54, 57.

²⁴⁸ Vgl. NBV Nr. 169, 23. 6. 1869.

²⁴⁹ Vgl. RTB Nr. 177, 30. 6. 1869; NBV Nr. 174, 28. 6. 1869.

²⁵⁰ Vgl. RM Nr. 127, 8. 6. 1870, Nr. 128, 9. 6. 1870.

mus suchte bekanntermaßen mit Turn-, Gesang- und Schützenvereinen auch die Feuerwehr als Vorfeldorganisation seinen Zielsetzungen unterzuordnen²⁵¹. Schließlich stand auch nicht zufällig der Altliberale Josef Reitmayr, Redakteur des Regensburger Tagblattes, als Kommandant an der Spitze der Regensburger Feuerwehr²⁵². Andererseits argwöhnte Regierungspräsident Pracher nach der Beteiligung der Stadtamhofer Feuerwehr an einer Prozession sowie der Unterstützung durch Geistliche bei der Gründung neuer Feuerwehren auf dem Lande, die Patriotenpartei wolle sich in diesen Organisationen „einnisten“²⁵³. Auch der Kriegerverein Regensburg geriet in die Mühlen parteipolitischer Auseinandersetzungen²⁵⁴. Er hatte bei seiner Gründung 1871 ausdrücklich eine Befassung mit Politik abgelehnt und Mitglieder aller politischen Schattierungen aufgenommen. Angesichts der reservierten Haltung der Patriotenpartei gegenüber der Reichsgründung und den entsprechenden nationalen Feiern war aber dann eine Annäherung des Kriegervereins an die liberale Partei eingetreten, mit der man sich in der Pflege nationalen Sinnes einig wußte²⁵⁵. Zu den vom Kriegerverein veranstalteten Sedansfeiern wurden nur die liberal ausgerichteten Vereine geladen, nicht aber die bayerisch-patriotischen und kirchlich-konservativen²⁵⁶. Bei dieser Entwicklung konnte es fast nicht verwundern, daß im Sommer 1875 ein Mitglied des Kriegervereins „wegen Beschimpfung des Liberalen Vereins bei Gelegenheit der Landtagswahl“²⁵⁷, kurze Zeit später ein weiteres wegen Schädigung des eigenen Vereins „bei Gelegenheit der Landtagswahl“²⁵⁸ ausgeschlossen wurde. Die Identifikation des Kriegervereins mit der liberalen Partei war vollkommen und Bürgermeister Stobäus soll seinem Schwiegersohn Franz Riederer, dem ersten Vorstand des Kriegervereins, den Rat gegeben haben, man solle nun „alle Schwarzen aus dem Vereine ausschließen“²⁵⁹. Die Reaktion waren heftigste Differenzen innerhalb des Kriegervereins, bei denen sich zuletzt der parteineutral orientierte Flügel durchsetzte und die alte Vorstandschaft zum Rücktritt zwang²⁶⁰. Der zur liberalen Partei neigende Flügel aber gründete unter Assistenz des Bürgermeisters und fast sämtlicher liberaler Gemeindegliedern am 18. Januar 1876 einen neuen Verein, den Deutschen Kriegerbund²⁶¹. Im älteren Kriegerverein Regensburg hingegen, der sich ab 1887 den Untertitel „Stammverein“ zulegte²⁶², verblieben die mehr der Patriotenpartei

²⁵¹ Dies wurde auch ganz offen ausgesprochen, z. B. in RTB Nr. 230, 22. 8. 1875.

²⁵² Vgl. RTB Nr. 215, 7. 8. 1877.

²⁵³ WBR 4. 7. 1870, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 199.

²⁵⁴ Der Kriegerverein Regensburg war am 14. 5. 1871 aus dem am 1. 9. 1850 gegründeten Veteranenverein für die Städte Regensburg und Stadtamhof sowie für deren Umgegend hervorgegangen, nachdem sich vorher schon, nach dem Kriege von 1866, ein Veteranenverein 1849 abgespalten hatte. Vgl. Akten des StM, StR ZR 6857.

²⁵⁵ Vgl. RTB Nr. 220, 12. 8. 1875.

²⁵⁶ Vgl. RM Nr. 203, 8. 9. 1875; RTB Nr. 240, 1. 9. 1875.

²⁵⁷ RM Nr. 179, 11. 8. 1875, Nr. 182, 14. 8. 1875.

²⁵⁸ RM Nr. 203, 8. 9. 1875.

²⁵⁹ Polizeibericht an StM, 20. 9. 1875, StR ZR 6857.

²⁶⁰ Vgl. Polizeiberichte über Versammlungen des Kriegervereins an StM, August bis November 1875, StR ZR 6857; RM Nr. 203, 8. 9. 1875, Nr. 255, 10. 11. 1875; RTB Nr. 267, 28. 9. 1875.

²⁶¹ Vgl. RTB Nr. 22, 22. 1. 1876.

²⁶² Vgl. StM an Gruber, 3. 1. 1887, StR ZR 6657.

zuneigenden Mitglieder. So hatte sich eine parteipolitische Scheidung auch bereits im Vorfeld der eigentlich politischen Parteivereine angebahnt, eine Tendenz, die sich im Laufe des Jahrhunderts immer mehr verstärkte und zu einem Netz zugeordneter Vereine bei allen Parteien führte.

Aktivitäten

Die Bayerische Patriotenpartei war ebenso wie das Katholische Kasino für Regensburg, Stadtamhof und Umgebung unter einem streng partikularistischen Vorzeichen gegründet worden. Trotzdem brachte gerade die deutsche Nationalstaatsidee die erste große Belastungsprobe für die Partei. Hatte bereits die aufflammende nationale Begeisterung des patriotischen Abgeordneten Professor Johann Nepomuk Sepp am 19. Juli 1870 den Ausschlag für eine Bewilligung der Kriegskredite im Bayerischen Landtag gegeben, so wurde die Uneinigkeit der Partei bei der Abstimmung über den Eintritt Bayerns ins Deutsche Reich am 21. Januar 1871 noch offensichtlicher²⁶³. Eine reichsfreundlich gesinnte Gruppe von 32 patriotischen Abgeordneten um Max Huttler bejahte im Gegensatz zur Fraktionsmehrheit um den Führer der Partei, Edmund Jörg, die Versailler Verträge. Die Verwirrung in den eigenen Reihen wurde verstärkt durch die Gründung der extrem partikularistischen Katholischen Volkspartei, die vom Redakteur des „Bayerischen Vaterlandes“, Dr. Johann Baptist Sigl und drei Kammerabgeordneten im Februar/März 1871 veranlaßt wurde²⁶⁴.

Unter den 48 Abgeordneten, die am 21. Januar 1871 gegen die Versailler Verträge gestimmt hatten, befanden sich auch zwei der drei Abgeordneten des Landtagwahlkreises Regensburg, Bierbrauer Johann Brückl aus Mintraching und Müller Johann Höchstetter aus Pielmühle²⁶⁵. Der dritte Abgeordnete, Ministerialrat Dr. Johann Diepolder aus München, hatte sich der Stimme enthalten²⁶⁶, schloß sich später jedoch der reichsfreundlichen Huttler-Gruppe an²⁶⁷. Ein Klärungsprozeß in dieser Problematik mußte auch von den Organisationen auf lokaler Ebene, wie dem Katholischen Kasino für Regensburg, Stadtamhof und Umgebung durchlaufen werden. Als nach der Schlacht von Sedan am 2. September 1870 nationalliberale Politiker, wie Bennigsen und Lasker bei einem Besuch in München, im Verein mit der nationalliberalen Presse auf einen baldigen Anschluß Bayerns an den Norddeutschen Bund drängten, wiesen die Regensburger patriotischen Lokalblätter, das Morgenblatt und das Stadtamhofer Neue Bayerische Volksblatt, dieses Verlangen zurück. Im Norddeutschen Bund sah das Morgenblatt nichts als „ein politisches Instrument, um die Hegemonie Preußens über ganz Deutschland zu verbreiten und festzuhalten“²⁶⁸. Anfang Januar 1871 jedoch schwenkte das Morgenblatt auf eine gemäßigttere Linie ein und brachte auch für diejenigen patriotischen Abgeordneten, die voraussichtlich für die Verträge stimmen würden, ein gewisses Verständnis auf. Das Stadtamhofer Neue Bayerische Volksblatt hingegen behielt seine unbedingte Ablehnung bei²⁶⁹. Im Katholischen Kasino steuerte der erste Vorstand, Karl Pustet, einen reichsfreund-

²⁶³ Vgl. H. Kistler S. 62–74.

²⁶⁴ Vgl. R. Sigl S. 185 f.; H. Kistler S. 67, 77; H. Rall S. 282.

²⁶⁵ Vgl. H. Geiselberger S. 161 f.

²⁶⁶ Vgl. NBV Nr. 22, 23. 1. 1871.

²⁶⁷ Vgl. K. Petermeier, Anhang S. 2.

²⁶⁸ RM Nr. 266, 24. 11. 1870.

²⁶⁹ Vgl. WBR 16. 1. 1871, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 200; RM Nr. 7, 10. 1. 1871.

lichen Kurs. Unter seinem Einfluß erklärte sich eine Kasinoversammlung vor dem 21. Januar 1871 damit einverstanden, daß auf die bayerische Kammer der Abgeordneten im Sinne der Annahme der Versailler Verträge eingewirkt werden solle. Bischof Ignatius v. Senestréy jedoch intervenierte dagegen, woraufhin Karl Pustet aus dem Kasino austrat — so jedenfalls wollte es Regierungspräsident Pracher erfahren haben²⁷⁰. Der erste Versuch des politisch organisierten Katholizismus Regensburgs in Richtung einer Integration in das neue Deutsche Reich stieß offenbar auf innerparteiliche Differenzen. Darauf deutet der Kandidaturverzicht Karl Pustets für die Vorstandswahl 1871 hin. Ob allerdings Bischof Ignatius v. Senestréy tatsächlich hemmend eingriff, während er nach anderen Zeugnissen seine frühere großdeutsche Haltung aus realpolitischer Einsicht änderte und bereits im Dezember 1870 führende Mitglieder der Patriotenpartei aufforderte, für den Eintritt ins neue Deutsche Reich zu stimmen²⁷¹, ist mehr als fraglich.

Die Orientierungskrise im Katholischen Kasino wurde beendet, als Friedrich Pustet Ende April 1871 in die erste Vorstandsstelle gewählt wurde. Er führte das Kasino auf einen gemäßigten, an der Politik der Jörg-Gruppe orientierten Kurs²⁷². Gegenüber der zum Faktum gewordenen Reichsgründung unter preußischer Führung wurde eine distanzierte Haltung an den Tag gelegt. Manchen Mitgliedern war die von Friedrich Pustet vertretene, ausgesprochen katholisch-konservative Linie jedoch immer noch zu wenig offensiv. Als sich im März 1877 in München der extreme rechte Flügel der Patriotenpartei um den Theologen Dr. Aloys Ritter²⁷³ und Redakteur Dr. Sigl erneut als Katholische Volkspartei konstituierte, fand sich Josef Schmidbauer, der Redakteur des Neuen Bayerischen Volksblattes in Stadtamhof, unter den ersten, die ihre Person und ihr Blatt in den Dienst der neuen Sache stellten²⁷⁴. Er wurde bereits am 16. Januar 1877 in München in das vorbereitende provisorische Komitee der Katholischen Volkspartei gewählt und agitierte von da ab leidenschaftlich für die neue Partei²⁷⁵. Das Regensburger Morgenblatt, Sprachrohr des Kasinovorstandes Friedrich Pustet, lehnte die Parteineugründung sofort als „unverantwortliches Manöver zur Sprengung der bayr.-patriotischen Partei“²⁷⁶ ab. Nach einer immer heftiger werdenden Polemik zwischen beiden Blättern, in der das Morgenblatt die Mitglieder der Katholischen Volkspartei auch als „Sigltroß, Kinder und Narren“²⁷⁷ betitelte, erklärte Schmidbauer, einer der Mitbegründer des Katholischen Kasinos, am 10. April 1877 seinen Austritt²⁷⁸. Wenige Tage später verweigerte er auch die Aufnahme der Versammlungsannoncen des Kasinos in seinem Blatt, der Bruch mit den „Gemäßigten“ war vollständig²⁷⁹.

²⁷⁰ Vgl. WBR 6. 2. 1871, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 200.

²⁷¹ Vgl. A. Doeberl, Bischof Ignatius S. 242; ähnlich, jedoch ohne Zeitangabe, M. Doeberl, Reichsgründung S. 188; M. Buchberger S. 74; G. G. Windell S. 271.

²⁷² Vgl. NBV Nr. 102, 15. 4. 1877.

²⁷³ Vgl. K. Möckl S. 57 f., 68.

²⁷⁴ Vgl. NBV Nr. 20, 21. 1. 1877. Das Neue Bayerische Volksblatt war neben Sigls Bayerischem Vaterland und dem Fränkischen Volksblatt eines der drei Blätter, die als Organe der Katholischen Volkspartei bezeichnet wurden. Vgl. NBV Nr. 24, 25. 1. 1877.

²⁷⁵ Vgl. NBV Nr. 20, 21. 1. 1877, Nr. 21, 22. 1. 1877.

²⁷⁶ Zit. nach NBV Nr. 24, 15. 1. 1877.

²⁷⁷ Zit. nach NBV Nr. 89, 2. 4. 1877, Nr. 102, 15. 4. 1877.

²⁷⁸ Vgl. NBV Nr. 98, 11. 4. 1877.

²⁷⁹ Vgl. NBV Nr. 102, 15. 4. 1877.

Zu einer Kraftprobe zwischen den Anhängern der Katholischen Volkspartei und den Parteigängern Jörgscher Richtung entwickelte sich eine Landtagsnachwahl im Wahlkreise Stadtamhof im Juni 1877, die wegen einer Beförderung des bisherigen Abgeordneten, Bezirksgerichtsassessors Johann Baptist Walter, nötig wurde. Schmidbauer proklamierte in seinem Blatt sofort Dr. Sigl als Kandidaten²⁸⁰. Bereits 1875 war Dr. Sigl auf Betreiben Schmidbauers von einer Vertrauensmännerversammlung in Schwandorf auf die Kandidatenliste gesetzt worden, im letzten Augenblick aber durch den Einfluß Regensburger „gemäßigter“ Kräfte von Bezirksgerichtsassessor Walter verdrängt worden²⁸¹. Sigls erneute Kandidatur im Jahre 1877 aber war von Schmidbauer etwas vorschnell verkündet worden, denn die Neuwahl gab den Wahlmännern nur die Gelegenheit zur Wiederwahl oder Ablehnung des beförderten bisherigen Abgeordneten, im Falle seiner Ablehnung trat der früher gewählte Ersatzmann an seine Stelle²⁸². Trotzdem agitierte Schmidbauer nach Erkenntnis seines Irrtums mit aller Kraft gegen eine Wiederwahl Walters²⁸³, jedoch vergeblich. Der Einfluß der „Gemäßigten“ aus den Reihen des Katholischen Casinos erwies sich als stärker²⁸⁴. Das Ergebnis war, daß Walter schließlich mit der großen Mehrheit von 171 gegen 18 Stimmen wiedergewählt wurde²⁸⁵. Die extreme Katholische Volkspartei hatte eine empfindliche Niederlage hinnehmen müssen, die Stellung der „Gemäßigten“ im Regensburger Casino war unerschüttert.

Am 17. Juni 1877, einen Tag vor der Neuwahl im Wahlkreis Stadtamhof, berief die Katholische Volkspartei in Bayern eine Landesversammlung nach Stadtamhof ein. Stadtamhof wurde nach Angabe des Regierungspräsidenten Pracher u. a. deshalb gewählt, weil Bischof v. Senestréy der Katholischen Volkspartei gegenüber günstig gestimmt sei²⁸⁶. Als Haupttagesordnungspunkt stand die Neuwahl des geschäftsleitenden Ausschusses zur Diskussion²⁸⁷, nachdem ein vom Papst erbetener Segen, „obwohl die Sache und das Programm es verdiene und werth sei, — wegen der Persönlichkeiten im Comité“²⁸⁸ verweigert worden war. Als mißliebige Person galt dabei in erster Linie Dr. Sigl²⁸⁹. Die Versammlung in Stadtamhof wählte dennoch den bisherigen geschäftsführenden Ausschuß wieder und erweiterte ihn um fünf Personen, darunter auch Redakteur Schmidbauer von Stadtamhof. Aus der Oberpfalz stammten außerdem der erste Vorstand Frhr. v. Satzenhofen aus Rothenstadt, Stadtpfarrer Käß aus Weiden, der frühere Vorstand des St. Josefs-Arbeiterunterstützungsvereins Regensburg,

²⁸⁰ Vgl. NBV Nr. 151, 6. 6. 1877.

²⁸¹ Vgl. NBV Nr. 154, 9. 6. 1877.

²⁸² Vgl. RM Nr. 129, 10. 6. 1877.

²⁸³ Vgl. NBV Nr. 157, 12. 6. 1877, Nr. 159, 14. 6. 1877, Nr. 160, 15. 6. 1877, Nr. 161, 16. 6. 1877.

²⁸⁴ Vgl. NBV Nr. 159, 14. 6. 1877, Nr. 161, 16. 6. 1877; RM Nr. 130, 12. 6. 1877, Nr. 133, 15. 6. 1877, Nr. 134, 16. 6. 1877.

²⁸⁵ Vgl. RM Nr. 136, 19. 6. 1877; NBV Nr. 164, 19. 6. 1877.

²⁸⁶ WBR 4. 6. 1877, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 201; ähnlich auch NBV Nr. 201, 26. 7. 1877.

²⁸⁷ Vgl. NBV Nr. 159, 14. 6. 1877.

²⁸⁸ Schreiben des ersten Vorstandes des geschäftsleitenden Ausschusses der Katholischen Volkspartei, Frhr. v. Satzenhofen, 16. 5. 1877, mit einer Passage aus einer „Privat-Erklärung aus der päpstlichen Staats-Secretarie“. NBV Nr. 154, 9. 6. 1877.

²⁸⁹ Vgl. NBV Nr. 158, 13. 6. 1877.

sowie Pfarrer Dr. Josef Schäfler aus Ramspau²⁹⁰. In dem zwölfköpfigen Ausschuß war der Regierungsbezirk Oberpfalz mit vier Personen deutlich überrepräsentiert. Beichtvater Michael Lorenz aus Waldsassen, zwar nicht im Führungsgremium vertreten, zählte aber zu den Wortführern und eifrigsten Verfechtern der neuen Partei in der Oberpfalz²⁹¹. Der Anschluß Pfarrer Schäflers von Ramspau an die katholisch-extreme Richtung hatte bald ein Nachspiel. Die Gebrüder Pustet entzogen ihm die Redaktion des „Katholischen Kirchenfreundes“²⁹², dafür aber brachte dieser ab 1. Oktober 1877 ein neues Wochenblatt, „Das Kreuz“, in der Schmidbauerschen Druckerei in Stadtamhof heraus²⁹³. Mit dem Tod Josef Schmidbauers Anfang November 1877²⁹⁴ verlor die Katholische Volkspartei zwar eine ihrer Hauptstützen in dieser Region, doch blieb der Name Regensburgs mit ihren Bestrebungen verbunden.

Nachdem die Bemühungen des Fürsten Karl zu Löwenstein zuletzt im März 1881 gescheitert waren, die Jörg- und Siglgruppe wieder auf ein gemeinsames Programm zu verpflichten²⁹⁵, verabschiedete die Katholische Volkspartei auf einer Vertrauensmännerversammlung am 4. April 1881 in Regensburg mit Blick auf die bevorstehenden Landtagswahlen ein eigenes Programm. Der Entwurf hierfür wurde von Dr. Rittler vorgelegt und nach einer redaktionellen Überarbeitung durch ein siebenköpfiges Komitee Ende April 1881 als sogenanntes Regensburger Programm veröffentlicht²⁹⁶. Unter den circa 250 Unterzeichnern befanden sich auch der Regensburger Domkapitular Dr. Josef Neumeyer, Redakteur Johann Fußangel vom Neuen Bayerischen Volksblatt in Stadtamhof, der die Nachfolge Josef Schmidbauers angetreten hatte, sowie die altbekannten Namen aus der Oberpfalz, Frhr. v. Satzenhofen aus Rothenstadt und Pfarrer Schäfler von Ramspau²⁹⁷. Karl Fürst zu Löwenstein, Teilnehmer an der oben genannten Vertrauensmännerversammlung in Regensburg, hatte sich trotz des Drängens Dr. Sigls geweigert, seine Unterschrift unter das neue Programm zu setzen²⁹⁸. Die Regensburger Patriotenpartei um Friedrich Pustet hielt sich von diesen Veranstaltungen der „Extremen“ fern, das Morgenblatt berichtete nur sehr knapp über die Versammlung, nicht ohne einen Appell zur künftigen Einheit anzufügen²⁹⁹. Auch mit der Berufung Dr. Alois Rittlers Ende 1882 zum Lycealprofessor in Regensburg — übrigens gegen den Widerstand Bischof Senestréys, dessen

²⁹⁰ Vgl. NBV Nr. 163, 18. 6. 1877, Nr. 165, 20. 6. 1877; RM Nr. 136, 19. 6. 1877, Nr. 138, 21. 6. 1877.

²⁹¹ Vgl. NBV Nr. 163, 18. 6. 1877, Nr. 164, 19. 6. 1877, Nr. 183, 8. 7. 1877; RM Nr. 137, 20. 6. 1877, Nr. 144, 28. 6. 1877, Nr. 153, 10. 7. 1877.

²⁹² Vgl. DkK Nr. 24, 17. 6. 1877.

²⁹³ Vgl. WBR 25. 6. 1877, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 201.

²⁹⁴ Vgl. NBV Nr. 300, 2. 11. 1877, Nr. 302, 5. 11. 1877.

²⁹⁵ Nach einer Beratung im Kath. Kasino in München am 24. 3. 1881 war Pfarrer Schäfler beauftragt worden, im Einvernehmen mit Jörg ein Wahlprogramm zu verfassen; Schäfler legte einen Entwurf vor, der jedoch von der Jörgschen Fraktion abgelehnt wurde. Vgl. RTB Nr. 82, 23. 3. 1881, Nr. 90, 31. 3. 1881, Nr. 95, 5. 4. 1881; D. Albrecht S. 304.

²⁹⁶ Druck: H. Schulthess 1881, S. 164 ff.; auch RTB Nr. 128, 10. 5. 1881; dazu K. Möckl S. 68.

²⁹⁷ Vgl. RTB Nr. 128, 10. 5. 1881.

²⁹⁸ Vgl. RTB Nr. 97, 7. 4. 1881; dazu P. Siebertz S. 174 f.

²⁹⁹ Vgl. RM Nr. 77, 6. 4. 1881, Nr. 79, 8. 4. 1881.

Sekretär Rittler früher kurzzeitig gewesen war³⁰⁰ — und dessen Beförderung zum Lycealrektor zwei Jahre später, vermochte die extreme Richtung in Regensburg nicht stärker Fuß zu fassen. Rittler blieb isoliert, außerdem schwenkte er bereits seit 1882, wahrscheinlich um seines persönlichen beruflichen Vorteils willen, auf eine sehr entgegenkommende Haltung gegenüber dem Ministerium Lutz ein³⁰¹. Im März 1882 erklärte auch Pfarrer Schäfler aus Rospau resignierend seinen Austritt aus der Kammer der Abgeordneten³⁰², die Bewegung der Katholischen Volkspartei verlor ihre innere Kraft. Das Katholische Kasino Regensburg hatte sich als Damm gegen allzu extreme, betont klerikale und partikularistische Tendenzen erwiesen und im Streit der Meinungen eindeutig Partei für die gemäßigte Mehrheit der Patriotenpartei unter Jörgscher Führung ergriffen.

Josef Schmidbauer warf dem Katholischen Kasino 1877 als Sammelpunkt der gemäßigten Mitte „Halbheit“³⁰³ und „politische Unfruchtbarkeit“³⁰⁴ vor. Dieses aus dem Blickwinkel eines katholisch-extremen Parteigängers gefällte Urteil traf zumindest für die erste Hälfte der siebziger Jahre nicht zu. Das Kasino mobilisierte bei den Landtags-, Reichstags- und Gemeindewahlkämpfen vielmehr alle Reserven. Die Patrioten- bzw. Zentrumspartei gewann im Wahlkreis Regensburg die Reichstagswahlen von 1871 bis 1877 — wie überhaupt alle Reichstagswahlen bis 1918 —, desgleichen die beiden Landtagswahlen von 1869. Sie unterlag jedoch in der Landtagswahl von 1875 trotz höherer Stimmzahl aufgrund der taktischen Wahlkreisgeometrie der liberalen Behörden, vermochte sich aber auch bei den Gemeindewahlen der Stadt Regensburg 1869 bis 1875 nicht durchzusetzen. Bei der Verteidigung der kirchlichen Rechte kannte das Katholische Kasino keinerlei Kompromißbereitschaft. Eine der Zeitfragen, welche die katholische Bevölkerung in aller Welt seit 1859 in Erregung hielt, bildete die sogenannte Römische Frage, die sukzessive Annexion des Kirchenstaates durch den aufstrebenden italienischen Nationalstaat. Als der Einmarsch italienischer Truppen am 20. September 1870 in Rom das Ende der weltlichen Herrschaft des Papstes brachte³⁰⁵, ging eine Protestwelle durch das katholische Deutschland. Das Regensburger Katholische Kasino verabschiedete bereits am 3. Oktober 1870 in einer Generalversammlung eine Adresse an König Ludwig II. mit der Bitte, sich für die Wiederherstellung des Kirchenstaates einzusetzen³⁰⁶. Nach dem Beispiel einer Katholikenversammlung zur aktuellen Kirchenstaatsproblematik am 12. Oktober 1870 in Fulda für ganz Deutschland und am 20. November für Bayern (in Bamberg), wohin das Kasino jeweils Delegierte entsandt hatte³⁰⁷, berief ein Komitee mit dem Kasinovorstand Karl Pustet an der Spitze auch eine entsprechende Versammlung für die Diözese Regensburg an den Bischofssitz ein³⁰⁸.

³⁰⁰ Vgl. K. Möckl S. 68 f.

³⁰¹ Vgl. ebd.; D. Albrecht S. 304.

³⁰² Schäfler, Abgeordneter des Wahlkreises Kemnath, gab als Grund an: „Von Allem, was das Volk in religiöser, politischer und sozialer Hinsicht wünscht, ist zur Stunde auf parlamentarischem Wege Nichts zu erreichen.“ RTB Nr. 70, 11. 3. 1882.

³⁰³ NBV Nr. 98, 11. 4. 1877.

³⁰⁴ NBV Nr. 102, 15. 4. 1877.

³⁰⁵ Vgl. R. Aubert, Römische Frage S. 696—705.

³⁰⁶ Vgl. RA Nr. 276, 7. 10. 1870 (Text); auch DkV Nr. 41, 12. 10. 1870.

³⁰⁷ Vgl. WBR 17. 10. 1870, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 199.

³⁰⁸ Vgl. Pustet an StM, 29. 11. 1870, StR ZR 3169; RM Nr. 272, 1. 12. 1870 (Aufruf mit 27 Unterschriften, darunter 5 Beamte); WBR 5. 12. 1870, StAA Reg. KdI Abg. 1949,

Am 8. Dezember bewegte sich in Regensburg eine Prozession von circa 6000 bis 7000 Personen³⁰⁹ mit dem Bischof von St. Emmeram zum Dom, wo der Münchner Nuntius Meglia ein Pontifikalamt zelebrierte. Zu der Demonstration der Kirchen- und Papsttreue hatten sich auch der Vorstand des Bayerisch-patriotischen Bauernvereins, Baron v. Hafenbrädl, und der Redakteur des Volksboten in München, Zander jun.³¹⁰, eingefunden. Eine öffentliche Versammlung am Nachmittag des gleichen Tages in der Dominikanerkirche beschloß einstimmig, Adressen an den Papst und an den König von Bayern zu senden. Die Papstadresse forderte erneut, wie schon die Kasinoadresse von Anfang Oktober, den Einfluß Bayerns zur Restituierung des Kirchenstaates³¹¹.

Unbedingte Kirchentreu legte das Katholische Kasino auch in der Frage der Unfehlbarkeit des Papstes an den Tag. Am 10. April 1871 beschloß eine Versammlung von Katholiken im Museumssaal in München eine Adresse an König Ludwig II., in der gebeten wurde, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die staatsgefährlichen Folgen des Unfehlbarkeitsdogmas abzuwehren³¹². Dagegen erhob das Regensburger Kasino am 24. April 1871 in mehreren, von Subregens Dr. Ludwigs verfaßten Resolutionen öffentlich Protest und erklärte feierlich seine rückhaltslose Unterwerfung unter die Beschlüsse des I. Vatikanischen Konzils. Vor allem aber wehrte es sich gegen das Unterfangen, die Katholiken als Anhänger einer staatsgefährlichen Lehre abzustempeln³¹³. Die Altkatholiken als Gegner der Unfehlbarkeitslehre, in Regensburg vor allem in der Person des Redakteurs des Regensburger Tagblattes, Josef Reitmayr vertreten, wurden scharf bekämpft. Als für Sonntag, den 14. Januar 1872, im Reichssaal des Regensburger Rathauses eine Altkatholikenversammlung mit den Professoren Friedrich, Huber und Reinkens angekündigt wurde³¹⁴, beriefen führende Kasinomitglieder tags zuvor eine Gegenveranstaltung ein, in der der Reichstagsabgeordnete August Schels³¹⁵ die These vertrat, mit dem Altkatholizismus solle Bayern für

Nr. 14 199. O. Denk S. 133 f. und F. Hiltl, 100 Jahre S. 2 schreiben die Initiative fälschlich Friedrich Pustet zu.

³⁰⁹ Vgl. WBR 12. 12. 1870, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 199. Nach Angabe des Regensburger Morgenblattes wären es sogar 10 000—12 000 Teilnehmer gewesen, während das Regensburger Tagblatt, sicherlich untertreibend, nur von etwa 4000 spricht. Vgl. RM Nr. 279, 10. 12. 1870; RTB Nr. 345, 15. 12. 1870.

³¹⁰ Vgl. E. Roeder, Journalist S. 329—338.

³¹¹ Text beider Adressen in der Broschüre: Die Katholikenversammlung zu Regensburg am 8. Dezember 1870, Regensburg (o. J.) S. 44 ff., Verlagsarchiv Pustet; dazu RM Nr. 280, 11. 12. 1870.

³¹² Vgl. H. Schulthess 1871, S. 105 ff.; dazu E. Kessler S. 322; RM Nr. 86, 16. 4. 1871 (mit begleitendem Aufruf).

³¹³ Vgl. RM Nr. 94, 26. 4. 1871; NBV Nr. 112, 25. 4. 1871, Nr. 113, 26. 4. 1871.

³¹⁴ An der Spitze des Regensburger Komitees, das die Einladung ergehen ließ, stand der Ostbahnbetriebsingenieur Josef v. Schmidt-Zabierow, unterzeichnet hatten auch Rechtsrat Ferdinand Heigl und Apotheker Ludwig v. Baumgarten. Vgl. RTB Nr. 12, 12. 1. 1872; RM Nr. 4, 6. 1. 1872, Nr. 9, 13. 1. 1872.

³¹⁵ August Schels, geb. 7. 10. 1829 in Obergrießbach, gest. 4. 3. 1886 in Regensburg, kath.; Bezirksgerichtsrat in Regensburg, MdR 1871—1874 für Wkr. Neunburg v. W., MdKdA 1875—1886 zuerst für Wkr. Cham, ab 1881 für Wkr. Landau/Niederbayern. Gehörte ab 1877 der extremen Richtung der Katholischen Volkspartei an. Vgl. K. Petermeier, Anhang S. 55, M. Schwarz S. 448. Schels hatte 1885 sogar Kontakt mit dem „Sozialdemokrat“ in Zürich. Schriftliche Mitteilung des IISG, 30. 3. 1978.

den preußischen Einheitsstaat „mürbe“ gemacht werden³¹⁶. Der Zulauf zur Altkatholikenversammlung am nächsten Tag war mit circa 2000 Teilnehmern trotzdem erstaunlich hoch³¹⁷, jedoch konnte der Altkatholizismus in Regensburg nie so recht Fuß fassen. Im Jahre 1890 fanden sich hier 20 Angehörige dieses Bekenntnisses³¹⁸.

Die Organisierung der Parteigänger der verschiedenen Parteien in kontinuierlichen politischen Vereinen ab 1869 bewirkte eine gesteigerte Teilnahme am politischen Geschehen. Politik wurde als Vertretung der eigenen Interessen begriffen, als Möglichkeit der Mitarbeit in den vorgegebenen gesetzgebenden Institutionen der konstitutionellen Monarchie gesehen und gesucht. Doch beschränkte man sich nicht auf die Ausübung des nunmehr gegenüber früher weit höher geschätzten Wahlrechts, typisch für die neu aufbrechende Politisierung waren Versuche der direkten Einflußnahme auf die Parlamente durch Adressen, Petitionen, Erklärungen usw., wie sie bereits aus der Zeit der 1848iger Bewegung bekannt waren. So wurde der Zentrumsfraktion des neukonstituierten Deutschen Reichstages im April 1871 vom Kasino telegraphisch der Dank und die Anerkennung für die Verteidigung der religiösen Freiheit ausgesprochen³¹⁹. Bereits im Jahr zuvor hatte das Kasino dem Abgeordneten Franz Xaver Greil³²⁰ ein Danktelegramm für die energische Vertretung berechtigter katholischer Interessen im Bayerischen Landtag gesandt³²¹, und ebenso dankte man im Oktober 1871 den patriotischen Abgeordneten der Kammer wegen ihres Protestes gegen die Hertzsche Interpellation, die von der bayerischen Staatsregierung eine Förderung der Altkatholiken gefordert hatte³²². Der aufflammende Kulturkampf ließ Regensburg mit einer Petition an den Reichstag zeitweise in das Rampenlicht der gesamten deutschen Öffentlichkeit treten. Bischof Senestréy hatte Ende 1865 einige Jesuiten, in erster Linie zur Priesterausbildung, nach Regensburg berufen³²³ und damit die Entstehung der einzigen bayerischen Niederlassung des seit 1773 in diesem Lande offiziell verbotenen Ordens begünstigt³²⁴. Gegen eine gezielt angelegte Agitationswelle des deutschen Protestantenvereins, von Altkatholiken und Gruppen antiklerikaler Nationalliberaler, die den Reichstag zum gesetzlichen Verbot des Jesuitenordens drängten, erhob das Regensburger Katholische Kasino am 8. April 1872 als erster aller katholischen Vereine im Deutschen Reich seine Stimme, man wollte die Jesuiten in Regensburg nicht verlieren. Der Regensburger Schritt bildete den Anfang eines Petitionssturmes zu Gunsten der Jesuiten in allen Teilen des Deutschen Reiches, in Bayern schlossen sich mehrere Hundert Vereine und Ge-

³¹⁶ Vgl. RM Nr. 9, 13. 1. 1872, Nr. 11, 16. 1. 1872.

³¹⁷ Vgl. RTB Nr. 16, 16. 1. 1872; WBR 15. 1. 1872, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 200.

³¹⁸ Vgl. Teil I, S. 183.

³¹⁹ Vgl. RM Nr. 94, 26. 4. 1871.

³²⁰ Vgl. E. Roeder, Kaiser S. 298, Anm. 57.

³²¹ Vgl. RM Nr. 117, 25. 5. 1870; WBR 30. 5. 1870, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 199.

³²² Vgl. H. Schulthess 1871, S. 207 ff.

³²³ Vgl. P. Mai, Wirken S. 35–38.

³²⁴ Vgl. D. Albrecht S. 325; dazu und über die Rechtsgrundlage des Wirkens des Jesuitenordens in Bayern und anderen deutschen Ländern, vgl. RT 1872, Bd. 8, Anl. S. 272–276.

meinden an³²⁵. Die Argumentation der Regensburger Erklärung war präzise und grundsätzlich. Die Versuche, die priesterliche Tätigkeit oder gar den freien Aufenthalt der Mitglieder des Jesuitenordens im Deutschen Reich zu hindern, wurden als Verletzung der „Selbständigkeit der katholischen Kirche“, als Einführung des „Prinzips der Intoleranz in die staatliche Gesetzgebung“ gebrandmarkt. Die Unterzeichner wollten es nicht für möglich halten, daß der Reichstag sich zur Unterdrückung der „religiösen Freiheit und Selbständigkeit, sogar der individuellen und bürgerlichen Rechte von katholischen Angehörigen des deutschen Reiches“ herbeilassen werde. „Es hieße dies alles Gefühl für Recht und Billigkeit vollständig bei Seite setzen“³²⁶. Obwohl diese Petitionen mehr als zehnmal so zahlreich waren als die der Jesuitenegner³²⁷, beschloß die national-liberale Mehrheit des Reichstages das Jesuitengesetz am 19. Juni 1872. Das zum 4. Juli 1872 in Kraft tretende Gesetz war das zweite Reichsgesetz des Kulturkampfes³²⁸. Es löste die bestehenden Niederlassungen des Jesuitenordens und der ihm verwandten Orden (Redemptoristen, Lazaristen) im Deutschen Reich auf. Auf Initiative des Katholischen Kasinos verabschiedete eine Regensburger Katholikenversammlung am 17. August 1872 dann noch eine Adresse an König Ludwig II. mit der Bitte, die Durchführung des Gesetzes in Bayern nicht zu gestatten und die garantierte Gewissensfreiheit und freie Religionsausübung zu schützen³²⁹, jedoch ohne Erfolg. Die zehn in Regensburg tätigen Jesuiten wurden bis Ende 1872 gezwungen, die Stadt zu verlassen³³⁰. 1875 wandte sich das katholische Kasino erneut mit einer Adresse an den König³³¹. Befürchtet wurde eine Ausdehnung des Jesuitengesetzes auf andere Orden, ein Bedenken, das kurz zuvor bereits auch in einer Eingabe der Bischöfe Bayerns an den Thron geäußert worden war³³².

Die Jesuitenfrage begleitete die Geschichte des Katholischen Kasinos bis zur Aufhebung des Jesuitengesetzes am 19. April 1917³³³. Als im Dezember 1890 das Zentrum im Reichstag einen Antrag auf Beseitigung des Jesuitengesetzes eingebracht hatte, appellierten die protestantischen Stadtpfarrer Regensburgs — im Kontext einer Agitationswelle des Evangelischen Bundes im ganzen Deutschen Reich — an den Bundesrat, für die Aufrechterhaltung des Gesetzes zu sorgen³³⁴. Daraufhin reagierte das Kasino mit einer großen allgemeinen Katholikenversammlung in dem eben erbauten Erhardihaus. Eine Petition an den Reichstag forderte die Aufhebung dieses letzten Ausnahmegesetzes, nachdem kurz vorher

³²⁵ Vgl. a. a. O. S. 263—272 und Anhang, Petitionsverzeichnisse 1—10, spez. S. 5 (Nr. 111); RM Nr. 96, 30. 4. 1872.

³²⁶ Petition in RM Nr. 79, 10. 4. 1872.

³²⁷ Vgl. RT 1872, Bd. 8, Anl. S. 263.

³²⁸ Druck: E. R. Huber, Dokumente, Bd. 2, S. 363; dazu R. Lill, Kulturkampf S. 38.

³²⁹ Vgl. RM Nr. 189, 23. 8. 1872; WBR 17. 6. 1872, 19. 8. 1872, 26. 8. 1872, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 200.

³³⁰ Mit Ausnahme des in Dienste des Hauses Thurn und Taxis getretenen Pater Philipp Löffler, der bereits früher als Erzieher des Erbprinzen tätig war. Vgl. WBR 5. 8. 1872, 13. 8. 1872, 14. 10. 1872, 4. 11. 1872, 11. 11. 1872; StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 200.

³³¹ Vgl. RM Nr. 232, 13. 10. 1875.

³³² Vgl. H. Schulthess 1875, S. 185 ff.

³³³ Vgl. K. Bachem, Bd. 9, S. 265.

³³⁴ Vgl. WBR 12. 1. 1891, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 13 933.

auch das Sozialistengesetz gefallen sei. Bei der Verabschiedung des Textes wurden Erinnerungen an die vielen, allerdings erfolglosen katholischen Adressen des Jahres 1872 wach, doch glaubte man sich jetzt zu mehr Hoffnung berechtigt³³⁵. Die Hoffnung trog. Erst 1904 genehmigte der Bundesrat die Aufhebung des Paragraphen 2 des Gesetzes, der die Einzelstaaten ermächtigt hatte, Mitglieder der Gesellschaft Jesu auszuweisen. Im Kern blieb das Gesetz jedoch bestehen. Als der Bundesrat durch Beschluß vom 28. November 1912 eine inzwischen in Bayern konzilient geübte Praxis des Jesuitengesetzes zurückwies³³⁶, protestierten sämtliche katholischen Vereine Regensburgs, an der Spitze das Katholische Kasino, beim Reichstag gegen den Weiterbestand des Gesetzes³³⁷. Erst die besonderen Bedingungen der Kriegsjahre, das Bemühen um die Ausschaltung innerer Spannungen, führen zur vollständigen Aufhebung des Jesuitengesetzes im Frühjahr 1917³³⁸.

Genauso kämpferisch wie in überregional bedeutsamen kirchenpolitischen Fragen trat das Kasino in lokalpolitischen Angelegenheiten auf, wo es einen Angriff auf die Kirche vermutete oder die Rechte der Katholiken verkürzt glaubte. Ein typischer Fall dafür war die Berufung des städtischen Schulrats Dr. Zollmann im Jahre 1871. Nach dem Scheitern des Schulgesetzentwurfs von 1867 suchten liberal ausgerichtete Stadtmagistrate, allen voran der Münchner Magistrat im Jahr 1870³³⁹, die geistliche Schulaufsicht durch die Aufstellung städtischer Schulräte zu umgehen. Die Handhabe hierzu bot die neue Gemeindeordnung von 1869³⁴⁰. Gegen die Neueinrichtung dieser Stelle, vor allem aber gegen die Besetzung mit einem Protestanten, protestierte das Katholische Kasino im Namen der katholischen Mehrheit der Einwohnerschaft Regensburgs. Die Stadt zählte zu diesem Zeitpunkt etwa 23 200 Katholiken gegenüber 5 500 Protestanten³⁴¹, die katholischen Schulen mit 29 Lehrern und Lehrerinnen wurden von 1751 Kindern, die protestantischen Schulen mit 12 Lehrern von 430 Kindern besucht³⁴². Zunächst übergab das Kasino die am 10. Juli 1871 gefaßten Resolutionen zur Schulratsfrage den beiden katholischen Schulinspektionen der Stadt zur weiteren Vertretung³⁴³. Als der Stadtmagistrat in seiner Sitzung vom 21. Juli die von den Schulinspektionen vorgelegten Resolutionen des Kasinos „als zur amtlichen Behandlung nicht geeignet“³⁴⁴ zurückwies, wandte sich eine Kasinodelegation mit einer Adresse, die 1429 Unterschriften trug, an den Regierungspräsidenten³⁴⁵. Doch wurde diese Vorstellung ebenso negativ beschieden wie ein nochmaliger

³³⁵ Vgl. RM Nr. 8, 11. 1. 1891.

³³⁶ Vgl. H. M. Körner S. 150 ff.

³³⁷ Vgl. RA Nr. 24, 15. 1. 1913, Nr. 30, 18. 1. 1913.

³³⁸ H. M. Körner S. 158 f.

³³⁹ 1871 folgten Kitzingen, Augsburg und Regensburg. Vgl. A. Reble S. 967.

³⁴⁰ Art. 71, Abs. 4: „Nach Erfordernis können für das Bauwesen technische Bauräte, für Schulanlagen, Forstwirtschaft, Gesundheitspflege und Medizinalpolizei Sachverständige als Mitglieder des Magistrats mit voller Stimmberechtigung in Gegenständen ihres Wirkungskreises aufgestellt werden.“ Gesetzblatt 1869, S. 910; vgl. dazu RM Nr. 149, 5. 7. 1871.

³⁴¹ Vgl. Teil I, Tabelle 2.

³⁴² Vgl. RM Nr. 141, 23. 6. 1871.

³⁴³ Vgl. RM Nr. 164, 22. 7. 1871; WBR 20. 7. 1871, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 200.

³⁴⁴ WBR 24. 7. 1871, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 200.

³⁴⁵ Vgl. WBR 7. 8. 1871, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 200.

Vorstoß im Oktober 1871³⁴⁶, der protestantische Schulrat blieb auf seinem Posten. Solche Vorgänge trugen nicht wenig zu Spannungen zwischen den Konfessionen bei, die in den Gemeindevahlkämpfen zusätzlich immer wieder aktualisiert wurden.

Nach Abflauen des Kulturkampfes beruhigte sich auch die politische Szene in Regensburg ganz erheblich, vor allem aber blieben die in den Anfangsjahren so häufigen öffentlichen Stellungnahmen des Kasinos zu Tagesfragen, Adressen an Landtag, Reichstag etc., aus. Ursache dafür war sicherlich auch die Einsicht in die relative Wirkungslosigkeit derartiger Initiativen, am schlagendsten demonstriert am Jesuitengesetz. Entscheidend hierfür waren die Mehrheitsverhältnisse in den gesetzgebenden Organen; entsprechend setzte das Katholische Kasino in den Wahlkämpfen jeweils alle Kräfte für die Patrioten- bzw. Zentrumsparterie ein. Ansonsten absolvierte das Kasino ein recht umfangreiches Vereinsprogramm, das — im Gegensatz etwa zum Liberalen Verein — auch in der Phase des politischen Desinteresses der achtziger Jahre durchgehalten wurde. Während anfangs die Vereinsversammlungen Woche für Woche, jeweils am Montag, das ganze Jahr über stattfanden, bürgerte sich ab Ende der siebziger Jahre das sog. Vereinsjahr mit regelmäßigen Vortragsabenden oder geselligen Zusammenkünften in acht- oder vierzehntägigem Abstand während der sog. Wintersaison (September/Okttober bis April/Mai) ein; die Sommersaison blieb vortragsfrei³⁴⁷. Die „Förderung katholischer Interessen“³⁴⁸, wie sie die Statuten des Kasinos als Vereinszweck vorsahen, wurde nicht nur politisch ausgelegt. Der religiös-geistlichen Bildung der Mitglieder maß man ebenfalls einen wichtigen Stellenwert zu; ihr wurde mit einem reichlichen Angebot an entsprechenden Vorträgen, der jährlichen Teilnahme an den Fronleichnamsprozessionen etc. Genüge getan. Desgleichen nahm die Förderung der Allgemeinbildung und die Pflege der Geselligkeit einen breiten Raum ein. Von Anfang an stand eine Vereinsbibliothek zur Verfügung³⁴⁹, es wurden Stiftungsfeste, Wanderungen, Sommerfeste, Kegelabende, Tanzabende, Faschingsunterhaltungen, Theaterabende organisiert, ein Gesangszirkel und eine eigene Musikkapelle gegründet³⁵⁰. Die umfassende, mehrschichtige Zielsetzung des Kasinoprogramms führte zu einer starken Bindung der Mitglieder an den Verein. Religion, Weltanschauung, Politik und Geselligkeit bildeten eine einheitliche Lebensgrundlage. Darin lag nicht zuletzt einer der Gründe für das jahrzehntelange erfolgreiche Wirken des Katholischen Kasinos Regensburg.

b) Der Katholische Männerverein St. Emmeram

Die Einwohnerzahl Regensburgs war von 1871 bis 1905 von 29 185 auf 48 801, d. h. um rund 67 Prozent gestiegen³⁵¹. Deswegen wie auch wegen der flächen-

³⁴⁶ Vgl. WBR 9. 10. 1871, 23. 10. 1871, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 200.

³⁴⁷ Die Versammlungsanzeigen im Regensburger Anzeiger zeigen jeweils, ob es sich um einen Vortragsabend oder eine gesellige Veranstaltung handelte.

³⁴⁸ S. o. Anm. 183.

³⁴⁹ Als Grundstock hierfür übereignete der Katholische Arbeiter-Unterstützungs-Verein St. Josef dem Kasino 1869 die vom Domvikar Dominikus Mettenleitner geerbte Bibliothek. Vgl. Chronik JAV S. 7.

³⁵⁰ Vgl. z. B. RA Nr. 161, 14. 6. 1869, Nr. 43, 12. 2. 1870, Nr. 133, 15. 6. 1870, Nr. 140, 22. 5. 1870, Nr. 159, 11. 6. 1870, Nr. 179, 2. 7. 1870, Nr. 3, 3. 1. 1873, Nr. 30, 30. 1. 1873, Nr. 155, 7. 6. 1873, Nr. 168, 21. 6. 1873.

³⁵¹ Vgl. Teil I, Tabelle 1.

mäßigen Ausdehnung der Stadt wurde aus Gründen der Arbeitsteilung am 11. Dezember 1905 der Katholische Männerverein St. Emmeram als zusätzlicher politischer Verein, der im Sinne der Zentrumspartei tätig werden sollte, gegründet³⁵². Die Frage einer Neugründung war schon mehrere Jahre zuvor aufgeworfen worden, erhielt ihren entscheidenden Anstoß jedoch durch die Gemeindewahlen 1905. In einer Versammlung des Katholischen Kasinos unmittelbar nach diesen Wahlen plädierten verschiedene Stimmen für die Realisierung des Planes, um in Zukunft eine bessere Organisation der Zentrumswähler zu gewährleisten. Die Initiatoren waren der bisherige zweite Vorstand des Katholischen Kasinos, Friedrich Pustet (III), und der Stadtpfarrer von St. Emmeram, Georg Rau³⁵³. Die von mehr als 300 Teilnehmern besuchte Gründungsversammlung in der Jakobinerschenke, dem zukünftigen Vereinslokal, nahm eine vorbereitete Satzung fast unverändert an. Aus nicht ganz verständlichen Motiven wurde jedoch ausgerechnet auf Antrag des Vertreters des Christlichen Arbeitersekretariats, des Arbeitersekretärs Jakob Albrecht, der ursprünglich auf 1 Mark angesetzte Jahresbeitrag auf 2,40 Mark erhöht, sicherlich nicht im Interesse der Arbeiter³⁵⁴. 1908 wurde dann allerdings auf Beschluß des Ausschusses für minderbemittelte Mitglieder stillschweigend ein niedrigerer Beitrag genehmigt, um mögliche Mitgliedschaften nicht an diesem Punkte scheitern zu lassen³⁵⁵. Die Satzung des Katholischen Männervereins St. Emmeram³⁵⁶ diente ein halbes Jahr später dem Katholischen Kasino bei einer Statutenrevision als Vorbild³⁵⁷, ab diesem Zeitpunkt besaßen die beiden Brudervereine praktisch identische Satzungen.

Die programmatische Aussage der Satzung, „die katholischen Interessen auf religiösem, politischem und sozialem Gebiete zu fördern und das gesellige Leben seiner Mitglieder zu pflegen“³⁵⁸ stimmte bis auf ein Wort mit der des Kasinos überein. Der Gründungszweck war aber, wie eine Bemerkung am Ende des Berichtes über die erste Versammlung des Katholischen Männervereins St. Emmeram bewies, bei weitem nicht mehr so apologetisch, nur auf die Verteidigung der Rechte der Kirche gerichtet, wie dies bei der Gründung des Katholischen Kasinos im Jahre 1869 der Fall gewesen war. Nunmehr begleitete die Neuschöpfung der Wunsch, „daß in dem Vereine sich ein reges Leben entwickeln werde zum Blühen und Gedeihen der katholischen Sache und zum Wohle für Staat und Kirche“³⁵⁹. Das Verhältnis zum Staat hatte sich seit Beendigung des Kulturkampfes spürbar gebessert, die Bereitschaft zur positiven Mitarbeit an dem Gemeinwesen, in dem man lebte, wurde in den Vordergrund gestellt. Auf das Selbstverständnis des Vereins wirft ein Vorfall im November 1909 ein bezeichnendes Schlaglicht. Als

³⁵² Vgl. RA Nr. 622, 13. 12. 1905.

³⁵³ Georg Rau, geb. 7. 4. 1864 in Niederkirchen (Diözese Speyer), gest. 19. 9. 1913 in Regensburg; Priesterweihe 1890 in Regensburg; seit 1894 Dompfarrkooperator in Regensburg, seit 1898 Prediger bei St. Emmeram, ab 1900 Pfarrer bei St. Emmeram. Vgl. Schematismus 1911, S. 274, 1914, S. 126.

³⁵⁴ Vgl. Protokollbuch KME S. 1 ff.

³⁵⁵ Vgl. Protokollbuch KME S. 72.

³⁵⁶ Statuten des Katholischen Männervereins St. Emmeram in Regensburg. Genehmigt in der Gründungsversammlung vom 11. Dezember 1905 (gedruckt), StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 9534.

³⁵⁷ Vgl. o. Anm. 198.

³⁵⁸ § 1 der Satzung. S. Anm. 256.

³⁵⁹ RA Nr. 622, 13. 12. 1905.

zu diesem Zeitpunkt einer der geistlichen Beiräte „durch höhere Stelle veranlaßt“³⁶⁰ forderte, der katholische Charakter des Männervereins solle durch ein vergrößertes Angebot geistlicher Vorträge, Übungen, Gottesdienstbesuche etc. stärker betont werden, wehrte der zweite Vorstand Justizrat Schlegl diesen Einwirkungsversuch mit dem Hinweis ab, Zweck des Vereins sei es vor allem, „Anhänger der Centrumssache zu gewinnen“³⁶¹. Der Katholische Männerverein St. Emmeram betrachtete sich primär als eine politische, nicht religiöse oder kulturelle Organisation.

Für die Zukunft wurde das Stadtgebiet für die politische Agitation zweigeteilt: Der Katholische Männerverein St. Emmeram übernahm die „obere Stadt“, grob ausgedrückt die Stadthälfte am oberen Verlauf der Donau, westlich der Linie Obere/Untere Bachgasse³⁶², das Katholische Kasino die „untere Stadt“. Im politischen Tageskampf wurden die beiden Vereine zu enger Zusammenarbeit veranlaßt, doch kam es vor 1914 zu keiner direkten Verschmelzung der gesonderten Organisationen, anders als bei den Liberalen Regensburgs.

Zum ersten Vorsitzenden des Katholischen Männervereins St. Emmeram wurde am 11. Dezember 1905 Verlagsbuchhändler Friedrich Pustet (III) gewählt. Er verblieb in dieser Stellung bis 1918 und setzte damit eine Tradition fort, die sein Großvater Friedrich Pustet (I) und sein Vater Friedrich Pustet (II) als engagierte Leiter katholisch-konservativer Vereine der Stadt begründet hatten³⁶³. Auch die übrige Vorstandschaft erwies sich als sehr konstant mit dem Fürstlich Thurn und Taxischen Justiz- und Domänenrat Simon Schlegl als zweitem Vorsitzenden, dem Fürstlichen Registrator Franz Stang als Schriftführer und dem Weingroßhändler Johann Mühlbauer als Kassier. Lediglich Justizrat Schlegl trat in der Generalversammlung am 24. März 1914 wegen Arbeitsüberlastung und mit der Begründung zurück, daß dem Verein neue Kräfte zugeführt werden müßten. An seiner Stelle wurde der von ihm vorgeschlagene Bahnverwalter Zacharias Kirschner gewählt³⁶⁴. War die Führungspitze des Vereins praktisch dem gehobenen Wirtschaftsbürgertum und der höheren Beamtenschaft vorbehalten, so umfaßte der Verein als Ganzes alle sozialen Schichten. Dies zeigt der Querschnitt der im Beirat vertretenen Berufe. 1905 setzte sich dieses 16-köpfige Gremium aus je einem Geistlichen, Ökonom, Kaufmann, Fabrikanten, zwei höheren Justizbeamten, drei Handwerksmeistern, drei Vertretern des Bildungsberufs und vier Arbeitern (davon zwei Hilfsarbeitern) zusammen. Ein Hinweis auf den relativ starken Arbeiteranteil im Männerverein St. Emmeram dürfte außer in der Zahl der Arbeiterbeiratsmitglieder auch in der Tatsache liegen, daß bei der Beiratswahl 1905 nach dem Vereinsmitbegründer Stadtpfarrer Rau ein Hilfsarbeiter die

³⁶⁰ Protokollbuch KME S. 109.

³⁶¹ Protokollbuch KME S. 110.

³⁶² Genau war damit die Stadthälfte westlich des Vitusbaches gemeint, der in Karthaus-Prüll entsprang, seinen Verlauf durch die Obere und Untere Bachgasse, den Kohlenmarkt und Fischmarkt nahm und bei Anwesen Lit. D 150 (heute Keplerstraße 12) in die Donau mündete. Die Grenzziehung stimmte mit den Pfarreigrenzen der Oberen Stadt (St. Rupert bei St. Emmeram) und Unteren Stadt (St. Ulrich) überein. Vgl. K. Bauer S. 12 f.

³⁶³ Vgl. o. S. 223 u. 272 ff.

³⁶⁴ Vgl. die Generalversammlungsberichte Protokollbuch KME S. 2 f., 74, 120, 154 f., für 1914 spez. S. 173, 175 f.

meisten Stimmen erhielt ³⁶⁵. Das Verhältnis der Zahl der Selbständigen gegenüber der Zahl der Nichtselbständigen im Beirat verschob sich bis 1914 immer mehr zu Gunsten der Nichtselbständigen. In diesem Jahre verteilten sich die inzwischen (seit 1912) 20 Beiräte auf zehn Arbeiter, zwei Geistliche, drei Angehörige des Bildungsberufs, zwei Gewerbetreibende, je einen Handwerksmeister, Postbeamten und Privatangestellten (Gewerkschaftssekretär) ³⁶⁶, wobei die aufgeführten Arbeiter weitgehend bei der Bahn beschäftigt waren, nicht etwa dem Druckereigewerbe entstammten. Wie die Mitgliederstruktur insgesamt beschaffen war, läßt sich wegen fehlender Mitgliederverzeichnisse nicht genau bestimmen. Soviel jedoch läßt sich erkennen, daß der Katholische Männerverein St. Emmeram, wie übrigens auch das Katholische Kasino, den Anspruch der Zentrumspartei auf den Charakter einer Volkspartei voll verwirklichte. In der sozialen Zusammensetzung erwiesen sich die beiden Vereine als ziemlich gleichartig, zumal ein beträchtlicher Teil von Kasinomitgliedern bei der Gründung des Katholischen Männervereins St. Emmeram, soweit sie in der oberen Stadt wohnten, mit ausdrücklicher Zustimmung des Kasinos ³⁶⁷ zum neuen Verein überwechselte. Einzelne Mitglieder, wie Friedrich Pustet, behielten auch eine Doppelmitgliedschaft, die Funktion als zweiter Vorsitzender des Kasinos legte Pustet jedoch im Februar 1906 nieder ³⁶⁸.

Der Mitgliederzuwachs des Katholischen Männervereins St. Emmeram war beachtlich, erreichte aber nie ganz den Mitgliederstand des Katholischen Kasinos. In der Gründungsversammlung am 11. Dezember 1905 meldeten sich sofort 195 Leute an, bis Mitte Januar 1906 stieg ihre Zahl auf 250 ³⁶⁹, bis September 1906 sogar auf 450 und bis zum Ende dieses Jahres auf ein vorläufiges Maximum von 463 ³⁷⁰. Im Jahre 1907 mußte der Verein jedoch, in gleicher Weise wie das Katholische Kasino, einen empfindlichen Rückschlag hinnehmen. Eine Reihe von Mitgliedern, darunter vor allem Arbeiter, erklärten ihren Austritt. Bis zum Ende dieses Jahres sank die Mitgliederzahl auf 426 ab ³⁷¹. Die Ursache hierfür lag in der Verdrängung des bereits rechtmäßig nominierten Reichstagskandidaten des Wahlkreises Regensburg, Heinrich Held, in dem die Arbeiter ihren Mann sahen, durch den adelig-ländlichen Interessenvertreter Max Frhr. v. Pfetten ³⁷².

³⁶⁵ Als erster Beirat wurden am 11. 12. 1905 für die Zeitspanne 1905—1907 gewählt (in Klammern die erhaltene Stimmzahl): 1. Georg Rau, Stadtpfarrer (166 Sti.), 2. Mathias Zirngibl, Hilfsarbeiter (149 Sti.), 3. Josef Bleicher, Schreinermeister (145 Sti.), 4. Dominikus Storr, Kaufmann (139 Sti.), 5. Rudolf Schuegraf, Hauptlehrer (137 Sti.), 6. Johann Wartner, Ökonom (136 Sti.), 7. Johann Selch, Bäckermeister (135 Sti.), 8. Sebastian Wagner, Bahnschreiner (127 Sti.), 9. Johann Hecht, Oberamtsrichter a. D. (127 Sti.), 10. Johann Weinzierl, Hilfsarbeiter (126 Sti.), 11. Robert Moser, Oberlandesgerichtsrat (124 Sti.), 12. Heinrich Widenmann, Ziegeleibesitzer (119 Sti.), 13. Dr. Bernhard Sepp, Lycealprofessor (115 Sti.), 14. Josef Wagner, Schreinermeister (113 Sti.), 15. Markus Siebengartner, Gymnasialprofessor (105 Sti.), 16. Wolfgang Roller, Chemigraph (103 Sti.). Vgl. Protokollbuch KME S. 2 f.

³⁶⁶ Vgl. Beiräteliste mit Name und Beruf, Protokollbuch KME S. 155.

³⁶⁷ Vgl. Protokollbuch KME S. 4.

³⁶⁸ Vgl. RA Nr. 65, 7. 2. 1906.

³⁶⁹ Vgl. Protokollbuch KME S. 2, 6.

³⁷⁰ Vgl. RA Nr. 480, 26. 9. 1906; RM Nr. 58, 11./12. 3. 1907.

³⁷¹ Vgl. RA Nr. 56, 1. 2. 1908.

³⁷² S. u. S. 264 u. 303.

Diese Erfahrung bzw. Enttäuschung war längerfristig auch dafür verantwortlich, daß Arbeiter sich in der Folge immer mehr aus den Versammlungen des Katholischen Männervereins St. Emmeram zurückzogen³⁷³. Der angerichtete Schaden konnte vor dem Ersten Weltkrieg letztlich nicht wieder gutgemacht werden. Zwar kletterte die Mitgliederzahl bis zum Frühjahr 1914 wieder auf 474, doch war damit lediglich der Stand von 1906 erreicht. Unter Berücksichtigung der weiter gestiegenen Einwohnerzahl Regensburgs³⁷⁴ sowie der bedeutend verbesserten Organisation der Zentrumspartei der Oberpfalz insgesamt war der Anstieg viel zu gering.

c) Der Volksverein für das katholische Deutschland, Sektion Regensburg

Am 1. Oktober 1890 fiel das Sozialistengesetz. Damit wurde das Scheitern des Systems der gewaltsamen Unterdrückung der sozialistischen Arbeiterbewegung von seiten des Staates offensichtlich. Kurz nachher, am 24. Oktober 1890, wurde in Köln auf Initiative einiger Vertreter des politischen Katholizismus, darunter des Zentrumsführers Ludwig Windthorst, der Volksverein für das katholische Deutschland gegründet³⁷⁵. Diese zeitliche Nähe war nicht zufällig. Die ideelle „Bekämpfung der Irrtümer und Umsturzbestrebungen auf sozialem Gebiete“³⁷⁶, konkret die Verhinderung des weiteren Vordringens der Sozialdemokratie, war primärer Zweck des Vereins. Zu dieser defensiven Zielsetzung trat bald das Bemühen, die Gedanken der christlichen Sozial- und Gesellschaftslehre in die Praxis umzusetzen, die Gesellschaft nach christlichen Prinzipien zu gestalten³⁷⁷. Nach dem Konzept Windthorsts sollte mit der Verteidigung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zugleich eine stärkere Integration des katholischen Volksteils in das Kaiserreich erreicht werden³⁷⁸. Unter der generalstabmäßigen Leitung einer Zentralstelle in Mönchengladbach entwickelte sich der Volksverein bis 1914 zur zweitgrößten politischen Organisation im Deutschen Reich mit 805 000 Mitgliedern. Die Sozialdemokratie stand mit 1 086 000 Mitgliedern an erster Stelle³⁷⁹. Für die Zentrumspartei ersetzte der Volksverein weithin die

³⁷³ Vgl. Protokollbuch KME S. 32, 108, 115, 134 f.

³⁷⁴ Ende 1905 (nach der Volkszählung vom 1. 12. 1905) exakt 48 801 Personen; Ende 1913 nach Angabe des Stadtmagistrats Regensburg circa 55 000 Personen. Vgl. Adreßbuch 1908 und 1914, „Statistische Angaben über die Kreishauptstadt Regensburg“ (nach Titelblatt).

³⁷⁵ Vgl. E. Ritter, *Bewegung* S. 174 ff.; Bibliographie zum Volksverein s. G. Schoelen; zum Volksverein 1890—1918 ausführlich H. Heitzer.

³⁷⁶ So § 1 des Statuts des Volksvereins für das katholische Deutschland, abgedruckt bei K. Brüls S. 15.

³⁷⁷ Entsprechend wurde 1906 § 1 der Satzungen folgendermaßen geändert: „Zweck des Vereins ist die Förderung der christlichen Ordnung in der Gesellschaft, insbesondere die Belehrung des deutschen Volkes über die aus der neuzeitlichen Entwicklung erwachsenen sozialen Aufgaben und die Schulung zur praktischen Mitarbeit an der geistigen und wirtschaftlichen Hebung aller Berufsstände. Der Verein will zugleich die Angriffe auf die religiösen Grundlagen der Gesellschaft zurückweisen und die Irrtümer und Umsturzbestrebungen auf sozialem Gebiete bekämpfen.“ Zit. nach H. Gottwald S. 815.

³⁷⁸ Vgl. H. Gottwald S. 811.

³⁷⁹ Vgl. W. Tormin, *Geschichte* S. 105, 120.

fehlende Massenorganisation der eigenen Partei, obwohl eine direkte institutionelle Verbindung zwischen beiden nicht bestand³⁸⁰.

In Regensburg machte das Morgenblatt die Öffentlichkeit mit dem Volksverein für das katholische Deutschland durch Abdruck des ersten, von Karl Trimborn verfaßten Beitrittsaufrufes am 1. Dezember 1890 bekannt³⁸¹. Am gleichen Tag lief beim Bischof von Regensburg ein Schreiben des Vorstandes des Volksvereins mit der Bitte ein, die Verbreitung des Vereins durch Empfehlung und Aufforderung zur Mitarbeit an die Geistlichen zu unterstützen³⁸². Bischof Ignatius v. Senestréy begrüßte in seinem Antwortschreiben vom 11. Dezember 1890 die Gründung und verwies darauf, daß in seiner Diözese bereits zu diesem Zeitpunkt Beitritte erfolgten. Er versicherte, in Zukunft den Volksverein empfehlen zu wollen³⁸³. Dieses Versprechen löste er in einer Weihnachtsansprache an den Klerus im Jahre 1891 ein, als er den Volksverein als eines der letzten Werke des im März 1891 verstorbenen Windthorst würdigte und die Geistlichkeit zur Förderung des Vereins, zum Studium und zur Verbreitung seiner Schriften, besonders in den von der Sozialdemokratie bedrohten Gegenden, aufrief³⁸⁴. Bereits Anfang Februar 1891 war ein zweiter Aufruf des Volksvereins im Regensburger Morgenblatt erschienen. Dabei fanden sich unter den Unterschriften für die Sektion Bayern auch drei Regensburger, nämlich der Geistliche und Redakteur Jakob Gratzmeier, Buchhändler Josef Habbel und Buchhändler Friedrich Pustet³⁸⁵. Kurat Gratzmeier, Redakteur des bei Pustet erscheinenden Wochenblattes „Der katholische Volksfreund“, übernahm ab März 1891 auch die Geschäftsführung des Volksvereins für die Diözese Regensburg³⁸⁶. Wegen zu großer Passivität Gratzmeiers übertrug die Zentralstelle in Mönchengladbach jedoch ab Anfang 1893 die Geschäftsführung zunächst vorläufig, ab 1. Mai 1893 endgültig, dem Präses der Marianischen Kongregation in Regensburg, Johann Baptist Mehler. Mehler, ein ehrgeiziger, organisatorisch sehr begabter junger Diözesanpriester³⁸⁷, hatte 1884 in Turin das Erziehungswerk Don Boscos kennengelernt und sich daraufhin als erster für die Einführung des salesianischen Jugendwerkes in Deutschland eingesetzt. Er war ab 1892 Präses der Marianischen Kongregation in Regensburg, ab 1895 Schriftführer des Oberpfälzischen Christlichen Bauernvereins. Seit

³⁸⁰ Vgl. Th. Nipperdey, *Organisation* S. 281.

³⁸¹ Vgl. RM Nr. 275, 1. 12. 1890; identischer Aufruf mit Erläuterungen abgedruckt bei K. Brüls S. 13 f.; dazu auch E. Ritter, *Bewegung* S. 174 f.

³⁸² Vgl. Brandts jun., Trimborn, Hitze, Windthorst an Senestréy, 14. 11. 1890, BZAR OA 625 (mit 3 Anlagen: Verzeichnis der Vorstandsmitglieder, Statuten, Aufruf).

³⁸³ Senestréy an Trimborn, 11. 12. 1890, BZAR OA 625.

³⁸⁴ Vgl. Kurzer Rechenschaftsbericht des Volksvereins, Sektion Regensburg 1893 bis 1898, BZAR OA 625.

³⁸⁵ Vgl. RM Nr. 26, 3. 2. 1891.

³⁸⁶ Vgl. Generalvikariat Regensburg an Drammer, 7. 3. 1891, BZAR OA 625.

³⁸⁷ Johann Baptist Mehler, geb. 14. 6. 1860 in Tirschenreuth als Sohn eines Tuchfabrikanten, gest. 15. 3. 1930, Priesterweihe 1884. 1886—1892 Kooperator in Selb, bewarb er sich 1888 ohne Wissen seines Diözesanbischofs um eine Kanonikatsstelle am Kollegiatstift St. Cajetan in München. 1907 zum päpstlichen Hausprälaten ernannt, mußte aber auf mehrere päpstliche Auszeichnungen wegen Einspruchs des Diözesanbischofs verzichten, da seine Stellung im Klerus stark umstritten war. Vgl. Personalakt Mehler, BZAR; dazu J. B. Lehner, Mehler S. 297 f.

1898 Schriftleiter des „Correspondenz- und Offertenblattes für die katholische Geistlichkeit“ und 1903 einer der Mitbegründer des Katholischen Preßvereins in Bayern. Mehler steigerte die Mitgliederzahl des Volksvereins in der Diözese Regensburg innerhalb kurzer Zeit von 360 (Ende 1892) auf 1443 (Anfang Juni 1893); auf die Stadt Regensburg und Umgebung trafen davon 419 Personen³⁸⁸.

Das System der Vertrauensmänner, neben den von der Zentrale beauftragten Geschäftsführern der Diözesen das „Rückgrat des Volksvereins“³⁸⁹, wurde engmaschig aufgebaut. Ihre Funktion war es, ehrenamtlich die Vereinszeitschrift und die zahlreichen Druckschriften, Flugblätter und Broschüren des Volksvereins zu verteilen, den Jahresbeitrag in Höhe von einer Mark einzusammeln, den Kontakt unter den Mitgliedern zu pflegen, neue Mitglieder zu werben³⁹⁰. In der Stadt Regensburg arbeiteten Mitte 1893 neun Vertrauensmänner, durchwegs Leute ohne akademische Ausbildung, Arbeiter, Handwerker, niedere Beamte; für Stadthof waren zwei, für die Vororte Steinweg und Reinhausen je ein Vertrauensmann bestellt³⁹¹. Der Stadtmagistrat Regensburg betrachtete den Volksverein, dessen Mitglieder vereinsrechtlich in Regensburg keinen eigenen Ortsverein bildeten, sondern als Einzelmitglieder dem Gesamtverein mit Sitz in Mainz angehörten, ab 1897 als politischen Verein und ließ vereinzelt Versammlungen in Regensburg unauffällig durch „Detectivs“ (Spitzel) überwachen³⁹². Bis zum Jahre 1898 wuchs die Mitgliederzahl in Regensburg und Umgebung auf 900, in der gesamten Diözese auf 1800 Personen an, sank zwei Jahre später jedoch auf 800 in Regensburg bzw. 1500 in der Diözese³⁹³. Dieser Rückgang ließ sich um 1900 im rechtsrheinischen Bayern überall beobachten, Ursache dafür war die Konkurrenz der aufstrebenden Christlichen Bauernvereine, Arbeitervereine und Christlichen Gewerkschaften. Außerdem erwies sich in Süddeutschland das Klima für die Ausbreitung des „preußischen“ Volksvereins ohnehin nicht als allzu günstig; in dem überwiegend agrarisch strukturierten Land fehlte vielfach das soziale Verständnis für das Anliegen des Volksvereins. 1914 lag Bayern mit einer Mitgliedschaft von nur 8,4 Prozent der erwachsenen katholischen Männer gegenüber einem Maximum von 30,8 Prozent in Westfalen neben Schlesien (3,2 Prozent) am unteren Ende der Mitgliederskala des Volksvereins im Deutschen Reich³⁹⁴.

1910 löste Benefiziat Dr. Johann Nepomuk Foerstl, nachdem er bereits im Jahre vorher die Ortsgeschäftsführung für Regensburg übernommen hatte, Präses Mehler als Diözesanvertreter des Volksvereins für die Diözese Regensburg ab³⁹⁵. Hatte die Zahl der Mitglieder in der Diözese Regensburg 1904 mit 1800 wieder den Stand von 1898 erreicht³⁹⁶, so konnte sie bis Mitte 1914 sogar auf 12 232

³⁸⁸ Vgl. Mehler an Generalvikariat Regensburg, 3. 1. 1893, BZAR OA 625.

³⁸⁹ K. Brüls S. 27.

³⁹⁰ Vgl. E. Ritter, *Bewegung* S. 179 f.

³⁹¹ Vgl. RM Nr. 128, 8. 6. 1893; im Jahr 1900 waren für die Stadt Regensburg 10 Vertrauensmänner benannt, in den Vororten zusätzlich noch einer für Weichs. Vgl. kurzer Rechenschaftsbericht des Volksvereins, Sektion Regensburg 1893 bis 1900, BZAR OA 625 (mit Namen und Beruf).

³⁹² Vgl. StM an RegOR, 13. 3. 1897, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 3565.

³⁹³ Vgl. Kurzer Rechenschaftsbericht des Volksvereins, Sektion Regensburg 1893 bis 1898 und 1893 bis 1900, BZAR OA 625.

³⁹⁴ Vgl. E. Ritter, *Bewegung* S. 183, 231, 239.

³⁹⁵ Brauns an Henle, 7. 11. 1910, BZAR OA 625.

³⁹⁶ Vgl. Hand- und Nachschlagebuch S. 167.

gesteigert werden³⁹⁷. Als Faktoren dieser Aufwärtsentwicklung spielten außer der persönlichen Rührigkeit Mehlers und Foerstls, außer der Neueinrichtung eines Landessekretariats des Volksvereins für Bayern in München³⁹⁸, außer dem ständig größer werdenden Bekanntheitsgrad und der verbesserten Werbetechnik des Volksvereins auch ein geändertes Verhältnis zur Sozialdemokratie eine Rolle. Während es ab Ende der neunziger Jahre bis 1907 wiederholt zu Wahlbündnissen zwischen Zentrum und Sozialdemokratie im Reich und in Bayern gekommen war, verschärfte sich die ideologische Auseinandersetzung, insbesondere nach der Annäherung von Linksliberalismus und Sozialdemokratie und ihren Erfolgen bei den Landtags- und Reichstagswahlen 1912, ganz erheblich. Die Klimaänderung war insbesondere auch in Regensburg spürbar, wo Heinrich Held mit dem Regensburger Anzeiger einen immer härteren Ton gegen die Sozialdemokratie anschlug³⁹⁹. Während die Mitgliederzahl der Ortsgruppe des Volksvereins in Regensburg von 1900 bis 1907 stagnierte (circa 800 Personen)⁴⁰⁰, kletterte sie bis zum Jahre 1914 auf 1370 Personen⁴⁰¹. Damit lag sie 1914 um 200 bis 300 höher als die Zahl der eingeschriebenen Zentrumspartheimitglieder der Stadt Regensburg⁴⁰².

Welchen Nutzen aber brachte der Volksverein für die Zentrumsorganisation, in welchem Verhältnis stand er zu den für die Zentrumsinteressen aktiven Vereinen, dem Katholischen Kasino und dem Katholischen Männerverein St. Emmeram? Der Volksverein wurde nicht als Konkurrenz betrachtet, sondern als Unterstützung in der Verfolgung gemeinsamer Ziele. Darum setzten sich 1891 die Führer des Katholischen Kasinos Regensburg auch sofort für die Verbreitung des Volksvereins in Bayern ein. Nach der von der Zentrale vorgezeichneten Linie⁴⁰³ griff der Volksverein nicht in die wichtige Frage der Kandidatennominierung bei politischen Wahlen ein. Diese blieb der Zentrumspartheiorganisation im engeren Sinn, den Kreiskomitees, Wahlkreiskomitees oder einflußreichen „Zentrumsvereinen“, wie dem Kasino und dem Männerverein St. Emmeram, vorbehalten. Damit war ein möglicher Konfliktpunkt von vorneherein aus dem Wege geräumt. Wo eine entsprechende Parteiorganisation allerdings fehlte, übernahm der Volksverein subsidiär die Organisation des Wahlkampfes. Beispielsweise lud die Sektion Stadtamhof des Volksvereins unmittelbar vor den Reichstagswahlen 1898 zu einer Zentrumswählerversammlung in Stadtamhof ein, auf welcher der Kandidat des Reichstagswahlkreises Regensburg, Karl v. Lama, als Redner auftrat⁴⁰⁴. In der Stadt Regensburg beschränkte sich der Volksverein auf eine eher unauffällige, nicht ohne weiteres meßbare Agitation unter den Mitgliedern. Die gewaltige Flut von Flugblättern und Broschüren, die von der Zentrale in Mönchenglad-

³⁹⁷ Vgl. Schematismus 1915, S. 360. Zwischenresultate: Mitte 1908: 3626, 1910: 5451, 1911: 7601, Jahresbeginn 1912: 8143 Mitglieder: Vgl. Tätigkeitsbericht des Volksvereins Diözese Regensburg, 1. 3. 1912, BZAR OA 625.

³⁹⁸ Vgl. E. Ritter, Bewegung S. 238 f.; dort auch Zahlen für die parallele Aufwärtsentwicklung im rechtsrheinischen Bayern: 1901: circa 13 000, 1914: circa 94 579 Mitglieder.

³⁹⁹ Vgl. R. Keßler S. 49 f., 148—155.

⁴⁰⁰ Vgl. Schematismus 1908, S. 240.

⁴⁰¹ Vgl. Schematismus 1915, S. 359.

⁴⁰² S. u. S. 271.

⁴⁰³ Vgl. Th. Nipperdey, Organisation S. 281 f.

⁴⁰⁴ Vgl. RA Nr. 274, 4. 6. 1898.

bach ausgestoßen wurde ⁴⁰⁵, blieb sicherlich nicht ohne Wirkung. In der Diözese Regensburg wurden 1893 bis 1900 außer den regelmäßigen Vereinsschriften insgesamt 80 000 Flugschriften verschiedenen Inhalts, darunter auch die Arbeiter-encyklika *Rerum novarum* Leos XIII. von 1891 verteilt ⁴⁰⁶. Heinrich Held und Josef Habel basierten beim Aufbau des Christlichen Gewerkschaftswesens in Regensburg auf dem Gedankengut des Volksvereins ⁴⁰⁷. Umgekehrt unterstützte der Volksverein die Christlichen Gewerkschaften in Regensburg, wie auch den 1892 gegründeten katholischen Lehrlingsverein Regensburg — aus dem, so hoffte Präses Mehler, später die Mitglieder der katholisch-sozialen Vereine hervorgehen sollten — mit finanziellen Zuschüssen ⁴⁰⁸. Vereinzelte Veranstaltungen mit auswärtigen Referenten des Volksvereins, wie dem bayerischen Landessekretär Nikolaus Brem aus München oder dem Mitarbeiter der Mönchengladbacher Zentralstelle Franz Meffert, handelten grundsätzliche Themen wie „Die katholische Weltanschauung gegenüber der modernen Wissenschaft“ oder „Der deutsche Katholizismus und die sozialen und religiösen Gefahren der Gegenwart“ ab ⁴⁰⁹. Durch soziale und apologetische Konferenzen, mehrtägige soziale Kurse, so vom 18.—20. November 1907 im St. Erhardihaus ⁴¹⁰, wurde Verständnis geweckt für wirtschaftliche, politische und soziale Zusammenhänge. In der sachlich-politischen Schulung der breiten Mitgliederbasis des Zentrums, der Sensibilisierung für die soziale Problematik und der Unterstützung praktischer Versuche zur Besserung der Lage der unteren sozialen Schichten lag das hauptsächliche Verdienst des Volksvereins, auch in Regensburg.

d) Der Windthorstbund Regensburg

Am 6. Februar 1899 wurde in Regensburg ein Windthorstbund gegründet ⁴¹¹. Die Bewegung der Windthorstbünde ging 1895 von der Stadt Essen aus. Sie verfolgte zwei Ziele: Als Jugendorganisation der Zentrumsparterie suchte sie der Partei junge Kräfte zuzuführen, diese in ihrem Sinne auszubilden und ihren Aktivitätsdrang bei politischen Wahlen und der Förderung der katholischen Tagespresse zu nutzen; zugleich sollte damit der weitere Zulauf insbesondere der jüngeren Generation zur Sozialdemokratie gestoppt werden ⁴¹². Nach dem Beispiel Essens breiteten sich die Windthorstbünde rasch in anderen Städten, wie Dortmund, Aachen, Frankfurt a. M., Breslau, Düsseldorf, Köln aus. Seit Dezember 1896 wurde vom Präsidenten des Essener Windthorstbundes ein eigenes

⁴⁰⁵ Vgl. E. Ritter, *Bewegung* S. 188—195; H. Gottwald S. 813.

⁴⁰⁶ Vgl. kurzer Rechenschaftsbericht des Volksvereins, Sektion Regensburg 1893 bis 1900, BZAR OA 625.

⁴⁰⁷ Vgl. R. Keßler S. 42—46.

⁴⁰⁸ Vgl. kurzer Rechenschaftsbericht des Volksvereins, Sektion Regensburg 1893 bis 1898 und 1893 bis 1900, BZAR OA 625.

⁴⁰⁹ Brem trat am 30. 10. 1906 und 25. 10. 1909, Meffert am 17. 2. 1910 in Regensburg auf. Vgl. RM Nr. 249, 1. 11. 1906; BVBo Nr. 298, 30. 10. 1909, dazu Protokollbuch KME S. 105; NDP Nr. 43, 22. 2. 1910.

⁴¹⁰ Vgl. *Schematismus* 1908, S. 241; soziale Konferenzen wurden in Regensburg in den Vereinsjahren 1907/08, 1908/09, 1912/13, 1913/14 durchgeführt (Angaben ohne Anspruch auf Vollständigkeit). Vgl. o. a. O. 1908, S. 241, 1909, S. 324, 1913, S. 345, 1914, S. 346, 1915, S. 360.

⁴¹¹ Vgl. Lama an StM, 9. 2. 1899, StR ZR 3202.

⁴¹² Vgl. K. Bachem, Bd. 7, S. 194.

„Organ für den Windthorstbund“ herausgegeben⁴¹³. Eine der unbeabsichtigten Wirkungen der Zentrumsnachwuchsorganisation war es, daß sich 1898 nach ihrem Beispiel auf liberaler Seite eine parallele Organisation, die „Jungliberale Bewegung“, formierte⁴¹⁴. Hatten sich die Windthorstbünde zunächst als rein konfessionelle, katholische Vereine betrachtet, so erklärten sie sich, entsprechend der Linie der Zentrumspartei, auf ihrem 7. Vertretertag im Mai 1906 in Berlin ausdrücklich als politische, nichtkonfessionelle Vereinigungen⁴¹⁵.

Der Windthorstbund Regensburg ordnete sich der Zielsetzung der Gesamtbewegung unter, hob jedoch in einer Art Präambel die Verbundenheit mit dem bayerischen Herrscherhaus, dem Papst und der Kirche besonders hervor. Im Bündnis von Thron und Altar wollte die neue Organisation ihren Beitrag gegen den Umsturz leisten. Das vorangestellte Motto und die darin enthaltene Abwandlung des Zentrumswahlspruches „... für Vaterland, Freiheit, Recht!“ anstatt „Für Wahrheit, Freiheit, Recht!“⁴¹⁶ deutete eine neue Staatsbejahung der jungen Generation an. Der Vereinszweck wurde in Paragraph 1 der Statuten dahingehend zusammengefaßt, „katholische junge Männer, die sich verpflichten, ihre katholische Überzeugung überall zu vertreten, zu vereinigen, um unter sich im geschlossenen Kreise die Tagesfragen in katholischer und königstreuer Gesinnung zu besprechen“⁴¹⁷. Ordentliches Mitglied konnte jeder unbescholtene katholische Mann im Alter von 21 bis 35 Jahren werden. Für die Aufnahme war die Mitgliedschaft in einem anderen katholischen Verein Voraussetzung (§ 4). Der Jahresbeitrag betrug 2,40 Mark (§ 5), die Mitgliederaufnahme erfolgte durch Handschlagsverpflichtung auf die Statuten (§ 6). Als Ausschlußgründe zählten u. a. die Mitgliedschaft bei einer kirchen- oder staatsfeindlichen Partei, der Nichtbesuch von wenigstens drei aufeinanderfolgenden Sitzungen und ein den Geboten der Kirche und den Intentionen des Windthorstbundes widersprechender Lebenswandel (§ 7). Die Vorstandschaft bestand aus einem Präsidenten, einem Vicepräsidenten, einem Schriftführer, einem Kassier und einem Beisitzer (§ 11). Sie wurde in der jährlichen Generalversammlung in geheimer Abstimmung gewählt (§ 18).

⁴¹³ Vgl. RM Nr. 6, 10./11. 1. 1898.

⁴¹⁴ Diese Ansicht vertritt K. Bachem; vgl. Anm. 412.

⁴¹⁵ Vgl. L. K. Goetz S. 25.

⁴¹⁶ Statuten für den Windthorstbund zu Regensburg, datiert „Regensburg, 23. Februar 1899“, Motto:

„Wie's der Väter Geist uns allen
Überliefert rein und echt
Wollen siegen oder fallen
Wir für Vaterland, Freiheit, Recht!“

„Getragen von der Überzeugung, daß es in heutiger Zeit ein unbedingtes Erfordernis ist, daß sich junge Leute, um den verderblichen Einwirkungen des Umsturzes entgegenzutreten zu können, enger um Thron und Altar scharen müssen, hat sich eine Anzahl junger katholischer Männer zum ‚Windthorstbunde‘ vereinigt. Wie sie treue Anhänger unseres erhabenen Herrscherhauses sind, das Gott noch lange schützen möge, so sind sie auch ebenso begeisterte Verehrer des heiligen Vaters und demütige Kinder der heiligen katholischen Kirche. Um gegenseitig ihren Eifer für die hehre katholische Sache zu entfachen, um sich heranzubilden für Kirche und Reich, wollen sie unter sich die Tagesfragen im Geiste christlicher Eintracht besprechen. ‚Hoch Wahrheit, Freiheit, Recht!‘“
Handschriftliche Fassungen der Statuten in StR ZR 3202 und StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 9534.

⁴¹⁷ Ebd.

Gründer und erster Vorstand des Windthorstbundes Regensburg — die Bezeichnung „Präsident“ bürgerte sich in Regensburg erst gar nicht ein — war Friedrich Ritter v. Lama⁴¹⁸, Sohn des damaligen Reichstagsabgeordneten des Wahlkreises Regensburg, Buchhändler Karl v. Lama. Ihn löste 1901 der Maschinenschlosser Mathias Wiendl ab⁴¹⁹. Der Zulauf zu der neuen Organisation hielt sich in den ersten Jahren allerdings sehr in Grenzen, 1904 zählte der Windthorstbund Regensburg nur 25 Mitglieder⁴²⁰. Im Frühjahr 1909 wurde Redakteur Fridolin Keller⁴²¹, im Dezember 1909 Rentamtssekretär Josef Liebermeister zum ersten Vorstand gewählt⁴²². Von 1910 bis 1914 hatte der Sekretär der oberpfälzischen Zentrumsparterie, Rechtsanwalt Peter Soiederer, die Leitung⁴²³. Den Berufsangaben der Vorstandschaft und Besitzer nach zu schließen, waren im Windthorstbund Regensburg vor allem Handwerker, Kaufleute, Beamte der unteren Ränge und Angestellte, einige Arbeiter, jedoch fast keine Akademiker vertreten. Lehrer beispielsweise fehlten, sie fanden sich hingegen beim Jungliberalen Verein⁴²⁴.

Wie stand es um die politische Bedeutung des Windthorstbundes Regensburg? Der Parteitag der Bayerischen Zentrumsparterie 1898 hatte die Windthorstbünde, „welche die ideale Begeisterung für die Sache pflegen, aber auch in praktischer Arbeit Hervorragendes leisten und selbst das moderne Fahrrad in den Dienst der Partei stellen“⁴²⁵, wärmstens empfohlen. Auch die Führer des Katholischen Casinos Regensburg und des Katholischen Männervereins St. Emmeram ermunterten junge Leute, die sich politisch schulen wollten, zum Beitritt⁴²⁶. Der Windthorstbund Regensburg war Mitglied im Verband der Windthorstbünde Deutschlands und bezog das Verbandsorgan⁴²⁷. Die Vereinsversammlungen fanden regelmäßig statt. Als Themen wurden Grundsatzfragen, wie „Monarchie oder Republik?“⁴²⁸, „Gemeinderecht und Gemeindepolitik“⁴²⁹ behandelt oder aktuelle Tagesereignisse kommentiert. So befaßte man sich in der Sitzung vom 19. August 1902 mit dem Kaisertelegramm an den Prinzregenten⁴³⁰ oder arbeitete die Be-

⁴¹⁸ Vgl. Lama an StM, 9. 2. 1899, 23. 2. 1899, StR ZR 3202.

⁴¹⁹ Vgl. Wiendl an StM, 20. 8. 1901, StR ZR 3202.

⁴²⁰ Vgl. Hand- und Nachschlagebuch S. 167.

⁴²¹ Vgl. Keller an StM, 8. 4. 1909, StR ZR 3202.

⁴²² Vgl. Liebermeister an StM, 4. 12. 1909, StR ZR 3202.

⁴²³ Vgl. Köhler an StM, 4. 11. 1910, Soiederer an StM, 30. 10. 1911, 13. 11. 1912, Haller an StM, 29. 11. 1913, 12. 12. 1914, StR ZR 3202; Mitgliederzahlen aus dieser späteren Zeit fehlen.

⁴²⁴ Vgl. dazu u. S. 349 f.

⁴²⁵ RM Nr. 295, 31. 12. 1898.

⁴²⁶ Vgl. RA Nr. 513, 13. 10. 1908, Nr. 154, 26. 3. 1911.

⁴²⁷ Jedes Mitglied erhielt das Organ des Windthorstbundes gratis. Vgl. § 5 der Statuten des Windthorstbundes Regensburg. StR ZR 3202.

⁴²⁸ RA Nr. 617, 8. 12. 1908.

⁴²⁹ RA Nr. 111, 3. 3. 1911.

⁴³⁰ Diese Versammlung wurde auch zum ersten- und einzigen Male auf Anordnung des Stadtmagistrats polizeilich überwacht. Vgl. PUB Neumeyer an StM, 20. 8. 1902, StR ZR 3202. In dieser sog. Swinemünder Depesche hatte sich Wilhelm II. erboten, dem Prinzregenten den Posten von 100 000 Mark für Kunstwerke zu ersetzen, den der bayerische Landtag gestrichen hatte; gleichzeitig übte der Kaiser an der Kammer beleidigende Kritik. Vgl. dazu H. Möckl S. 525 f.

schlüsse der bayerischen Zentrumspartheitage nach ⁴³¹. Der Stadtmagistrat Regensburg hatte den Windthorstbund gleich nach seiner Anmeldung zum politischen Verein erklärt ⁴³², 1901 jedoch wurde er von Bürgermeister Stobäus als „nicht gefährlich“ ⁴³³ eingestuft. Gefährlich war der Windthorstbund Regensburg zu keiner Zeit, weder für den Staat noch für die eigene Partei. Wenn Bachem den Windthorstbünden allgemein nachrühmt, daß sie der offiziellen Zentrumspartei „keinerlei Schwierigkeiten bereiteten“ ⁴³⁴, so gilt das sicher auch für Regensburg. Allerdings waren von dieser Organisation auch keinerlei geistige Anstöße und Fortschritte zu erwarten. Sie blieb auf reine Reproduktion beschränkt, aus ihren Reihen ging in Regensburg kein Nachwuchspolitiker hervor, der in der praktischen Politik irgendwie aufgefallen wäre. Als Heinrich Held 1899 im Alter von 30 Jahren nach Regensburg kam, trat er nicht erst dem Windthorstbund bei, sondern stieg sofort als Mitglied des Katholischen Kasinos in den politischen Tageskampf ein. Der Windthorstbund als Diskussionsklub war seiner Idee nach gut, die entscheidende Schwäche aber war die fehlende Rückkoppelung zur realen Politik, das fehlende praktische politische Engagement der Mitglieder.

e) Die Zentrumspartei der Oberpfalz

Im Vergleich zum Zentrum in West- und Südwestdeutschland wies das Bayerische Zentrum vor der Jahrhundertwende ein Organisationsdefizit auf ⁴³⁵. Erste Versuche zum Aufbau einer Landesorganisation mit Landeskomitee, Wahlkreis- oder Bezirkskomitees, wie sie von einer Parteiversammlung am 28. Dezember 1892 in München angeregt wurden ⁴³⁶, verliefen im Sande ⁴³⁷. Die Komiteeform war zu dieser Zeit eine Organisationsmöglichkeit für Parteien, um trotz des geltenden Affiliationsverbots des bayerischen Vereinsgesetzes von 1850 ⁴³⁸ institutionalisierte überregionale Kontakte herzustellen. Dem überörtlichen Komitee gehörten nur Einzelpersonen an, keine Vereine, so daß das Verbot des Zusammenschlusses lokaler politischer Vereine hiervon, auch wenn die Komiteemitglieder Mitglieder der entsprechenden Vereine waren, formaljuristisch nicht berührt wurde. Mit Gesetz vom 15. Juni 1898 ^{438a} wurde dann jedoch das bayerische Vereinsgesetz von 1850 modifiziert, das Affiliationsverbot fallengelassen. Der Delegiertentag der Bayerischen Zentrumspartei vom 28./29. Dezember 1898 in München ging daraufhin das Problem erneut an und beschloß einstimmig die Annahme eines Organisationsplans des Passauer Domvikars Dr. Franz Seraph Pichler. Obwohl im Jahre 1899 auch auf Reichsebene das Affiliationsverbot durch die Lex Hohenlohe aufgehoben wurde und damit die „Verbandsverfassung“ ⁴³⁹, d. h. der Zusammenschluß der Ortsvereine zu einem Zentralverband möglich wurde, behielt die Bayerische Zentrumspartei die 1898 beschlossene „Komiteeverfas-

⁴³¹ Vgl. RA Nr. 122, 8. 3. 1907.

⁴³² Vgl. StM an Lama, 10. 3. 1899, StR ZR 3202.

⁴³³ Stobäus an RegOR, 19. 1. 1901, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 9534.

⁴³⁴ K. Bachem, Bd. 8, S. 195.

⁴³⁵ Vgl. Th. Nipperdey, Organisation S. 269 f.; R. Keßler S. 91.

⁴³⁶ Vgl. RM Nr. 86, 17. 4. 1893.

⁴³⁷ Vgl. M. Friedrich S. 849—852.

⁴³⁸ Vgl. Anm. 160.

^{438a} Druck: Gesetzblatt 1898, S. 289—291.

⁴³⁹ E. R. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 4, S. 8.

sung“⁴⁴⁰ bei. Ein 32-köpfiges Zentralkomitee bildete das oberste Organ der Zentrumspartei in Bayern; auf der Ebene der Kreise (Regierungsbezirke) waren Kreisausschüsse als Leitungsorgane vorgesehen, auf der dritten Ebene der Amtsgerichtsbezirke sollten Bezirksobmannschaften bzw. Bezirksausschüsse und auf der untersten Ebene die örtlichen Vertrauensmänner folgen⁴⁴¹. Dieses Konzept blieb im Grunde bis 1918 gültig, jedoch schuf der Parteitag von 1903 zusätzlich einen geschäftsführenden Ausschuß, den sog. Neuner-Ausschuß, dessen Wahl dem Zentralkomitee vorbehalten blieb⁴⁴².

Die Zentrumspartei der Oberpfalz hatte sich bereits kurz vor dem Zentrumsparteitag 1898 musterhaft organisiert. In den achtziger Jahren hatte zu den Wahlzeiten jeweils ein Kreiswahlkomitee der Oberpfalz und von Regensburg mit Sitz in Amberg eine Vertrauensmännerversammlung zur Koordinierung der Kandidatenaufstellung für die gesamten oberpfälzischen Wahlkreise nach Schwandorf, dem zentralst gelegenen Ort der Oberpfalz, einberufen⁴⁴³. Die übrige Arbeit war ganz den Wahlkomitees der einzelnen Wahlkreise (d. h. den Wahlkreiskomitees — zu unterscheiden vom Kreiswahlkomitee!) überlassen worden. Diese Organisation der periodisch in Aktion tretenden Komitees hatte bis Anfang der neunziger Jahre genügt, um bei den Reichstagswahlen einen vollständigen und bei Landtagswahlen einen weitgehenden Sieg der Zentrumspartei in der Oberpfalz zu garantieren. Nachdem jedoch seit 1893 im Bayerischen Bayernbund ein ernsthafter Gegner erwachsen war, der in den überwiegend bäuerlich strukturierten Wahlkreisen der Oberpfalz gute Voraussetzungen vorfand — selbst im Wahlkreis Regensburg konnte sich bei der Landtagswahl im Juli 1898 der Zentrumskandidat nur knapp in einer Stichwahl gegen einen Bauernbundskandidaten durchsetzen —, und nachdem zusätzlich die Agitation der Sozialdemokratie sich immer mehr verstärkte, leitete das Kreiswahlkomitee Schritte zur Bildung einer ständigen, auch zwischen den Wahlzeiten tätigen Parteiorganisation ein. Mitte Dezember 1898 genehmigte eine Zentrumsversammlung in Schwandorf mit 270 Teilnehmern aus der ganzen Oberpfalz einen in Amberg ausgearbeiteten Organisationsentwurf⁴⁴⁴. Dieser sah eine dreistufige Gliederung vor: Einen Kreisausschuß für die Kreis- (Regierungsbezirks-) Ebene, Bezirkskomitees für die Amtsgerichtsbezirke und Vertrauensmänner für die Gemeinden. Die oberpfälzische Zentrumsorganisation nahm somit den Organisationsplan Pichlers, wie er Ende des Monats Dezember 1898 auf dem Parteitag in München beschlossen wurde, für den Bereich der Kreisebene im Prinzip vorweg. Der 34-köpfige Kreisausschuß der Oberpfalz baute auf dem bisherigen zwölfköpfigen Kreiswahlkomitee in Amberg auf, das die Geschäftsführung zugewiesen bekam; neben vier Mitgliedern aus Regensburg gehörten ihm noch 18 Vertreter der verschiedenen Bezirke der Oberpfalz an. Weitere Mitglieder konnten kooptiert werden. Die Aufgabe des Kreisausschusses bestand in der Leitung aller Parteiangelegenheiten, speziell auch bei allen politischen Wahlen, weiterhin in der Anregung zur Gründung neuer und der Förderung bereits existierender katholischer Vereine aller Art, der Verbrei-

⁴⁴⁰ Ebd.

⁴⁴¹ Vgl. AP Nr. 294, 30. 12. 1898, Nr. 295, 31. 12. 1898; RM Nr. 294, 30. 12. 1898, Nr. 295, 31. 12. 1898.

⁴⁴² Vgl. RM Nr. 22, 19. 1. 1903; M. Friedrich S. 855 f.

⁴⁴³ Vgl. hierzu und zum Folgenden AP Nr. 285, 18. 12. 1898

⁴⁴⁴ Vgl. AP Nr. 279, 11. 12. 1898, Nr. 285, 18. 12. 1898.

tung der Parteipresse, der Durchführung von Versammlungen und die Beschaffung der erforderlichen Geldmittel. Insgesamt sollte die Organisation der Zentrumsparlei nunmehr gesteuert vorangetrieben werden, während sie bis dahin mehr auf der spontanen Initiative einzelner Zentrumsanhänger, Geistlicher oder dörflicher bzw. städtischer Honoratioren beruhte.

Warum vor der Jahrhundertwende gerade Amberg und nicht Regensburg die Führungsrolle zufiel, hing vielleicht mit der früheren Mittelpunktsfunktion Ambergs für die Oberpfalz zusammen, das ja erst 1810 als Verwaltungszentrum der Oberpfalz von Regensburg abgelöst worden war. Die tieferen Gründe aber lagen in der größeren Rührigkeit dortiger Persönlichkeiten. Heinrich Held schrieb in einem Nachruf Josef Habbel das Verdienst zu, von Amberg aus ab 1870 die Zentrumsorganisation in der Oberpfalz aufgerichtet zu haben. Wirksames Instrument in Habbels Händen war dabei die Amberger Volkszeitung, deren Linie nach Habbels Weggang von Amberg 1889 durch den bisherigen Volkszeitungsredakteur und neuen Eigentümer Hans Boes weitergeführt wurde⁴⁴⁵. Neben Boes⁴⁴⁶, der 1898 auch die Erläuterung des Organisationsentwurfes bei der Zentrumsversammlung in Schwandorf übernahm, traten aus Amberg vor allem Stadtdekan Franz Xaver Jobst und Buchhändler Hans Mayr in Erscheinung⁴⁴⁷. Jobst und Mayr saßen auch als erste Vertreter des oberpfälzischen Kreiskomitees im Zentralkomitee der Bayerischen Zentrumsparlei, dem neben den beiden Vorsitzenden und vier weiteren Mitgliedern der Zentrumsfraktion der Bayerischen Abgeordnetenversammlung satzungsgemäß auch vier Mitglieder der Bayerischen Reichsratskammer, sechs Vertreter der Stadt München sowie die beiden Vorsitzenden der acht bayerischen Kreisausschüsse der Zentrumsparlei angehörten⁴⁴⁸.

Eine Verschiebung des Führungsschwerpunktes von Amberg nach Regensburg bahnte sich seit der Übersiedlung Josef Habbels nach Regensburg, ferner mit dem Auftreten Heinrich Helds und Georg Heims in Regensburg an. Heinrich Held, Typ eines modernen Parteipolitikers mit managerhaftem Organisationstalent, hatte die Notwendigkeit einer Umbildung der Zentrumsparlei von einer locker organisierten Honoratiorenparlei zur straff organisierten Mitgliederparlei auf breiter Mitgliederbasis schon frühzeitig als Konsequenz der sozialen Umschichtungen in der Gesellschaft erkannt. Bereits 1902 wies er auf die Organisation der Sozialdemokratie als nachahmenswertes Beispiel hin⁴⁴⁹. Er gab dann 1906 den Anstoß zu einer Neuorganisation der Zentrumsparlei der Oberpfalz, die damit erneut, wie schon 1898, zum beispielgebenden Modell innerhalb der Bayerischen Zentrumsparlei aufrückte⁴⁵⁰. Am 15. November 1906 beauftragte eine Delegiertenversammlung der oberpfälzischen Zentrumsparlei zu Schwandorf eine Kommission von 13 Mitgliedern mit der Ausarbeitung eines neuen Organisations-

⁴⁴⁵ Vgl. RA Nr. 9, 8. 1. 1917.

⁴⁴⁶ Verleger Boes aus Amberg nahm 1903 auch am Delegiertenparteitag der Bayerischen Zentrumsparlei in München teil. Die 1903 gegründete Parlamentarische Zentrumskorrespondenz wurde u. a. von der Amberger Volkszeitung, einer der fünf großen katholischen Tageszeitungen Bayerns zu diesem Zeitpunkt, finanziell über Wasser gehalten. Vgl. RM Nr. 22, 29. 1. 1903; M. Friedrich S. 854.

⁴⁴⁷ Vgl. AP Nr. 285, 18. 12. 1898.

⁴⁴⁸ Vgl. RA Nr. 212, 29. 4. 1899.

⁴⁴⁹ Vgl. R. Keßler S. 91.

⁴⁵⁰ Vgl. K. Bosl, Held S. 757.

statuts⁴⁵¹. Wie dringend diese Aufgabe gerade auch im Hinblick auf die eigene Parteidisziplin und innere Geschlossenheit der Partei angegangen werden mußte, offenbarten die Reichstags- und Landtagswahlen des Jahres 1907. Angesichts der fortschreitenden Organisierung der Interessen auch innerhalb der Zentrumspartei, etwa im Oberpfälzischen Christlichen Bauernverein auf der einen und den Arbeitervereinen und Christlichen Gewerkschaften auf der anderen Seite, sowie der Kluft zwischen dem konservativ-adeligen und bäuerlich-demokratischen Flügel der Partei, kam es in vielen oberpfälzischen Wahlkreisen zu höchst unerfreulichen Kandidatenwirren⁴⁵². Gegen sie erwies sich die auf die überkommene Parteiorganisation gestützte Parteiautorität des Kreis Ausschusses als weitgehend wirkungslos. Heinrich Held war als Landtags- und Reichstagskandidat selbst in die Streitigkeiten verwickelt worden⁴⁵³. Durch die gewonnenen Erfahrungen gewitzigt, drängte er unmittelbar nach den Wahlen auf einen raschen Abschluß der in Angriff genommenen Neuorganisation. Kernpunkt war die Einsicht, daß die Hauptursache der Kandidatenwirren weniger einzelnen Personen als vielmehr einem strukturellen Mangel im Parteaufbau anzulasten sei. Eine klare Abgrenzung der Aufgabenbereiche und Kompetenzen der einzelnen Organe war daher erstes Gebot. Insbesondere mußte für den neuralgischen Punkt der Kandidaten-nominierung bei Landtags- und Reichstagswahlen ein exakter Modus gefunden werden. Mit der Forderung nach einem organischen Aufbau der Partei von unten nach oben und der Wahl der Vertrauensmänner durch die Ortsgruppen — nicht der Ernennung durch den Bezirksausschuß — räumte Held dem demokratischen Element innerhalb der Partei einen festen Platz ein⁴⁵⁴. Am 4. Juli 1907 wurde von der im Herbst 1906 eingesetzten Dreizehnerkommission das neue Organisationsstatut vorgelegt und von einer Delegiertenversammlung der oberpfälzischen Zentrumspartei in Schwandorf im Grundsatz beschlossen⁴⁵⁵. Auf dem 1. Parteitag der oberpfälzischen Zentrumspartei am 14. Dezember 1908 in Regensburg wurde es in einer nach den Vorstellungen Helds als Vorsitzender der Dreizehnerkommission abgeänderten Fassung definitiv verabschiedet⁴⁵⁶. Während 1907 noch Amberg als Sitz der Organisation belassen und zum ersten Vorsitzenden auf Vorschlag Dr. Heims der Amberger Landgerichtspräsident Franz Xaver Lerno⁴⁵⁷ gewählt wurde⁴⁵⁸, trug man 1908 der seit der Jahrhundertwende er-

⁴⁵¹ Vgl. RA Nr. 574, 16. 11. 1906, Nr. 145, 1./2. 7. 1907.

⁴⁵² Vgl. RM Nr. 1, 2./3. 1. 1907; AP Nr. 113, 19. 5. 1907.

⁴⁵³ Vgl. dazu S. 303.

⁴⁵⁴ Vgl. RM Nr. 145, 1./2. 7. 1907.

⁴⁵⁵ Vgl. RM Nr. 143, 28. 6. 1907.

⁴⁵⁶ Vgl. RA Nr. 629, 15. 12. 1908, Nr. 630, 15. 12. 1908; dazu R. Keßler S. 94. Über die Entwicklungsstufen des neuen Organisationsstatuts gibt der Nachlaß Held teilweisen Einblick. Darin sind u. a. enthalten: 1. Ein Rundschreiben des Kreis Ausschusses der oberpfälzischen Zentrumspartei, datiert „Amberg, im März 1907“. 2. Eine „Wahlordnung“ eines Amberger Parteimitgliedes. 3. Ein Gegenentwurf der oberpfälzischen Reichstagsabgeordneten zum Organisationsstatut der Dreizehnerkommission. 4. Ein undatiertes Organisationsstatut der Zentrumspartei für die Oberpfalz, gedruckt bei Gebrüder Habel Regensburg, in zwei Fassungen: a) 14-seitig (zu datieren *vor* den 14. 12. 1908, da laut § 29 Sitz der Organisation Amberg). b) 12-seitig (zu datieren *nach* den 14. 12. 1908, da laut § 29 Sitz der Organisation Regensburg). Vgl. GStAM Nachlaß Held, Nr. 89.

⁴⁵⁷ Franz Xaver Lerno, geb. 13. 2. 1849 in Straubing, gest. 18. 1. 1920 in München, besuchte das Gymnasium in Straubing, das Lyceum in Regensburg und die Universität

folgten politischen Schwerpunktverschiebung von Amberg nach Regensburg Rechnung und bestimmte Regensburg zum Sitz der Organisation. Gleichzeitig wählte der 1. Parteitag den Regensburger Landtagsabgeordneten Karl Mayer zum ersten Vorsitzenden der Zentrumspartei der Oberpfalz. Heinrich Held und Friedrich Pustet hatten die Annahme dieser Funktion für ihre Person von vornherein abgelehnt⁴⁵⁹.

Das neue Organisationsstatut der Zentrumspartei für die Oberpfalz von 1908 war dem erst 1907 verabschiedeten Organisationsstatut der Zentrumspartei in Bayern⁴⁶⁰ organisationstechnisch weit überlegen. Während die Zentrumspartei in Bayern keinerlei Versuche zur exakten Definition der Parteimitgliedschaft unternahm und weiterhin auf dem breiten Fundament freiwillig zentrumsorientierter Vereine mit Mischcharakter, teils politischer, teils kirchlich-religiöser Zielsetzung, teils standesmäßiger Interessenvertretung basierte, wurde in der Zentrumspartei der Oberpfalz das Prinzip der rein politischen Organisation durchgesetzt. Den Christlichen Bauernvereinen und Katholischen Arbeitervereinen gestand man keinen politischen Charakter mehr zu und verwehrte ihnen konsequenterweise auch jeden direkten Einfluß auf die Kandidatenaufstellung bei politischen Wahlen⁴⁶¹. Als Organisationseinheit auf der untersten Ebene diente künftig die Ortsgruppe, der nur mehr Parteimitglieder angehörten. In der Diskussionsphase bezeichnete es Heinrich Held als grundverkehrt, Vertrauensmänner nach der Einwohnerzahl der politischen Gemeinden zu bestellen. „Dies wäre nur angängig, wenn die Gemeinden parteipolitische Gebilde der Zentrumspartei wären!“⁴⁶². Die Zentrumspartei der Oberpfalz war als reine Mitgliederpartei konzipiert, nur Mitglieder sollten in ihr legitimerweise mitentscheiden. Parteimitglied wurde man durch voluntaristischen Akt, d. h. durch Eintritt und Zahlung regelmäßiger Mitgliedsbeiträge. Die Pflichtbeiträge waren mit 20 Pfennig pro Jahr bewußt niedrig gehalten, um die Entwicklung zur Massenpartei nicht an finanziellen Barrieren scheitern zu lassen. Mitglieder konnten bereits Achtzehnjährige werden, auch Frauen wurden aufgenommen.

Die oberpfälzische Zentrumspartei als Teil der Zentrumspartei in Bayern sah für ihren Bereich einen lückenlosen, klaren Aufbau mit Ortsgruppen, Bezirksgruppen, Vorstand und Generalversammlung vor. Die Gliederung einer jeden dieser Parteiinstitutionen in sich, ihre Aufgaben und das Delegationssystem von

Würzburg. Ab 1890 Landgerichtsrat in Weiden, ab 1896 Landgerichtsrat in Regensburg, ab 1899 Oberlandesgerichtsrat in Bamberg, seit 1. 7. 1905 Landgerichtspräsident in Amberg. MdR 1893—1903 für Wkr. Amberg, MdKdA 1893—1913 für Wkr. Amberg. Vgl. Handbuch KdA 1906, S. 251 f.; M. Schwarz S. 386.

⁴⁵⁸ Zum zweiten Vorsitzenden des dreiköpfigen Vorstandes wurde am 4. 7. 1907 Verlagsbuchhändler Friedrich Pustet, zum dritten Vorsitzenden Gymnasialprofessor Josef Stahl in Weiden gewählt. Vgl. RM Nr. 150, 7. 7. 1907.

⁴⁵⁹ Vgl. RM Nr. 629, 15. 12. 1908.

⁴⁶⁰ Abdruck im Anhang bei M. Friedrich S. 875 f., dort allerdings mit sinnstörenden Druckfehlern. § 7 muß richtig heißen: „In der Regel findet alle zwei Jahre ein Parteitag statt, zu welchem alle Abgeordnete der Zentrumspartei, die Mitglieder der Parteileitung (nicht Parteirichtung!) und der (nicht des!) Parteikomitees, die Geschäftsführer und die Vorstände der politischen und wirtschaftlichen Vereine der Parteirichtung (nicht Parteileitung!) durch öffentliches Ausschreiben einzuladen sind . . .“ Korrektur nach: RM Nr. 60, 14. 3. 1907.

⁴⁶¹ Vgl. RM Nr. 108, 15. 5. 1907.

⁴⁶² RM Nr. 145, 1./2. 7. 1907.

oben nach unten waren genau umschrieben. So bildeten die Parteimitglieder innerhalb einer politischen Gemeinde der Oberpfalz die Ortsgruppe mit den Organen des Ortsausschusses und des Ortsobmanns. Der Ortsausschuß setzte sich aus den von den Parteimitgliedern gewählten Vertrauensmännern zusammen⁴⁶³. Die Mitglieder der Ortsgruppe wählten auch direkt den Obmann als Leiter der Ortsgruppe, ferner den Kassier, Revisor und — falls erforderlich — einen Schriftführer. Obmann, Kassier und Schriftführer mußten dem Kreis der Vertrauensmänner entnommen werden. Die nächsthöhere Organisationsstufe bildete die Bezirksgruppe. In ihr waren die einzelnen Ortsgruppen eines Amtsgerichtsbezirks bzw. einer unmittelbaren Stadt der Oberpfalz zusammengeschlossen. Organe der Bezirksgruppe waren Bezirksversammlung, Bezirksausschuß und Bezirksobmann. Die konkrete Verbindung zwischen Ortsgruppe und Bezirksgruppe war durch die Zugehörigkeit der Ortsausschüsse zur Bezirksversammlung gegeben. Sitz und Stimme in der Bezirksversammlung besaßen außerdem je ein Vertreter der in den betreffenden Bezirken erscheinenden Zentrumsblätter sowie die entsprechenden Landtags- und Reichstagsabgeordneten. Die Bezirksversammlung wählte den Bezirksobmann und den Bezirksausschuß, der außer dem Obmann und dessen Stellvertreter den Bezirkskassier und Schriftführer sowie zwei Beisitzer umfaßte. Die oberste Ebene des gesamten Kreises Oberpfalz und Regensburg bildete der Vorstand. Er setzte sich aus einem ersten, zweiten und dritten Vorsitzenden, je einem ersten und zweiten Schriftführer und Kassier sowie den Delegierten der oberpfälzischen Landtagswahlkreise zusammen. Diese Landtagswahlkreisdelegierten fielen in gewisser Weise aus dem Rahmen der vertikalen Organisation Ortsgruppe - Bezirksgruppe - Vorstand. Sie wurden in einer gemeinschaftlichen Bezirksversammlung der in einem Landtagswahlkreis liegenden Bezirke gewählt. Hier schloß man einen Kompromiß angesichts eines Dilemmas, das bei der Organisation grundsätzlich auftauchte: Welches war der zweckmäßigste Organisationsrahmen der Zwischenstufe zwischen Ortsgruppe und (Kreis-)Vorstand? Es boten sich die Einheiten der staatlichen Verwaltungsdistrikte — die Bezirksämter — oder der Justizorganisation — die Amtsgerichtsbezirke — oder aber auch Reichstags- oder Landtagswahlkreise als Grundlage an. Am zweckmäßigsten wäre für eine politische Partei, die in erster Linie auf die politischen Wahlen ausgerichtet war, natürlich die Wahlkreiseinteilung gewesen. Doch deckten sich Landtags- und Reichstagswahlkreise nicht und wurden die Wahlkreisgrenzen häufig verändert. So griff man auf die relativ beständigsten Einheiten, die Amtsgerichtsbezirke zurück, die ihrerseits wieder meist die Bausteine der Wahlkreise bildeten.

Für Wahlzwecke wurden als Sonderorganisationen zur Durchführung einer abgestimmten Wahlagitation die Wahlkreiskomitees gebildet. Die Aufstellung der Kandidaten aber erfolgte in einer Sitzung aller Vertrauensmänner der Ortsgruppen des Landtags- bzw. Reichstagswahlkreises, zu denen die bisherigen Landtags- bzw. Reichstagsabgeordneten und je ein Vertreter der im Wahlkreis erscheinenden Zentrumspresse hinzugezogen wurden. Die Kandidatennominierung regelte zusätzlich eine eigene Wahlordnung, die dem Organisationsstatut als Anhang beigegeben war. Wichtig war dabei, daß der Modus der Vertrauensmännerbestellung und ihre Anzahl durch das allgemeine Organisationsstatut

⁴⁶³ Dafür galt als Schlüssel: Ortsgruppen bis zu 50 Mitgliedern wählen zwei Vertrauensmänner, darüber hinaus wurde für je 50 Mitglieder ein weiterer Vertrauensmann zugestanden (auch für die angefangene 50iger Zahl).

genau fixiert waren und eine Legitimation zur Kandidatennominierung in Form einer persönlichen schriftlichen Einladung erfolgte. Vorgänge wie im Jahre 1907, wo unkontrollierbar jeder Anwesende in den öffentlich ausgeschriebenem Vertrauensmännerversammlungen als „Vertrauensmann“ akzeptiert werden mußte⁴⁶⁴, waren in Zukunft nicht mehr möglich. Die jährliche Generalversammlung der Zentrumspartei der Oberpfalz, in der Presse allgemein als Parteitag der oberpfälzischen Zentrumspartei bezeichnet, war oberstes beschlußfassendes Organ. Sie wählte die Vorstandsmitglieder (ausgenommen die Delegierten der Landtagswahlkreise), dazu zwei Hauptkassenrevisoren, nahm den Bericht der Vorstandschaft entgegen und beschloß über die an sie gestellten Anträge. Stimmberechtigt waren der Vorstand, die Bezirksausschüsse und sämtliche Vertrauensmänner der Ortsgruppen. Die Basis besaß mit den Vertrauensmännern sowohl hier als auch auf Bezirksebene eine sehr direkte Einflußmöglichkeit. Die Ortsgruppe konnte zudem Anträge an die Generalversammlung direkt stellen.

Neben der Klärung des innerparteilichen Funktionsmechanismus bei Kandidatennominierungen hatte das neue Organisationsstatut vor allem eine Stärkung der Zentrumspartei in der Oberpfalz insgesamt zum Ziel. Dem diente auch ein entsprechend aufgebautes Kassenwesen, in das den Mitgliedern in jährlichen Rechenschaftsberichten Einblick gewährt wurde. Die nötigen Finanzen wurden durch die regelmäßigen Mitgliederbeiträge und freiwillige Spenden aufgebracht. Die Ortsgruppe mußte zwei Drittel ihrer Einnahmen an die Bezirkskasse abliefern. Die Bezirkskasse wiederum hatte die Hälfte der eingelaufenen Beiträge an die Hauptkasse der oberpfälzischen Zentrumspartei zu überweisen, über die der Vorstand verfügte. Durch ständige, systematische Agitation und Versammlungstätigkeit sollte ein Aufschwung der Partei erreicht werden. Die Ortsgruppen sollten zumindest jedes Vierteljahr eine Versammlung halten, davon die Versammlung im November als Hauptversammlung; die Bezirksversammlungen sollten jedes halbe Jahr stattfinden, davon im Dezember die Hauptversammlung. Die jährliche Generalversammlung der oberpfälzischen Zentrumspartei fand im ersten Quartal des Jahres statt. Die Obmänner der Ortsgruppen und die Bezirksobmänner waren verpflichtet, in ihrem Bereich für ständige Agitation und den Ausbau der Organisation, durch Neugründung von Ortsgruppen etwa, zu sorgen. Der Vorstand führte die Oberaufsicht über sämtliche Arbeiten der oberpfälzischen Zentrumspartei und hatte eine genaue Statistik der Organisation (mit Vertrauensmänner- und Obmännerverzeichnis) anzulegen. Die Leitungsstellen in der Partei auf allen Ebenen sollten nun keine Repräsentationsposten mehr für geruhssame Honoratioren bilden, sondern für arbeitsfreudige Aktivisten. Der Charakter der Partei insgesamt änderte sich damit entscheidend, er bekam einen Zug ins Bürokratische. Ganz auf dieser Linie lag es, daß mit einem hauptamtlichen Parteisekretär für die Zentrumspartei der Oberpfalz auch ein Berufspolitiker angestellt werden sollte. Dieser bereits im März 1907 diskutierte und von Heinrich Held forcierte Vorschlag⁴⁶⁵ wurde nach eindringlicher Befürwortung durch Dr. Heim 1908 auf dem 1. Parteitag der Zentrumspartei der Oberpfalz in Regensburg angenommen⁴⁶⁶. Bis zum Dienstantritt des Parteisekretärs verging dann aller-

⁴⁶⁴ Vgl. RM Nr. 13, 17. 1. 1907.

⁴⁶⁵ Vgl. Rundschreiben des Kreis Ausschusses der oberpfälzischen Zentrumspartei, datiert „Amberg, im März 1907“, GStAM Nachlaß Held, Nr. 89.

⁴⁶⁶ Vgl. RA Nr. 629, 15. 12. 1908; zur Vorbereitung vgl. RA Nr. 620, 10. 12. 1908.

dings nochmals ein Jahr. Auf dem 2. Parteitag der oberpfälzischen Zentrums-
partei am 4. Januar 1910 in Amberg wurde der geprüfte Rechtspraktikant Peter
Soiderer in diesem Amt vorgestellt⁴⁶⁷. Die Finanzierung des Parteisekretärs, für
den 1907 ein jährliches Gehalt von mindestens 3000 Mark veranschlagt wurde⁴⁶⁸,
erfolgte außer durch die normalen Mitgliedsbeiträge zunächst durch Zeichnung
freiwilliger Beiträge⁴⁶⁹, ab Februar 1914 sollten die Mittel dann durch den
neugegründeten Verein für das Sekretariat der oberpfälzischen Zentrums-
partei aufgebracht werden⁴⁷⁰.

Aufgabe des Parteisekretärs war es vor allem, die im Organisationsstatut von
1908 vorgesehene Neuorganisation abzuschließen, besser gesagt, erst in Gang zu
setzen. Bis Anfang 1910 existierte die neue Parteiorganisation nämlich zunächst
fast nur auf dem Papier. Zwar stand das Mitgliederpotential der Zentrums-
partei bereits in Christlichen Bauernvereinen, Arbeitervereinen, im Volksverein für das
katholische Deutschland, katholischen Männervereinen usw. quasi auf Abruf be-
reit, doch erwies es sich als durchaus nicht einfach, die Leute zum Eintritt in eine
neue beitragspflichtige Organisation zu bewegen. Ein günstiger Zeitpunkt direk-
ter Motivation durch bevorstehende Wahlen rückte nach 1907 auch erst wieder
mit dem Jahre 1912 heran. An die in Aussicht stehenden nächsten Wahlkämpfe
knüpfte denn auch ein Aufruf des Parteisekretärs Soiderer im April 1910 an, in
dem nunmehr eine energische und planmäßige Durchführung der Parteiorgani-
sation angekündigt wurde. Die Gründung der Ortsgruppen nahmen Parteisekre-
tariat, Parteivorstand und die Abgeordneten in die Hand, darüber hinaus wurde
an die Parteifreunde appelliert, durch Eigeninitiative die Sysphusarbeit der
Ortsgruppengründungen in praktisch jeder politischen Gemeinde zu erleichtern⁴⁷¹.
Im Februar 1911 mußte Karl Mayer dem Stadtmagistrat Regensburg bei der
amtlich geforderten Anmeldung der Parteiorganisation mitteilen, daß die Organi-
sation noch nicht vollständig durchgeführt sei, insbesondere die Delegierten der
Landtagswahlkreise noch nicht genannt werden könnten⁴⁷². Ende Dezember
1911, kurz vor den Landtags- und Reichstagswahlen 1912, war die Organisation
jedoch auch in dieser Richtung weitgehend fortgeschritten, lediglich der Dele-
gierte des Landtagswahlkreises Weiden mußte noch gewählt werden⁴⁷³. Parteisekretär
Peter Soiderer bewährte sich dabei als ausdauernder Arbeiter. Starke Zweifel an
den Fähigkeiten Soiderers meldete allerdings Dr. Heim gegenüber Held an. Er
forderte sogar die Kündigung Soiderers zum 1. 7. 1910 mit der Begründung,

⁴⁶⁷ Vgl. RA Nr. 9, 6. 1. 1910.

⁴⁶⁸ Vgl. Anm. 465.

⁴⁶⁹ Vgl. RA Nr. 7, 5. 2. 1910.

⁴⁷⁰ Sitz des Vereins war Regensburg, Vorsitzender Landtagsabgeordneter Karl Mayer
in Regensburg. Mitglieder des Vereins verpflichteten sich, jährlich wenigstens 2 Mark
oder einen einmaligen Beitrag von mindestens 50 Mark zu Unterhaltung des Partei-
büros und zu den Kosten eines Parteisekretärs zu leisten. Die ordentliche Mitglieder-
versammlung sollte jährlich zusammen mit der Generalversammlung der oberpfälzischen
Zentrums-
partei stattfinden. Vgl. Satzung des Vereins für das Sekretariat der oberpfälzischen
Zentrums-
partei und Vorstandschaftsverzeichnis, StR ZR 3214.

⁴⁷¹ Vgl. RA Nr. 179, 12. 4. 1910.

⁴⁷² Vgl. Mayer an StM, 25. 2. 1911, StR ZR 3213.

⁴⁷³ Delegierter des Landtagswahlkreises Regensburg war Friedrich Pustet (III). Vgl.
Soiderer an StM, 27. 12. 1911, StR ZR 3213 (mit Delegiertenliste der Landtagswahl-
kreise).

Soiderer sei als Redner wirkungslos, in politischen Fragen zu wenig beschlagen, die Durchführung der Organisation durch ihn sei fraglich. Der Mann müsse die Sache machen, nicht die Sache den Mann⁴⁷⁴. Als Soiderer im Landtags- und Reichstagswahlkampf 1911/12 naturgemäß auch auf vielen Wahlveranstaltungen als Redner für die Zentrumsparlei auftrat⁴⁷⁵, versuchte der Staatsminister des Innern, Friedrich v. Brettreich dies mit dem Druckmittel des noch gültigen Anstellungsgesuchs Soiderers für den höheren Staatsdienst zu verhindern⁴⁷⁶. Soiderer verzichtete daraufhin auf die Anwartschaft im staatlichen Verwaltungsdienst und wurde als Syndikus der oberpfälzischen Zentrumsparlei eingestellt⁴⁷⁷. Aber noch in einem Brief von der Front an Regierungspräsident Aretin hatte sich Soiderer zu beklagen, daß ihm diese seine Tätigkeit als Hindernis bei der Beförderung zum Offizier angerechnet werde⁴⁷⁸.

Während die Zentrumsorganisation der Oberpfalz zum Jahresschluß 1910 erst 182 Ortsgruppen mit rund 4200 Mitgliedern zählte⁴⁷⁹, stieg diese Zahl bis Anfang Juli 1911 auf 420 mit etwa 13 700 Mitgliedern⁴⁸⁰. Auf dem 6. Parteitag der oberpfälzischen Zentrumsparlei am 2. Februar 1914 in Schwandorf konnte die Organisation schließlich als abgeschlossen bezeichnet werden⁴⁸¹. Zu diesem Zeitpunkt umfaßte die oberpfälzische Zentrumsparlei in 35 Bezirken 872 Ortsgruppen mit rund 26 000 Mitgliedern⁴⁸². Damit waren 21,1 bzw. 28,6 Prozent der oberpfälzischen Reichstags- bzw. Landtagswahlberechtigten⁴⁸³ fest organisiert. Der Stolz, mit dem der Vorsitzende Karl Mayer auf dem Parteitag bekannt gab, daß die Organisation der oberpfälzischen Zentrumsparlei den übrigen Kreisen Bayerns auf dem Landesparteitag am 29./30. Dezember 1913 in München als Vorbild empfohlen worden sei⁴⁸⁴, war nicht unberechtigt. Ein entscheidender Anteil hieran kam dabei Regensburg zu. Nicht nur, daß die neue wegweisende Parteiorganisation im wesentlichen Heinrich Held zu verdanken war und die Anstellung eines hauptamtlichen Parteisekretärs letztlich von Dr. Heim durchgesetzt wurde⁴⁸⁵, auch der erste Vorsitzende des Vorstandes und die geschäftsführenden Mitglieder des Vorstandes, die beiden Kassiere und Schriftführer, wurden ab 1908 von Regensburg gestellt. Die Stelle des ersten Vorsitzenden bekleidete von 1908 bis 1914 ununterbrochen der Regensburger Fabrikant Karl

⁴⁷⁴ Vgl. Heim an Held, 28. 6. 1910, GStAM Nachlaß Held, Nr. 89.

⁴⁷⁵ Vgl. z. B. RA Nr. 629, 15. 12. 1911.

⁴⁷⁶ Vgl. Brettreich an Aretin, 19. 12. 1911, 7. 1. 1912, StAA Reg. KdI Abg 1949, Nr. 13 954. In den Aretin eingezogenen Erkundigungen äußerte der Vorstand des Bezirksamts Stadtamhof die Ansicht, „daß Peter Soiderer die Seele der Agitation der oberpfälzischen Zentrumsparlei sein dürfte“: Aretin an Brettreich, 5. 1. 1912, ebd.

⁴⁷⁷ Vgl. Soden-Fraunhofen an Soiderer, 19. 6. 1912, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 13 954.

⁴⁷⁸ Vgl. Soiderer an Aretin, 20. 1. 1915, ebd.

⁴⁷⁹ Vgl. Soiderer an Held, 31. 12. 1910, GStAM Nachlaß Held, Nr. 89.

⁴⁸⁰ Vgl. Soiderer an Held, 2. 7. 1911, 7. 7. 1911, GStAM Nachlaß Held, Nr. 89.

⁴⁸¹ Vgl. RA Nr. 61, 4. 2. 1914.

⁴⁸² Vgl. Rechenschaftsbericht Soiderers für die Zeit vom 8. Januar 1913 — 2. Februar 1914, GStAM Nachlaß Held, Nr. 89.

⁴⁸³ Zahl der Wahlberechtigten des Kreises Oberpfalz und Regensburg bei den Reichstagswahlen 1912: 123 255, bei den Landtagswahlen: 90 823. Vgl. Zeitschrift 44 (1912) S. 231, 263, 266; Prozentzahlen errechnet.

⁴⁸⁴ Vgl. RA Nr. 61, 4. 2. 1914.

⁴⁸⁵ Vgl. BVBo Nr. 175, 2. 7. 1907; NDP Nr. 30, 6. 2. 1914.

Mayer, zugleich erster Vorsitzender des Katholischen Casinos in Regensburg und Landtagsabgeordneter des Wahlkreises Regensburg. Als erster und zweiter Kassier wurden 1908 der Weingroßhändler Johann Mühlbauer und der Buchdruckereibesitzer Martin Habel gewählt, sie übten dieses Parteiamt ebenfalls bis 1914 aus, allerdings ab 1911 in vertauschter Reihenfolge. Als erster Schriftführer fungierte kontinuierlich der Elektroingenieur Eduard Baumer, als zweiter Schriftführer wurde Justizrat Karl Keller Ende 1911 von Arbeitersekretär Josef Deininger abgelöst. Lediglich der zweite und dritte Vorsitzende des Vorstandes stammen aus anderen Teilen der Oberpfalz, nämlich der Amberger Verleger Hans Boes und der Neumarkter Bürgermeister und Landtagsabgeordnete, Hofrat Josef Weißenfeld; sie vertauschten gleichfalls Ende 1911 ihre Plätze⁴⁸⁶. Vor dem 4. Parteitag der oberpfälzischen Zentrumspartei Mitte Dezember 1911 in Weiden war Regensburg noch stärker vertreten. Von den 18 Mitgliedern des Vorstandes seit 1908 kamen acht aus Regensburg. Es waren dies außer den bereits genannten Parteiamtsträgern Mayer, Baumer, Keller, Mühlbauer und Martin Habel der altverdiente Kommerzienrat Josef Habel und die beiden weiteren Säulen der Zentrumsagitation in Regensburg, Heinrich Held und Friedrich Pustet (III)⁴⁸⁷.

Werfen wir nun noch einmal einen Blick zurück speziell auf die Verhältnisse der Zentrumspartei in der Stadt Regensburg. Wie wirkte sich dort die Neuorganisation der Zentrumspartei der Oberpfalz aus? Der Begriff der „Zentrumspartei Regensburg“ bezeichnete ab Anfang 1906 die Aktionsgemeinschaft von Katholischem Kasino und Männerverein St. Emmeram⁴⁸⁸. Als gemeinsames Organ fungierte ab diesem Zeitpunkt ein „Gesamtausschuß der Zentrumspartei Regensburg“⁴⁸⁹, der sich aus den vereinigten Ausschüssen beider Vereine zusammensetzte⁴⁹⁰. Vorher wurde das Katholische Kasino gemeinhin mit der Patrioten- bzw. Zentrumspartei identifiziert, für deren Ziele es zu Wahlzeiten arbeitete. Eine „Zentrumspartei Regensburg“ im Sinne einer nur aus Parteimitgliedern bestehenden Ortsgruppe gab es jedoch erst ab Durchführung der Neuorganisation der Zentrumspartei der Oberpfalz. Am 16. April 1910 konstituierte sich für die Stadt Regensburg gemäß dem Organisationsstatut der Zentrumspartei der Oberpfalz ein Parteibeziirk, der sich in diesem Fall zugleich mit einer einzigen Ortsgruppe decken sollte. An der Konstituierung beteiligten sich die Ausschüsse des Katholischen Casinos, des Katholischen Männervereins St. Emmeram, des Volksvereins für das katholische Deutschland und des Windthorstbundes Regensburg. Zum Bezirksobmann wurde Justizrat Keller, zu dessen Stellvertreter Friedrich

⁴⁸⁶ Vgl. RA Nr. 629, 15. 12. 1908, Nr. 9, 6. 1. 1910; Mayer an StM, 25. 2. 1911, Siederer an StM, 27. 12. 1911, 8. 2. 1913, 14. 2. 1914, StR ZR 3213.

⁴⁸⁷ Die übrigen Mitglieder des Gesamtvorstandes der Zentrumspartei der Oberpfalz nach dem Stande vom 25. Februar 1911 waren: Wilhelm Schiml, Landtagsabgeordneter und Posthalter in Konnersreuth; Franz Seraph Lederer, Pfarrer in Lupburg; Georg Krämer, Kaufmann in Nabburg; Vogl, Obersekretär in Cham; Ludwig Höß, Expositus in Kirchenbuch; Hans Mayr, Buchhändler in Amberg; Johann Mayer, Landtagsabgeordneter und Ökonom in Schwaighausen; Josef Braun, Expositus in Scheuer. Vgl. Mayer an StM, 25. 2. 1911, StR ZR 3213.

⁴⁸⁸ Vgl. RM Nr. 109, 14./15. 3. 1906.

⁴⁸⁹ Vgl. RM Nr. 105, 10. 5. 1906, Nr. 109, 14./15. 5. 1906.

⁴⁹⁰ Protokollbuch KME S. 12 ff. vermerkt alle gemeinsamen Vorstands- und Ausschusssitzungen zwischen Katholischem Kasino und Männerverein St. Emmeram ab 1906.

Pustet (III), zum Schriftführer Peter Soiderer und zum Bezirkskassier Weinhändler Mühlbauer gewählt⁴⁹¹. Die Mitglieder der vier genannten, bisher im Zentrumssinne tätigen Vereine schlossen sich als Parteimitglieder der formell gegründeten Ortsgruppe der Zentrumspartei an: Das Organisationsverzeichnis der Zentrumspartei der Oberpfalz vom 2. Februar 1914 weist für den Bezirk Regensburg-Stadt nur eine einzige Ortsgruppe mit 1100 Mitgliedern aus⁴⁹². Die Vereine des Katholischen Kasinos, des Männervereins St. Emmeram, des Volksvereins und des Windthorstbunds bestanden aber bis 1918 weiter, d. h. die Beharrungskräfte der traditionellen Organisationsformen waren so groß, daß selbst am Hauptsitz der Zentrumspartei der Oberpfalz die Organisation nicht in letzter Konsequenz durchgeführt werden konnte, die eine Verschmelzung dieser Vereine gefordert hätte.

f) Die führenden Männer der Katholisch-Konservativen:
Manz - die Pustets - Habel - Held - Heim

Held wurde am 1. Mai 1899 von Josef Habel als Chefredakteur des Regensburger Morgenblattes angestellt⁴⁹³. Er reihte sich damit in die Kontinuität einer Personengruppe ein, die seit Jahrzehnten in Regensburg die katholisch-konservative Parteifahne hochhielt. Zeitungsverleger und Redakteure waren in der Frühzeit der Parteienbildung ganz allgemein sehr häufig Kristallisationspunkte der Parteibewegung geworden⁴⁹⁴. Ihre Blätter und Publikationen gaben ihnen die Möglichkeit, gestaltend in den öffentlichen Meinungsbildungsprozeß einzugreifen. In Regensburg hatten die Verleger Pustet, Manz und Habel das ihnen zur Verfügung stehende Instrumentarium bewußt in den Dienst der katholisch-konservativen Weltanschauung gestellt. Der Name Manz ist verknüpft mit den großen kirchenpolitischen Auseinandersetzungen des 19. Jahrhunderts. 1838 erschien bei ihm Görres' „Athanasius“, die Publizierung von Streitschriftenliteratur brachte ihm während der Kölner Wirren und später noch einmal im Kulturkampf ein Verbreitungsverbot seines Verlagsprogramms in Preußen ein⁴⁹⁵. Der Verlag Friedrich Pustet besaß seit 1845 ein unverwechselbares Signum durch seine Produktion auf liturgischem und kirchenmusikalischem Gebiet. Auf Anregung des in diesem Jahr zum Fürstbischof von Breslau ernannten Regensburger Domkapitulars Melchior v. Diepenbrock hatte sich Friedrich Pustet (I) an den Druck von Altarmeßbüchern gewagt⁴⁹⁶. Die hervorragende drucktechnische und künstlerische Ausstattung der Werke brachten dem Verleger zahlreiche päpstliche Ehrungen ein, so 1862 den Titel „Typographus Apostolicus“ und 1884 das Privileg der „Editio typica“, d. h. der Herstellung von Musterausgaben sämtlicher liturgischer Bücher für den Nachdruck durch andere Verlage⁴⁹⁷. Die sich in Regensburg um Dr. Karl Proske herausbildende kirchenmusikalische Erneuerungsbewegung des Cäcilianismus fand hier ihre Publikationsbasis. 1850 bis 1863 erschienen bei Pustet vier Bände der von Proske gesammelten Werke alter Meister,

⁴⁹¹ Vgl. Protokollbuch KK S. 15; Protokollbuch KME S. 122 f.

⁴⁹² Vgl. Anm. 482.

⁴⁹³ Vgl. R. Keßler S. 26.

⁴⁹⁴ Vgl. Th. Nipperdey, Organisation S. 21, 268.

⁴⁹⁵ Vgl. Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, 100 Jahre S. 8; dies., Hauptkatalog S. V, 19.

⁴⁹⁶ Diepenbrock hatte Pustet eine Abnahmegarantie von 700 Exemplaren des ersten Missale für seine Erzdiözese zugesichert: Vgl. O. Denk S. 46 ff.; Verlag Pustet, Festbericht S. 28.

⁴⁹⁷ Vgl. O. Denk S. 51 f., 81—89, 98—105, 123 ff.; H. Bohatta 56—63.

der *Musica divina*⁴⁹⁸, 1853 Johann Georg Mettenleitners *Enchiridion chorale*⁴⁹⁹, ab 1866 und 1868 die Zeitschriften Franz Xaver Witts, „Die Fliegenden Blätter für katholische Kirchenmusik“ und „Musica Sacra“, ab 1886 das „Kirchenmusikalische Jahrbuch“ Franz Xaver Haberls⁵⁰⁰. Während der katholisch-konservativen Protestbewegung gegen den Gresserschen Schulgesetzentwurf von 1867 und im Kulturkampf erschienen bei Pustet zahlreiche Streitschriften, so z. B. eine Predigt des Regensburger Dompredigers Josef Zach vom dritten Adventssonntag 1867, „Der neue Schulgesetzentwurf, ein Dolchstoß in das Herz der christlichen Familie“ (Regensburg 1868) oder „Christus oder — Lutz? Eintracht oder Trennung von Kirche und Staat? Ein katholisches Wort an das katholische Bayernvolk zur Belehrung und Aufklärung über das, was der bayerische Cultusminister vorhat und das, was die katholische Kirche lehrt und will“ (Anonym, Regensburg 1872)⁵⁰¹. Große Breitenwirkung erzielte der Verlag auch mit verschiedenen volkstümlichen Familienzeitschriften auf christlich-konservativer Grundlage. Zwar konnte sich ein als Gegenstück zur „Gartenlaube“ 1864 geplantes illustriertes Familienblatt „Der Heimgarten“ nicht durchsetzen, dagegen wurden der „Deutsche Hausschatz“ (seit 1874) und der „Regensburger Marienkalender“ (seit 1866), der eine Auflagenhöhe von 400 000 Exemplaren erreichte, ein jahrzehntelanger Erfolg⁵⁰². Auch der Buchverlag Habel hatte überwiegend religiös-apologetische und erbauliche Literatur im Programm⁵⁰³. Durch diese weltanschaulich eindeutig orientierten Verlage erhielt Regensburg ein besonderes geistiges Fluidum, das von erheblichem Einfluß auf die Lokalsphäre war. Die Ansiedlung dieser Verlage bedeutete auch ein Hineinwachsen der vormals evangelischen Reichsstadt in das katholische Bayern⁵⁰⁴.

Die Verleger Manz, Pustet und Habel engagierten sich aber auch direkt politisch. Josef Georg Manz ließ sich 1845 und 1869 jeweils zum Gemeindebevollmächtigten wählen⁵⁰⁵. Friedrich Pustet (I) (1798—1882) stand an der Spitze des 1848 gegründeten Piusvereins, war Präsident des Lokalkomitees des dritten Katholikentages von 1849 in Regensburg und bewahrte das erst 1849 im Verlag Josef Mayr in Stadtamhof gegründete, 1850 übernommene Bayerische Volksblatt wegen seiner prinzipiellen Bedeutung als einziges Organ der katholisch-konservativen Partei in Regensburg trotz jahrelanger finanzieller Unrentabilität vor dem Eingehen⁵⁰⁶. Seine Söhne wandten nach der Geschäftsübergabe 1860 der Zeitungssparte noch mehr Aufmerksamkeit zu. Das Regensburger Morgenblatt,

⁴⁹⁸ Vgl. O. Denk S. 56.

⁴⁹⁹ Vgl. H. Bohatta S. 54.

⁵⁰⁰ Vgl. Verlag Pustet, Festbericht S. 30 f. Im übrigen Verlagsprogramm, das Ende der fünfziger Jahre bereits 1300 Titel umfaßte, wurden vor allem Geisteswissenschaften — darunter wiederum Geschichte und Theologie mit Aszetik, Hagiographie, Moral und Pastoral, Dogmatik, Kirchengeschichte und biblische Wissenschaften — sowie sog. volksbildende Literatur besonders gepflegt. Eines der ersten größeren Werke, das Pustet 1837/38 ab dem zweiten Band in Druck übernahm war Christian Gottlieb Gumpelzhaimers „Regensburg's Geschichte, Sagen und Merkwürdigkeiten“ in vier Bänden.

⁵⁰¹ Diese und andere Broschüren finden sich im Firmenarchiv Pustet Regensburg.

⁵⁰² Vgl. O. Denk S. 63 ff., Verlag Pustet, Festbericht S. 24 f., 37 f.

⁵⁰³ Vgl. Pressekunde S. 72 f.

⁵⁰⁴ Vgl. E. Klebel, Handel S. 49.

⁵⁰⁵ Vgl. RegOR an StMInn, 24. 9. 1845, HStAM MInn 58 757; VBStM 1869, S. 61 ff.

⁵⁰⁶ Vgl. Zeitungsgeschichte S. 12.

die Fortsetzung des Bayerischen Volksblattes ab 1861, wurde durch Beigabe des Regensburger Anzeigers als Annoncenblatt aufgewertet. Da der Anzeiger auch gesondert zu beziehen war, entwickelte er sich im Laufe der Jahre zu einem zweiten Blatt. Auch politisch traten die Söhne in die Fußstapfen ihres Vaters. Karl Pustet (1839—1910) stellte sich 1870/71 als Vorstand des Katholischen Kasinos zur Verfügung und amtierte auf dem 51. Katholikentag vom 21.—25. August 1904 in Regensburg als Präsident des Lokalkomitees. Er focht in dieser Eigenschaft einen harten Strauß mit dem jungen Reichsrat Josef Graf v. Arco-Zinneberg aus⁵⁰⁷. Soziales Verantwortungsbewußtsein bewies Karl Pustet, als er 1895 zusammen mit Josef Habel den St. Wolfgangsbauverein gründete⁵⁰⁸. Als eine der wenigen Ausnahmen fand er als katholischer Unternehmer ab 1870 auch Zugang zu der vom protestantisch-liberalen Bürgertum beherrschten Handels- und Gewerbekammer der Oberpfalz und von Regensburg, ja er wurde von 1890 bis 1904 sogar zum stellvertretenden Vorsitzenden der Handelsabteilung gewählt⁵⁰⁹.

Während Karl Pustet den Titel eines k. Kommerzienrates bereits Mitte der achtziger Jahre verliehen bekam⁵¹⁰, mußte sein älterer Bruder Friedrich (II) (1831—1902), auf diese Auszeichnung bis zum Jahre 1896 warten⁵¹¹. Auffallenderweise erfolgte diese Ernennung erst, nachdem er sich aus der vordersten Linie des politischen Lebens zurückgezogen hatte. Er stand von 1871 bis 1895 als erster Vorstand an der Spitze des Katholischen Kasinos, dessen Kurs er weitestgehend bestimmte. Von 1863 bis 1866 war er Gemeindebevollmächtigter, von 1866 bis 1869 bürgerlicher Magistrat der Stadt Regensburg. Im Jahre 1893 hatte er bei den Landtagswahlen gegen den liberalen Bürgermeister Oskar Stobäus kandidiert — allerdings ohne Erfolg. In ihrer politischen Haltung unterschieden sich die Brüder Friedrich und Karl Pustet zwar nicht grundsätzlich, aber doch graduell. Karl Pustet entwickelte aus dem Erlebnis der positiv empfundenen Reichsgründung von 1871 heraus ein toleranteres Verhältnis gegenüber den Nationalliberalen in der Stadt. Trotzdem löste es anläßlich der Landtagswahl 1893 in der Stadt Regensburg einige Verwunderung und in der Familie Pustet Verärgerung aus, als er Stobäus nach dem Wahlsieg über seinen Bruder ein Glückwunschtelegramm zusandte⁵¹². Karl Pustet hatte der Kandidatur seines Bruders von vornherein wenig Chancen eingeräumt, als er von dessen überraschendem, in der Familie vorher nicht besprochenen Entschluß erfuhr⁵¹³.

⁵⁰⁷ Vgl. RM Nr. 178, 10. 8. 1904, Nr. 180, 12. 8. 1904; RTB Nr. 215, 10. 8. 1904, Nr. 218, 13. 8. 1904.

⁵⁰⁸ Vgl. Teil I, S. 216.

⁵⁰⁹ Vgl. JBHGK 1870, S. 5, 1871—1872, S. 5, 1873—1876, S. 100, 1877, S. 73, 1878—1880, S. 123, 1881—1882, S. 97, 1883—1885, S. 111, 1886—1887, S. I, 1888, S. 130, 1889, S. 165, 1890, S. 161, 1891, S. VII, 1892, S. VIII, 1893, S. VIII, 1894, S. IX, 1895, S. VII, 1896, S. V, 1897, S. IX, 1898, S. IX, 1899, S. IX, 1900, S. X, 1901, S. IX, 1903, S. 5, 1904, S. XIII, 1905, S. XIII, 1906, S. IX, 1907, S. XI, 1908, S. XI.

⁵¹⁰ Vgl. JBHGK 1886—1887, S. I.

⁵¹¹ Vgl. Urkunde über die Verleihung des Titels Kommerzienrat an den Verlagsbuchhändler Friedrich Pustet durch Prinzregent Luitpold, 28. 12. 1896, Firmenarchiv Pustet, Akt Fritz II. Pustet.

⁵¹² Vgl. Firmenarchiv Pustet, Akt Karl Pustet.

⁵¹³ Vgl. Karl Pustet an Friedrich Pustet, 29. 6. 1893: „Lieber Fritz! Besten Dank für Deine I. Mitteilungen von vorgestern. Ich bin durch dieselben nicht angenehm überrascht worden und bedauere Dich als Landtagskandidat, denn im besten Falle gibt es

Auch in der dritten Generation machte sich diese unterschiedliche Einstellung bemerkbar: Ludwig Pustet (1870—1933), der Sohn Karl Pustets, erwies sich frühzeitig als Verehrer Bismarcks, saß von 1906 bis 1911 im Stadtmagistrat und ab 1909 in der Handelskammer Regensburg⁵¹⁴ und galt als „Paradestück“ einer parteineutralen Gruppe Regensburger Katholiken⁵¹⁵. Friedrich Pustet (III) (1867—1947) hingegen, der Sohn Friedrich Pustets (II), setzte die von Vater und Großvater vorgezeichnete Linie eines entschiedenen, streitbaren, im politischen Leben engagierten Katholizismus fort. Er war zunächst zweiter Vorstand des Katholischen Casinos von 1898—1906, leitete dann ununterbrochen bis 1918 den Ende 1905 von ihm mitgegründeten Katholischen Männerverein St. Emmeram, war Vorsitzender des Wahlkomitees der Zentrumsparlei für den Wahlkreis Regensburg bei den Reichstagswahlen 1907 und wurde 1908 in den Ausschuß des Landesverbandes der Katholischen bürgerlichen Vereine Bayerns gewählt⁵¹⁶.

Geschäftlich und der politischen Anschauung nach eng mit dem Hause Pustet verbunden war der Verleger Josef Habel (1846—1916)⁵¹⁷. Der gebürtige Westfale und gelernte Buchhändler hatte vor seiner Anstellung bei Pustet Ende 1868 mehrere Jahre in Mainz, einer Hochburg katholischen Geistes und Vereinswesens im 19. Jahrhundert, verbracht und dort wichtige Impulse für sein späteres Leben in sich aufgenommen⁵¹⁸. In Mainz wirkte zu dieser Zeit Bischof Wilhelm Emanuel v. Ketteler, der Wegbereiter katholisch-sozialen Denkens. Kein Zufall war es daher, daß Habel in den siebziger Jahren ein Blatt mit dem Titel „Die soziale Frage im Lichte des Christentums“ herausgab⁵¹⁹. Er erwarb sich in kürzester Zeit das Vertrauen der Gebrüder Pustet, die dem erst Dreiundzwanzigjährigen im Jahr 1869 die Leitung der Filiale Pustet (Buchhandlung und Buchdruckerei) in Amberg übertrugen. Gleichzeitig übernahm er die Redaktion der Amberger Volkszeitung, die erst 1868 von den Gebrüdern Pustet als publizistisches Gegengewicht zum liberalen Amberger Tagblatt gegründet worden war. Dieses Blatt baute Habel zum wichtigsten Organ des oberpfälzischen Katholizismus während des Kulturkampfes aus. Am 1. Januar 1870 ging die Amberger Filiale samt Amberger Volkszeitung in Habbels Besitz über⁵²⁰, außerdem eröffnete er

Aufregungen genug für Dich, denen Deine Gesundheit nicht mehr gewachsen ist. Ohne Beleidigungen hüben und drüben geht es auch nicht ab, das vermag Niemand zu verhindern und ein Stachel bleibt immer zurück. Handelt es sich um einen Durchfallkandidaten, so ist ein Mitglied unseres Hauses doch zu gut dazu. Ich fürchte aber, daß St[obäus] in seiner Noblesse Dir gegenüber freiwillig zurücktritt und dann sitzt Du erst recht in der Patsche . . .“ Firmenarchiv Pustet, Akt Karl Pustet.

⁵¹⁴ Vgl. VBSStM 1903—1905, S. 45, 1906—1908, S. 54 und 1911, S. 19; JBHK für 1909, S. XII.

⁵¹⁵ So das Urteil Friedrich Pustets (III) über Ludwig Pustet im Jahre 1931. Vgl. Firmenarchiv Pustet, Akt Ludwig Pustet.

⁵¹⁶ RA Nr. 205, 25. 4. 1908.

⁵¹⁷ Zum wirtschaftlichen Aspekt des Unternehmens vgl. Teil I, S. 208 f.

⁵¹⁸ Vgl. hierzu zwei Artikel aus der Feder Heinrich Helds in RA Nr. 9, 6. 1. 1917 und RA Nr. 269, 1. 10. 1933; darauf basiert auch der Abschnitt „Josef Habel — ein Mann der Tat“, in: Zeitungsgeschichte S. 41—46.

⁵¹⁹ „Die soziale Frage“ erschien ab 1875 als Wochenblatt, stellte jedoch nach dreieinhalb Jahren ihr Erscheinen ein. Vgl. N. Mayer S. 113; WBR 19. 6. 1876, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 201.

⁵²⁰ Vgl. Kaufvertrag vom 5. 1. 1870, Firmenarchiv Pustet, Akt Amberg, Pustetsche Buchhandlung.

einen eigenen Buchverlag. Habel gewann in Amberg kommunalpolitische Erfahrungen, die er später auch auf Regensburg übertrug. Unter seiner Führung gelang es der katholisch-konservativen Partei, die liberale Vorherrschaft in der Amberger Gemeindeverwaltung zu brechen. Habel selbst zog 1872 in das Gremium der Gemeindebevollmächtigten ein, war von 1875 bis 1889 dessen Vorsitzender und sechs Jahre lang Mitglied des oberpfälzischen Landrats. Seit 1873 war er Vorstand des Katholischen Männervereins Concordia in Amberg⁵²¹. Wegen Beleidigung Bismarcks als verantwortlicher Redakteur der Amberger Volkszeitung verbüßte er während des Kulturkampfes eine hunderttägige Haftstrafe im Zellengefängnis Nürnberg⁵²², 1884 organisierte er zusammen mit Stadtpfarrer Helmbrecht von Amberg im Lokalkomitee die reibungslose Durchführung des 31. Katholikentages in der räumlich doch sehr begrenzten Provinzstadt. Daß die Redewendung von der „schwarzen Oberpfalz“ aufkam, hing nicht zuletzt mit Habbels parteipolitischen Wirken in der Oberpfalz und der entsprechenden Ausrichtung der Amberger Volkszeitung zusammen⁵²³. Ende 1883 überließen ihm die Gebrüder Pustet wegen der Schwierigkeiten, einen neuen Redakteur zu finden, ihren Regensburger Zeitungsverlag unter der Bedingung, die „seitherige römisch-katholische Tendenz für immerfort aufrecht zu erhalten“⁵²⁴. Nachdem Habel das Amberger und Regensburger Geschäft einige Jahre parallel geführt hatte, verkaufte er 1889 den Amberger Betrieb samt Volkszeitung an seinen dortigen Mitarbeiter Hans Boes und siedelte nach Regensburg über.

Heinrich Held war wie Habel ein Nichtbayer, er wurde am 6. Juni 1868 in Erbach im Taunus, einem Dorf des ehemaligen Herzogtums Nassau, das 1866 von Preußen annektiert worden war, geboren⁵²⁵. Dieses Faktum und der preußische Kulturkampf bestimmten seine spätere antipreußische, föderalistische Geisteshaltung. Er studierte von 1892 bis 1895 in Straßburg Rechtswissenschaft, Geschichte und Nationalökonomie. Die Diskriminierung katholischer Studenten und Professoren an dieser Universität ließ ihn die Inferiorität spüren, in die der katholische Bevölkerungsteil des Deutschen Reiches weithin gedrängt wurde. Das Streben nach politischer und intellektueller Emanzipation des Katholizismus aufgrund dieser Erfahrungen war eine der stärksten Triebfedern im Handeln Helds. Demokratisches und sozialpolitisches Denken vermittelte ihm die persönliche Bekanntschaft mit Ernst Lieber, dem Exponenten des linken Flügels der Zentrumsparterie und Nachfolger Windthorst in der Führung der Zentrumsfraktion des Reichstages⁵²⁶. Held und Lieber stammten aus derselben Heimatpfarrei. Held widmete Lieber nach dessen Tod 1902 eine Gedächtnisschrift, aus der klar erkennbar ist, wie stark Lieber als politisches Vorbild auf Held gewirkt hatte⁵²⁷.

⁵²¹ Vgl. Verzeichnis der politischen Vereine für 1873 (Stadt Amberg), StAA Reg. KdI Nr. 13 689; zum Männerverein Concordia (gegr. am 9. 3. 1865) vgl. auch „70 Jahre Katholischer Männerverein Concordia in Amberg“, in: Die Katholische Männerwelt Nr. 6 (1935) S. 6, Firmenarchiv Pustet, Akt Zeitungen I.

⁵²² Vgl. WBR 9. 7. 1877, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 201; WBR 28. 1. 1878, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 202.

⁵²³ Vgl. RA Nr. 9, 6. 1. 1917.

⁵²⁴ Vertrag zwischen Josef Habel und Friedrich/Karl Pustet, 1. 1. 1884, Verlagsarchiv Pustet, Akt Zeitungen I.

⁵²⁵ Vgl. R. Keßler S. 15—25.

⁵²⁶ Vgl. U. Mittmann S. 280 f.

⁵²⁷ Vgl. R. Keßler S. 23 f.

Prägend wirkte in sozialpolitischer Beziehung auch die Teilnahme Helds an den Veranstaltungen des Volksvereins für das katholische Deutschland. In Straßburg trat er 1893 der Zentrumsparlei bei. Ab 1896 war er beim Pfälzer Boten, einem Zentrumsblatt in Heidelberg angestellt, bis ihn Habbel 1899 nach Regensburg rief. Hier akklimatisierte sich Held sehr schnell, heiratete 1901 eine Tochter Habbels und wurde 1906 Teilhaber der Firma. Die Chefredaktion des Regensburger Morgenblattes und anschließend des Regensburger Anzeigers — nach der Vereinigung beider Blätter im Jahre 1910 — hatte er bis zum Februar 1914 und anschließend wieder ab Kriegsbeginn inne⁵²⁸. Die Übernahme wichtiger Parteiämter veranlaßte ihn zwischenzeitlich zur Niederlegung dieser Tätigkeit. Bereits 1912 war Held in den Fraktionsvorstand der Bayerischen Zentrumsparlei aufgenommen worden. Am 12. Februar 1914 wurde er zu ihrem Fraktionsvorsitzenden im Landtag gewählt⁵²⁹. Die politische Karriere Helds gipfelte nach dem Ersten Weltkrieg im Amt des bayerischen Ministerpräsidenten (1924—1933). Er starb am 4. August 1938 in Regensburg.

Obwohl Heinrich Held weder an der Spitze eines der politischen Vereine der Stadt Regensburg stand — er war jedoch Ausschußmitglied des katholischen Casinos seit 1903 und führend in der Christlichen Gewerkschaftsbewegung Regensburg tätig⁵³⁰ — noch das Landtags- oder Reichstagsmandat für Regensburg ausübte, gingen die entscheidenden Handlungsanstöße in der Zentrumsparlei Regensburg von ihm aus. Held drängte sich nicht in die große Politik, sonst hätte er sicher die Gelegenheiten anlässlich der Reichstagswahl 1903 und der Landtagswahl 1905 nicht verpaßt, sich ins Spiel zu bringen, als sich im Wahlkreis Regensburg jeweils ein Wechsel in der Person des Zentrumsabgeordneten vollzog. Durch seinen engagierten Journalismus, der sich nicht auf die bloße Theorie beschränkte, wuchs er jedoch sehr schnell in die Politik hinein, und zwar zunächst in den Raum der Kommunalpolitik. Hier hatte es Friedrich Pustet (II) mit dem Katholischen Kasino nicht vermocht, die Vorherrschaft des liberalen Bürgertums zu brechen. Auch Josef Habbels Anwesenheit seit 1889 hatte daran nichts geändert. Zusammen mit Heinrich Held bildete er aber ein Gespann, das die verhärtete kommunalpolitische Szene wieder in Bewegung versetzen konnte. Habbel vermittelte seine kommunalpolitischen Erfahrungen aus der Zeit des Kampfes gegen den Amberger Rathausliberalismus an Held, zudem trafen sie sich in ihrem starken demokratischen Grundempfinden, einer sozialreformerischen Aufgeschlossenheit und einem großdeutsch-föderalistischen Denken⁵³¹. Held sammelte seine ersten politischen Erfahrungen in der Gemeindepolitik, im Kampf gegen die jahrzehntelange liberale Vorherrschaft. Die Zentrumsparlei Regensburg verdankte es im wesentlichen seiner unnachgiebigen Entschlossenheit, daß ihr der Einzug ins Rathaus gelang und sie 1914 den Liberalen im Gemeindegremium gleich stark gegenüberstand. Die Voraussetzung dafür hatte das von Held initiierte neue Gemeindewahlgesetz von 1908 abgegeben⁵³².

Neben Held war Dr. Georg Heim die herausragende Gestalt der Regensburger Zentrumsparlei in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg. Geboren 1865 in

⁵²⁸ Vgl. RNN Nr. 47, 17. 2. 1914; R. Keßler S. 206.

⁵²⁹ Vgl. R. Keßler S. 191.

⁵³⁰ Vgl. RM Nr. 107, 14. 5. 1903.

⁵³¹ Vgl. R. Keßler S. 27.

⁵³² Druck: Gesetzblatt 1908, S. 412 ff.; näheres zu den Gemeindevahlen s. Teil III.

Aschaffenburg, hatte er ein Realschullehrerstudium für neuere Sprachen absolviert⁵³³. Nach kurzen Anstellungen in München und Freising, wo ihn der bereits renommierte Zentrumspolitiker Balthasar Daller für die Zentrumsparterie gewann, wurde er Ende 1892 wegen politischer Betätigung und Mitarbeit in der Christlichen Arbeiterbewegung nach Wunsiedel in Oberfranken strafversetzt. Nachdem er dort zunächst mit der Gründung von Darlehenskassenvereinen und einer Fichtelgebirgsverkaufsgenossenschaft den Bauern den genossenschaftlichen Selbsthilfegedanken nahegebracht hatte, beteiligte er sich im Jahre 1895 maßgeblich an der Gründung des Oberpfälzischen Christlichen Bauernvereins. Da dem Kultusministerium auch diese außerschulische Tätigkeit mißfiel, sah sich Heim 1896 an die Realschule nach Ansbach versetzt. 1897 wurde er im Wahlkreis Kemnath/Oberpfalz in den Landtag, im gleichen Jahr im Wahlkreis Neustadt a. d. Waldnaab in den Reichstag gewählt. Seine weitere Zukunft wurde durch den starken Einsatz für die Christliche Bauernvereinsbewegung bestimmt, die als Auffangfront gegen eine Abwanderung des Landvolkes vom Zentrum zum Bayerischen Bauernbund konzipiert war. Heim gründete 1898 in Ingolstadt den gesamt-bayerischen Christlichen Bauernverein mit und übernahm ab 9. Januar 1899 mit der Einrichtung einer Zentralstelle in Ansbach dessen Leitung. Als wirksamen Anreiz schuf er ab Anfang 1901 die Landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft des Bayerischen Bauernvereins für Ein- und Verkauf eGmbH. Mitte des Jahres 1907 siedelte er mit diesen Institutionen nach Regensburg über. Außer wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Gesichtspunkten spielten bei diesem Ortswechsel wohl auch politische Überlegungen mit. Heim, 1897 noch jüngster Abgeordneter im Bayerischen Landtag, hatte sich sehr schnell zum Führer des bäuerlich-demokratischen (jedoch nicht antimonarchistischen), sozialpolitisch aufgeschlossenen linken Flügels der Zentrumsparterie aufgeschwungen. Diese Richtung bestimmte ab 1897 für etwa ein Jahrzehnt den Zentrumskurs. In diese Zeit fielen die Wahlbündnisse von 1899, 1905 und 1907 mit der Sozialdemokratischen Partei und die Verabschiedung des neuen Landtagswahlgesetzes von 1906⁵³⁴. Die Gruppe um Heim, zu der als führende Persönlichkeit auch der Bamberger Domkapitular Dr. Franz Schädler gehörte, sah sich jedoch dem zunehmenden Druck des bürgerlich-aristokratisch-konservativen rechten Zentrumsflügels um den Passauer Domkapitular Franz Seraph Pichler ausgesetzt, dem auch der Amberger Abgeordnete Lerno, der Kontrahent Helds in der Gemeindewahlrechtsfrage 1906, angehörte. Held wurde seinem ganzen politischen Auftreten nach bereits zu diesem Zeitpunkt der Heim-Gruppe zugerechnet. Bei der Landtagswahl am 31. Mai 1907 sorgte das Bekenntnis Helds zu Heim dafür, daß er, der als Arbeiterkandidat galt, trotz des teilweisen Widerstands der Christlichen Bauernvereine, im Wahlkreis Burglengenfeld—Schwandorf—Parsberg gewählt wurde⁵³⁵. Zu Helds Schwiegervater Josef Habel unterhielt Dr. Heim persönliche Beziehungen und war dadurch auch in Kontakt mit Heinrich Held gekommen. Die Blätter Habbels dienten Heim seit 1901 als Publikationsbasis⁵³⁶. Nicht zuletzt die Überzeugung, in den Regensburger Verhältnissen einen optimalen parteipolitischen Rückhalt zu finden, dürften Heim zur Wahl Regensburgs als neuem Sitz der Zentralgenossenschaft bewogen haben.

⁵³³ Vgl. hierzu und zum Folgenden H. Renner S. 16—106; L. Lenk, Heim S. 349—370.

⁵³⁴ Vgl. K. Möckl S. 517, 534.

⁵³⁵ Vgl. R. Keßler S. 101 f.

⁵³⁶ Vgl. ebd.

Held und Heim arbeiteten in Regensburg gut zusammen, die Neuorganisation der Zentrumsparlei der Oberpfalz 1907/08 war im wesentlichen ihr Werk⁵³⁷. Die Beziehungen zwischen beiden wurden sogar freundschaftlich. Im Bayerischen Landtag, wo die Heimgruppe nach den Wahlen von 1907 zahlenmäßig bereits in die Minderheit geraten war, verblieb Held bis zum Ende der Landtagsperiode 1911 ein treuer Gefolgsmann Heims. Er achtete jedoch darauf, nicht in die persönlichen Streitigkeiten, die Heim durch seine aggressive und oftmals verletzendende Art immer wieder heraufbeschwor, hineingezogen zu werden. Gleichzeitig erwarb er sich als einer der Experten der Zentrumsfraktion in Budget-, Steuer-, Beamten- und Kulturfragen bald ein eigenes Profil⁵³⁸. Als im März 1911 bei Richtungskämpfen innerhalb der Zentrumsfraktion des Reichstages die Stellung Heims stark angeschlagen wurde⁵³⁹, organisierte Held zusammen mit anderen Abgeordneten eine große Versammlung der Zentrumsparlei der Oberpfalz, die Heim am 29. März 1911 in Regensburg ihre unbedingte Unterstützung aussprach⁵⁴⁰. Heim jedoch resignierte vor den ständigen Angriffen aus den Reihen der eigenen Partei und verzichtete 1912 auf eine Nominierung bei den Landtags- und Reichstagswahlen. Auch zog er sich Ende 1911 aus dem Regensburger Stadtmagistrat zurück⁵⁴¹ und konzentrierte sich im wesentlichen auf den Ausbau der Christlichen Bauernvereine als politischer Hausmacht. Zu einer vollkommenen Abstinenz in Bezug auf die Regensburger politischen Verhältnisse konnte er sich jedoch nicht durchringen: Der Reichstagskandidat des Jahres 1912 für den Wahlkreis Regensburg, Amtsrichter Dr. August Trendel, wurde in erster Linie auf seine Empfehlung hin aufgestellt⁵⁴². Am 12. November 1918 gründete Heim in Regensburg unter Umgehung seiner alten politischen Gegner in der Zentrumsparlei die Bayerische Volkspartei⁵⁴³.

Nach dem Verzicht Dr. Heims auf einen Sitz im Landtag 1912, der den Sieg des rechten Zentrumsflügels bedeutete, vollzog Held eine politische Wende. Die konservativ-aristokratisch-klerikalen Elemente um Dr. Pichler beabsichtigten, das Zentrum hof- und regierungsfähig zu machen und kehrten daher die staatstragende und staatserhaltende Grundgesinnung dieser Partei stark heraus. Die scharfe Oppositionshaltung des linken Flügels, dessen Kritik am konstitutionellen System und die Bemühungen um eine fortschreitende Parlamentarisierung wurden von ihnen abgelehnt⁵⁴⁴. Die Berufung des Fraktionsvorsitzenden der Zentrumsparlei im Deutschen Reichstag, Georg Frhr. v. Hertlings zum Vorsitzenden des Bayerischen Ministerrats im Februar 1912⁵⁴⁵ konnte daher von ihnen als Erfolg gewertet werden. Hertling gehörte zu ihrem Lager. Angesichts dieser Konstellation besaß Heinrich Held das taktische Geschick, sich der neuen Situation anzupassen. Der Übergang zu einem politisch konservativen Denken hatte sich aber

⁵³⁷ S. o. S. 263 ff.

⁵³⁸ Vgl. R. Keßler S. 110 f., 118—138.

⁵³⁹ Vgl. dazu H. Renner S. 100—106.

⁵⁴⁰ Vgl. RA Nr. 153, 25. 3. 1911, Nr. 160, 30. 3. 1911.

⁵⁴¹ Vgl. RA Nr. 599, 29. 11. 1911, Nr. 603, 1. 12. 1911; für ihn rückte als Ersatzmann Josef Habbel nach. Vgl. VBStM 1910—1911, S. 18 f.

⁵⁴² Vgl. RNN Nr. 84, 28. 3. 1912.

⁵⁴³ Held war an der Gründungsversammlung wahrscheinlich nicht beteiligt. Vgl. R. Keßler S. 325 f.; K. Schönhoven, Volkspartei S. 20 f.

⁵⁴⁴ Vgl. K. Möckl S. 535—543; D. Albrecht S. 306 f.

⁵⁴⁵ Vgl. D. Albrecht S. 359.

bereits auch durch verschärfte kulturpolitische Auseinandersetzungen — für Held ein neuer „Kulturkampf“ — und das Bündnis von Liberalismus und Sozialdemokratie bei den Landtags- und Reichstagswahlen 1912 angebahnt⁵⁴⁶. Gegenüber der Sozialdemokratie bezog Held im Gegensatz zu früher einen geradezu dogmatisch ablehnenden Standpunkt. In ihr sah er nur mehr die „Hauptträgerin der Umsturbewegung“⁵⁴⁷, der sich das Zentrum als Verfechterin des Staatskonservatismus entgegenstellen müsse. Im Februar 1914 schließlich wurde Held im Alter von erst 45 Jahren der Fraktionsvorsitzende des Bayerischen Zentrums. Er hatte sich für dieses höchste Parteiamt durch seine Profilierung als einer der scharfsinnigsten Redner der Zentrumsparlei im Landtagsplenum, als eine der unentbehrlichen Arbeitskräfte in den Ausschüssen, besonders in Etatfragen, als einer der organisatorisch bestbegabten Abgeordneten empfohlen. Die musterhafte Organisation der Zentrumsparlei der Oberpfalz und die Durchsetzung eines Arbeits- und Organisationsplanes für die Zentrumsfraktion des Bayerischen Landtages im Jahre 1911 legten Zeugnis davon ab⁵⁴⁸. Nach seiner politischen Wende von 1911/12 war er auch für die konservative Majorität der Zentrumsfraktion akzeptabel geworden, insgesamt gesehen, ein Kompromißkandidat zwischen linkem und rechtem Flügel der Partei⁵⁴⁹.

2. Die katholisch-konservativen Standesorganisationen

Bis zur Einführung einer direkten Parteimitgliedschaft durch das Statut der Zentrumsparlei der Oberpfalz von 1908 und dem darauf gegründeten System reiner Parteigruppen bildeten die katholischen Standesorganisationen, wie Arbeitervereine, Gesellenvereine, Christliche Gewerkschaften und Bauernvereine, neben den erklärt zentrumpolitischen Vereinen, wie Katholisches Kasino oder Katholischer Männerverein St. Emmeram, gleichberechtigte Stützvereine der Zentrumsparlei. Sie durften ebenfalls Delegierte in die Vertrauensmännerversammlungen entsenden, um über die Aufstellung des Zentrumskandidaten mitzuentcheiden⁵⁵⁰. Wegen dieser Beteiligung an parteipolitischen Entscheidungsprozessen ist es unumgänglich, auch auf diese Organisationen näher einzugehen.

a) Die Katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine

Der St. Josefs-Arbeiterunterstützungsverein (ab 1893 St. Josefs-Arbeiterverein)

Im Jahre 1869/70 wurde der 1849 gegründete St. Josefs-Arbeiterunterstützungsverein⁵⁵¹ gründlich reorganisiert. Der formalen Verselbständigung gegen-

⁵⁴⁶ Einzelbelege dazu bei R. Keßler S. 139—168.

⁵⁴⁷ So Held in einer Rede auf dem Parteitag der Bayerischen Zentrumsparlei am 29. 12. 1913 in München. Vgl. RA Nr. 2, 2. 1. 1914.

⁵⁴⁸ Vgl. zu diesem Organisationsplan R. Keßler S. 115.

⁵⁴⁹ Vgl. R. Keßler S. 192.

⁵⁵⁰ Anlässlich der Reichstagswahl 1907 definierte der Vorsitzende des Wahlkomitees der Zentrumsparlei, Karl Mayer, den Kreis der zur Kandidatennominierung berechtigten Vertrauensmänner folgendermaßen: „1. Alle Mitglieder der Vorstandschaften katholischer und zentrumpolitischer Vereine, 2. alle diejenigen Personen, die sich in besonderer Weise in unserem Sinne politisch betätigen, 3. alle Vertreter christlicher Verbände.“ RM Nr. 8, 11. 1. 1907.

⁵⁵¹ Über die Gründung s. o. S. 224.

über dem Piusverein Regensburg im Jahre 1865⁵⁵² folgte nun die tatsächliche Lösung aus der Vormundschaft der Prinzipale und Handwerksmeister. 1870 wurde der Ausschuß zum erstenmal ausschließlich mit Arbeitern und Gesellen besetzt, die Krankenkontrolle künftig von ihnen, nicht mehr von den Arbeitgebern ausgeübt, die Kassenführung einer genauen Kontrolle durch eine Revisionskommission aus Vereinsmitgliedern unterworfen und die seit langem vakante Stelle eines Vereinssekretärs mit dem Buchdrucker Andreas Hoepfl besetzt. Hoepfl hatte am Umschwung unter dem damaligen Vorstand, Stadtpfarrprediger Josef Käb von St. Emmeram⁵⁵³, entscheidenden Anteil⁵⁵⁴. Er war auch jahrzehntelanger Schriftführer des Vereins, Verfasser der Vereinschronik⁵⁵⁵ und bis zu seinem Tode am 23. Februar 1902 durch seine kameradschaftliche Art ausgleichendes Element innerhalb des Vereins, das manchen drohenden Konflikt entschärfte⁵⁵⁶. Die 1870 durchgesetzte Statutenrevision war Ausdruck des erwachenden Selbstbewußtseins der Arbeiterschaft, wie es seit knapp einem Jahrzehnt auch in Organisationen der sozialistischen Arbeiterbewegung in Erscheinung trat. Der Vorstand des St. Josefs-Arbeitervereins wurde künftig von den Ausschußmitgliedern, ebenso die zehn Ausschußmitglieder von der Generalversammlung auf je ein Jahr gewählt. Vorher war der Vorstand auf unbefristete Zeit gewählt worden und hatten sich die Ausschußmitglieder nach Belieben ergänzt⁵⁵⁷. Außerdem bedurften die Ausschußmitglieder nun nicht mehr der Bestätigung des Vorstandes⁵⁵⁸. Eine neuerliche Statutenrevision im Jahre 1876, die in erster Linie zur Erreichung des Statuts eines „Anerkannten Vereines“ nach dem Vereinsgesetz vom 29. April 1869⁵⁵⁹ durchgeführt wurde, leitete der Ausschuß bereits selbst erfolgreich in die Wege⁵⁶⁰. Hier zeigte sich etwas Grundsätzliches für die katholische Arbeiterbewegung der Frühzeit: Der Versuch, in einem von der katholischen Geistlichkeit geleiteten Verein — der Vorstand mußte Priester sein — zu demokratischen Formen der Selbstverwaltung vorzustoßen, war zwar ungewöhnlich und schwierig⁵⁶¹, aber nicht unmöglich. Die Arbeiter entschieden ab 1870

⁵⁵² Vgl. Scharrer an StM, 25. 1. 1865, StR ZR 6812. Gedruckte Statuten „St. Josefs-Arbeiter-Unterstützungs-Verein in Regensburg“ von 1865 (Jahr aus Anfangsjahr der Beitragsquittungsliste S. 14 f. zu erschließen) in StR ZR 6812.

⁵⁵³ Josef Käb hatte die Vorstandschaft von Juli 1867 bis November 1872 inne. Vgl. Käb an StM, 15. 7. 1867, Hoepfl an StM, 22. 11. 1872, StR ZR 6812.

⁵⁵⁴ Vgl. Chronik JAV S. 5—9.

⁵⁵⁵ Die Vereinschronik wurde 1893 von Hoepfl im Auftrag des damaligen Vorstandes, des Stadtpfarrpredigers von St. Emmeram, Franz Josef Koch angelegt, setzte mit der Geschichte des Vereins ab der Gründung ein und basierte ab 1870 auf den — übrigens auch heute noch vorhandenen — Protokollbüchern. Vgl. Chronik JAV (Vorwort).

⁵⁵⁶ Vgl. Chronik JAV S. 115 (Nachruf).

⁵⁵⁷ Vgl. Statuten von 1865, § 9 Ziff. 3 und 4, StR ZR 6812.

⁵⁵⁸ Vgl. Statuten, vorgelegt an StM, 15. 11. 1870, genehmigt in der Generalversammlung des Vereins vom 4. 12. 1870, StR ZR 6812.

⁵⁵⁹ Druck: Gesetzblatt 1869, Sp. 1197—1216.

⁵⁶⁰ Vgl. Chronik JAV S. 15 f.; Statuten mit amtlichem Anerkennungsvermerk des k. Bezirksgerichts Regensburg, Regensburg, 2. Januar 1877 im Protokoll der außerordentlichen GV vom 10. 12. 1876.

⁵⁶¹ Hoepfl berichtet in der Chronik: „Im Jahre 1868 hatte auch ich die Aufnahme in den Verein erhalten und bald danach *wagte* (im Original Unterstreichung) ich es, in einer gemütlichen Monatsversammlung den Antrag auf eine Statutenrevision zu stellen. Recht ungnädig wurde dieser Antrag aufgenommen und ich lief Gefahr, als ‚Krakehler‘

in den jährlichen Generalversammlungen eigenverantwortlich über die Höhe der Beiträge und Unterstützungen. Daß sie dabei nicht nur auf eigene Einzahlungen zurückgreifen konnten, sondern auch auf zahlreiche Spenden, verdankten sie teils dem traditionellen christlichen Almosendenken, teils einem neuen sozialen Verständnis für die Lage der Arbeiter. Gedankliches Fundament hierfür, wie es in den Protokollen des Vereins immer wieder sichtbar wird, war die Vorstellung des Miteinander, nicht des Gegeneinander von Arbeitnehmern und Arbeitgebern im Geiste des Christentums. Die Hebung der Lage der Arbeiter war nicht in die Beliebigkeit derer gestellt, die dazu in der Lage waren, sondern deren Pflicht aus dem Gebot der Nächstenliebe. „Eine Hoffnung auf Besserung sei nur im Christentum zu finden, das dem Reichen jede Unterdrückung und Übervorteilung des armen Arbeiters strenge verbiete“⁵⁶².

Großes Geschick in der Erschließung neuer Geldquellen bewies der neue Vereinsvorstand ab 1872, Stadtpfarrkooperator Josef Maier von St. Emmeram⁵⁶³. Aufgrund hoher jährlicher Spenden des Hauses Thurn und Taxis, der Gebrüder Pustet und zahlreicher Ehrenmitglieder⁵⁶⁴ konnte er 1879 sein Ideal verwirklichen, die Krankenunterstützung auf täglich eine Mark zu erhöhen. Sie wurde die ersten 13 Wochen voll, die zweiten 13 Wochen halb bezahlt⁵⁶⁵. Auch war 1874 die seit 1860 verschmolzene Kranken- und Invalidenkasse wieder getrennt worden, daneben wurde die Witwenkasse gesondert geführt⁵⁶⁶. Der Verein bot nunmehr, etliche Jahre vor der Absicherung durch die staatliche Sozialgesetzgebung, ein wirksames kombiniertes Unterstützungssystem für Lohnausfälle bei Krankheit, Invalidität und Tod. Er stand vor allem auch jenen Arbeitern offen, die nicht durch eine der mehrfach vorhandenen Betriebsunterstützungskassen größerer Firmen abgesichert waren. Die Mitgliederzahl stieg von Ende 1870 bis Anfang 1880 von 209 auf 390⁵⁶⁷. Unter dem nächsten Vorstand, Domvikar Jakob Maier⁵⁶⁸, hielt die Aufwärtsentwicklung weiter an. Im Jahre 1890 zählte der Verein 498 Mitglieder⁵⁶⁹. Bei der 40-Jahrfeier am 27. Oktober 1889 konnte festgestellt werden, daß seit der Gründung bereits 84 000 Mark für Unterstützungszwecke ausbezahlt wurden⁵⁷⁰, außerdem besaß der Verein zu Beginn des Jahres 1889 ein Gesamtvermögen von 10 329,88 Mark⁵⁷¹.

Das Jahr 1893 brachte im Zusammenhang mit der Reichsarbeiterschutzesetzgebung, aber auch aufgrund einer Neubesinnung auf die Ziele des Vereins die

die Wohltat der Mitgliedschaft, die mir kürzlich erst so herablassend gewährt wurde, wieder einzubüßen.“ Chronik JAV S. 7.

⁵⁶² Protokoll GV 23. 1. 1887 (ähnliche Ausführungen in GV 25. 1. 1885).

⁵⁶³ Vorstand von November 1872 bis Oktober 1879. Vgl. Chronik JAV S. 12, 18.

⁵⁶⁴ 1877 gehörten dem Verein 109 außerordentliche Mitglieder (Wohltäter) an, darunter 62 Geistliche. Erbprinzessin Helene von Thurn und Taxis spendete ab 1873 jährlich 300 Gulden bzw. 500 Mark (ab 1876). Vgl. Protokolle der Generalversammlungen 1873 ff., 1877.

⁵⁶⁵ Vgl. Chronik JAV S. 17; Protokoll GV 26. 2. 1879.

⁵⁶⁶ Vgl. Chronik JAV S. 14.

⁵⁶⁷ Vgl. Protokoll GV 6. 1. 1871, 1. 2. 1880; Mitgliederzahlen ab den achtziger Jahren auch in VBStM 1883 ff.

⁵⁶⁸ Vorstand von Oktober 1879 bis April 1890. Vgl. Chronik JAV S. 18, 30.

⁵⁶⁹ Vgl. Protokoll GV 9. 2. 1890.

⁵⁷⁰ Vgl. Chronik JAV S. 27.

⁵⁷¹ Vgl. Protokoll GV 27. 1. 1889.

Umbenennung des St. Josefs-Arbeiterunterstützungsvereins in St. Josefs-Arbeiterverein. In Zukunft sollte die Förderung des katholischen Lebens und die geistige Fortbildung der Mitglieder wieder mehr in den Vordergrund gerückt werden, nachdem die Statuten von 1880 darüber kein Wort mehr verloren, sondern die bloße finanzielle Unterstützung als Vereinszweck gekannt hatten⁵⁷². Auch beschränkte man sich auf den Status einer Zuschußkasse, da die gesetzlichen Anforderungen an eine vollwertige private Krankenunterstützungskasse zu hoch waren⁵⁷³. Die wichtigste Neuerung der Statuten von 1893⁵⁷⁴ aber war die Einführung eines zweiten Vorstandes (§ 12). Während der erste Vorstand weiterhin katholischer Geistlicher sein mußte (§ 21) — eine Vorschrift, die immer wieder kritisiert, aber auch aus den Reihen des Arbeitervereins selbst verteidigt wurde⁵⁷⁵ —, konnte der zweite Vorstand Laie sein. Mit der Wahl des Korrektors Ferdinand Nickl 1893 auf diesen Posten tat man einen äußerst glücklichen Griff, de facto entwickelte sich Nickl sehr bald zum eigentlichen Leiter des Vereins. Dazu trugen auch die kurzen Amtszeiten zweier erster Vorstände, des Stadtpfarrpredigers und späteren Regensburger Gymnasialprofessor Franz Josef Koch — von April 1890 bis Dezember 1893 — und des Stiftsvikars zur Alten Kapelle, Johann Baptist Weber — von Januar 1894 bis März 1896⁵⁷⁶ —, sowie eine Vakanz in der ersten Vorstanderschaft von 1896 bis 1900 bei. Wegen einer gerichtlichen Auseinandersetzung um den Ausschluß eines Sozialdemokraten⁵⁷⁷ war in dieser Phase kein Geistlicher zur Übernahme der ersten Vorstanderschaft zu bewegen⁵⁷⁸. Auf wiederholtes Ansuchen übernahm der sozial sehr aufgeschlossene Kanonikus, spätere Weihbischof von Regensburg und Bischof von Passau, Sigismund Frhr. v. Ow, gleichzeitig Diözesanpräses der Arbeitervereine der Diözese Regensburg, im Sommer 1897 die Stelle eines geistlichen Ehrenpräses, ab März 1900 auch die reguläre Stelle des ersten Vereinsvorstandes⁵⁷⁹. Ow führte am 31. Oktober 1897 in einer Monatsversammlung des St. Josefs-Arbeitervereins nach der Übernahme der Ehrenpräsesstelle aus: „Daß er einen wirklichen Leiter desselben mache, sei nicht mehr notwendig. Der Wille der kirchlichen Centralgewalt, es möchten die Vereine so weit gedeihen, daß fähige Männer aus der Laienwelt selbst die Leitung zu handhaben vermöchten, sei ja im St. Josefs-Arbeiter-Verein ohnehin bestens verwirklicht“⁵⁸⁰. Ferdinand Nickl konnte die kritische Phase der Abgrenzung von der Sozialdemokratie meistern, der Zuwachs des Vereins hielt weiter an. 1899, im Jahr des 50jährigen Gründungsjubiläums⁵⁸¹,

⁵⁷² Vgl. § 3 der Statuten, Regensburg 1880 (gedruckt), StR ZR 6812.

⁵⁷³ Vgl. Chronik JAV S. 33 f.

⁵⁷⁴ StR ZR 6812. Die Statuten wurden in der Generalversammlung vom 2. 2. 1893 beschlossen und vom k. Landgericht Regensburg am 30. 3. 1893 anerkannt.

⁵⁷⁵ So merkt Hoepfl 1893 in der Vereinschronik in einer Fußnote an: „Oftmals schon wurde im Laufe der Jahre an diesem Statut gerüttelt, allein noch steht es fest. Treue, dankbare katholische Männer legten stets dafür eine Lanze ein. Möge unser großer himmlischer Patron, der glorreiche heilige Joseph, nicht zugeben, daß dieses Statut je einmal zum Unglück der Arbeiter feindselig beseitigt werde!“ Chronik JAV S. 2.

⁵⁷⁶ Vgl. Chronik JAV S. 30, 39, 56.

⁵⁷⁷ Vgl. dazu u. Teil III, Sozialdemokraten.

⁵⁷⁸ Vgl. Chronik JAV S. 76.

⁵⁷⁹ Vgl. Chronik JAV S. 76, 107.

⁵⁸⁰ Chronik JAV S. 78.

⁵⁸¹ Vgl. dazu RA Nr. 122, 9. 3. 1899, Nr. 204, 25. 4. 1899.

zählte der Verein 566 ordentliche Mitglieder⁵⁸², damit war das Maximum bis 1918 erreicht. Nickls Wirken fand auch überregionale Beachtung. 1897 trat er auf dem Katholikentag in Landshut mit einem Vortrag über die Ziele und Aufgaben der Katholischen Arbeitervereine hervor, 1899 referierte er auf dem 9. Delegiertentag der Katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands in Nürnberg⁵⁸³. Im eigenen Verein setzte er neue Ideen in die Tat um, so etwa die Schulung der Vereinsmitglieder ab 1897 in einem Diskutierklub unter der Leitung des Zentrumsreichstagsabgeordneten Karl v. Lama. Themen waren beispielsweise: „Kann ein Katholik Sozialdemokrat sein?“, „Aufgaben der katholischen Arbeitervereine in Regensburg“, „Zentrum und Bauernbund“⁵⁸⁴. Vorbild für die Regensburger Debattierschule war möglicherweise der sog. „Bögnerklub“, ein Diskussionskreis der Arbeitervereine Münchens, der 1893 zum Arbeiterwahlvereine der Zentrumsparterie umgebildet wurde⁵⁸⁵. Ebenso initiierte Nickl den Aufbau einer Theatergruppe, aus deren Auftritten der Vereinskasse 1893 bis 1906 rund 8000 Mark als Reingewinn überwiesen werden konnten⁵⁸⁶. Bereits 1894 präsentierte der Verein der Öffentlichkeit das Ergebnis einer innerhalb Jahresfrist durchgeführten statistischen Untersuchung über das Wohnungselend der Arbeiter in Regensburg. In München wurde eine derartige Initiative erst 1895 vom Arbeiterwahlvereine der Zentrumsparterie ergriffen⁵⁸⁷. Nickl betonte, daß die Arbeiter mit vollem Recht nach wenigstens *normalen* Verhältnissen in diesem Punkte strebten. In einer Resolution wurde Staats- und Privathilfe gefordert. Der Regensburger Anzeiger urteilte, der Arbeiterverein habe ein zeitgemäßes Thema aufgegriffen und gab der Hoffnung Ausdruck, „daß man seine berechtigten Ansprüche nicht bloß in Arbeiter-, sondern auch in denjenigen Kreisen gebührend würdigen wird, denen vor allem daran gelegen sein muß, an der Lösung der sozialen Frage nach Kräften beizutragen“⁵⁸⁸.

Die katholischen Arbeiter des St. Josefs-Arbeiterunterstützungsvereins waren mit ihrem Vorstoß in der Wohnungsfrage 1893/94 an einem entscheidenden Punkt ihres Selbstverständnisses angelangt. Gestützt auf die Aussagen der katholischen Soziallehre, insbesondere der im Mai 1891 erschienenen Sozialenzyklika *Rerum Novarum* machten sie nunmehr Rechte geltend, die aus den christlichen Prinzipien der Gerechtigkeit, Liebe und der Würde des Menschen abgeleitet wurden. Die grundsätzliche Bejahung der bestehenden Gesellschaftsordnung bedeutete nicht den Verzicht auf eine Änderung offensichtlicher Mißstände. Die Zeit der demutsvollen Ergebenheit in das eigene Los, wie sie in früheren Jahren den Mitgliedern des Vereins noch nahe gebracht worden war⁵⁸⁹, war vorbei. Sehr bald stellte sich bei Ferdinand Nickl auch die Erkenntnis ein, daß mit gewerkschaftlichen Organisationen bessere Erfolge zu erzielen seien als mit dem auf Unterstützung und Bildung ausgerichteten Arbeiterverein. Auf seine Veranlassung hin wurde daher 1898 der gewerkschaftliche Verein Christlicher Arbeiterschutz gegründet. Nickl vereinte daraufhin in Personalunion das Amt des zweiten Vor-

⁵⁸² Vgl. Protokoll GV 5. 2. 1899.

⁵⁸³ Vgl. Chronik JAV S. 77, 103.

⁵⁸⁴ Vgl. Protokollbuch der Debattierschule des St. Josefs-Arbeitervereins 1897—1898.

⁵⁸⁵ Vgl. F. Prinz S. 192; K. Schirmer, Huber S. 90 f.

⁵⁸⁶ Vgl. H. Strehl S. 8.

⁵⁸⁷ Vgl. L. Anderl S. 99.

⁵⁸⁸ RA Nr. 153, 4. 6. 1894; dazu auch Chronik JAV S. 42.

⁵⁸⁹ Vgl. z. B. Protokoll GV 23. 1. 1887.

sitzenden des St. Josefs-Arbeitersvereins und des ersten Vorsitzenden des Vereins Christlicher Arbeiterschutz. Das führte wenig später zu einem exemplarischen Konflikt mit dem bisher größten Förderer des Vereins. Am 19. März 1878 hatte Fürst Maximilian von Thurn und Taxis und nach seinem Tode erneut Fürst Albert das Protektorat über den St. Josefsarbeiterverein übernommen, was sich vor allem in finanzieller Hinsicht für den Verein auszahlte⁵⁹⁰. Als sich aber im Jahre 1900 die fürstlichen Gartenarbeiter der Sektion der nichtgewerblichen Arbeiter des Christlichen Arbeiterschutzes anschlossen⁵⁹¹, kündigte das fürstliche Hofmarschallamt die Entziehung der jährlichen Unterstützung in Höhe von 500 Mark an, solange Nickl die Vereinsleitung innehatte. Um dem Verein diese Einbuße zu ersparen, legte dieser am 28. November 1900 die Stelle des zweiten Vorstandes nieder. In der Generalversammlung vom 24. Februar 1901 wurde er aber mit stürmischem Applaus wieder in den Ausschuß gewählt. Nachdem auch das Hofmarschallamt, wohl auf Vermittlung des geistlichen ersten Vorstandes, Kanonikus Frhrn. v. Ow, seine Bedingung zurückgezogen hatte, nahm Nickl die zweite Vorstandsstelle im März 1901 wieder an⁵⁹². Er behielt sie jedoch nur noch kurze Zeit, da er 1904 von Regensburg nach Weiden übersiedelte. An seine Stelle trat für die folgenden Jahre der Buchhalter Franz Xaver Moser. Gleichzeitig mit Nickls Abgang legte auch der anfangs 1902 zum Weihbischof von Regensburg geweihte Frhr. v. Ow die erste Vorstandsstelle nieder⁵⁹³. Ihm folgte der Stiftsvikar an der Alten Kapelle, Johann Baptist Wühl, der Ende 1913 allerdings auf Drängen des Präses der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine der Diözese Regensburg, Gymnasialprofessor Josef Stahl in Weiden, wegen angeblicher Inaktivität und zu geringer religiöser Akzentsetzung⁵⁹⁴ durch den Prior des Augustinerklosters St. Cäcilia, Pater Albert Märkl, abgelöst wurde⁵⁹⁵. Tatsächlich stagnierte die Mitgliederzahl unter Vorstand Wühl, ja war sogar etwas rückläufig⁵⁹⁶, doch lagen die Ursachen größtenteils außerhalb seiner Person. Es machte sich bemerkbar, daß durch die staatliche Sozialversicherung das Bedürfnis nach privater Absicherung, früher einer der Hauptanreize zum Eintritt in den Verein, stark abgenommen hatte. Außerdem bildeten die Christlichen Gewerkschaften — abgesehen von den freien Gewerkschaften und der liberalen Arbeitervereinigung — eine zusätzliche Konkurrenz. Der geänderten Situation suchte man sich 1907 dadurch anzupassen, daß Neumitglieder, die bereits anderweitig genügend versichert waren, nunmehr ohne Zwangsbeitritt zu den drei Kassen und ohne Altersbegrenzung nach oben (seit 1902 35 Jahre) aufgenommen werden konnten. Gleichzeitig beabsichtigte man mit dieser Öffnung, für die Mitglieder der Christlichen Gewerkschaften wieder zum geistig-religiösen Sammelpunkt zu werden⁵⁹⁷. Dem Neuanfang war jedoch kein größerer Erfolg beschieden.

⁵⁹⁰ Vgl. Chronik JAV S. 16 f., 24.

⁵⁹¹ Vgl. RA Nr. 491, 2. 10. 1900.

⁵⁹² Vgl. Chronik JAV S. 108 f.

⁵⁹³ Vgl. Chronik JAV S. 133.

⁵⁹⁴ Vgl. Stahl an Ordinariat Regensburg, 19. 11. 1913, Wühl an Ordinariat Regensburg, 27. 11. 1913, BZAR OA 644; zur Person Stahls vgl. J. Bauer S. 294 f.

⁵⁹⁵ Vgl. Moser an Ordinariat Regensburg, 31. 12. 1913, BZAR OA 644.

⁵⁹⁶ Mitgliederstand 1903: 515, 1914: 501 ordentliche Mitglieder. 1914 gab es zudem 265 außerordentliche Mitglieder. Vgl. Chronik JAV S. 131; Schematismus 1914, S. 342.

⁵⁹⁷ Vgl. Wühl an StM, 30. 4. 1907, StR ZR 10 017; Chronik JAV S. 134.

Der Katholische Arbeiterunterstützungsverein St. Joachim

Am 10. März 1872, zu einem Zeitpunkt, als im Deutschen Reich „kaum ein Dutzend Arbeitervereine bekannt“⁵⁹⁸ war, wurde in Regensburg mit dem Katholischen Arbeiterunterstützungsverein St. Joachim bereits ein zweiter Verein dieser Art gegründet⁵⁹⁹. Den Anstoß gab der k. Studienlehrer Johann Baptist Eckl, der, selbst Sohn eines Arbeiters, in der zweiten Jahreshälfte 1868 mit „nicht unbedeutenden Kenntnissen in der sogenannten sozialen Frage“⁶⁰⁰ nach Regensburg gekommen war. Nachdem er vergeblich versucht hatte, den bestehenden St. Josefs-Arbeiterunterstützungsverein nach seinen Vorstellungen umzugestalten, rief er einen neuen Verein ins Leben⁶⁰¹. Bereits in der ersten, sorgfältig vorbereiteten Sitzung⁶⁰² traten 118 Mitglieder bei⁶⁰³. Gegenüber dem St. Josefs-Arbeiterverein, der zu dieser Zeit nur eine Krankenunterstützungskasse neben einer ungesicherten Witwenkasse aufwies, wartete die Neugründung mit einem breitgefächerten Kassensystem auf. Neben einer Sparkasse boten eine Kranken-, Leichen- und Invalidenkasse den Arbeitern und ihren Familien mehr und wirksameren Schutz in Notfällen⁶⁰⁴. Jedes Mitglied hatte bei Aufnahme ein nach Lebensalter gestaffeltes Eintrittsgeld zu bezahlen und zwar: Bis zu 25 Jahren 12 Kreuzer, bis zu 30 Jahren 18, bis zu 40 Jahren 36, bis zu 45 Jahren 48 Kreuzer, bis zu 50 Jahren 1 Gulden 6 Kreuzer; es konnten aber auch höhere Summen eingelegt werden. In die Krankenkasse mußten 12, in die Leichen- und Invalidenkasse je 3 Kreuzer einbezahlt werden, so daß sich ein monatlicher Gesamtbeitrag von mindestens 30 Kreuzern ergab. Ausbezahlt wurden an Krankenunterstützung mindestens 24, höchstens 49 Kreuzer pro Tag. Beim Tod des Mitgliedes bekamen die Hinterbliebenen mindestens 15 Gulden aus der Leichenkasse. Die Invalidenunterstützung betrug jährlich mindestens 24 Gulden. Die Höhe berücksichtigte auch die Zeit der Mitgliedschaft, die Beiträge wurden jährlich neu festgesetzt⁶⁰⁵.

Für den Regierungspräsidenten Max Pracher bedeutete Studienlehrer Eckl nur einen „ultramontanen Agitator“, der sich „in Arbeiterkreisen zu schaffen machte“⁶⁰⁶. Die Liberalen Regensburgs sahen in Eckls Verein eine gefährliche Konkurrenz für ihren Arbeiterfortbildungsverein. Als er es gar wagte, sich bei den Gemeindewahlen 1872, einer Sache, die ihn nach Meinung des Regensburger

⁵⁹⁸ F. Prinz S. 189; Prinz bezieht sich hierbei auf eine Untersuchung der Christlich-sozialen Blätter aus dem Jahr 1876/77. Eine weitere, jedoch lückenhafte Statistik Katholischer Arbeitervereine, die durch Angabe des Gründungsjahres auch einen ungefähren Überblick über den Stand zu dieser Zeit ermöglicht, brachte die Zeitschrift Arbeiterwohl 9 (1889) S. 147–158, wiederabgedruckt in: Bundesverband der KAB, Bd. 2, 1, S. 431–440 (für Regensburg nur die Ortsangabe, keine näheren Einzelangaben!); darin nicht erfaßt waren beispielsweise die beiden von F. Prinz S. 165 erwähnten, im Jahr 1869 gegründeten Arbeitervereine in Aachen oder Düsseldorf, ebensowenig die zwei in der Diözese Regensburg bereits in den sechziger Jahren gegründeten Arbeitervereine in Donaustauf (1863) und Hemau (1864). Vgl. Diözesanverband Werkvolk Regensburg S. 13.

⁵⁹⁹ Vgl. RM Nr. 62, 16. 3. 1872.

⁶⁰⁰ Eckl an Fürst Albert von Thurn und Taxis, 28. 11. 1888, FTTZ HMA Prov. V 2.

⁶⁰¹ Vgl. ebd.

⁶⁰² Vgl. WBR 26. 2. 1872, 4. 3. 1872, 11. 3. 1872, StAA Reg. KdI Abg. 1919, Nr. 14 200.

⁶⁰³ Vgl. RM Nr. 62, 16. 3. 1872.

⁶⁰⁴ Vgl. VBStM 1872, S. 67.

⁶⁰⁵ Vgl. L. Anderl S. 29 f.

⁶⁰⁶ WBR 23. 12. 1872, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 200.

Tagblattes „ganz und gar nichts angehe“⁶⁰⁷, in die Politik einzumischen, gab es für Eckl keine Rettung mehr. Auf wiederholten dringenden Antrag der Kreisregierung wurde er zum 1. Januar 1873 „aus administrativen Erwägungen“⁶⁰⁸ nach Dillingen versetzt. Sein Werk, den Verein, ließ er jedoch nicht im Stich. Brieflich und während der Ferien hielt er zehn Jahre lang den Kontakt aufrecht, bis er Ende 1882 nach seiner Pensionierung nach Regensburg zurückkehren konnte⁶⁰⁹. Erbprinzessin Helene v. Thurn und Taxis griff dem St. Joachims-Verein ebenso wie dem St. Josefs-Verein finanziell unter die Arme. Sie spendete regelmäßig jährlich 500 Mark; diese Summe ersetzte im Jahr 1880 etwa ein Sechstel der Gesamtausgaben des Vereins⁶¹⁰. Ende 1888 übernahm auch hier Fürst Albert v. Thurn und Taxis das Protektorat⁶¹¹. Im Gegensatz zum St. Josefs-Verein mußte der erste Vorstand des Vereins kein katholischer Geistlicher sein, Eckl präsierte nach seiner Rückkehr 1882 als Ehrenvorstand⁶¹². 1886 wurde eine eigene Lesebibliothek eingerichtet, die Krankengeldhöhe betrug im gleichen Jahr 75 Prozent des Taglohns. An Vereinsvermögen hatten sich bis dahin 24 235,65 Mark angesammelt⁶¹³. Der Verein konnte seine Mitgliederzahl bis 1883 auf 358 vermehren, mußte aber nach der Einführung der staatlichen Krankenversicherung und dem Auftreten des Liberalen Krankenhilfsvereins in diesem Jahr bis 1887 einen leichten Rückgang auf 339 hinnehmen, um dann in erneuter Aufwärtsentwicklung im Jahre 1896 mit 522 den höchsten Mitgliederstand während seines Bestehens zu erreichen⁶¹⁴. 1914 gehörten ihm noch 412 Mitglieder an⁶¹⁵.

Der Katholische Arbeiterverein St. Emmeram

Kurz vor dem Ersten Weltkrieg, am 16. Februar 1913, wurde noch ein dritter Arbeiterverein, der Katholische Arbeiterverein St. Emmeram, von Stadtpfarrer Thomas Braun zu St. Rupert (St. Emmeram) gegründet⁶¹⁶. Die Gründe hierfür lagen in Differenzen zwischen dem Diözesanpräses der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine, Josef Stahl, und den Vorständen der beiden bestehenden Regensburger Arbeitervereine. Stahl kritisierte den St. Josefs-Verein und den St. Joachims-Verein als „reine Geldsammelvereine“, denen ein „wirklicher katholischer Arbeiterverein als Prinzipienverein“⁶¹⁷ gegenübergestellt werden müsse.

⁶⁰⁷ RTB Nr. 349, 18. 12. 1872.

⁶⁰⁸ WBR 23. 12. 1872, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 200; dazu RM Nr. 286, 15. 12. 1872.

⁶⁰⁹ Vgl. Eckl an Fürst Albert v. Thurn und Taxis, 28. 11. 1888, FTTZ HMA Prov. V 2.

⁶¹⁰ Vgl. VBStM 1880, S. 90 f.

⁶¹¹ Vgl. Hofmarschallamt Thurn und Taxis an Eckl, 3. 12. 1888, FTTZ HMA Prov. V 2.

⁶¹² Vgl. die gedruckten Jahresberichte für 1894 und 1895 (Kesselschmied Georg Berringer erster Vorstand) FTTZ JB 926.

⁶¹³ Vgl. VBStM 1886, S. 117—121.

⁶¹⁴ Vgl. VBStM 1883, S. 117, 1886, S. 117, 1896, S. 107; jährliche Rechenschaftsberichte mit Mitgliederzahlen und genauen Kassenabschlüssen finden sich in den VBStM 1878—1902. Die Mitgliederzahlen umfassen offensichtlich ordentliche und außerordentliche Mitglieder (Wohltäter), die im ungefähren Verhältnis 2:1 stehen, wie ein Vergleich mit Zahlen im Schematismus des Bistums Regensburg des Jahres 1910, S. 330 vermuten läßt (220 ordentliche, 130 außerordentliche Mitglieder).

⁶¹⁵ Davon 200 ordentliche und 212 außerordentliche. Vgl. Schematismus 1914, S. 342.

⁶¹⁶ Vgl. Braun an Ordinariat Regensburg, 18. 2. 1913, BZAR OA 644.

⁶¹⁷ Stahl an Ordinariat Regensburg, 19. 11. 1913, BZAR OA 644.

Die Neuschöpfung löste bei den zwei älteren Vereinen ziemliche Verstimmung aus, zumal die Gründungsversammlung ausgerechnet am Tage der Generalversammlung des St. Josefs-Arbeitervereins angesetzt wurde⁶¹⁸. Zwar ließen sich dort bereits 50 Mitglieder gewinnen⁶¹⁹, doch gelang dem neuen Verein schließlich kein Einbruch in den Mitgliederstand der älteren Vereine. 1914 gehörten ihm erst 70 ordentliche Mitglieder an, dazu zehn außerordentliche⁶²⁰.

Der Katholische Arbeiterinnenverein Regensburg

Mit zunehmender Industrialisierung stieg auch die Zahl der in industriellen Betrieben beschäftigten Frauen⁶²¹. In der Oberpfalz war ihr Anteil infolge des vergleichsweise niedrigen Industrialisierungsgrades jedoch nicht allzu groß. 1904 gab es hier nur 3487 Frauen in abhängiger Erwerbstätigkeit, die Hausangestellten nicht mitgerechnet⁶²². In Amberg entstand im genannten Jahr der erste Arbeiterinnenverein der Diözese Regensburg, die Stadt Regensburg folgte erst im Jahre 1909⁶²³. Hier waren im Jahre 1910 insgesamt 1836 Frauen beschäftigt, mehr als die Hälfte jedoch (1016) in den traditionellen Frauenberufen des Gast- und Schankwirtschafts- sowie des Bekleidungs- und Reinigungsgewerbes⁶²⁴. Für den Katholischen Arbeiterinnenverein Regensburg ließen sich im ersten Jahr 100 Frauen und Mädchen gewinnen, doch verringerte sich ihre Zahl bis 1914 auf 85; Präses des Vereins war durchgehend Benefiziat Dr. Johann Nepomuk Förstl, zugleich Ortsvertreter, später auch Diözesanvertreter des Volksvereins für das katholische Deutschland in Regensburg⁶²⁵.

Der überregionale Zusammenschluß der Katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine und die lokale Reorganisation der Arbeitervereine Regensburgs

Am 12. Oktober 1891 wurde in München auf Anregung des Augsburger Arbeitervereinspräses Anton Hauser⁶²⁶ und der Präses der Münchner Arbeitervereine der Verband der Katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands gegründet. Ziel war eine Abstimmung in programmatischen Fragen und die weitere Verbreitung der Katholischen Arbeitervereine⁶²⁷. Als erster Verbandspräses wurde der Münchner Geistliche Lorenz Huber, nach ihm 1903 Karl Walterbach gewählt. Zum Verbandsorgan bestimmte man die bereits seit Frühjahr 1890 existierende Zeitschrift der Münchner Arbeitervereine, „Der Arbeiter“. Als Vorort des Verbandes fungierte im ersten Jahr München, im zweiten Jahr Regensburg, anschließend auf Dauer — ausgenommen im Jahr 1899 Stuttgart — jeweils München⁶²⁸. Regensburgs längste Erfahrungen und die praktischen Erfolge sei-

⁶¹⁸ Vgl. Wührl an Ordinariat Regensburg, 27. 11. 1913, BZAR OA 644.

⁶¹⁹ Vgl. Anm. 387.

⁶²⁰ Vgl. Schematismus 1914, S. 342.

⁶²¹ 1882 waren im industriellen Wirtschaftssektor des Deutschen Reiches 1 127 000, 1907 bereits 2 104 000 Frauen erwerbstätig. Vgl. G. Hohorst, J. Kocka, G. A. Ritter S. 66.

⁶²² Vgl. Diözesanverband Werkvolk Regensburg S. 14.

⁶²³ Vgl. Schematismus 1910, S. 331.

⁶²⁴ Vgl. VBStM 1910—1911, S. 77.

⁶²⁵ Vgl. Schematismus 1910, S. 331, 1914, S. 343.

⁶²⁶ Vgl. zu Hauser L. Anderl S. 38 ff.

⁶²⁷ Vgl. K. Schirmer, Huber S. 46 ff.; J. Ruppert S. 480; M. Berger S. 34.

⁶²⁸ Vgl. K. Schirmer, Huber S. 36 f., 47; M. Berger S. 63 (kennt Regensburg als Vorort nicht).

ner beiden mitgliederstarken Arbeitervereine dürften ausschlaggebend gewesen sein, daß die Wahl einmal kurzzeitig auf diese Stadt fiel. Die geistige Führungsspitze jedoch saß mit Verbandspräses Huber in München. Er entwickelte maßgeblich die wegweisenden Perspektiven und die programmatische Grundlage der weiteren Verbandsarbeit. Auch das 1894 vom Zentralkomitee der Präses der Katholischen Arbeitervereine Deutschlands verabschiedete Katholisch-soziale Programm ging von einem Münchner Vorentwurf aus⁶²⁹. Dieses Programm hatte Präses Mehler aus Regensburg mit unterzeichnet⁶³⁰.

Der Verband der Katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands veranstaltete jährliche Delegiertentage zur Abklärung des eigenen Standpunktes und zur Präsentation seiner Forderungen vor der Öffentlichkeit. Auf dem 2. Verbandstag 1892 in München führte Johann Baptist Eckl, der Gründer und Ehrenvorstand des St. Joachims-Vereins in Regensburg, den Vorsitz⁶³¹. Der 3. Delegiertentag fand im September 1893 in Regensburg statt. Erschienen waren dazu etwa 40 Vertreter bayerischer und württembergischer Katholischer Arbeitervereine⁶³². In mehreren Entschlüssen wurde eine verstärkte Ausbreitung der Katholischen Arbeitervereine im Anschluß an die Enzyklika *Rerum novarum* von 1891 gefordert, die Wohnungsfrage als eines der dringendsten Probleme der Arbeiter aufgegriffen und der geistige Terror der Sozialdemokraten gegenüber den Mitgliedern der Katholischen Arbeitervereine kritisiert⁶³³. Ende 1894 erklärte der St. Josefs-Arbeiterverein Regensburg aus recht kurzfristigen Gründen — wegen Fehlens eines „greifbaren Nutzens“⁶³⁴ — seinen Austritt aus dem Verband, kehrte aber 1897 wieder zurück⁶³⁵.

Bereits der erste Jahresbericht des Verbandes der Katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands 1891 empfahl die Errichtung von Diözesanverbänden der Katholischen Arbeitervereine. Der Diözesanverband München wurde 1897 gegründet⁶³⁶, für die Diözese Regensburg wurde Kanonikus Sigismund Frhr. v. Ow im Herbst des gleichen Jahres zum Diözesanpräses ernannt⁶³⁷. Am 29. Dezember 1902 fand in Regensburg zum erstenmal ein Diözesandelegiertentag statt, zu dem außer den 32 geistlichen Präses „im Anschluß an die Gepflogenheit auswärtiger Diözesanverbände“⁶³⁸ auch die weltlichen Vorstandsmitglieder der Arbeitervereine eingeladen wurden. Von ihnen erschienen 28, vertreten waren 43 der insgesamt 50 Arbeitervereine der Diözese Regensburg zu diesem Zeitpunkt. Als Schwierigkeit beklagte der Diözesanpräses die Erscheinung, daß sich die Grenzen zwischen Arbeitervereinen und Christlichen Gewerkschaften im Bewußtsein der Mitglieder immer mehr vermischten und daß diejenige Richtung in der Arbeiterwelt überhandnehme, welche auch durch die katholischen Arbeitervereine in erster Linie die materiellen Interessen gefördert sehen wolle. Dagegen verab-

⁶²⁹ Vgl. K. Schirmer, Huber S. 49—53; M. Gasteiger, A. Pronadl S. 191; L. Anderl S. 41, 46 f., 158—161.

⁶³⁰ Vgl. M. Berger S. 135.

⁶³¹ Vgl. L. Anderl S. 154.

⁶³² Vgl. RA Nr. 265, 26. 9. 1893.

⁶³³ Vgl. K. Schirmer, Huber S. 62 f.

⁶³⁴ Chronik JAV S. 43.

⁶³⁵ Vgl. Chronik JAV S. 77.

⁶³⁶ Vgl. F. Prinz S. 180.

⁶³⁷ Vgl. Chronik JAV S. 77.

⁶³⁸ Ow an Bischof von Regensburg, 14. 1. 1903, BZAR OA 644.

schiedete der Diözesandelegiertentag eine Resolution, die mit aller Entschiedenheit die religiös-sittliche Aufgabe als primär bezeichnete. Auf dieser Tagung wurde gleichzeitig eine Unterteilung des Diözesanverbandes in Bezirksverbände durchgeführt, wie sie vom Delegiertentag des Verbandes Katholischer Arbeitervereine Süddeutschlands im September 1902 in München angeregt worden war ⁶³⁹. 1906 wurde diese Bezirkseinteilung noch verfeinert ⁶⁴⁰.

Am 8. Oktober 1905 eröffnete der Diözesanverband in Regensburg ein Arbeitersekretariat ⁶⁴¹. Diese Arbeitersekretariate oder Volksbüros, deren erstes 1894 in Bayern vom Verband der Katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands in München eingerichtet wurde und die bald auch auf sozialistischer Seite Nachahmung fanden ⁶⁴², waren Rechtsauskunftsstellen, die in Rechtsstreitigkeiten, Versicherungsfragen, im Behördenverkehr usw. wirksame Hilfe anboten. Als Vorläufer bestand in Regensburg schon seit 1904 ein Volksbüro, in dem von Zeit zu Zeit ein Sekretär aus München Auskünfte erteilte ⁶⁴³. Die Stelle des Arbeitersekretärs wurde 1905 mit dem ehemaligen Former Jakob Albrecht besetzt, der zugleich für den Ausbau der Organisation und die weitere Verbreitung der Arbeitervereine in der Diözese Regensburg zu sorgen hatte ⁶⁴⁴. Nach seinem Wechsel an das Arbeitersekretariat München, wo er bis zu seinem Tod am 21. Oktober 1930 tätig war ⁶⁴⁵, folgte ab 1. Februar 1908 Josef Deininger aus Augsburg ⁶⁴⁶. Das Arbeitersekretariat wurde als Rechtsauskunftsstelle lebhaft in Anspruch genommen. Laut Geschäftsbericht für das Jahr 1910/11 erteilte der Sekretär innerhalb der Diözese Regensburg 1828 mündliche und schriftliche Auskünfte, fertigte 1036 Schriftsätze, führte 1243 Korrespondenzen und vertrat 145 Fälle vor den gewerblichen Schiedsgerichten ⁶⁴⁷. Die Regensburger Arbeiter profitierten vom Arbeitersekretariat am Ort natürlich in ganz besonderer Weise. Wegen der steigenden Arbeitslast beschloß die Diözesankonferenz der Katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine im Herbst 1912, ab 1913 einen zweiten Arbeitersekretär anzustellen ⁶⁴⁸. In Weiden war seit 1912 außerdem eine Arbeiterinnensekretärin tätig ⁶⁴⁹. Der Einsatz hauptamtlicher Kräfte zahlte sich für die christliche Arbeiterbewegung in der Diözese Regensburg in einem spürbaren Aufschwung aus. Während im Jahre 1905 nur 86 Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine mit zusammen 13 688 Mitgliedern existierten ⁶⁵⁰, waren es 1914 134 Arbeiter- und 27 Arbeiterinnenvereine mit insgesamt 20 529 Mitgliedern ⁶⁵¹. Die Stadt Regensburg selbst schien von diesem Aufwärtstrend ausgeschlossen gewesen zu sein, betrachtet man nur die zum Teil rückläufigen Zahlen der dortigen Arbeiter-

⁶³⁹ Gebildet wurden sechs Bezirksverbände: Regensburg, Straubing, Amberg, Schwandorf, Weiden, Marktredwitz. Vgl. ebd.

⁶⁴⁰ Vgl. RM Nr. 244, 26. 10. 1906.

⁶⁴¹ Vgl. RM Nr. 244, 26. 10. 1906; RA Nr. 559, 8. 11. 1905.

⁶⁴² Vgl. K. Schirmer, Huber S. 135 ff.; J. Ruppert S. 508—514.

⁶⁴³ Vgl. Chronik JAV S. 133; Wühlr an Ordinariat Regensburg, 27. 11. 1913, BZAR OA 644.

⁶⁴⁴ Vgl. RM Nr. 244, 26. 10. 1906.

⁶⁴⁵ Vgl. Chronik JAV S. 134; K. Schirmer, Huber S. 137.

⁶⁴⁶ Vgl. RA Nr. 54, 31. 1. 1908.

⁶⁴⁷ Vgl. RA Nr. 546, 31. 10. 1911.

⁶⁴⁸ Vgl. RA Nr. 495, 1. 10. 1912.

⁶⁴⁹ Vgl. ebd.; Schematismus 1913, S. 340.

⁶⁵⁰ Vgl. RM Nr. 244, 26. 10. 1906.

⁶⁵¹ Vgl. Schematismus 1914, S. 340.

vereine. Jedoch darf nicht übersehen werden, daß gleichzeitig die Christlichen Gewerkschaften, die ebenfalls vom Arbeitersekretariat gefördert wurden, emporwuchsen⁶⁵². Außerdem gründeten die Vororte Regensburgs, früher Mitgliedsbereiche der Regensburger Arbeitervereine, ihre eigenen Arbeitervereine, so Steinweg im Jahre 1902, Reinhausen, Lappersdorf, Sallern jeweils 1905, Stadtamhof und Winzer 1909, Schwabelweis 1911. Dazu kamen die Arbeiterinnenvereine in Regensburg-Stadt und Lappersdorf, beide 1909, Stadtamhof 1912 und Sallern und Steinweg, beide 1913⁶⁵³.

Die im Jahre 1913 in Regensburg bestehenden Katholischen Arbeitervereine, der St. Josefs-Arbeiterverein, der Katholische Arbeiterunterstützungsverein St. Joachim und der Katholische Arbeiterverein St. Emmeram, erstreckten ihren Wirkungsbereich jeweils über das ganze Stadtgebiet, konkurrierten also gegeneinander. Zwischen den beiden älteren Vereinen hatte es jahrzehntelange Spannungen gegeben, die erst 1898 mit einer Vereinbarung zu gemeinsamer Zusammenarbeit in sozialpolitischen und religiösen Fragen, bei weiterhin getrennten Kassen, beendet wurden. Einen früheren Versuch zur Verschmelzung der beiden Vereine hatte der St. Josefs-Arbeiterverein 1878 strikt zurückgewiesen⁶⁵⁴. Im März 1914 schließlich entschieden die Präsidien und Vorstände der drei Regensburger Arbeitervereine über eine grundsätzliche Neuorganisation. Künftig sollten die Zuständigkeitsbereiche durch die Pfarreigrenzen abgesteckt sein. Dem St. Josefs-Arbeiterverein wurde der Bezirk der Pfarrei St. Emmeram (ohne Kumpfmühl), dem St. Joachims-Arbeiterunterstützungsverein der Bezirk der Pfarrei der unteren Stadt (Dommpfarrei) und dem Arbeiterverein St. Emmeram Kumpfmühl zugeteilt. Eine außerordentliche Generalversammlung des St. Josefs-Arbeitervereins stimmte dieser Neuregelung am 31. Januar 1915 zu. Ab 1. April 1915 erfolgte der Anschluß an die zentralisierte Krankengeldzuschußkasse des Verbandes Süddeutscher Katholischer Arbeitervereine. Gleichzeitig erlangte das allgemeine Statut dieses Verbandes Gültigkeit⁶⁵⁵. Ob mit der Reorganisation tatsächlich ein Schritt nach vorne getan wurde, läßt sich wegen des Krieges nur schwer beurteilen. Von 1915 bis 1918 sank die Zahl der ordentlichen Mitglieder der drei Vereine jedenfalls von 825 auf 563⁶⁵⁶.

b) Der Katholische Gesellenverein Regensburg (Kolpingsverein)

Nach Angabe der Rheinischen Volksblätter, des Mitteilungsblattes Adolf Kolpings, wurde der Katholische Gesellenverein Regensburg im Jahre 1852 gegründet⁶⁵⁷. Dagegen bezeichnen die Akten des Stadtmagistrats Regensburg 1853 als Gründungsjahr⁶⁵⁸. Auch eröffnete ein Rundbrief des Regensburger Gesellenvereins aus dem Jahr 1853, daß „nach dem Vorgange anderer Städte . . . sich auch hier seit dem Beginn dieses Jahres ein katholischer Gesellenverein gebildet [habe],

⁶⁵² Vgl. RM Nr. 244, 26. 10. 1906.

⁶⁵³ Vgl. Schematismus 1914, S. 341 ff., 1915, S. 352.

⁶⁵⁴ Vgl. Chronik JAV 17, 79 f.

⁶⁵⁵ Vgl. Chronik JAV S. 136 ff.

⁶⁵⁶ Vgl. Schematismus 1915, S. 352, 1918, S. 360.

⁶⁵⁷ Vgl. Rheinische Volksblätter Nr. 29, 14. 10. 1854, S. 557, nach Kolpingsfamilie St. Erhard Regensburg, Festschrift S. 28.

⁶⁵⁸ Vgl. Verzeichnis der im Polizeidistrikte der Stadt Regensburg bestehenden nichtpolitischen Vereine, aufgenommen nach dem Gesetz vom 26. Februar 1850, 30. 4. 1850 (Erweiterung [Nr. 35]) StR ZR 3169 (und öfter in diesem Akt).

um die Gesellen vor Abwegen zu bewahren und ihnen Gelgenheit zu geben, ihre freien Stunden auf möglichst angenehme und nützliche Weise zuzubringen“⁶⁵⁹. Als eigentliche Gründungsurkunde betrachtete der Verein von jeher einen Brief Kolpings vom 21. April 1853 an Josef Metz, den damaligen Stiftsvikar am Kollegiatsstift zur Alten Kapelle⁶⁶⁰. Kolping ermunterte darin zum Durchhalten, auch wenn die Anfänge sich „noch so klein und armselig nach außen“⁶⁶¹ hin darstellten, er empfahl einen engeren Zusammenschluß der bayerischen Vereine um den bereits im Juli 1851 gegründeten Münchner Gesellenverein⁶⁶². An der ersten, schließlich im Juni 1858 zustandegekommenen Generalversammlung der bayerischen Gesellenvereinspräsidenten in München, nahm Präses Metz entscheidenden Anteil. Auch wirkte er an der Gründung der Gesellenvereine in Straubing, Amberg und Cham mit⁶⁶³.

Im Gegensatz zu den seit 1848 bereits laut gewordenen sozialrevolutionären Theorien verfolgte Kolping eine „sozialfriedliche“⁶⁶⁴ Linie. Den Handwerksge-
sellten sollte durch die Gesellenvereine sittlicher und gesellschaftlicher Halt und berufliche Weiterbildung vermittelt werden⁶⁶⁵. Kolpings Ideen hatte in Regensburg zuerst Domvikar Matthias Wieser aufgegriffen, auf seinen Vorarbeiten zu einer Vereinsgründung konnte der erste Präses Josef Metz, selbst Sohn einer Regensburger Schlosserfamilie, 1853 bis 1860 aufbauen⁶⁶⁶. Metz sah das zeitgemäße Anliegen der Gesellenvereine darin, „die Handwerksge-
sellten ihren bisherigen Verführern zu entziehen und ihnen Gehorsam gegen die Gesetze, Religion und Bildung einzuprägen“⁶⁶⁷. Im August 1853 gehörten dem Regensburger Kolpingsverein bereits mehr als hundert Gesellen an, 1857 waren es 130⁶⁶⁸. Bischof Valentin v. Riedel (1843—1857) förderte den jungen Verein ebenso wie Kreise der Regensburger Bürgerschaft. So fanden sich im ersten Ausschuß des Jahres 1853 neben Präses Metz Friedrich Pustet (I) und Lycealprofessor Dr. Karl Wilhelm Reischl, die gleichzeitigen Vorstände des Regensburger Piusvereins, Kaufmann Franz Xaver Strasser, der Kassier des Katholischen Gesellenvereins bis 1862 und spätere erste Vorstand des Katholischen Kasinos, Lehrer Anton Horchler und der praktische Arzt Dr. Mückl, sowie vier weitere Handwerksmeister — ein Geselle war anfangs nicht vertreten⁶⁶⁹. Dies jedoch sofort als Zeichen bürgerlicher Bevormundung deuten zu wollen, wäre verfehlt. Die Errichtung des Katholischen Gesellenvereins war zunächst und vor allem ein neuer, praktisch durchführbarer Schritt, die soziale Situation der Gesellen in etlichen Punkten zu verbessern. Eine ähnliche Aufgeschlossenheit und Bereitschaft in die-

⁶⁵⁹ Einladung des Ausschusses des Katholischen Gesellenvereins [zur Zeichnung von Aktien für das Vereinshaus], Regensburg am Tage des hl. Bonifazius [1853], FTTZ IB 902.

⁶⁶⁰ Faksimile in Kolpingsfamilie St. Erhard Regensburg, 1853—1978 S. 11, Auszüge S. 14.

⁶⁶¹ Ebd.

⁶⁶² Vgl. K. M. Böhm S. 180.

⁶⁶³ Vgl. G. Brombierstäudl S. 47.

⁶⁶⁴ W. Zorn, Sozialentwicklung S. 862.

⁶⁶⁵ Vgl. A. Kolping S. 5, 15 ff.

⁶⁶⁶ Vgl. Kolpingsfamilie St. Erhard Regensburg, 1853—1978 S. 14.

⁶⁶⁷ Metz und Straßer an Fürst Maximilian v. Thurn und Taxis, 8. 8. 1853, FTTZ IB 902.

⁶⁶⁸ Vgl. G. Brombierstäudl S. 47.

⁶⁶⁹ Vgl. Verzeichnis der nichtpolitischen Vereine für 1853, StR ZR 3169.

ser Richtung hatten Regensburger Bürger bereits mit der Förderung des St. Josefs-Arbeiterunterstützungsvereins oder des Arbeiterbildungsvereins von 1849 gezeigt⁶⁷⁰.

Daß die Erscheinung der Gesellenvereine durchaus unter einer übergeordneten Perspektive gesehen wurde, beweist ein Artikel des Bayerischen Volksblattes über das Stiftungsfest des Regensburger Vereins im Jahre 1857, wo es heißt: „Die Gesellenvereine sind in kurzer Zeit zu solcher Bedeutung emporgestiegen, daß dieselben sich das Anrecht auf eine ständige Rubrik in der öffentlichen Betrachtung erworben haben. Das Auge des vernünftig forschenden Sozialisten folgt dieser jungen Genossenschaft mit hohem Interesse“⁶⁷¹. Bemerkenswerterweise meinte „Sozialist“ hier noch in einem weiteren Wortsinn alle, die sich mit einer Verbesserung der sozialen Lage der unteren Schichten befaßten. Eine bereits im Jahre 1854 ausgearbeitete Satzung trug dem Bedürfnis der Gesellen nach selbständiger Gestaltung des Vereinslebens Rechnung. Die aktiven Mitglieder wählten einen Ausschuß und einen Altgesellen, die zusammen mit dem geistlichen Präses den Verein leiteten. Für das Vereinsvermögen war der Haupt- oder Verwaltungsausschuß zuständig, der teilweise von den Gesellen, teilweise aus den sog. Schutz- und Ehrenmitgliedern, den Förderern aus dem Bürgerstande, besetzt wurde⁶⁷².

Ein Vereinshaus, wichtiges Element im Konzept Adolf Kolpings, wurde in Regensburg bereits im April 1853 erworben. Vom Kaufpreis in Höhe von 6400 Gulden konnten nur 200 Gulden angezahlt werden, der Rest wurde durch Spenden und Ausgabe von Aktien finanziert, die größtenteils von der Regensburger Bürgerschaft gezeichnet und später vielfach dem Verein geschenkweise überlassen wurden⁶⁷³. Im Vereinshaus, dem Kommunikationszentrum der Gesellen, fanden die zwanglosen Zusammenkünfte statt, wurden die unentgeltlichen Unterrichtskurse abgehalten und erhielten die Wandergesellen kostenlose Unterkunft und Verpflegung. Waren es in den ersten Jahren etwa 300 bis 400 Übernachtungen, so stieg ihre Zahl in den siebziger Jahren auf 600 bis 700 pro Jahr, selbst 1914 wurden noch knapp 500 verzeichnet⁶⁷⁴. Die bereits unter Präses Metz angebotenen Fortbildungsmöglichkeiten — wöchentlich bis zu 17 Stunden — wurden später noch erweitert, Kurse in deutscher Sprache, Rechnen, Geschichte, Geographie, Naturlehre, künstlerischem und technischem Zeichnen, gewerblicher Buchführung und Stenographie eingerichtet und durch Preisverleihungen an die Besten noch attraktiver gemacht. Durch Sängerkreise und Turngruppen wurde auch ein Ausgleich nach der musischen Seite hin gesucht und körperliche Ertüchtigung erzielt⁶⁷⁵. Lange vor der Gründung einer Volkshochschule in Regensburg im Jahr 1918 wurde hier außerschulische Erwachsenenbildung verwirklicht. Auch für die soziale Absicherung der Mitglieder wurde frühzeitig ein wichtiger Schritt getan: 1854 beschloß eine Mitgliederversammlung die Gründung einer Krankenunterstützungskasse mit regelmäßigen Monatsbeiträgen. Für invalide Mitglieder wurden von Fall zu Fall Sammlungen durchgeführt⁶⁷⁶.

Besondere Bedeutung erlangte der Katholische Gesellenverein durch die Bereit-

⁶⁷⁰ Vgl. o. S. 222, 281.

⁶⁷¹ Zitat nach G. Brombierstäudl S. 16.

⁶⁷² Vgl. G. Brombierstäudl S. 15, 46.

⁶⁷³ Vgl. G. Brombierstäudl S. 17 ff., 76.

⁶⁷⁴ Vgl. G. Brombierstäudl S. 87, RA Nr. 225, 6. 5. 1914.

⁶⁷⁵ Vgl. G. Brombierstäudl S. 46, 64, 69, 84; RM Nr. 153, 7. 7. 1884.

⁶⁷⁶ Vgl. G. Brombierstäudl S. 86.

stellung seines Vereinshauses als Versammlungszentrum der Katholischen Vereine Regensburgs. Johann Nepomuk Mühlbauer, gebürtiger Oberpfälzer, Präses des Regensburger Gesellenvereins von 1861 bis 1907, Redakteur des Regensburger Morgenblattes und Anzeigers von 1861 bis 1883⁶⁷⁷, pachtete ab 1864 von den Gebrüdern Pustet die Räume der Gaststätte zum „Roten Hahn“ in der Gesandtenstraße als neues, geräumigeres Vereinshaus. In diesen Lokalitäten spielte sich ab 1869 über mehr als zwei Jahrzehnte auch die Versammlungstätigkeit des Katholischen Kasinos ab. Mit der Erbauung des großen St. Erhardihauses (1889—1891) als Vereinszentrum schuf Präses Mühlbauer für das gesamte katholische Vereinswesen Regensburgs optimale räumliche Voraussetzungen⁶⁷⁸.

Die Katholischen Gesellenvereine waren von Anfang an daraufhin angelegt, sozialreformerisch im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung zu wirken. Von dieser Konzeption her reichten sie sich zwangsläufig in die Stellung gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung ein. So suchten sie insbesondere auch die vom Land in die Stadt abwandernden Arbeitskräfte vor einem Anschluß an die Sozialdemokratie zu bewahren⁶⁷⁹. Mit der Beschränkung auf den Gesellenstand erreichten sie allerdings zunehmend nur mehr einen Bruchteil der Arbeiterschaft, die sich mit fortschreitender Industrialisierung großteils aus ungelerten Hilfskräften und Fabrikarbeitern zusammensetzte. 1914 zählte der Gesellenverein unter Präses Andreas Thanner (1907—1918) 136 Mitglieder⁶⁸⁰, bewegte sich damit also in etwa auf dem Mitgliederstand von 1857. Gegenüber den Christlichen Gewerkschaften, die — anders als die Gesellenvereine — auch eine Verbesserung der Verhältnisse am Arbeitsplatz und höhere Löhne anstrebten — bestand allgemein ein recht distanzierteres Verhältnis⁶⁸¹, doch ließ man in Regensburg Christliche Gewerkschaftsführer jederzeit in Gesellenvereinsversammlungen zu Wort kommen⁶⁸². Insgesamt leistete der Katholische Gesellenverein Regensburg einen zwar begrenzten, aber nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Lösung der sozialen Nöte einer Schicht, die in der Umbruchsituation zwischen alter, ständisch orientierter Berufsordnung und neuem, liberalisierten Wirtschaftssystem besonders zu leiden hatte.

⁶⁷⁷ Geb 23. 6. 1831 in Pfreimd, gest. 26. 7. 1914 in Regensburg, Priesterweihe 1856, ab 1861 in Regensburg, seit 1883 Kanonikus des Kollegiatstifts Unserer Lieben Frau zur Alten Kapelle, Bischöflicher Geistlicher Rat 1906. Vgl. Schematismus 1914, S. VIII f., 123, 240 und 1915, S. 131; dazu RA Nr. 282, 9. 6. 1901; G. Brombierstäudl S. 49—59.

⁶⁷⁸ Die Kosten des St. Erhardihauses (Lit. F 159, 160, 172) in Höhe von rund 190 000 Mark wurden von Präses Mühlbauer großteils durch Spenden aufgebracht. Fürst Albert v. Thurn und Taxis spendete 10 000 Mark, desgleichen die Gebrüder Pustet; Georg Josef Manz lieh 50 000 Mark als Darlehen und übernahm die Kosten der Erhardikryptarenovierung. Das Haus, in neugotischem Stil erbaut, nach Plänen des Vizepräses des Katholischen Gesellenvereins, Domvikar Georg Dengler, enthielt ein Hospiz mit 30 Zimmern und circa 50 Betten, einen großen Festsaal (Kasinosaal), einen kleinen Saal, den Dollingersaal (einen aus dem Patrizierhaus Lit. B 73 transferierten Saal), die Erhardikrypta und einen großen Garten; es wurde am 20. 10. 1944 bei einem Fliegerangriff zerstört. Vgl. G. Brombierstäudl S. 20—43, 51—58, 71—74; Kolpingsfamilie St. Erhard Regensburg, 1853—1978 S. 23—27 (mit Abbildungen); Spendenanweisung Fürst Alberts v. Thurn und Taxis, 16. 3. 1889, FTTZ IB 902.

⁶⁷⁹ Vgl. NDP Nr. 79, 6. 4. 1910.

⁶⁸⁰ Vgl. RA Nr. 225, 6. 5. 1914.

⁶⁸¹ Vgl. K. M. Böhm S. 181.

⁶⁸² Vgl. G. Brombierstäudl S. 85.

3. Die Christlichen Gewerkschaften

Der Verein Christlicher Arbeiterschutz

Nach dem wenig erfolgreichen Experiment, mit beruflich gegliederten Fachabteilungen innerhalb der Katholischen Arbeitervereine ein Gegengewicht zu den Gewerkschaften sozialdemokratischer Richtung zu schaffen⁶⁸³, brach sich der Gedanke Christlicher Gewerkschaften ab Mitte der neunziger Jahre immer mehr Bahn. Auf dem internationalen Arbeiterschutzkongreß 1897 in Zürich, dem als Vertreter des Katholischen Arbeiterunterstützungsvereins Regensburg Josef Habel beiwohnte, wurde eine intensivere Gewerkschaftsarbeit angeregt⁶⁸⁴. Unter dem Einfluß Franz Hitzes anerkannten auch die Katholikentage 1896 in Dortmund und 1898 in Krefeld die gewerkschaftliche Organisation als einen möglichen Weg zur Besserung der sozialen Verhältnisse⁶⁸⁵. Matthias Erzberger, damals noch Redakteur beim Deutschen Volksblatt in Stuttgart, forderte auf dem 8. Delegiertentag des Verbandes Süddeutscher Arbeitervereine Ende August 1898 in Karlsruhe die gewerkschaftliche Organisation „zum Selbstschutz“⁶⁸⁶. Diesen Verbandstag hatte auch der St. Josefs-Arbeiterverein Regensburg mit seinem zweiten Vorstand Ferdinand Nickl beschickt. Sofort nach seiner Rückkehr setzte Nickl sich mit dem Arbeitersekretär Karl Schirmer, der Seele der Katholischen Arbeiterbewegung in Bayern, in München in Verbindung, um in Regensburg eine Christliche Gewerkschaftsorganisation aufzubauen⁶⁸⁷. Er schrieb ihm am 7. Oktober 1898: „Lieber Herr Schirmer! Endlich geht es vorwärts. Wir müssen jetzt auch hier die Christlichen Gewerkschaften vorbereiten. Können sie am 6. November kommen und in einer öffentlichen Versammlung über die Gewerkschaftsfrage sprechen?“⁶⁸⁸. Am 6. November 1898 erschien Schirmer in einer von den beiden Katholischen Arbeitervereinen Regensburgs gemeinsam veranstalteten Versammlung, an deren Ende der Beschluß zur Gründung eines gewerkschaftlichen Vereins Christlicher Arbeiterschutz gefaßt wurde. Ausdrücklich befürwortet wurde das Vorhaben auch vom Diözesangeschäftsführer des Volksvereins für das katholische Deutschland, Präses Mehler, und dem Regensburger Reichstagsabgeordneten, Karl v. Lama⁶⁸⁹. Als Vorbild für die Regensburger Neugründung diente der bereits seit 16. November 1895 bestehende Verein Christlicher Arbeiterschutz in München⁶⁹⁰. Die endgültige Konstituierung des Christlichen Arbeiterschutzes Regensburg erfolgte am 20. November 1898 in der Jakobinerschenke in Regensburg⁶⁹¹. Seine Hauptaufgabe sah er im Schutz und in der Förderung der materiellen Interessen seiner Mitglieder⁶⁹², während die Arbeitervereine im Unterschied dazu — trotz aller praktischen Hilfestellung durch

⁶⁸³ Vgl. M. Gasteiger S. 195; K. Schirmer, 50 Jahre S. 32.

⁶⁸⁴ Vgl. M. Gasteiger S. 246 f.; L. Anderl S. 100.

⁶⁸⁵ Vgl. E. Filthaut S. 145 ff., 152; H. Grebing, Geschichte S. 126.

⁶⁸⁶ K. Schirmer, Huber S. 76 f.

⁶⁸⁷ Vgl. Chronik JAV S. 90 f.

⁶⁸⁸ Zit. bei K. Schirmer, 50 Jahre S. 46. R. Keßler S. 45 dagegen behauptet ohne einen Beleg, der Verein Christlicher Arbeiterschutz in Regensburg sei unter der Ägide von Josef Habel gegründet worden.

⁶⁸⁹ Vgl. Chronik JAV S. 91.

⁶⁹⁰ Vgl. M. Gasteiger S. 224 ff.

⁶⁹¹ Vgl. RA Nr. 584, 22. 11. 1898; Nickl an StM, 21. 11. 1898, StR ZR 3203.

⁶⁹² Vgl. die Statuten, StR ZR 3203.

Unterstützungskassen — ihren Schwerpunkt doch letztlich in der geistlich-religiösen Betreuung der Arbeiter sahen. Mitglied konnte jeder unbescholtene Arbeiter nach Vollendung des 18. Lebensjahres werden, die Aufnahmegebühr betrug 20 Pfennig, die monatliche Beitragsleistung 10 Pfennig.

Trotz der erklärt gewerkschaftlichen Zielsetzung nahmen die Arbeiterschutzzvereine organisationsmäßig eine Art Zwischenstellung zwischen den Arbeitervereinen und Gewerkschaften ein. Zum einen nämlich vereinigten sie die verschiedenen berufsmäßig organisierten Gewerkschaftszweige als sog. Fachsektionen in sich, die großteils erst nach Konstituierung des Arbeiterschutzzvereins aufgebaut werden mußten, zum anderen schlossen sie ein wesentliches gewerkschaftliches Kampfmittel, das Streikrecht, praktisch aus⁶⁹³. Der Münchner Verein Arbeiterschutz allerdings besaß ein Streikreglement⁶⁹⁴, das beim Regensburger Verein jedoch fehlte. Die Lohnfrage sollte zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf dem Boden des christlichen Rechts und der christlichen Liebe gelöst werden. Als Aufgabe stellte sich der Verein Arbeiterschutz auch die Beseitigung etwa bestehender Mißstände am Arbeitsplatz, die Unterstützung in beruflichen Rechtsstreitfragen, die Organisation der einzelnen Gewerbe in Genossenschaften, die geistige Bildung der Mitglieder in allen wirtschaftlichen Fragen sowie — als Relikt aus der Zukunftzeit — die Unterstützung zureisender christlicher Arbeitervereinsmitglieder⁶⁹⁵.

Zum ersten Vorsitzenden des Regensburger Christlichen Arbeiterschutzes wurde Ferdinand Nickl gewählt. Daneben bestand der Ausschuß aus dem Schreinergehilfen Wolfgang Derwart als zweitem Vorstand, dem Chemigraphen Wolfgang Roller als erstem und dem Bahnlackierer Peter Heigl als zweitem Schriftführer; als Kassiere waren die Schreinergehilfen Theodor Mayer und Leo Bank aufgestellt, außerdem drei Beisitzer⁶⁹⁶. Trotz der anfänglichen Sympathiebezeugungen der beiden Katholischen Arbeitervereine konnte der Christliche Arbeiterschutz in Regensburg nur schwer an Boden gewinnen. Nach einem Jahr klagte Nickl über „ungeahnte Schwierigkeiten“⁶⁹⁷. Zum einen sträubte sich offensichtlich der Großteil der organisierten Arbeitervereinsmitglieder gegen einen Eintritt, zum anderen gab es auch Hindernisse von seiten christlicher Arbeitgeber, die eine gewerkschaftliche Organisation, auch eine christliche, nur sehr ungern sahen⁶⁹⁸. Eigene Zentrumspartheifreunde warfen dem Arbeiterschutz in der Augsburger Postzeitung „Vorspanndienste“⁶⁹⁹ für die Sozialdemokratie vor. Ende des Jahres 1898 zählte der Verein knapp 100⁷⁰⁰, Mitte 1900 etwa 300 Mitglieder⁷⁰¹. Zug um Zug wurden verschiedene Fachsektionen mit eigens bestellten Obmännern ins Leben gerufen, so im Dezember 1898 eine Sektion der Schreiner, im Laufe des Jahres 1899 eine Sektion der Schmiede und Wagner, eine Sektion der nichtgewerblichen Arbeiter und Maschinisten, im Jahre 1900 die Sektionen

⁶⁹³ Vgl. M. Berger S. 36.

⁶⁹⁴ Vgl. M. Gasteiger S. 229 ff.

⁶⁹⁵ Vgl. o. Anm. 616.

⁶⁹⁶ Vgl. RA Nr. 584, 22. 11. 1898.

⁶⁹⁷ RA Nr. 598, 29. 11. 1899.

⁶⁹⁸ Vgl. dazu etwa o. S. 284.

⁶⁹⁹ Zit. nach RA Nr. 550, 3. 11. 1899.

⁷⁰⁰ Vgl. RA Nr. 634, 20. 12. 1898.

⁷⁰¹ Vgl. RA Nr. 231, 10. 5. 1900; dort auch Zahlen für die übrigen Arbeiterschutzzvereine im Deutschen Reich. Mit Abstand größter: München mit 2500 Mitgliedern.

der Maurer- und Bauhandwerker, der Glaser, der Ladegehilfen und der Schlosser⁷⁰². Nach Errichtung der verschiedenen Zentralverbände der Christlichen Gewerkschaften⁷⁰³, wandelten sich mehrere Berufssektionen in Zahlstellen (Ortsgruppen) dieser Verbände um, so die Sektion der Schreiner 1899 in eine Zahlstelle des Christlichen Holzarbeiterverbandes⁷⁰⁴, die Sektion der nichtgewerblichen Arbeiter 1900 in eine Zahlstelle des Christlich-sozialen Verbandes der nichtgewerblichen Arbeiter, Arbeiterinnen und verschiedener Berufe Deutschlands⁷⁰⁵, die Sektion der Schmiede und Schlosser 1901 in eine Zahlstelle des Christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes Deutschlands⁷⁰⁶, und die Sektionen der Maurer- und Bauhandwerker in eine Zahlstelle des Verbandes der Christlichen Maurer und verwandten Berufe⁷⁰⁷.

Wirksame Schützenhilfe bei der Aufbauarbeit leisteten sprachgewandte Führer der Christlichen Gewerkschaftsbewegung von auswärts. Neben Schirmer, der auch zur Unterstützung bei der ersten Gewerbegerichtswahl gerufen wurde⁷⁰⁸, erschien mehrmals auch Adam Stegerwald, der spätere Generalsekretär (1903—1919) des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands⁷⁰⁹. Zu einer seiner Versammlungen, die unter dem Thema „Christliche oder sozialdemokratische Gewerkschaften“⁷¹⁰ angekündigt war, fanden sich unter den hundert Teilnehmern etwa zwei Drittel Sozialdemokraten ein. Stegerwald begründete die unbedingte Notwendigkeit der Gewerkschaften mit dem Argument, eine Besserung der Lage der Arbeiter sei nur durch kräftige Berufsorganisationen herbeizuführen; Christliche Gewerkschaften aber seien notwendig, weil die bereits bestehenden sog. Freien Gewerkschaften sozialistischen Grundsätzen huldigten und sich zur Sozialdemokratie bekennen würden. Die anwesenden Sozialdemokraten und Gewerkschaftler hingegen beklagten die drohende Spaltung der Arbeiterschaft und suchten die Überflüssigkeit der Christlichen Gewerkschaften zu beweisen⁷¹¹.

Einen sehr engagierten Anwalt ihrer Idee erhielten die Christlichen Gewerkschaften Regensburgs Mitte 1899 in dem jungen Redakteur des Regensburger Morgenblattes, Heinrich Held. Beeinflusst durch die sozialpolitischen Impulse des Volksvereins für das katholische Deutschland, forderte er eine entschiedene Besserung der Lage der Arbeiter und die Beseitigung der Auswüchse des Kapitalismus. Dabei befürwortete er auch den Streik, wenn bei den Unternehmern die Einsicht zur Änderung der Verhältnisse fehlte. Er hielt die gewerkschaftliche Organisationsform zur Durchsetzung der Arbeiterforderungen für unabdingbar, die

⁷⁰² Vgl. RA Nr. 634, 20. 12. 1898, Nr. 140, 18. 3. 1899, Nr. 266, 30. 5. 1899, Nr. 256, 24. 5. 1900, Nr. 264, 29. 5. 1900, Nr. 491, 2. 10. 1900.

⁷⁰³ Vgl. dazu M. Gasteiger S. 322 ff.; M. Berger S. 37.

⁷⁰⁴ Vgl. RA Nr. 550, 3. 11. 1899; Mitgliederzahl 1904: 70, Vorstand Schreiner Peter Mühlbauer. Vgl. Hand- und Nachschlagbuch S. 144.

⁷⁰⁵ Mitgliederzahl 1904: circa 200, Vorstand Hilfsarbeiter Mathias Zirngibl. Vgl. Hand- und Nachschlagbuch S. 151.

⁷⁰⁶ Mitgliederzahl 1904: 20, Vorstand Georg Mittermeier. Vgl. Hand- und Nachschlagbuch S. 144.

⁷⁰⁷ Vgl. RA Nr. 140, 19. 3. 1901, Nr. 142, 21. 3. 1901.

⁷⁰⁸ Vgl. Nickl an StM, 1. 9. 1900, StR ZR 3203.

⁷⁰⁹ Vgl. R. Morsey, Stegerwald S. 206—219.

⁷¹⁰ RA Nr. 438, 2. 9. 1899.

⁷¹¹ Vgl. RA Nr. 446, 7. 9. 1899; PUB Lemberger an StM, 4. 9. 1899, StR ZR 3203.

ungegliederten Arbeitervereine bezeichnete er als veraltet. Als Ziel schwebte ihm nicht eine nivellierte, sondern — entsprechend den Vorstellungen der katholischen Sozialreform — eine organisch gegliederte Gesellschaft vor, in der die Arbeiterschaft vollrechtlich integriert und nicht ins Abseits gedrängt werde ⁷¹². Held ließ es nicht bei sozial- und staatspolitischen Kursen bewenden, sondern schaltete sich in sozialpolitische Tageskämpfe ein. Er bejahte und verteidigte 1899 die gemeinsame Aktion von Christlichen Gewerkschaften und Sozialdemokraten zur Errichtung eines Gewerbegerichts ⁷¹³, vermittelte 1900 erfolgreich zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern während einer — wiederum von beiden Gewerkschaftsrichtungen getragenen — Lohnbewegung der Holzarbeiter ⁷¹⁴ und initiierte im Frühjahr des gleichen Jahres die Gründung einer Obmannschaft des Verbandes des bayerischen Post- und Telegraphenpersonals ⁷¹⁵. Auf Vorschlag Helds schloß sich der Verein Christlicher Arbeiterschutz Regensburg nach dem 1. Kongreß Christlicher Gewerkschaften Bayerns am 18./19. März 1900 in München dem dort konstituierten Bayerischen Gewerkschaftskartell an ⁷¹⁶. Dieses löste sich allerdings bereits 1904 zugunsten des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands wieder auf ⁷¹⁷. Mitte 1900 wurde Held zum Ehrenvorstand des Christlichen Arbeiterschutzes Regensburg ernannt ⁷¹⁸ und stand bald im Ruf eines „Regensburger Arbeiterführers“ ⁷¹⁹.

Das Christliche Gewerkschaftskartell Regensburg

Auf Beschluß der beiden ersten Christlichen Gewerkschaftskongresse 1899 in Mainz und 1900 in Frankfurt/Main wurde ab 1. Januar 1901 der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands als Dachverband der einzelnen Zentralverbände der Christlichen Gewerkschaften, wie Metallarbeiter, Bauarbeiter, Holzarbeiter usw. gegründet ⁷²⁰. Unterster Baustein dieser zentralisierten Organisation waren die Ortsgruppen bzw. Zahlstellen der einzelnen Zentralverbände. Um auch eine Kooperation dieser Elemente auf der lokalen Ebene zu erreichen, forderte der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften dringend zur Bildung von Ortskartellen der Christlichen Gewerkschaften auf ⁷²¹. Die Gründung eines solchen Ortskartells erfolgte in Regensburg Mitte des Jahres 1904. Gleichzeitig löste sich der Verein Christlicher Arbeiterschutz auf. Das vorhandene Vermögen und eine seit 1903 bestehende Rabattgesellschaft ⁷²² wurden dem neugegründeten Ortskartell der Christlichen Gewerkschaften übereignet ⁷²³. Unmittelbarer Anlaß waren die 1904 erneut fälligen Gewerbegerichtswahlen, zu

⁷¹² Vgl. R. Keßler S. 42 ff.

⁷¹³ Vgl. RA Nr. 506, 10. 10. 1899, Nr. 518, 16. 10. 1899.

⁷¹⁴ Vgl. RA Nr. 175, 8. 4. 1900, Nr. 195, 21. 4. 1900, Nr. 199, 23. 4. 1900, Nr. 208, 28. 4. 1900.

⁷¹⁵ Vgl. RA Nr. 160, 31. 3. 1900.

⁷¹⁶ Vgl. RA Nr. 165, 3. 4. 1900.

⁷¹⁷ Vgl. M. Berger S. 37.

⁷¹⁸ RA Nr. 324, 3. 7. 1900.

⁷¹⁹ R. Keßler S. 44.

⁷²⁰ Vgl. M. Berger S. 67—73; H. Gottwald, Gesamtverband S. 166.

⁷²¹ Vgl. M. Berger S. 71.

⁷²² Vgl. Statuten der Rabattgesellschaft des Vereins Christlicher Arbeiterschutz Regensburg, StR ZR 3203; RA Nr. 159, 1. 4. 1910.

⁷²³ Vgl. RA Nr. 321, 1. 7. 1904, Nr. 355, 19. 7. 1904; RTB Nr. 181, 7. 7. 1904.

denen die Christlichen Gewerkschaften möglichst geschlossen antreten wollten. Ein Vorschlag im Regensburger Anzeiger, durch Errichtung eines Arbeitersekretariats in Regensburg eine bessere Zusammenarbeit zwischen Christlichen Gewerkschaften und Katholischen Arbeitervereinen zu erzielen, wurde erst ein Jahr später in die Tat umgesetzt ⁷²⁴.

Auch ein im Jahre 1903 vom Deutschen Arbeitskongreß in Frankfurt ausgehender Impuls zu einem noch weitergehenden Bündnis stieß in Regensburg auf Resonanz. Dort war angeregt worden, mit der Sammlung aller Arbeiterorganisationen auf christlichem Fundament zu einer möglichst breiten Front gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung zu kommen ⁷²⁵. Heinrich Held legte dem Deutschen Katholikentag in Regensburg 1904 einen Antrag vor, in dem die Unterstützung dieser Christlich-nationalen Arbeiterbewegung gefordert wurde. Der Antrag fand Zustimmung ⁷²⁶. Anfangs 1907 berief der Vorstand des Ortskartells der Christlichen Gewerkschaften Regensburgs, Peter Mühlbauer, eine Versammlung Christlich-nationaler Arbeiter ein, an der sich auch der St. Josefs-Arbeiterverein, der Arbeiterunterstützungsverein St. Joachim, der Katholische Gesellenverein und der Evangelische Handwerkerverein beteiligten ⁷²⁷. Gewerkschaftssekretär Funke aus München hob die christliche Welt- und Lebensauffassung und die Anerkennung der bestehenden Gesellschaftsordnung als gemeinsame Basis der vertretenen Organisationen hervor, ohne auf das nationale Moment näher einzugehen. Für die Vorstände des St. Josefarbeitervereins, Stiftsvikar Wührl, und des Evangelischen Handwerkervereins, Stadtvikar Baumann, war die überkonfessionelle Zusammenarbeit eine neue Erfahrung, die beide „aufs freudigste“ ⁷²⁸ begrüßen. Die Versammlung verabschiedete eine Resolution, in der die unbedingte Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter anerkannt wurde. Gleichzeitig aber wurde erklärt, daß für die christlich-national gesinnten Arbeiter nur die Christlichen Gewerkschaften in Frage kämen, da nur sie die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter verträten, ohne ihre religiösen und nationalen Gefühle zu verletzen. Der Eintritt aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Katholische oder Evangelische Arbeitervereine wurde zudem als unbedingt geboten erachtet ⁷²⁹.

Die Christlichen Gewerkschaften wetteiferten mit den Freien Gewerkschaften in der Errichtung neuer Zahlstellen ⁷³⁰. Bei der Vertretung der Arbeiterinteressen standen sie hinter den Freien Gewerkschaften — in den ersten Jahren jedenfalls — nicht zurück. Schreinermeister Fritz Pfluger, der zweite Vorsitzende der Regensburger Handelskammer, äußerte im Juni 1905 auf dem 22. Bayerischen Handwerkertag zu Neustadt a. H., gerade bei den Lohnkämpfen in Regensburg werde „von keiner Seite die Arbeiterschaft so aufgehetzt, wie von der klerikalen“ ⁷³¹. Diesem Verhetzungsvorwurf trat Held im Regensburger Anzeiger mit der Feststellung entgegen, daß hier nur die berechtigten Bestrebungen aller Erwerbsgruppen im Sinne des Zentrumsprogramms nach den Grundsätzen der ausglei-

⁷²⁴ Vgl. RA Nr. 315, 27. 6. 1904.

⁷²⁵ Vgl. M. Berger S. 73 ff.

⁷²⁶ Vgl. R. Keßler S. 47 f.

⁷²⁷ Vgl. BVBo Nr. 12, 13. 1. 1907.

⁷²⁸ BVBo Nr. 15, 16. 1. 1907.

⁷²⁹ Vgl. ebd.

⁷³⁰ Vgl. RTB Nr. 301, 6. 11. 1904.

⁷³¹ Vgl. RA Nr. 284, 8. 6. 1905.

chenden Gerechtigkeit nachhaltig unterstützt würden⁷³². Als 1905 in den Regensburger Blättern die Erste K. K. privilegierte Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft Sackträger unter der Bedingung warb, daß sie keiner Arbeiterorganisation angehören dürften⁷³³, nahmen dies die Christlichen Gewerkschaften sofort zum Anlaß, zum Eintritt in ihre Organisation aufzufordern⁷³⁴. Im gleichen Jahr konstatierte der Regensburger Anzeiger, daß der weitaus größte Teil der Regensburger Arbeiterschaft in der einschlägigen Industrie von den klassenkämpferischen, sog. Freien Gewerkschaften nichts wissen wolle⁷³⁵. Trotzdem wurde die Notwendigkeit weiterer Agitation betont. Ein Debattierklub wurde ins Leben gerufen, um die bisherigen Mitglieder für eine bessere Werbung unter ihren Arbeitskollegen auszubilden⁷³⁶. Das Ortskartell baute auch eine eigene Bibliothek mit gewerkschaftlichem und sozialpolitischem Themenschwerpunkt auf⁷³⁷. In manchen Berufssparten setzten sich die Christlichen Gewerkschaften weitestgehend durch, so z. B. im graphischen Gewerbe, wo dem Christlichen Zentralverband nach Angabe des Regensburger Anzeigers Ende 1911 95 Prozent der in Frage kommenden Arbeiter angehörten⁷³⁸. In anderen Bereichen aber gewannen die sozialdemokratischen Gewerkschaften, insbesondere ab den Jahren 1907/08, immer mehr an Boden. Angesichts der gegnerischen Erfolge übte Held in einer öffentlichen Versammlung eine harte, allerdings überpointierte Kritik am eigenen Lager⁷³⁹. Helds Aufforderung zu erneuten Anstrengungen zeigte Wirkung. Von 1909 auf 1910 wurden fünf neue Zahlstellen (der Gärtner, Brauer, Schuh- und Lederarbeiter, Militärarbeiter und Straßenbahner) gegründet, so daß das Christliche Gewerkschaftskartell Regensburgs am 1. April 1910 insgesamt 14 Zahlstellen verschiedener Berufsverbände umfaßte⁷⁴⁰. Außer den fünf genannten Berufssparten waren vertreten der Christliche Holzarbeiterverband, der Christlich-soziale Verband der nichtgewerblichen Arbeiter, Arbeiterinnen und verschiedener Berufe Deutschlands, der Christlich-soziale Metallarbeiterverband Deutschlands, der Verband der Christlichen Maurer und verwandten Berufe⁷⁴¹, der Christliche Schneider- und Schneiderinnenverband⁷⁴², der Zentralverband der Christlichen Arbeiter- und Arbeiterinnen für das graphische Gewerbe⁷⁴³, der Zentralverband der Hilfs- und Transportarbeiter und verschiedener Berufe Deutschlands⁷⁴⁴, der Zentralverband der Christlichen Staats- und Gemeindearbeiter⁷⁴⁵ und der Zentralverband der Christlichen Hilfs- und sonstigen Industriearbeiter Deutschlands⁷⁴⁶. Zusammen mit den drei Obmannschaften des Bayerischen

⁷³² Vgl. ebd.

⁷³³ Vgl. RA Nr. 222, 5. 5. 1905.

⁷³⁴ Vgl. RA Nr. 225, 6. 5. 1905.

⁷³⁵ Vgl. RA Nr. 52, 19. 1. 1905.

⁷³⁶ Vgl. ebd.; RM Nr. 254, 8. 11. 1906.

⁷³⁷ Vgl. RA Nr. 159, 1. 4. 1910.

⁷³⁸ Vgl. RA Nr. 646, 24. 12. 1911.

⁷³⁹ Vgl. RA Nr. 539, 28. 10. 1909; dazu R. Keßler S. 47.

⁷⁴⁰ Vgl. RA Nr. 159, 1. 4. 1910.

⁷⁴¹ Vgl. dazu o. S. 296.

⁷⁴² Vgl. RTB Nr. 301, 6. 11. 1904; Adreßbuch 1914, III S. 36.

⁷⁴³ Vgl. RA Nr. 572, 13. 11. 1908.

⁷⁴⁴ Vgl. Adreßbuch 1908, III S. 43.

⁷⁴⁵ Vgl. RA Nr. 483, 26. 9. 1908, Nr. 487, 29. 9. 1908.

⁷⁴⁶ Vgl. NDP Nr. 38, 16. 2. 1910.

Eisenbahnverbandes, die dem Christlichen Gewerkschaftskartell angeschlossen waren, zählte die Christliche Gewerkschaftsbewegung Regensburgs zu diesem Zeitpunkt 2400 Mitglieder. Die Zunahme im Jahre 1909/10 betrug 480 Personen, d. h. 20 Prozent⁷⁴⁷. Seit 1910 beschäftigten die Christlichen Gewerkschaften Regensburgs drei fest angestellte Beamte, die allerdings auch für die Agitation in der Oberpfalz und in Niederbayern zuständig waren⁷⁴⁸.

Der Konkurrenzkampf zwischen den Christlichen und Freien Gewerkschaften wurde immer härter. Die Fälle von „Terrorismus“⁷⁴⁹ am Arbeitsplatz häuften sich. Mit Schikanen, Pressionen und Schlägereien gingen die Freien gegen die Christlichen vor, die sie als Streikbrecher und Unternehmerschutztruppe betitelten⁷⁵⁰. 1909/10 wurden zwei Fälle derartiger Gewaltanwendung mit mehrwöchigen Gefängnisstrafen geahndet⁷⁵¹. Dennoch nahm der sozialistische Gewerkschaftsterror zu. In einem Fall zwangen sozialistisch organisierte Arbeiter die Vorarbeiter einer Baufirma durch massive Drohungen, auf die Einstellung christlich organisierter Arbeiter zu verzichten⁷⁵². Der Interessenkonflikt zwischen den konkurrierenden Organisationen wuchs sich zur wirtschaftlichen Existenzgefährdung der einzelnen Arbeiter aus. Auf der anderen Seite versuchten Arbeitgeber, die eher die Christlichen Gewerkschaften begünstigten, durch entsprechende Personalpolitik ihren Betrieb möglichst von sozialdemokratisch organisierten Gewerkschaftsmitgliedern freizuhalten. So entließ 1909/10 ein Buchbindereibetrieb nach und nach sämtliche acht sozialdemokratisch organisierten Arbeiterinnen⁷⁵³ oder bedeutete die Firma Manz 1911 einem Arbeitnehmer, daß es sich mit dem Ansehen dieser Firma nicht vereinbaren lasse, daß einer ihrer Arbeiter an der Spitze der sozialdemokratischen Bewegung tätig sei⁷⁵⁴.

4. Der Oberpfälzische Christliche Bauernverein

In Regensburg selbst lebte zwar nur ein sehr geringer Anteil der Bevölkerung von der Landwirtschaft — 1882 noch 4,3 Prozent, 1907 nur mehr 2,5 Prozent⁷⁵⁵ — doch ist der Name der Stadt aus der Geschichte der bayerischen Bauernorganisation schwerlich auszuklammern. Parallel zur Ausbreitung des 1893 gegründeten Bundes der Landwirte und der einzelnen Regionalorganisationen des späteren, antiklerikal gefärbten Bayerischen Bauernbundes entstanden die Christlichen Bauernvereine in den verschiedenen Regierungsbezirken des rechtsrheinischen Bayern, so 1893 für Niederbayern, Unterfranken und Schwaben, 1894 für Oberfranken, 1897 für Mittelfranken und Oberbayern⁷⁵⁶. Der Oberpfälzische Christliche Bauernverein wurde nach verschiedenen Anläufen⁷⁵⁷ am 12. März 1895

⁷⁴⁷ Vgl. RA Nr. 159, 1. 4. 1910; dazu NDP Nr. 79, 6. 4. 1910.

⁷⁴⁸ Vgl. RA Nr. 219, 3. 5. 1911.

⁷⁴⁹ RA Nr. 159, 1. 4. 1910.

⁷⁵⁰ DP Nr. 8, 24. 9. 1909; NDP Nr. 299, 28. 12. 1911.

⁷⁵¹ Vgl. RA Nr. 159, 1. 4. 1910.

⁷⁵² Vgl. R. Keßler S. 49 f.

⁷⁵³ Vgl. NDP Nr. 49, 1. 3. 1910.

⁷⁵⁴ Vgl. RA Nr. 646, 24. 12. 1911.

⁷⁵⁵ Vgl. StDR, N. F. Bd. 2, S. 326 u. 518, Bd. 209, S. 494 f.

⁷⁵⁶ Vgl. D. Albrecht S. 315.

⁷⁵⁷ Vgl. RM Nr. 34, 11./12. 2. 1895, Nr. 36, 14. 2. 1895, Nr. 49, 1. 3. 1895, Nr. 50, 2. 3. 1895.

in Weiden gegründet ⁷⁵⁸. Zum Sitz des Vereins aber wurde Regensburg bestimmt und die Organisation vom Stadtmagistrat Regensburg zum politischen Verein erklärt ⁷⁵⁹. Mehrere wichtige Positionen der Vorstandschaft waren in der Aufbauphase mit Regensburgern besetzt: Als Vereinssekretär arbeitete ehrenamtlich der Präses der Marianischen Kongregation, Johann Baptist Mehler, zugleich Diözesanvertreter des Volksvereins für das katholische Deutschland ⁷⁶⁰. Ihm war es wohl auch zuzuschreiben, daß der Volksverein mehrfach als „nützlicher Vorläufer“ ⁷⁶¹ und „bester Vorarbeiter“ ⁷⁶² eines Christlichen Bauernvereins im Regensburger Morgenblatt angepriesen wurde. Am Selbstwert des Volksvereins war Mehler zu diesem Zeitpunkt offensichtlich wenig gelegen, er betrachtete diese Organisation eher als willkommenes Vehikel für die Schaffung der Bauernvereine. Unbestreitbar war dies in dieser Phase tatsächlich die wirksamste Art, um die Zentrumspartei vor Stimmenverlusten in bäuerlichen Gegenden zu bewahren, womit das Anliegen des Volksvereins letztlich wieder getroffen wurde. Mehler hatte auch die Gründungsversammlung des Oberpfälzischen Christlichen Bauernvereins in Weiden einberufen, anwesend war dort u. a. auch Dr. Georg Heim, damals Realschullehrer in Wunsiedel ⁷⁶³. Zum ersten Kassier wurde Max Frhr. v. Pfetten aus Ramschau bei Regensburg, der Reichstagsabgeordnete des Wahlkreises Regensburg von 1903—1912, zum zweiten Vorstand der Gutspächter Anton Stadtler aus Regensburg gewählt. Erster Vorstand jedoch war zunächst der Reichstags- und Landtagsabgeordnete Johann Lerzer aus Freystadt/Oberpfalz ⁷⁶⁴, bis ihn 1902 der Landtagsabgeordnete des Wahlkreises Stadtamhof, Johann Mayer aus Schwaighausen ablöste ⁷⁶⁵. Das Vereinsbüro befand sich in Regensburg, es wurde bereits am 16. April 1895 eröffnet; die Räume hierfür hatte Verleger Josef Habel kostenlos zur Verfügung gestellt. Als Gratisbeilage seines Blattes, des Regensburger Anzeigers, erschien ab April 1895 auch „Der christliche Bauer“, das erste Organ des Oberpfälzischen Christlichen Bauernvereins. Es wurde ab 1. Januar 1896 durch ein selbständiges Blatt mit dem Titel „Der bayerische Bauer“, das in Verbindung mit dem Schwäbischen Christlichen Bauernverein herausgegeben wurde, ersetzt. In Regensburg wurden 1897 und 1900 zwei große, vereinseigene Lagerhäuser errichtet, hier saß auch die sog. „Rechtsschutzkommission“, die den Bauernvereinsmitgliedern in Rechtsfragen unentgeltlich Rat erteilte. Regensburg war der Tagungsort der ersten Generalversammlung des Oberpfälzischen Christlichen Bauernvereins am 7. April 1896 ⁷⁶⁶,

⁷⁵⁸ Vgl. WBR 18. 3. 1895, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 13 748.

⁷⁵⁹ Vgl. Der christliche Bauer Nr. 1, 7. 4. 1895.

⁷⁶⁰ S. o. S. 255.

⁷⁶¹ RM Nr. 34, 11./12. 2. 1895.

⁷⁶² RM Nr. 72, 31. 3. 1894.

⁷⁶³ Vgl. O. Büttner, S. 1 f.

⁷⁶⁴ Johann Lerzer, geb. 19. 12. 1833 in Thannhausen (Bezirksamt Neumarkt/Oberpfalz), gest. 1917 in Freystadt/Oberpfalz, kath., Landwirt, 1863—1888 Bürgermeister von Thannhausen, seit 1894 Privatier in Freystadt/Oberpfalz, MdKdA 1869—1904, MdR 1887—1898 jeweils für Wkr. Neumarkt/Oberpfalz. Vgl. Amtliches Handbuch KdA 1900, S. 180 f.; K. Petermeier, Anhang S. 46; M. Schwarz S. 386.

⁷⁶⁵ Johann Mayer, geb. 27. 12. 1855 in Schwaighausen, kath.; Ökonom und Bürgermeister von Schwaighausen (Bezirksamt Stadtamhof); MdKdA 1899—1911 für Wkr. Stadtamhof. Vgl. Amtliches Handbuch KdA 1908, S. 181; K. Petermeier, Anhang S. 43; O. Büttner S. 9, 22.

⁷⁶⁶ Vgl. O. Büttner S. 3—7.

hier wurde auf der Pfingstkonferenz der Christlichen Bauernvereine Bayerns am 9. Juni 1897 der Zusammenschluß zu einem Landesverband soweit vorbereitet, daß er am 4. Oktober 1898 in Ingolstadt reibungslos vonstatten gehen konnte. Als Sitz des Landesverbandes wurde Regensburg angegeben ⁷⁶⁷. Regensburg wurde am 22. Oktober 1901 auch zum Schauplatz einer Massendemonstration bayerischer Bauern. Auf diesem sog. Bayerischen Bauerntag, der von sämtlichen bäuerlichen Interessenorganisationen Bayerns, darunter auch dem Bayerischen Christlichen Bauernverein, veranstaltet wurde ⁷⁶⁸, kam eine Resolution mit der Forderung nach Erhöhung des künftigen Zolltarifs für landwirtschaftliche Einfuhren zur Verabschiedung ⁷⁶⁹. Am 3. April 1906 fand eine Generalversammlung des Bayerischen Christlichen Bauernvereins am Vorort Regensburg statt ⁷⁷⁰. Das Jahr 1907 brachte verschiedene Veränderungen für den Oberpfälzischen Christlichen Bauernverein. Ab Jahresbeginn erklärte der Verein das von der Zentralstelle des Bayerischen Christlichen Bauernvereins herausgegebene „Bayerische Bauernblatt“ zu seinem Organ. An die Stelle des bisherigen ehrenamtlichen Vereinssekretärs Mehler trat ab 1. Juni als hauptamtliche Kraft Redakteur Georg Klier aus Augsburg. Der seit Dezember 1905 angestellte Hilfssekretär Leo Geiß wurde zum Kassier des Vereins ernannt. Die Mitgliederzahl konnte daraufhin noch bedeutend gesteigert werden: Sie schnellte von 10 600 am 31. Dezember 1906 auf 16 700 am 31. Dezember 1907 empor. 1914 betrug die Zahl 22 781 ⁷⁷¹.

Die Bedeutung Regensburgs als Tagungs- und Organisationszentrum bäuerlicher Aktivitäten stieg 1907 noch erheblich mit der Übersiedlung der Zentralstelle und der Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft des Bayerischen Christlichen Bauernvereins, zweier Schöpfungen Dr. Georg Heims, von Ansbach nach Regensburg. Für die Standortwahl waren verkehrstechnische und kostengünstige Faktoren bei der Neuansiedlung mit maßgebend ⁷⁷². Mit der Einrichtung der Regensburger Fortbildungskurse für erwachsene Bauernsöhne wurde Regensburg auch zur Pflanzstätte parteipolitischer Schulung im Sinne der Zentrumspartei ⁷⁷³. Heims Wirken, die Zentralgenossenschaft mit immerhin 265 Beschäftigten und einem Umsatz von über 27 Millionen Mark im Geschäftsjahr 1913/14 ⁷⁷⁴, prägte das Regensburger Bild auch nach außen hin. Veranstaltungen, wie der erste große Bauerntag des Bayerischen Christlichen Bauernvereins am 23. Mai 1910, zu dem rund 15 000 Bauern aus ganz Bayern erschienen und auf dem auch der Reichstagsabgeordnete Mathias Erzberger aus Berlin auftrat ⁷⁷⁵, erregten bei politischen

⁷⁶⁷ Vgl. RM Nr. 154, 5. 6. 1897, Nr. 130, 11. 6. 1897, Nr. 225, 7. 10. 1898 (mit Statuten des Landesverbandes); auch AP Nr. 227, 9. 10. 1898.

⁷⁶⁸ Vgl. Neue Bayerische Zeitung Nr. 241, 13. 10. 1901 (Ausschnitt) HStAM MInn 73 728 (Aufzählung der Veranstalter).

⁷⁶⁹ Abdruck der Resolution bei O. Büttner S. 8; als Flugblatt auch in StR ZR 3173 und HStAM MInn 73 728; zu den Landtags- und Reichstagsverhandlungen um den neuen Zolltarif vgl. H. Renner S. 82 f.

⁷⁷⁰ Vgl. RM Nr. 45, 25. 2. 1906; WBR 8. 4. 1906, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 13 755.

⁷⁷¹ Vgl. O. Büttner S. 10 f., 14, 31.

⁷⁷² S. auch o. S. 277.

⁷⁷³ Vgl. dazu H. Renner S. 204 ff.; Renner stellt allerdings parteipolitische Absichten Heims in Abrede. Zur Vorbereitung und Eröffnung der Kurse vgl. RA Nr. 68, 8. 2. 1906; RM Nr. 241, 23. 10. 1907, Nr. 253, 7. 11. 1907; Rückblick auf den ersten Kurs 1907/08 vgl. RA Nr. 206, 25. 4. 1908.

⁷⁷⁴ Vgl. H. Renner S. 57.

⁷⁷⁵ Vgl. RA Nr. 190, 18. 4. 1910; WBSStM 28. 5. 1910, StR ZR 7094.

Freunden und Feinden Aufmerksamkeit⁷⁷⁶. Heims Idee der Dienstbotenorganisation, mit der er entsprechenden Organisationsbestrebungen der Sozialdemokratie zuvorkommen wollte, wurde zuerst vom Oberpfälzischen Christlichen Bauernverein aufgegriffen, bevor sie in ganz Bayern auf Resonanz stieß⁷⁷⁷.

Regensburgs geographische Lage, sein bäuerliches Hinterland, die günstigen Voraussetzungen eines größeren Verwaltungszentrums, ließen die Stadt, trotz der anders gelagerten städtischen sozialen Zusammensetzung, zu einem Stützpunkt bäuerlicher Interessensvertretung und bäuerlichen Verbands- und Genossenschaftswesens werden. Zu einem ernsthaften Konflikt wegen dieser Konstellation kam es im Falle der Reichstagswahlen 1907, noch vor Heims Ankunft in Regensburg. Der Oberpfälzische Christliche Bauernverein betrieb bereits seit 1898 eine gezielte Einflußnahme bei der Kandidatennominierung für Landtags- und Reichstagswahlen. Damals hatte sich Präses Mehler bereits gegen den Vorwurf zu wehren, als wolle er den Christlichen Bauernverein anstelle des Zentrums bei politischen Wahlen etablieren, da er mit dem Bauernverein eine vorgezogene Kandidatenaufstellung inszenierte⁷⁷⁸. Anlässlich der Landtagswahl 1899 forderte eine Obmännerversammlung der Christlichen Bauernvereine des Wahlkreises Stadtamhof das Zentrumswahlkomitee für die Oberpfalz in Amberg auf, die Kandidatenfrage „im Einverständnis mit dem Christlichen Bauernverein“⁷⁷⁹ zu regeln. Noch massiver arbeitete der Oberpfälzische Christliche Bauernverein bei den Landtags- und Reichstagswahlen darauf hin, seine Interessenvertreter durchzubringen. Als Heinrich Held als Exponent der Christlichen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung für den Reichstagswahlkreis Regensburg nominiert worden war⁷⁸⁰, widersetzte sich der Favorit der bäuerlichen Interessensvertretung, der ehemalige Kassier des Oberpfälzischen Bauernvereins, Frhr. v. Pfetten, mit der Gewißheit der Unterstützung von seiten der bäuerlichen Majorität im Reichstagswahlkreis — und hatte mit seiner starren Haltung Erfolg. Eine Bauernvereinsvertreterversammlung des Reichstagswahlkreises Regensburg sprach am 2. Januar 1907 in Stadtamhof der Nominierung Helds in der ordentlich einberufenen Vertrauensmännerversammlung vom 27. Dezember 1906 einfachhin die Gültigkeit ab und proklamierte v. Pfetten als ihren Kandidaten⁷⁸¹. Held ließ daraufhin gezwungenermaßen eine erneute Vertrauensmännerversammlung am 14. Januar 1907 zu, in der er jedoch unterlag. Pfetten hatte alle verfügbaren Kräfte, selbst sein Personal, als „Vertrauensmänner“ mobilisiert, ihnen konnte jedoch wegen des Fehlens einer exakten Definition eines „Vertrauensmannes“⁷⁸² der Zutritt nicht verweigert werden⁷⁸³. Diese Vorfälle waren für Held dann der entscheidende Anstoß, um möglichst rasch eine Neuorganisation der Zentrumspartei durchzusetzen.

⁷⁷⁶ Wegen der Berichterstattung über diesen Bauerntag strengte Heim eine Beleidigungsklage gegen den Bayerischen Volksboten an. Vgl. BVBo Nr. 154, 9. 6. 1910, Nr. 221, 15./16. 8. 1910.

⁷⁷⁷ Vgl. RM Nr. 115, 24. 5. 1907; O. Büttner S. 17.

⁷⁷⁸ Vgl. RTB Nr. 52, 22. 2. 1898.

⁷⁷⁹ RA Nr. 116, 5. 3. 1899.

⁷⁸⁰ Vgl. RA Nr. 635, 20. 12. 1906, Nr. 647, 28. 12. 1906.

⁷⁸¹ Vgl. RM Nr. 2, 4. 1. 1907.

⁷⁸² Vgl. dazu Anm. 550.

⁷⁸³ Vgl. RM Nr. 12, 16. 1. 1907, Nr. 13, 17. 1. 1907.

5. Die parteipolitische Orientierung der Subsidiärorganisationen

Durch die Gründung des St. Josefs-Arbeiterunterstützungsvereins innerhalb des Piusvereins Regensburg war die Zuordnung der darin erfaßten Arbeiterschaft zur großen katholisch-konservativen Parteibewegung der Zeit, die sich in der Revolution von 1848 primär gegen die liberal-demokratische Bewegung formierte, offensichtlich. Als sich 1869 das Katholische Kasino Regensburg bildete, traten aufgrund der kräftigen Agitation des geistlichen Vereinsvorstandes Josef Käß die meisten Mitglieder des St. Josefs-Arbeitervereins dem Katholischen Kasino bei⁷⁸⁴. Die grundsätzliche parteipolitische Entscheidung war damit gefallen, der St. Josefs-Arbeiterverein fand sich an der Seite der Patrioten- bzw. Zentrumspartei. Zwar galt er nach dem Vereinsgesetz nicht als politischer Verein, doch fehlte es keineswegs an politischen Äußerungen im Vereinsleben. Nachdem die sozialdemokratische Bewegung 1869 bis 1874 in Regensburg erstarkte, wurden die Vereinsmitglieder, die sich durchaus nicht immer als immun gegen das „tödliche Gift“⁷⁸⁵ der Sozialdemokratie erwiesen, mehrfach davor gewarnt. Vorstand Käß legte in der Generalversammlung vom 6. Januar 1872 dar, daß nur ein auf der Religion basierendes Handeln zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine Lösung der sozialen Frage bringen werde, Streiks verwarf er als „grassierende Ideen des modernen Zeitgeistes“⁷⁸⁶. Ein Jahr später wurde die Warnung vor „jener Arbeiterbewegung, die man die sozialdemokratische nennt“⁷⁸⁷, erneuert und anfangs 1874 kritisierte das Ehrenmitglied, Kongregationspräses Josef Huber, die „grundlosen, phantastischen, die Grundsätze des Christentums vernichtenden Ideen des Sozialismus und forderte die Anwesenden auf, nie durch ihren trüglichen Schein sich betören zu lassen“⁷⁸⁸. Auch bei der Gründung des Katholischen Arbeiterunterstützungsvereins St. Joachim wirkte der Gedanke der Zurückdrängung der Sozialdemokratie als Motiv mit⁷⁸⁹. Bischof Ignatius v. Senestréy ermahnte 1893 anlässlich der Verleihung der Ehrenmitgliedschaft des St. Josefs-Arbeitervereins die Mitglieder zu festem Zusammenhalt, da der Sozialismus immer mehr um sich greife⁷⁹⁰. Im Jahr 1896/97 wurde in Regensburg wegen des Ausschlusses von Sozialdemokraten sogar ein Prozeß geführt, der über die Grenzen Bayerns hinaus Aufmerksamkeit erregte⁷⁹¹. Wegen Unterwanderungsbestrebungen entschied der Ausschuß des St. Josefs-Arbeitervereins in seinen Sitzungen vom 23. Mai und 16. Juni 1895, die beiden Sozialdemokraten, Buchbindereifaktor Eduard Böhler und Kupferschmied Franz Regl, aus der Liste seiner Mitglieder zu streichen. Eine Berufung Böhlers an die Generalversammlung vom 9. Februar 1896 hatte keinen Erfolg. Daraufhin ging Böhler vor Gericht, das jedoch den Ausschluß 1897 als rechtlich zulässig erklärte. Der Einwand Böhlers, daß er bereits seit 1879 dem St. Josefs-Arbeiterverein angehöre und darin über eineinhalb Jahrzehnte keine Schädigung der Vereinsinter-

⁷⁸⁴ Vgl. Chronik JAV S. 7.

⁷⁸⁵ Chronik JAV S. 11.

⁷⁸⁶ Protokoll GV 6. 1. 1872.

⁷⁸⁷ Protokoll GV 26. 1. 1873.

⁷⁸⁸ Protokoll GV 6. 1. 1874.

⁷⁸⁹ Vgl. Eckl an Fürst Albert v. Thurn und Taxis, 28. 11. 1888, FTTZ HMA V 2.

⁷⁹⁰ Vgl. Chronik JAV S. 38.

⁷⁹¹ Vgl. hierzu und zum Folgenden Chronik JAV S. 66.

essen erblickt worden sei, genügte nicht als Entlastungsargument⁷⁹². Der Verein setzte sich mit seiner Begründung durch, er könne „als streng katholischer Verein auf christlich sozialer Basis zur Wahrung seines religiösen Prinzips in Gemäßheit seiner Statuten Anhänger der Sozialdemokratie, soweit sie dem Verein bekannt sind, nicht als Vereinsmitglieder behalten, weil ihre Tendenzen seinen Anschauungen diametral entgegenstehen“⁷⁹³. Für andere katholische Arbeitervereine in Bayern bildete das Regensburger Beispiel einen Präzedenzfall, an dem man sich orientieren konnte. Daß die Gefahr der Umfunktionierung der katholischen Vereine durch Sozialdemokraten tatsächlich bestand und die Verweigerung der Mitgliedschaft eine Art letzte Notwehr darstellte, bewies eine Bemerkung im Regensburger Sozialdemokratischen Verein ein Jahr später. Dort wurden die Genossen aufgefordert, sich in die christlichen Vereine aufnehmen zu lassen, um sie durch sozialdemokratische Ideen „zu unterwühlen“⁷⁹⁴. Ein weiterer Versuch des St. Josefs-Arbeitervereins im Jahre 1910, Mitglieder wegen ihrer Zugehörigkeit zum sozialdemokratisch ausgerichteten Süddeutschen Eisenbahnerverband auszuschließen, blieb jedoch ohne Erfolg⁷⁹⁵.

Bei den Landtags- und Reichstagswahlen waren die christlich organisierten Arbeiter im allgemeinen als sichere Zentrumswähler zu betrachten. Die Wahlkampfagitatorik wurde des öfteren auch in die Vereine hineingetragen. So trat Heinrich Held auf der Diözesankonferenz der Katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine am 29. Oktober 1911 mit einem Vortrag „Katholische Arbeitervereine und Reichstagswahlen“ hervor. Er verwies zwar einleitend auf die Statuten des Verbandes der Katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands, wonach Politik ausgeklammert sei, doch betonte er im gleichen Atemzuge, daß es eine Neutralität in dieser Zeit nicht geben könne, „daß es Charakterlosigkeit wäre, neutral sein zu wollen, wo alle Stände politisch geworden sind und ihre Interessen, seien es wirtschaftliche, soziale oder religiöse, auf politischem Gebiet vertreten“⁷⁹⁶. Ein Werben um die Stimmen der Regensburger Arbeiter tat allerdings not, seitdem das Zentrum hier durch die Bischofshofer Brauereiaffäre im Jahr 1905/06⁷⁹⁷, die mißglückte Nominierung Helds als Reichstagswahlkandidat im Jahr 1907 und die ungeschickten Äußerungen des Regensburger Bischofs Antonius v. Henle im Reichsrat im Jahr 1910 mit dem Pauluszitat „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben . . .“⁷⁹⁸ viel an Kredit verloren hatte.

Die Christlichen Gewerkschaften schlossen dem Wortlaut der Statuten nach zwar ebenfalls Parteipolitik aus⁷⁹⁹, doch blieb ihre Nähe zur Zentrumspartei, bedingt durch den Gegensatz zur Sozialdemokratie, unzweifelhaft. Zur Bildung eines eigenen Zentrums-Arbeiterwahlvereins kam es in Regensburg, anders als

⁷⁹² Vgl. RA Nr. 301, 9. 6. 1897.

⁷⁹³ RA Nr. 303, 10. 6. 1897.

⁷⁹⁴ PUB 24. 1. 1898, StR ZR 6685.

⁷⁹⁵ Vgl. Protokoll Ausschußsitzung 16. 3. 1910, 17. 4. 1910, 7. 6. 1910, 17. 8. 1910, 30. 5. 1911, 26. 7. 1911.

⁷⁹⁶ RA Nr. 549, 1. 11. 1911.

⁷⁹⁷ Wegen gewerkschaftlicher Organisation waren mehrere Arbeiter entlassen worden. Vgl. RA Nr. 91, 21. 2. 1906.

⁷⁹⁸ Vgl. dazu NDP Nr. 161, 14. 7. 1910, Nr. 162, 15. 7. 1910, Nr. 176, 31. 7. 1910; BVBo Nr. 258, 22. 9. 1910.

⁷⁹⁹ Vgl. allgemein dazu M. Berger S. 163 ff.

beispielsweise in München⁸⁰⁰ oder Amberg⁸⁰¹ nicht. Auch im Katholischen Gesellenverein wurde immer wieder die Verbundenheit von religiöser Weltanschauung und Politik betont⁸⁰², als wählbare Partei kam nur die Bayerische Patriotenpartei bzw. das Zentrum in Frage. Vorwürfe der gegnerischen Presse, daß der Katholische Gesellenverein die gleichen Tendenzen wie das Katholische Kasino verfolge und „bei allen Wahlen als wohldressiertes Stimmmaterial“⁸⁰³ benützt wurde, blieben deshalb nicht aus. Die grundsätzliche Zuordnung der Katholischen Arbeitnehmerorganisationen und Christlichen Gewerkschaften zur Zentrumspar- tei war auch bei satzungsmäßiger, formeller Unabhängigkeit durchgehend gege- ben. Desgleichen operierten die Christlichen Bauernvereine von Anfang an auf Seite der Zentrumspar- tei.

II. Die Liberalen

Am 15. März 1863 erfolgte in Nürnberg die Gründung der Deutschen Fortschrittspartei in Bayern auf Initiative des Publizisten und bayerischen Landtags- abgeordneten Karl Brater¹. Bereits am 6. Juni 1861 war in Berlin die Deutsche Fortschrittspartei ins Leben gerufen worden². Die Übernahme der Parteibezeich- nung „Deutsche Fortschrittspartei“ läßt einen klaren Zusammenhang der baye- rischen Parteigründung mit derjenigen in Preußen erkennen, doch darf dies nicht zu dem Urteil verleiten, als handle es sich bei dieser Parteigründung nur um einen von außen veranlaßten Akt. Vielmehr beruhte die Genese der Deutschen Fort- schrittspartei in Bayern auf eigenen Voraussetzungen, die allerdings zu denjenigen der preußischen Fortschrittspartei eine auffallende Parallelität aufwiesen. In beiden Ländern traten die liberalen Kräfte mit den Jahren 1858/59 in eine Auf- schwungphase. Auch in Bayern stellte das Parlament und der in ihm sich aktuali- sierende, fortschreitende Differenzierungsprozeß der politischen Anschauungen die Ausgangsbasis für die Bildung einer Partei dar. Letztlich auslösendes Moment wurde — in Bayern wie in Preußen — der konkurrierende Wettbewerb einer bis- her im Parlament nur als Minorität vertretenen Fraktionsgruppe um die Wähler- gunst. Bevorstehende Wahltermine zu den jeweiligen Abgeordnetenkammern bestimmten den Zeitpunkt der Parteigründung. In Preußen fanden die Wahlen zum Abgeordnetenhaus bereits im Herbst 1861, in Bayern die Wahlen zur zwei- ten Kammer erst im Frühjahr 1863 statt, entsprechend früher vollzog sich in Preußen die Formierung zur Partei.

In dem am 24. März 1863 veröffentlichten Wahlprogramm der Deutschen Fortschrittspartei in Bayern³ stand in Übereinstimmung mit der Hauptforde-

⁸⁰⁰ Vgl. K. Schirmer, Huber S. 92 ff.

⁸⁰¹ Vgl. RNN Nr. 37, 7. 2. 1914; RA Nr. 124, 10. 3. 1914, Nr. 149, 24. 3. 1914, Nr. 161, 30. 3. 1914.

⁸⁰² Vgl. G. Brombierstäudl S. 83.

⁸⁰³ Zit. nach RM Nr. 50, 3. 3. 1877.

¹ Vgl. K. Dorn S. 68; Th. Schieder, Kleindeutsche Partei S. 19 ff.; G. Eisfeld S. 127.

² Vgl. dazu O. Klein-Hattingen, Bd. 1, S. 235 f.; L. Bergsträsser, Geschichte S. 97 ff.; W. Tormin, Geschichte S. 52 f.; H. A. Winkler S. 3—10; G. Eisfeld S. 59—89.

³ Es erschien zuerst im Fränkischen Kurier Nr. 82, 24. 3. 1863 (Beilage): Nach Th. Schieder, Kleindeutsche Partei S. 21, Anm. 38; Teildruck: K. A. v. Müller S. 268 f.

rung der Deutschen Fortschrittspartei in Preußen das Verlangen nach der bundesstaatlichen Einigung Deutschlands und der Wiederherstellung des deutschen Parlaments an der Spitze. Freilich vermied man es — sei es, weil der Klärungsprozeß innerhalb der Partei noch nicht abgeschlossen war, sei es aus wahltaktischen Überlegungen — sich auf Preußen als Trägerin der Zentralgewalt festzulegen⁴. Innenpolitisch zielte man eine Reform der Ersten Kammer, des Wahlgesetzes, der Militärgerichtsbarkeit und der Heeresverfassung an, wünschte Ministerverantwortlichkeit, Gewerbefreiheit, Verkürzung der Finanzperioden, mehr Selbständigkeit für die Gemeinden, vollständige Trennung von Justiz und Verwaltung, Gleichberechtigung der Konfessionen und Einschränkung des kirchlichen Einflusses in den Schulen⁵. Die bayerische Fortschrittspartei hatte sich vereinsmäßig in einem Landesausschuß mit mehreren hundert Mitgliedern, die als eigentliche Parteimitglieder anzusprechen waren, organisiert. Ein geschäftsleitender bzw. geschäftsführender Ausschuß mit zehn bis zwanzig Mitgliedern, dessen Vorsitzender bis 1869 Brater, bis 1897 Marquardsen war, bestimmte letztlich den Kurs der Partei⁶. Die Anhängerschaft im Lande sammelte sich, vielfach auf Anregung von Ausschußmitgliedern, in lokalen Vereinen unter verschiedenen Bezeichnungen, wie „Volkverein“, „Bürgerverein“, „Liberaler Verein“ oder „Fortschrittsverein“⁷.

Die Fortschrittspartei in Bayern blieb vorerst die einzige organisierte Partei des Liberalismus in Bayern. Im Jahre 1866 schwenkte sie unter dem Vorzeichen der Anerkennung der Bismarckschen Realpolitik auf die Linie der in Preußen in diesem Jahre neugegründeten Nationalliberalen Partei ein⁸. Eine Trennung in zwei Parteien — Fortschrittspartei und Nationalliberale Partei — wurde in Bayern zunächst vermieden. Auch erfolgte keine Gründung einer eigenen demokratischen Partei. Zwar suchten Karl Crämer und die Nürnberg-Fürther Demokraten sowie der Pfälzer Georg Friedrich Kolb den Kontakt zur Württembergischen Volkspartei, jedoch blieben die meisten Demokraten der bayerischen Fortschrittspartei verhaftet⁹. Im Landtag traten die Liberalen als Fraktion der „Vereinigten Linken“ bzw. einfachhin als „die Linke“ auf¹⁰. Eine neue Situation ergab sich ab 1871. Die bayerischen liberalen Abgeordneten waren im Reichstag de facto gezwungen, sich einer der dort bestehenden Fraktionen liberaler Parteirichtung anzuschließen. Die Folge war eine deutlichere Abgrenzung der verschiedenen liberalen Färbungen nach dem Fraktionsschema des Reichstags auch in Bayern, doch bildeten die Liberalen im Bayerischen Landtag nach 1871 auch weiterhin eine einheitliche Fraktion, die „Vereinigten Liberalen“¹¹, ab den neunziger Jahren die „Liberalen Vereinigung“¹². Den Fraktionsvorsitz hatte jeweils ein Nationalliberaler inne, denn die Nationalliberalen stellten mit etwa zwei Drittel aller liberaler Abgeordneten die stärkste Gruppierung¹³. Organi-

⁴ Vgl. Th. Schieder, *Kleindeutsche Partei* S. 21 f.

⁵ Vgl. K. A. v. Müller S. 269.

⁶ Vgl. Th. Nipperdey, *Organisation* S. 111; D. Albrecht S. 294.

⁷ Vgl. G. Eisfeld S. 130 f.; W. Tormin S. 56.

⁸ Zur Gründung der Nationalliberalen Partei vgl. G. Eisfeld S. 189 ff.

⁹ Vgl. G. Eisfeld S. 129, 133.

¹⁰ Vgl. D. Albrecht S. 295 f.

¹¹ D. Albrecht S. 296.

¹² H. Kalkoff S. 263; J. Reimann S. 84.

¹³ Vgl. D. Thränhardt S. 85.

satorische Konsequenzen für den Aufbau einer jeweils eigenen Parteiorganisation wurden nicht sofort gezogen. 1871 vermied es die Fortschrittspartei mit Rücksicht auf gesamtliberale Interessen, ihren Parteaufbau zentralistisch zu straffen¹⁴. Erst 1884, als mit der Fusion der Deutschen Fortschrittspartei und der Liberalen Vereinigung (Sezession) zur Deutschfreisinnigen Partei das linksliberale Lager auf Reichsebene näher zusammenrückte und verstärkte organisatorische Anstrengungen von dieser Seite unternommen wurden¹⁵, gingen auch die Nationalliberalen in Bayern daran, sich gegenüber der Fortschrittspartei bzw. ihren freisinnigen Nachfolgeorganisationen eine eigene Landesorganisation aufzubauen. Wegen der besonderen geographischen Verhältnisse Bayerns war sie geschieden in eine Organisation für die Landesteile rechts und links des Rheins. Sitz der rechtsrheinischen Organisation war Nürnberg¹⁶, eingerichtet wurde ein Landesausschuß und eine selbständige Geschäftsstelle¹⁷. In liberalen Kerngebieten, wie Mittel- und Oberfranken, der Pfalz sowie der Landeshauptstadt München bildeten sich parteispezifische Ortsvereine¹⁸, nur dort bekämpften sich die verschiedenen liberalen Gruppen bei Reichstags- und Landtagswahlen. Ansonsten umfaßten die liberalen Lokalvereine in der Regel alle liberalen Färbungen, sie traten — insbesondere in überwiegend katholischen Gebieten — geschlossen bei Wahlen auf¹⁹. Gesamtliberales Denken war in Bayern viel stärker ausgeprägt als im Reich. Diese Grundströmung ließ den bayerischen Liberalismus nach 1900 auch zur treibenden Kraft einer Einigung des Gesamtliberalismus werden. Eine programmatische Einigung aller bayerischen liberalen Gruppierungen gelang 1905 im sogenannten Nürnberger Blockprogramm, eine teilweise organisatorische Einigung dagegen erst 1910 in dem Zusammenschluß der linksliberalen Gruppen der Deutschfreisinnigen Partei und der demokratischen Deutschen Volkspartei in Bayern zur Fortschrittlichen Volkspartei²⁰.

Auf dem skizzierten Hintergrund läßt sich die Entwicklung des Liberalismus in Regensburg ausreichend verstehen. Es wird erklärlich, warum hier über Jahrzehnte hinweg als einziger Verein nur der Liberale Verein der Stadt Regensburg und Umgebung existierte, der keiner der bestehenden liberalen Parteien exakt zugeordnet werden kann. Der Liberale Verein war das Sammelbecken der Parteigänger aller liberalen Gruppierungen, in ihm fanden sich Fortschrittler, Nationalliberale, Freisinnige und Demokraten zusammen. Der Verein repräsentierte „die liberale Partei“²¹ bis zum Jahre 1903 allein in Regensburg. Ab diesem Zeitpunkt gab es zudem den Jungliberalen Verein für Regensburg und Umgebung. Die Gründung dieses zweiten liberalen Ortsvereins entsprang zunächst weniger parteipolitischen Differenzen als vielmehr jugendlichem Aktivismusdrang. Bald jedoch tendierten diese Jungliberalen mehr zum Linksliberalismus, während der

¹⁴ Vgl. Th. Nipperdey, *Organisation* S. 111; J. Reimann S. 85.

¹⁵ Vgl. U. Steinbrecher S. 24 ff.

¹⁶ Vgl. H. Kalkoff S. 262.

¹⁷ Vgl. *Politisches Handbuch für nationalliberale Wähler* S. 496; *Politisches Handbuch der Nationalliberalen Partei 1907*, S. 776 f.

¹⁸ In München z. B. gab es 1889 einen Nationalliberalen und einen Freisinnigen Verein. Vgl. H. Möckl S. 292 ff.

¹⁹ Vgl. D. Thränhardt S. 85 f.

²⁰ Vgl. u. Anm. 460.

²¹ So z. B. bereits die geläufige Bezeichnung seit den Landtags- und Gemeindevahlen 1869. Vgl. RTB Nr. 317, 17. 11. 1869, Nr. 331, 1. 12. 1869.

Liberaler Verein eher die Linie der Nationalliberalen verfolgte. Nur konsequent war es deshalb, als der Jungliberale Verein sich 1910 zu einem Verein der neugebildeten linksliberalen Fortschrittlichen Volkspartei in Bayern erklärte. Als dritter liberaler Ortsverein konstituierte sich 1904 der bereits seit 1867 bestehende Arbeiterfortbildungsverein unter der Bezeichnung „Liberaler Arbeiterverein Regensburgs“. Seine Zielsetzung war es, die Arbeiter für den Liberalismus zu gewinnen. Die drei liberalen Gruppierungen Regensburgs arbeiteten bei Wahlkämpfen eng in einem „Wahlkomitee der vereinigten Liberalen“ zusammen, darüber hinaus stimmte ein gemeinsamer Ortsausschuß lokale Aktivitäten ab. Die in Bayern traditionell starken gesamtliberalen Tendenzen waren in Regensburg noch intensiver ausgeprägt. Sie führten 1912 dazu, daß Links- und Rechtsliberale hier im lokalen Rahmen die auf Reichs- und Landesebene noch nicht geglückte Einigung des Gesamtliberalismus vollzogen. Die neue Organisationsform bildete der Liberale Klub. Nicht in ihn integriert wurde allerdings die parteipolitisch ohnehin bereits gesamtliberal ausgerichtete, jedoch schichtenspezifische Liberale Arbeitervereinigung. Von den Regensburger Liberalen gingen auch wichtige Impulse zum Aufbau einer regionalen Parteiorganisation aus. Der erste Versuch der Gründung eines Kreisvereins der Oberpfalz und von Regensburg zu Beginn der siebziger Jahre erwies sich zwar als sehr vielversprechend, aber nur von kurzer Dauer. Erst 1907 wurde mit dem Kreisverband der liberalen und demokratischen Vereine der Oberpfalz dieser wegweisende Ansatz fortgeführt. Im Zusammenhang mit den gesamt-bayerischen liberalen Einigungsbestrebungen rückte Regensburg 1910 als Schauplatz der Gründung der Arbeitsgemeinschaft der liberalen Kreisverbände Bayerns r. d. Rh. ins öffentliche Blickfeld, darauf wird am Schluß kurz eingegangen werden.

1. Der Liberale Verein der Stadt Regensburg und Umgebung (1869—1912)

Die innenpolitische Situation Bayerns im Frühjahr 1869 war durch die anhaltende Gegenbewegung katholisch-konservativer Kräfte gegen die liberale Kirchen- und Schulpolitik, Wirtschafts-, Sozial- und Außenpolitik des Ministeriums Hohenlohe gekennzeichnet. Als Trägerin dieser Strömung hatte sich die Bayerische Patriotenpartei herausgebildet, die erstmals bei den Zollparlamentswahlen im Februar 1868, erneut dann auch bei den bayerischen Landtagswahlen im Mai 1869 gegenüber den vereinigten Liberalen Bayerns die Mehrheit der Mandate erringen konnte. Noch vor den Landtagswahlen im Mai 1869 war das Katholische Kasino Regensburg als Parteiverein der Patriotenpartei entstanden²². Erst nach den Landtagswahlen, am 21. Juni 1869, erhielt dagegen die liberale Partei-richtung in Regensburg mit der Gründung des Liberalen Vereins der Stadt Regensburg und Umgebung eine dauerhafte Organisationsform²³. Der Konstituierungsakt erfolgte in einer nicht öffentlich angekündigten Sitzung, zu der nur ein relativ kleiner Kreis „liberal gesinnter Männer“²⁴ hinzugezogen wurde. Ein proviso-

²² S. o. S. 230 ff.

²³ Vgl. Gründungsbericht WBR 5.7.1869, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 199; bald wurde auch die kürzere Bezeichnung „Liberaler Verein (für) Regensburg und Umgebung“ oder einfach „Liberaler Verein Regensburg“ gebräuchlich.

²⁴ Reitmayr an StM, 21. 6. 1869, StR ZR 3112. Als Versammlungsort diente der kleine Saal des neuen Gesellschaftshauses.

risches Komitee hatte Satzungen vorbereitet, die in dieser Vorbesprechung mit geringen Abänderungen angenommen wurden. Der Liberale Verein betrachtete sich selbst ab diesem Datum als politischen Verein im Sinne des bayerischen Vereinsgesetzes vom 25. Februar 1850²⁵. Am 23. Juni 1869 informierte das Regensburger Tagblatt die Öffentlichkeit über die Neugründung, gleichzeitig wurde um Beitritte geworben²⁶. Als Zweck des Liberalen Vereins wurde die „Verbreitung freisinniger Anschauungen unter der Bevölkerung und die Sammlung aller liberalen Elemente behufs einheitlichen Zusammenwirkens in allen den Staatsbürger berührenden Fragen“²⁷ angegeben. Eine andere Motivation kam hingegen in einem etwas späteren Beitrag des Regensburger Tagblattes zum Ausdruck. Dort hieß es: „Die beispiellose Frechheit, mit welcher die Jesuiten-Clique in ihren Organen seit geraumer Zeit aufzutreten wagt, hat auch die Langmüthigsten und Friedfertigsten überzeugt, daß es dieser Partei nur darum zu thun ist, Haß und Verachtung gegen Gesetz und Obrigkeit zu erregen, Verläumdungen und Verdächtigungen auszustreuen, um dabei im Trüben zu fischen. Es erscheint daher auch durch die Nothwendigkeit geboten, daß die Bevölkerung Regensburgs endlich Zeugniß ablege, daß sie nichts gemein habe mit dem verwerflichen Treiben einer Partei, die Regensburgs Namen durch ihr Gebahren bereits in den übelsten Ruf gebracht. . . . Es muß sich zeigen, ob Regensburg, jeder geschichtlichen Erinnerung baar und ungedenk der Rolle, die es einstens als freie deutsche Reichsstadt spielte, alle Fühlung mit Deutschland und deutschem Geiste verloren, sich lediglich als Bischofs-Stadt fühlt und unter dem Krummstab beugt. Es muß sich zeigen, ob Regensburg noch länger dem Banner einer Partei folgt, die offen Rebellion predigt und Gewaltakte nicht bloß anpreist, sondern auch in Scene setzt“²⁸. Die Vereinsbildung wurde also als notwendige Mobilisierung von Gegenkräften gegen die — nach Ansicht der Liberalen — in Regensburg übermächtig werdende katholisch-konservative Parteirichtung aufgefaßt. Ähnlich kennzeichnete der Regierungspräsident die Zielsetzung des neuen „freisinnigen Vereins“ dahingehend, daß dieser den „ultramontanen Bestrebungen“ entgegentreten werde²⁹. Tatsächlich hatte ja die Patriotenpartei mit der knapp zwei Monate vorher erfolgten Gründung des Katholischen Casinos für Regensburg, Stadtamhof und Umgebung den ersten organisatorischen Schritt vollzogen. Auch war sie mit zwei Presseorganen, dem Regensburger Morgenblatt und dem Neuen Bayerischen Volksblatt von Stadtamhof, dem liberalen Regensburger Tagblatt nach außen hin scheinbar überlegen. In Wirklichkeit aber besaß das Regensburger Tagblatt in der Stadt Regensburg zu Beginn der siebziger Jahre die größere Abonnentenzahl. 2900 Bezieher des liberalen Regensburger Tagblattes standen lediglich 2300 Bezieher der beiden konservativen Blätter gegenüber³⁰.

²⁵ Vgl. Heigl an StM, 22. 6. 1869, StR ZR 3212.

²⁶ Vgl. RTB Nr. 170, 23. 6. 1869.

²⁷ § 1 der Satzung des Liberalen Vereins der Stadt Regensburg und Umgebung in der Fassung vom 21. 6. 1869, StR ZR 3212; auch RTB Nr. 170, 23. 6. 1869.

²⁸ RTB Nr. 200, 23. 7. 1869.

²⁹ Vgl. WBR 21. 6. 1869, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 199.

³⁰ Lediglich die größere Verbreitung auf dem Lande in Niederbayern und der Oberpfalz ergab für die beiden katholisch-konservativen Zeitungen zusammen eine höhere Gesamtauflage. 1870 betrug die Auflage des Regensburger Tagblattes ca. 4500 Exemplare, davon gingen etwa 1600 nach auswärts. Das Regensburger Morgenblatt hatte zwischen 1864 und 1884 in etwa gleichbleibend eine Gesamtauflage von ca. 4000 Stück,

Für die Charakterisierung Regensburgs als Hort konservativster Parteirichtung aber waren noch andere Faktoren verantwortlich. Die Existenz einer Jesuiten-niederlassung in Regensburg, der einzigen in Bayern³¹, wurde von den Liberalen argwöhnisch beobachtet und mit heftigen Anfeindungen begleitet. Nicht genug, daß man in den Angehörigen dieses Ordens die Hintermänner des Regensburger Parteilebens und der lokalen Parteipresse vermutete³², man sah in ihnen auch die Organisatoren der bayerisch-partikularistischen, gegen den kleindeutschen Nationalstaat gerichteten Patriotenpartei³³. Die Jesuiten wurden hier ebenso zum Topos einer planvoll im Hintergrund operierenden, universalen Macht hochstilisiert, wie auf der Gegenseite die Freimaurer³⁴. Mit Bischof Senestréy, dem Förderer der Jesuiten in Regensburg und ehemaligen Jesuitenschüler am römischen Germanikum³⁵, hatten die Liberalen zudem einen der entschiedensten Vertreter des kirchenpolitisch bedingungslos nach Rom ausgerichteten, sogenannten „ultramontanen“ Episkopats vor sich³⁶.

In den Wochen der Gründung des Liberalen Vereins bewegte sich eine gegen Senestréy inszenierte Pressefehde gerade ihrem Höhepunkt zu. Anlaß waren einige Äußerungen des Bischofs bei einer Aufwartung von Beamten und Magistratspersonen während einer Firmungsreise am 22. April 1869 in Schwandorf³⁷. Senestréy kam dabei auf die allgemein-politischen Verhältnisse zu sprechen und warnte — sinngemäß — davor, Staaten auf nichtchristlichen Fundamenten und Gesetzen aufzubauen; denn die Throne würden durch Krieg und Revolution gestürzt, wenn sie ihre Stütze nicht mehr in der Religion hätten³⁸. Der Regierungspräsident der Oberpfalz und von Regensburg, Max v. Pracher³⁹, meldete bereits am 26. April 1869 im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die Vorbereitungen der politischen Parteien zu den Landtagswahlen im Mai 1869 nach München, der Bischof von Regensburg würde seine Firmungsreise „zu Ansprachen politischen Inhaltes, auch an die Beamten, benutzen“⁴⁰. Acht Tage später legte er zwei von ihm veranlaßte Zuschriften von Ohrenzeugen, des Bezirksarztes Dr. von Baumann und des Stadtschreibers Ginker von Schwandorf vor, glaubte aber die Sache auf sich beruhen lassen zu können, da die Äußerung nichtöffentlichen Charakter trug und damit auch kein Anlaß bzw. keine Möglichkeit zu strafrechtlicher Untersuchung gegeben sei⁴¹. Erst etwa vier Wochen nach dem tatsächlichen Geschehen, am 20. Mai 1869, dem Tag der Abgeordnetenwahlen zum Landtag, geriet die „Schwandorfer Rede“ bzw. „Schwandorfer Ansprache“

mit einem Postvertrieb von ca. 1900 im Jahre 1871, das Neue Bayerische Volksblatt besaß im gleichen Jahre ca. 240 Abonnenten in der Stadt Regensburg und zwischen 1100 und 1500 Abonnenten auswärts. Der Regensburger Anzeiger kam, da reines Anzeigenblatt, zu diesem Zeitpunkt als meinungsbildendes Organ noch nicht in Betracht. Vgl. N. Mayer S. 70, 80, 85; WBR 2. 10. 1871, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 200.

³¹ Vgl. D. Albrecht S. 325.

³² Vgl. RTB Nr. 200, 23. 7. 1869, Nr. 207, 30. 7. 1869.

³³ Vgl. RTB Nr. 187, 10. 7. 1870.

³⁴ Vgl. z. B. RM Nr. 227, 6. 10. 1871.

³⁵ Vgl. A. Doeberl, Bischof S. 17.

³⁶ Zur Person Senestréys s. o. S. 228.

³⁷ Vgl. M. Weber S. 102—106.

³⁸ Vgl. RM Nr. 117, 27. 5. 1869; P. Mai, Wirken S. 40 f.

³⁹ Zu Max v. Pracher vgl. o. S. 233.

⁴⁰ WBR 26. 4. 1869, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 199.

⁴¹ Vgl. WBR 3. 5. 1869, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 199.

in die publizistische Öffentlichkeit. Die „Passauer Zeitung“ hoffte durch die Aufdeckung angeblich revolutionärer Umsturzpläne der bayerischen Patriotenpartei, wie sie in den Worten des Bischofs von Regensburg, des „Oberhaupt“ dieser Partei, ihrer Meinung nach zum Vorschein kamen, im letzten Augenblick noch Einfluß auf die Wahlentscheidung nehmen zu können, wie aus der Schlagzeile „zum beliebigen Gebrauch für die Herren Wahlmänner!“⁴² klar hervorgeht. Senestréy wurden dort folgende Sätze in den Mund gelegt: „Wir Ultramontane, wir Reaktionäre, wie man uns nennt, können nicht nachgeben, die Gegensätze können nur durch Krieg und Revolution ausgeglichen werden; eine friedliche Ausgleichung ist nicht mehr möglich. Wenn man sich die Köpfe gegen einander blutig gestoßen hat, wird man wieder zu Gott zurückkehren!“ „Wer macht die weltlichen Gesetze?“ „Wir beobachten sie nur, weil die Gewalt hinter uns steht, die uns zwingt, die wahren Gesetze kommen nur von Gott; selbst die Fürsten sind von Gottes Gnaden, und wenn sie dieses nicht mehr sein wollen, so bin ich der Erste, der die Throne umstürzt“⁴³. Nach den Wahlen zum Politikum ersten Ranges hochstilisiert, machte die „Ansprache“ des Regensburger Bischofs dann die Runde durch die gesamte liberale bayerische und größtenteils auch deutsche Presse⁴⁴. Senestréy scheint den Liberalen in dieser Phase aber auch in erster Linie dazu gedient zu haben, ihre Enttäuschung über die erlittene Wahlniederlage abzureagieren⁴⁵. Die Münchener Neuesten Nachrichten konstruierten zudem einen geistigen Zusammenhang zwischen dem angekündigten Ersten Vatikanischen Konzil und dem Schwandorfer Ereignis, indem sie Senestréys Worte als Beweis einer von Rom geleiteten und zu erwartenden „Verschwörung gegen den modernen Staat“⁴⁶ hinstellten. Angesichts der ständig zunehmenden Erregung ließ das Staatsministerium des Innern, um sich eine bessere eigene Urteilsbasis zu schaffen und für eventuelle Anfragen im Landtage gerüstet zu sein, die Zeugen des Schwandorfer Gesprächs am 5. Juni 1869 durch einen Regierungskommissär vernehmen⁴⁷. Der unangenehmen Entscheidung, diese Aussagen eventuell wegen des wachsenden öffentlichen Drucks publizieren zu müssen, wurde die Staatsregierung durch einen Zufall enthoben. Am 16. Juli 1869 fand in Straubing eine Schwurgerichtsverhandlung gegen den Redakteur des Straubinger Tagblattes, Priester Georg Aichinger, wegen Amtsehrenbeleidigung, begangen an Staatsanwalt Kleiner von Regensburg in puncto Schwandorfer Angelegenheit statt. Die Zeugen des Schwandorfer Gesprächs breiteten den ihrer Erinnerung nach gehörten Redeinhalt nochmals vor aller Öffentlichkeit aus⁴⁸, erst danach

⁴² Passauer Zeitung Nr. 138, 20. 5. 1869.

⁴³ Ebd.; vgl. auch Zitat bei M. Weber S. 102 (dort verändert: „... die wahren Gesetze kommen von Gott...“, statt: „... nur von Gott...“); noch mehr verändert bei H. Rall S. 266.

⁴⁴ Vgl. Zeitungsausschnitte in HStAM MInn 46 060.

⁴⁵ Die Bayerische Patriotenpartei hatte bei den Landtagswahlen im Mai 1869 78, die liberalen Parteirichtungen zusammen nur 76 Mandate errungen. Vgl. H. Rall S. 266. Die Augsburger Postzeitung Nr. 121, 25. 5. 1869 brachte die Kampagne gegen Senestréy in ihrem „Politischen Tagesbericht“ jedenfalls sofort mit dem Wahlausgang in Verbindung.

⁴⁶ Münchener Neueste Nachrichten Nr. 145, 25. 5. 1869, zit. nach M. Weber S. 103.

⁴⁷ Vgl. Daxenberger an Sigmund, 20. 8. 1869 (Abschrift), HStAM MInn 46 060; M. Weber S. 104.

⁴⁸ Vgl. Stenographischer Bericht der Schwurgerichtsverhandlung, NBV Nr. 206, 30. 7. 1869.

beruhigte sich die Presseszene allmählich. Für die bayerische Regierung war die Schwandorfer Angelegenheit sogar Anlaß, um gegen Bischof Senestréy beim Hl. Stuhl vorstellig zu werden. Der Gesandte sollte auf ernstliche Entwicklungen hinweisen, welche bei Wiederholung eines derartigen Vorfalles zwischen der Staatsregierung und dem bayerischen Episkopat entstehen könnten⁴⁹. Von Seiten Roms blieb dieser Schritt ohne offizielle Gegenreaktion⁵⁰.

Dies waren die Hintergründe für die eingangs zitierten Anspielungen auf eine Partei, der es nur darum zu tun sei, Haß und Verachtung gegen Gesetz und Obrigkeit zu erregen und offen Rebellion zu predigen. Etwas überraschend aber wirkte es doch, daß sich die Liberalen, 1848 selbst Träger der revolutionären Bewegung, im Jahre 1869 zu Verteidigern der staatlichen Ordnung aufschwangen⁵¹. Dies zeugte einerseits für die monarchistisch-antirevolutionäre Grundhaltung der überwiegenden Mehrheit der deutschen Liberalen allgemein⁵², andererseits hatten sich die Verhältnisse inzwischen in entscheidenden Punkten geändert. In Bayern bestimmten seit 1866 mit dem Ministerium Hohenlohe liberale Minister die Politik, Bildungs- und Besitzbürgertum sahen „ihren“ Staat, der ihren privilegierten Status verbürgte, plötzlich von verschiedenen Seiten gefährdet. Als neue revolutionäre Kraft begann sich der vierte Stand, die industriellen Arbeitermassen, allmählich herauszubilden⁵³.

Im Zuge der großen weltanschaulichen Auseinandersetzung zwischen Liberalismus und katholischer Kirche glaubte man, insbesondere seit Verkündigung des Syllabus, das Papsttum suche nach mittelalterlichem Vorbild eine Entscheidung im Machtkampf mit den modernen, von liberalem Geiste getragenen Staaten. So erklärte Rechtsanwalt Sonnenleitner 1869 nach seiner Wahl zum ersten Vorstand des Liberalen Vereins, er betrachte die Annahme dieses Vereinsamtes als die Erfüllung einer öffentlichen Pflicht, da „unser Kampf ein Kampf für den modernen Staat sei, den die Gegenpartei stürzen wolle, um auf seinen Trümmern den einstigen Staat der Privilegien zu erbauen“⁵⁴. Seit der Schwandorfer Ansprache Bischof Senestréys währte man auch die Mittel zu kennen, mit denen die Entscheidung herbeigeführt werden sollte: Revolution und Umsturz der Throne, Gedanken, die nicht einmal mehr Liberale zu denken wagten. Die katholische Kirche als übernationale universale Einrichtung stand zum beherrschenden Gestaltungsprinzip der Zeit, dem Nationalstaatsgedanken, im Gegensatz. Die päpstliche Autorität als supranationale Institution mußte in diesem Kontext suspekt erscheinen. National-liberalem Denken haftete daher weithin ein antiklerikaler Grundzug an⁵⁵, und es war wenig verwunderlich, daß diese Erscheinung auch die Konstituierungsphase des Liberalen Vereins begleitete. Der historische Kon-

⁴⁹ Vgl. Daxenberger an Sigmund, 20. 8. 1869 (Abschrift), dazu der Ausführungsbericht Sigmunds, 7. 9. 1869, HStAM MInn 46 060.

⁵⁰ Senestréys Sicht dieser diplomatischen Aktion bei P. Mai, Bischof S. 404 f.; vgl. auch M. Weber S. 105 f.

⁵¹ Vgl. die dagegen gerichtete Polemik in RM Nr. 116, 26. 5. 1869, Nr. 121, 2. 6. 1869. Eine stark ablehnende Haltung gegenüber dem revolutionären Radikalismus legte übrigens auch die liberale Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts im nachhinein in Bezug auf die Revolution von 1848 an den Tag. Vgl. M. Neumüller S. 199 f.

⁵² Vgl. Th. Schieder, Problem S. 13 ff.; W. Bußmann S. 35 f.

⁵³ Vgl. Th. Schieder, Problem S. 28 f.

⁵⁴ RTB Nr. 227, 19. 8. 1869.

⁵⁵ Vgl. K. Bachem, Bd. 3, S. 48 ff., 93 ff.

flikt Reichsstadt-Bischofsstadt wurde in dem Spannungsverhältnis liberale Beamtenstadt-Bischofsstadt neu aktualisiert. Zwar erhoben Freunde der liberalen Sache warnend ihre Stimme, die Religion aus dem Spiele zu lassen⁵⁶, doch setzte sich der radikalere, kirchenfeindlichere Flügel im liberalen Lager Regensburgs durch⁵⁷. Als typisch sei hier noch eine Passage im Jahresbericht des Liberalen Vereins, erstattet in der Sitzung vom 4. 7. 1870, angeführt: „Nach wie vor ergeht an Alle, welche nicht wollen, daß die Errungenschaften der edelsten Geister unserer Nation der Zukunft unseres Volkes verloren gehen sollen, welche wollen, daß Bayern durch seine, nicht durch Roms Gesetze regiert werde, an diejenigen, welche religiösen Fanatismus, Muckerthum und Jesuitismus, Kopfhängerei, Augenverdrehen und Erbschleicherei, äußeren Prunk und innere Hohlheit verabscheuen, der Ruf, mit uns sich zu vereinigen ...“⁵⁸. Durch diesen kirchenfeindlichen Unterton erschwerte sich die liberale Partei Regensburgs von vornherein die Möglichkeit, angesichts der Konfessionsverhältnisse in der Stadt — 1871 zählte Regensburg 79,5 % Katholiken⁵⁹ — die Mehrheit der Einwohnerschaft für sich gewinnen zu können. Das publizistische Echo um die Senestréy-Außerungen, aber auch das Ergebnis der Landtagswahlen vom Mai 1869, bei denen die bayrisch-patriotische Partei nicht nur im gesamten Landtagswahlkreis Regensburg, sondern auch innerhalb der Stadt siegte⁶⁰, ließen Regensburg als Domäne der Bayerischen Patriotenpartei erscheinen. Dieser „übelste Ruf“⁶¹ fiel letztlich auch als Makel auf die liberale Beamtenschaft zurück. So bemerkte die Badische Landeszeitung, der Regierungspräsident der Oberpfalz und von Regensburg, v. Pracher, käme schon deshalb nicht als Nachfolger des Kultusministers v. Gresser in Betracht, weil er auf die Wahlen in Regensburg nicht in jeder Weise im Sinne des Fortschritts eingewirkt habe⁶². Gerade die Wahlniederlage vom Mai 1869 gab mit den entscheidenden Anstoß zur Gründung des Liberalen Vereins. Nachdem man als Ursache des schlechten Abschneidens „den Mangel an einem einigenden, anerkannten Centralpunkte“⁶³ eruiert hatte, lag der Gedanke „die zweifellos zahlreichen, lichterem Ideen huldigenden Männer Regensburgs und seiner Umgebung in einem Vereine zu sammeln, damit sie bei den künftigen Wahlen dem Feinde in geordneter Phalanx entgegentreten könnten“⁶⁴, nicht mehr fern. Der Wunsch nach Durchsetzung des Kandidaten der eigenen Partei bei Wahlen stand Pate bei der Geburt des Liberalen Vereins, Wahlagitation bildete im Alltagsbetrieb den Hauptzweck dieser Vereinigung und die Periodizität der Wahltermine blieb über weite Strecken hin der einzige Garant, den Verein am Leben zu erhalten⁶⁵. Die bereits zitierte programmatische Aussage in den

⁵⁶ Vgl. RTB Nr. 205, 28. 7. 1869.

⁵⁷ Neben der gesamten Tendenz des Regensburger Tagblattes, etwa in der Schwandorfer Angelegenheit, der Jesuitenfrage und während des gesamten Kulturkampfes, sei auf Äußerungen Ferdinand Heigls und Professor Gustav Krafft's verwiesen: Vgl. z. B. RTB Nr. 108, 20. 4. 1870; RM Nr. 91, 24. 4. 1870.

⁵⁸ RTB Nr. 187, 10. 7. 1870; die Polemik dagegen in RM Nr. 153, 12. 7. 1870.

⁵⁹ Zu den Konfessionsverhältnissen s. Tabelle 2.

⁶⁰ S. dazu später Teil III.

⁶¹ RTB Nr. 200, 23. 7. 1869.

⁶² Lt. RM Nr. 119, 30. 5. 1869.

⁶³ RTB Nr. 187, 10. 7. 1870.

⁶⁴ Ebd.

⁶⁵ Vgl. die Vorwürfe des Jungliberalen Vereins in dieser Richtung. S. o. S. 348.

Sammlung aller liberalen Elemente behufs einheitlichen Zusammenwirkens in allen den Staatsbürger berührenden Fragen“⁶⁶ eröffnete aber auch den Raum Satzungen des Liberalen Vereins hatte freilich eine breitere Zielsetzung. „Die für politische Aktivitäten aller Art zwischen den Wahlen. Die einzige inhaltliche Aussage, lediglich eine programmatische Andeutung, lag in der Wendung „Verbreitung freisinniger Anschauungen“⁶⁷. Das Adjektiv „freisinnig“ war zu dieser Zeit noch nicht parteispezifisch mit Beschlag belegt, weder die Deutsche Fortschrittspartei noch die Nationalliberale Partei operierten mit diesem Terminus in ihrem Programm⁶⁸. Erst ab 1884 signalisierte dieses Wort in der Parteibezeichnung „Deutsch-Freisinnige Partei“ die Orientierung hin zum Linkliberalismus, desgleichen ab 1893 in den Zusammenstellungen „Freisinnige Vereinigung“ und „Freisinnige Volkspartei“. In Regensburg wurde diesem spezifischen Bedeutungswandel erst relativ spät Rechnung getragen. 1908 ersetzte man in Paragraph 1 der Satzung die ursprüngliche Formulierung „... freisinniger Anschauungen ...“ durch „... liberaler Anschauungen ...“, reichlich spät angesichts der Tatsache, daß der Liberale Verein seit den siebziger Jahren weithin nationalliberal gefärbt war und „freisinnig“ spätestens ab Mitte der 1880iger Jahre eindeutig als linksliberal definiert war; gleichzeitig wurde 1908 die Passage „aller liberal gesinnten Staatsangehörigen“ in „aller freiheitlich gesinnten Reichsangehörigen“⁶⁹ umgeändert. Im Verständnis der Autoren dieser Satzungsredaktion stellten offensichtlich „freisinnig“, „liberal“ und „freiheitlich“ synonyme, austauschbare Begriffe dar. Die Satzung von 1869 sprach von der Sammlung „aller liberalen Elemente“, die Fiktion einer liberalen Einheitspartei wurde, trotz der inzwischen in Preußen eingetretenen Differenzierung in Fortschrittspartei und Nationalliberale, aufrechterhalten. Mit dem Willen zum „einheitlichen Zusammenwirken“ der Liberalen aller Färbungen war aber auch ein Postulat vorgegeben, das für das praktische Handeln der Regensburger Liberalen stets bestimmend blieb. Die vielfachen Spaltungen der liberalen Parteien im Deutschen Reich schlugen sich auf der lokalen Ebene Regensburgs vor der Jahrhundertwende nicht organisatorisch nieder. Das Minimalprogramm der Satzung ermöglichte in seiner Allgemeinheit die Zusammenfassung aller Kräfte, die sich in irgend einer, nicht näher definierten Form, als „freisinnig“ oder „liberal“ verstanden. Damit war von der Satzung her ein strukturelles Moment vorgegeben, das ausreichte, die Aktionseinheit der Regensburger Liberalen zu gewährleisten.

Die Organisation des Liberalen Vereins wurde durch die Satzung vom 6. Juli 1869⁷⁰ folgendermaßen festgelegt: Die Mitgliedschaft war „jedem unbescholtenen großjährigen Mann“ (§ 2) möglich, jedoch an die unterschriftliche Ver-

⁶⁶ Vgl. o. Anm. 27.

⁶⁷ Ebd.

⁶⁸ Vgl. W. Mommsen, Parteiprogramme S. 132—135, 147—151; K. A. v. Müller S. 268 f.

⁶⁹ Protokoll der ordentlichen Mitgliederversammlung des Liberalen Vereins Regensburg, 22. 5. 1908 (Abschrift), StR ZR 3212.

⁷⁰ Die bei Gründung des Liberalen Vereins am 21. 6. 1869 bereits vorbereitete Satzung wurde auf Verlangen neu eingetretener Mitglieder in der Vereinsversammlung vom 6. Juli 1869 in veränderter Form verabschiedet. Beide Fassungen der Satzung in StR ZR 3212; die Zweitfassung auch in RTB Nr. 187, 10. 7. 1869; zur Versammlung vom 6. 7. 1869 vgl. RTB Nr. 180, 3. 7. 1869, Nr. 186, 9. 7. 1869; WBR 11. 7. 1869, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 199.

pflchtung gebunden, für die Verbreitung freisinniger Anschauungen und die Sammlung aller liberalen Elemente zu sorgen. Als Beitrag waren vierteljährlich sechs Kreuzer an die Vereinskasse zu entrichten. Der Austritt eines Mitgliedes konnte jederzeit erfolgen, mußte jedoch dem Vorstande schriftlich angezeigt werden (§ 10). Ausschlußmöglichkeiten waren in dieser Satzung noch nicht vorgesehen. Die Leitung des Vereins lag in den Händen eines Vorstandes, seines Stellvertreters und eines Ausschusses von vorläufig zwölf Mitgliedern (§ 4). Vorstand, Stellvertreter und Ausschuß sollten alljährlich und zwar in der ersten Juli-sitzung mit Wahlzetteln gewählt werden, jedoch wurde die Festlegung auf den Monat Juli bereits im zweiten Vereinsjahre aufgegeben, die jährlichen General-versammlungen in der Zukunft zu recht beliebigen Zeitpunkten, meist jedoch in den Frühjahrsmonaten abgehalten. Den Schriftführer und Kassier wählte nicht die Generalversammlung, sondern der Ausschuß aus seiner Mitte (§ 7). Der Vorstand und — im Verhinderungsfalle — sein Stellvertreter hatten den Verein nach außen hin, vor allem gegenüber Behörden, aber auch gegenüber anderen politischen Gruppierungen, zu vertreten. Sie leiteten außerdem die Ausschuß- und Vereins-versammlungen (§ 5). Versammlungen der Vereinsmitglieder sollten zweimal im Monat, in der Regel an jedem ersten und dritten Montag, stattfinden (§ 3). In der Kompetenz des Ausschusses lag es, Vereinsversammlungen für öffentlich zu erklären (§ 3) und außerordentliche Vereinsversammlungen einzuberufen (§ 8). Ausschußsitzungen konnten vom Vorstand, dessen Stellvertreter und jedem Aus-schußmitglied veranlaßt werden (§ 8). Der Abstimmungsmodus war für Aus-schußsitzungen und Vereinsversammlungen identisch, Beschlüsse wurden mit ein-facher Stimmenmehrheit gefaßt, bei Stimmgleichheit galt ein Vorschlag als abgelehnt (§ 8 und § 9). Eine Vereinsauflösung aber sollte nur durch Beschluß von neun Zehntel seiner Mitglieder herbeigeführt werden können; für den Fall jedoch, daß die Mitgliederzahl unter 15 sank, genügten zwei Drittel (§ 11).

Die Satzung gab den Rahmen ab, innerhalb dessen sich das Vereinsleben ent-falten sollte. Von den optimistischen Ansätzen mußten bald Abstriche gemacht werden, so etwa von der Festlegung, regelmäßige Vereinsversammlungen zwei-mal im Monate abzuhalten. Dies scheint bereits Ende des Jahres 1871 der Fall gewesen zu sein. Nachdem die regelmäßigen Versammlungen ohnehin von Herbst 1870 bis Frühjahr 1871 wegen des deutsch-französischen Krieges ausgesetzt worden waren ⁷¹, sah sich Vorstand Krafft in der Generalversammlung des Liberalen Vereins vom 28. Oktober 1871 genötigt, eine ironische Feststellung der gegnerischen Presse zurückzuweisen, wonach der Verein bereits zu den Toten zu zählen sei ⁷². Gegen derartige Nachreden hatte sich der Liberale Verein immer wieder zu wehren ⁷³, ein Zeichen, daß es mit der kontinuierlichen Versammlungstätig-keit nicht sehr gut bestellt war. Die Kluft zwischen Satzungsideal und Vereins-alltag blieb zum Teil unüberbrückt, zum Teil wurde die Satzung neuen Verhält-nissen und Erfordernissen angepaßt. Die im Zeitraum von 1869 bis 1912 mehr-fach vorgenommenen Modifikationen lassen sich jedoch nur unvollkommen ver-folgen. Bereits in der ersten Jahresversammlung vom 4. Juli 1870 kamen zwei Anträge auf Statutenänderung zur Annahme, nämlich die Verlegung der Aus-schußwahl und Rechnungsstellung (d. h. der Generalversammlung) auf den Monat

⁷¹ Vgl. RTB Nr. 95, 5. 4. 1871.

⁷² Vgl. RTB Nr. 299, 30. 10. 1871.

⁷³ Vgl. z. B. RTB Nr. 220, 12. 8. 1879.

Oktober sowie die Aufhebung der Zwangsbeiträge mit der Begründung, die freiwilligen Zuschüsse zur Vereinskasse reichten vollkommen aus⁷⁴. Dies mochte zwar für den Augenblick stimmen, doch floß damit ein recht willkürliches Moment in das Vereinsleben ein. Mochte der Beschluß auch in der lautersten Absicht gefaßt worden sein, den Minderbemittelten hierbei einen Dienst zu erweisen, so war doch der Effekt für die Zukunft der, daß der mehr galt, der mehr zahlte. Die egalisierende Tendenz des rechtlich festgesetzten Beitrages, der zugleich eine Identifikation mit dem Verein ermöglichte, war aufgehoben, der Beschluß ein Schritt zurück zur ausgeprägten Honorationspartei.

In die gleiche Richtung führte die — ähnlich wie beim Katholischen Kasino — sich schnell einbürgernde satzungswidrige Gewohnheit, die Vorstandschaft durch Akklamation statt durch schriftliche Abstimmung zu wählen. Erstmals wurde dieses Verfahren im Herbst 1871 praktiziert, als Gymnasialprofessor Krafft auf Antrag eines Versammlungsteilnehmers durch Zuruf als Vorstand bestätigt wurde⁷⁵. Konnte dies im Falle seiner Wiederwahl vielleicht noch als ein besonderer Vertrauensbeweis gewertet werden, so ist demselben Modus im Falle nachfolgender Neuwahlen weit weniger Unbefangenheit entgegenzubringen. Der Verdacht, daß auf diesem leicht steuerbaren Wege der Kandidat einer kleinen Führungsklique nachgeschoben wurde, drängt sich beim Lesen bestimmter Generalversammlungsberichte geradezu auf. So wurde der neue Vorstand im Jahre 1903 per Akklamation und ohne Diskussion „gewählt“, nachdem ein gewichtiges Ausschußmitglied den neuen Mann vorgeschlagen hatte und dieser Kandidat vom alten Vorstand nachdrücklichst empfohlen wurde⁷⁶. Der Versuch, einen Alternativkandidaten in die Diskussion zu bringen, wurde erst gar nicht unternommen. Daß zu diesem Zeitpunkt jedoch auch andersdenkende Richtungen im Liberalen Verein vorhanden waren, beweist die Gründung des Jungliberalen Vereins ein halbes Jahr später. Ob und inwieweit die Vorstandswahl durch Akklamation zur Regel wurde oder als Alternativform in die Satzung einging, läßt sich nicht mit Bestimmtheit eruieren. In den 1870iger Jahren jedenfalls scheint man beim Auftreten grundlegender allgemeiner Differenzen im Verein auf den Modus der geheimen Abstimmung zurückgegriffen zu haben, so im Jahre 1874⁷⁷ oder auch 1877, wo in der Generalversammlung vom 24. Mai nach vorhergehender Statutenänderung drei, statt bisher zwei Vorstände gewählt wurden⁷⁸. Im Jahr 1900 hingegen ist wieder die Akklamation bezeugt⁷⁹. Die Akklamation dürfte demnach nur Anwendung gefunden haben, wenn entweder das Meinungsbild des Vereins einheitlich war oder eine Gruppe eine eindeutig dominierende Stellung innehatte. Die Zahl der Ausschußmitglieder, die in der Satzung vom 6. Juli 1869 ursprünglich auf „vorläufig 12“ (§ 4) festgesetzt war, schwankte im Laufe der Jahre erheblich. 1870 wurde bereits zu der Regelzahl zwölf (Vorstand und Stellvertreter nicht mit eingerechnet) die gleiche Anzahl Mitglieder durch Kooptation hinzugezogen⁸⁰, 1873 erweiterte man den Ausschuß auf 38 Personen⁸¹, dagegen

⁷⁴ Vgl. RTB Nr. 183, 6. 7. 1870.

⁷⁵ Vgl. RTB Nr. 299, 30. 10. 1871.

⁷⁶ Vgl. RTB Nr. 59, 3. 3. 1903.

⁷⁷ Vgl. RTB Nr. 104, 16. 4. 1874.

⁷⁸ Vgl. RTB Nr. 141, 24. 5. 1877, Nr. 143, 26. 5. 1877.

⁷⁹ Vgl. RTB Nr. 77, 19. 3. 1900.

⁸⁰ Vgl. Krafft an StM, 6. 7. 1870, StR ZR 3212.

⁸¹ Vgl. Rümmelein an StM, 1. 12. 1873, StR ZR 3169.

reduzierte man die Zahl ein Jahr später wieder auf 29⁸², 1875 auf 27⁸³ und 1876 auf die Ausgangsbasis von 12⁸⁴. Das Steigen und Fallen der Ausschußmitgliedzahl steht als Barometer für das allgemeine Interesse am Liberalen Verein. Außerdem kann dieser Vorgang als Indiz für den anfangs sehr starken Mitverantwortungs- und Mitgestaltungswillen der Mitglieder innerhalb des Vereins gewertet werden, der sich in dieser institutionalisierten Form durchzusetzen mußte. Ein Jahrzehnt nach seiner Gründung jedoch hatte der Verein Mühe, den Ausschuß überhaupt noch in seiner Sollzahl zu besetzen: 1879 verzeichnete die Ausschußliste nur mehr neun Namen⁸⁵, ab den 1880iger Jahren wurde die Zahl dann aber wieder auf zwölf ergänzt⁸⁶. 1903, kurz nach der Jahrhundertwende, nachdem in den liberalen Parteien, wie im Deutschen Reiche, so auch in Regensburg, neuer Auftrieb bemerkbar wurde, vergrößerte man den Ausschuß auf 22 Mitglieder⁸⁷.

Die Generalversammlung vom 22. Mai 1908 beschloß zur Vereinfachung der Geschäftsführung, sowie aus taktischen Gründen und mit Rücksicht auf das neue Reichsvereinsgesetz von 1908 zahlreiche Abänderungen der Satzung, die zuletzt am 27. Juli 1903 revidiert worden war⁸⁸. Künftig galt eine neue Terminologie: Die Bezeichnung „Ausschuß“ kam vollkommen in Wegfall, dafür trat die Bezeichnung „Vorstand“⁸⁹. Der erste und zweite Vorstand alter Ordnung wurde umbenannt in einen ersten und zweiten Vorsitzenden (§ 5). Die ordentliche Mitgliederversammlung (Generalversammlung) hatte fortan 14 Vorstandsmitglieder zu wählen. Sachlich neu war vor allem, daß die beiden ersten Vorsitzenden nicht mehr, wie früher, von der Generalversammlung, sondern von der Vorstandschaft — durch Wahl aus ihrer Mitte — bestimmt wurden (§ 6). Darin lag eine weitere wesentliche Schwächung des direkten, unmittelbaren Mitgliederwillens, eine Tendenz, die beim Liberalen Verein gegenüber der ursprünglich formal demokratisch akzentuierten Ausrichtung immer mehr an Boden gewann. Anders als 1869 wurde nun auch eine Ausschlußmöglichkeit eingebaut (§ 12). Diese Satzungsbestimmungen blieben in Geltung bis zur freiwilligen Selbstaflösung des Liberalen Vereins am 28. Oktober 1912⁹⁰.

Führungsschicht

Der Personenkreis, von dem die Gründung des Liberalen Vereins initiiert wurde, wies zum Teil altbekannte, schon in der 1848iger Bewegung vorkommende Namen auf, nämlich Dr. Gerster und Josef Reitmayr. Eine personelle Kontinuität in der Regensburger liberalen Bewegung vom Vormärz bis zur Reichsgründungs-

⁸² Den Kassier eingerechnet. Vgl. Krafft an StM [20. 4. 1874], StR ZR 3212; Verzeichnis der politischen Vereine für 1874, StR ZR 3169.

⁸³ Vgl. Verzeichnis der politischen Vereine für 1875, StR ZR 3169.

⁸⁴ Vgl. Buchmann an StM, 13. 1. 1876, StR ZR 3212; Verzeichnis der politischen Vereine für 1876, StR ZR 3169.

⁸⁵ Vgl. Hofmann an StM [23. 3. 1879], StR ZR 3212.

⁸⁶ Vgl. Hofmann an StM, 8. 3. 1881, Reinhold an StM, 4. 5. 1885, StR ZR 3212.

⁸⁷ Vgl. RTB Nr. 59, 3. 3. 1903.

⁸⁸ Vgl. Vereinsregister des k. Amtsgerichts Regensburg I, Bd. 1, Nr. 22.

⁸⁹ Vgl. Protokoll der ordentlichen Mitgliederversammlung des Liberalen Vereins Regensburgs, 22. 5. 1908 (Abschrift), StR ZR 3212.

⁹⁰ Vgl. Vereinsregister des k. Amtsgerichts Regensburg I, Bd. 1, Nr. 22 (Eintrag vom 21. 1. 1913).

zeit ist also feststellbar. Der Nestor der Regensburger liberalen Szene, Verleger Reitmayr, meldete dem Stadtmagistrat Regensburg am 21. Juni 1869 die Gründungsversammlung des Liberalen Vereins an⁹¹. Wider Erwarten wurde den beiden Altliberalen aber die Führung des neuen Vereins nicht überlassen⁹². An die Spitze drängten neue, junge Kräfte. Jedoch behaupteten sich die beiden ersten provisorisch gewählten Vorstände, Rechtskonzipient Ferdinand Heigl und Realgymnasialprofessor Gustav Krafft, zwei sehr kämpferische Persönlichkeiten, zunächst nur in der unmittelbarsten Gründungsphase⁹³. Bereits am 19. Juli 1869⁹⁴ wählte eine Generalversammlung des Liberalen Vereins gesetztere Honoratioren in diese Funktionen, den k. Advokaten Anton Sonnenleitner als ersten Vorstand und den k. Bezirks- und Polizeiarzt Dr. Wilhelm Brenner-Schäffer als stellvertretenden Vorstand. Krafft wurde zum Schriftführer bestimmt, während Heigl lediglich dem anfangs achtköpfigen Ausschuß angehörte. Außer Heigl zählten zum ersten Ausschuß des Liberalen Vereins Apotheker Ludwig von Baumgarten, praktischer Arzt Dr. Adolf Henke, Großhändler Samuel Eismann, Konditor Karl Leykam, Rechtskonzipient Adolf Buchmann, Färbermeister Georg Heyer und Spenglermeister Christian Süß jun.; stellvertretender Schriftführer war Lehrer Leonhard Hirschmann, Kassier Fabrikant Christoph Rehbach⁹⁵. Vorstandschafft und Ausschuß des Jahres 1869, insgesamt zwölf Mitglieder, setzten sich demnach zusammen aus sieben Akademikern (zwei Ärzten, zwei Rechtskonzipienten, einem Advokaten, einem Realgymnasialprofessor, einem Apotheker) und fünf selbständigen Handels- und Gewerbetreibenden (je einem Fabrikanten, Kaufmann, Färbermeister, Konditor und Spenglermeister). Unverkennbar besaßen die Angehörigen der Bildungsschicht in dieser Anfangsphase das Übergewicht. Das relativ kleingewerblich geprägte Besitzbürgertum Regensburg zu diesem Zeitpunkt spiegelt sich in der Tatsache wieder, daß nur ein Fabrikant vertreten war. Ein Mitglied aus der Arbeiterschicht fehlte. Allerdings verliefen mit Spenglermeister Christian Süß jun. und Färbermeister Georg Heyer Querverbindungen zum 1867 gegründeten liberalen Arbeiterfortbildungsverein. Süß war seit 10. Juli 1869 dessen erster⁹⁶, Heyer bereits seit 24. April 1869 dessen zweiter Vorstand⁹⁷.

Im darauffolgenden Jahr 1870 änderte sich die Situation im Ausschuß vor allem dahingehend, daß der fortschrittlich-aktivistische Realgymnasialprofessor Krafft zum ersten Vorstand des Vereins gewählt wurde und daß die drei kleingewerblichen Handwerksmeister Leykam, Heyer und Süß durch die drei Groß-

⁹¹ Vgl. Reitmayr an StM, 21. 6. 1869, StR ZR 3212.

⁹² Während Dr. Gerster auch künftig ganz in Vorstandschafft und Ausschuß des Liberalen Vereins fehlte, übernahm Josef Reitmayr Ende 1873 kurzfristig die Leitung; Theodor Rümmelein, profilierter Liberaler seit der Schleswig-Holstein-Bewegung, gelang der Sprung in den Ausschuß erst im zweiten Jahre: Vgl. Vorstands- und Ausschußliste 1870, StR ZR 3212.

⁹³ Vgl. Heigl an StM, 22. 6. 1869, StR ZR 3212; Anzeige der Vorstandswahl vom 21. 6. 1869 ohne die Bezeichnung „vorläufig“ oder „provisorisch“. Wohl aber ist die Anzeige in RTB Nr. 170, 23. 6. 1869 mit „Der provisorische Vorstand“ unterzeichnet.

⁹⁴ Vgl. RTB Nr. 195, 18. 7. 1869.

⁹⁵ Vgl. Sonnenleitner an StM, 28. 7. 1869, StR ZR 3212; WBR 2. 8. 1869, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 199. Zusätzlich als Ausschußmitglied aufgeführt Kaufmann Franz Poschinger in RTB Nr. 227, 19. 8. 1869.

⁹⁶ Vgl. Süß an StM, 11. 7. 1869, StR ZR 6813.

⁹⁷ Vgl. Kaiser an StM, 28. 4. 1869. StR ZR 6813.

händler Engerer, Ludwig und Rümmelein ersetzt wurden⁹⁸. Darin drückte sich auch ein Wandel in der Haltung des gehobenen Wirtschaftsbürgertums Regensburgs zur deutschen Frage aus. Während anfangs der sechziger Jahre von der Kreisgewerbe- und Handelskammer eindeutig für eine Lösung im großdeutschen Sinne — mit Einschluß Österreichs, auf das der Regensburger Großhandel traditionell orientiert war — votiert wurde⁹⁹, akzeptierte man schließlich auch eine Einigung Deutschlands in kleindeutschem Sinne, da von ihr gegenüber der labilen Konstruktion des Zollvereins wirtschaftlich eine größere Stabilität erwartet wurde¹⁰⁰. Im Laufe des zweiten Halbjahres 1870 trat an Stelle des Lehrers und Kreisscholarchen Leonhard Hirschmann Otto Dieterle, Vorarbeiter in den v. Mafseischen Werkstätten, als Ausschußmitglied ein¹⁰¹. Dieterle entwickelte sich zu einer der wichtigsten Figuren in der liberalen Arbeiterbewegung Regensburgs. Nachdem er ab 20. Mai 1871 die Stelle des ersten Schriftführers im Arbeiterbildungsverein bekleidete¹⁰² — die im Jahre 1867 bereits Lehrer Hirschmann innehatte¹⁰³ — wurde er von 1872 bis 1876 mit Unterbrechungen immer wieder zu dessen erstem Vorstand gewählt¹⁰⁴. Außerdem begründete er am 26. November 1871 einen Ortsverein des Gewerkvereins der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter¹⁰⁵ und führte ihn bis zu seiner Auflösung im Jahr 1877¹⁰⁶. Verknüpfungen zwischen Liberalem Verein, Arbeiterfortbildungsverein und dem einzigen Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein¹⁰⁷ waren in der Person Otto Dieterles gegeben. Dieterle, ab Anfang der achtziger Jahre Magistratssekretär, spielte als Vertrauter des Bürgermeisters Oskar v. Stobäus in der Gemeindeverwaltung besonders bei Wahlvorbereitungen eine nicht unwichtige Rolle¹⁰⁸.

Die Mitglieder des Ausschusses blieben in den Jahren 1871 und 1872 identisch¹⁰⁹, desgleichen die am 4. Juli 1870 gewählte Vorstandschaft mit Gymna-

⁹⁸ Vgl. Krafft an StM, 6. 7. 1870, StR ZR 3212; Krafft war vorher bereits am 17. 1. 1870 als zweiter Vorstand gewählt worden. Vgl. WBR 24. 1. 1870, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 199.

⁹⁹ Vgl. JBHGK 1863 (Titelblattaufdruck zu korrigieren in 1862!), S. 5, bes. S. 20 f.: „Eine Ausschließung des treuen Bundesgenossen Österreich . . . , eine Unschädlichmachung des deutschen Zollvereins, und vergrößerte Zerklüftung Deutschlands unter seinen einzelnen Staaten . . . bezeichnen wir als weitere Haupt-Prinzipien, welche den Absichten des westlichen großen Nachbarstaates zu Grunde liegen.“ Und weiter wird im Hinblick auf den Zollverein gesagt: „ebenso wenig wollen wir außer Acht lassen, daß eine Ausdehnung desselben im Hinblick auf unsern nächsten Nachbar-Staat Österreich, mit dem wir im innigen Verkehr stehen, gewünscht werden muß.“

¹⁰⁰ Vgl. JBHGK 1870, S. 5 und 1870, S. 8.

¹⁰¹ Vgl. Verzeichnis der politischen Vereine für 1870, StR ZR 3169.

¹⁰² Vgl. Dieterle an StM, 25. 5. 1871, StR ZR 6813.

¹⁰³ Vgl. Arbeiterfortbildungsverein an StM, 17. 5. 1867, StR ZR 6813.

¹⁰⁴ Vgl. Arbeiterfortbildungsverein an StM, 2. 2. 1872, 5. 6. 1874, 7. 8. 1876, StR ZR 6813.

¹⁰⁵ Vgl. Dieterle an StM, 23. 12. 1871, StR ZR 3411.

¹⁰⁶ Vgl. Protokoll Dieterle beim StM, 13. 4. 1877 und Aktenvermerk Heitzer, 27. 8. 1877, StR ZR 3411.

¹⁰⁷ Ein ursprünglich der Hirsch-Dunckerschen Richtung angehörender Gewerkverein der Schuhmacher in Regensburg wechselte noch vor 1872 zur sozialdemokratischen Richtung über. Vgl. Richtigstellung Heindls, Vorstand des Fachvereins der Schuhmacher Regensburgs, in: Volksstaat Nr. 5, 17. 1. 1872.

¹⁰⁸ Vgl. RM Nr. 258, 12. 11. 1899; RA Nr. 499, 5. 10. 1902, Nr. 525, 19. 10. 1902.

¹⁰⁹ Vgl. Verzeichnis der politischen Vereine für 1871 und 1872, StR ZR 3169.

sialprofessor Gustav Krafft als erstem und Advokat Karl Adelman als zweitem Vorstand. Eine Führungskrise brach im Liberalen Verein Ende 1873 aus. Am 1. September dieses Jahres legte Professor Krafft seine Stelle nieder, am 27. September Advokat Adelman¹¹⁰; ihrem Beispiel folgte auch der Kassier des Vereins, Stadtkämmerer Josef Würth¹¹¹. Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Reichstagswahlen am 10. Januar 1874 vermied es der Ausschuß, die Streitigkeiten vor die Öffentlichkeit zu bringen, zur provisorischen Vorstandschaft des Vereins wurden Großhändler Theodor Rümmelein, Kaufmann Jakob Krippner und Stiftungsverwalter Lorenz Ernst Meyer bestellt¹¹². In der Generalversammlung vom 13. April 1874 setzte sich Professor Krafft als der „bewährte Vorstand“¹¹³ des Vereins wieder durch, obwohl er mit dem Wegzug des Rechtsrats Ferdinand Heigl und des Privatiers Friedrich Grub von Regensburg zwei seiner engsten Gesinnungsgenossen verloren hatte¹¹⁴. Als Trostpflaster für die vielen Anfeindungen, die er nach Darstellung des Regensburger Tagblattes von Seiten der Gegenpartei, d. h. der Patriotenpartei, erlitt — Differenzen in den eigenen Reihen kamen nicht zur Sprache —, überreichte ihm der Ausschuß im Sommer 1874 eine goldene Standuhr¹¹⁵. Krafft hatte die Führung des Vereins noch zwei Jahre inne, bis ihn anfangs 1876 der bisherige zweite Vorstand, Advokat Adolf Buchmann, ablöste. In die offene zweite Vorstandsstelle wurde Rechtskonzipient Oskar Bernhold gewählt¹¹⁶.

Von 1873 bis 1875 repräsentierten Vorstand und zahlenmäßig stark erweiterter Ausschuß mehr Berufsschichten als in den Jahren vorher. 1873 gliederte sich das vierzigköpfige Gremium (die beiden Vorstände eingeschlossen)¹¹⁷ in 22 Angehörige des Wirtschaftsbürgertums (neun Handwerkstreibende, fünf Kauf-

¹¹⁰ Vgl. Krafft an StM, 25. 11. 1873, StR ZR 3212.

¹¹¹ Vgl. Rümmelein an StM, 1. 12. 1873, StR ZR 3169.

¹¹² Vgl. Rümmelein an StM, 1. 12. 1873 und Vermerk Bürgermeisters Stobäus auf diesem Schreiben, 2. 12. 1873, StR ZR 3169.

¹¹³ Vgl. RTB Nr. 104, 16. 4. 1874.

¹¹⁴ Vgl. Rapport des Vigilanten Kraus an StM, 14. 4. 1874, StR ZR 3212.

¹¹⁵ Vgl. RTB Nr. 192, 15. 7. 1874.

¹¹⁶ Vgl. Buchmann an StM, 13. 1. 1876, StR ZR 3212.

¹¹⁷ Ausschuß 1873: 1) Webermeister Adolf Bach, 2) Apotheker Ludwig v. Baumgarten, 3) Bierbrauer Johann Friedrich Behner, 4) Rechtsanwalt Adolf Buchmann, 5) prakt. Arzt Dr. August Brauser, 6) Kaufmann Jakob Michael Dedel, 7) Färbermeister Johann Deubner, 8) Vorarbeiter Otto Dieterle, 9) Schuhmachermeister Johann Dotter, 10) Großhändler Eduard Engerer, 11) Kaufmann Samuel Eismann, 12) Färbermeister Georg Heyer, 13) prakt. Arzt Adolf Henke, 14) Kaufmann Franz Hupeter, 15) Schreinermeister Jakob Kaiser, 16) pens. Regimentsarzt Dr. Friedrich Krauß, 17) Kaufmann Jakob Krippner, 18) Großhändler Lorenz Simon Ludwig, 19) Stiftungsverwalter Lorenz Ernst Meyer, 20) Kaufmann Franz Poschinger, 21) Techniker Wilhelm Porzelius, 22) Fabrikant Eduard v. Preißlinger, 23) Fabrikant und Bankagent Christoph Rehbach, 24) Redakteur Josef Reitmayr, 25) Metzgermeister Josef Reisinger, 26) Großhändler Theodor Rümmelein, 27) Malzfabrikant Michael Siebentritt, 28) Centralmagazinverwalter Konrad Schwarz, 29) Schlossermeister Tobias Stadler, 30) Malzaufschläger Georg Stahl, 31) prakt. Arzt Dr. Paul Stoer, 32) Privatier Andreas Stöhr, 33) Ökonom Friedrich Trumeter, 34) Privatier Gottlieb Wagner, 35) Büchsenmacher Baptist Wals, 36) Stadtkämmerer Josef Würth, 37) Nagelschmiedmeister Anton Ziegler, 38) Buchdruckereibesitzer Wilhelm Geys. Gewählte Vorstände waren Gymnasialprofessor Gustav Krafft und k. Rechtsanwalt Karl Adelman. Vgl. Rümmelein an StM, 1. 12. 1873, StR ZR 3169 (Ausschußliste).

leute, drei Fabrikanten, drei Großhändler und zwei sonstige Gewerbetreibende), zwölf Angehörige des Bildungsbürgertums (vier Ärzte, zwei Rechtsanwälte, je einen Apotheker, Gymnasialprofessor und Redakteur, dazu drei Gemeindeangestellte — je einen Stadtkämmerer, Stiftungsverwalter und Malzaufschläger), drei unselbständig Beschäftigte (einen Vorarbeiter, einen Techniker und Zentralmagazinsverwalter), zwei Privatiers sowie einen Ökonomen. Der berufliche Querschnitt erfaßte somit ein relativ breites Spektrum, doch fällt die Unterrepräsentanz der unselbständig Beschäftigten und das nunmehrige Übergewicht des Wirtschaftsbürgertums gegenüber dem Bildungsbürgertum auf. Trotzdem stellte das Bildungsbürgertum mit Ärzten, Gymnasialprofessoren, Rechtsanwälten und Rechtskonzipienten bis 1877 die geistige Führungsspitze des Liberalen Vereins. Erst zu diesem Zeitpunkt wurde es zu einem Problem, ja zu einer „Lebensfrage“ des Liberalen Vereins, wie es Oberbahnramtsassistent Theodor Meyer in einem autographierten Einladungsschreiben zu einer erweiterten Ausschusssitzung am 15. Mai 1877 ausdrückte¹¹⁸, überhaupt eine geeignete Persönlichkeit zur Übernahme der ersten Vorstandsstelle zu bewegen. Nach wiederholten Anläufen¹¹⁹ und Vornahme einer Statutenänderung gelang es schließlich, einen dreiköpfigen Ausschuß, in dem die Verantwortung breiter gestreut war, zur Annahme der Wahl zu bewegen. Nunmehr bekleidete mit dem Großhändler Lorenz Simon Ludwig erstmals ein Angehöriger des Wirtschaftsbürgertums die erste Vorstandsstelle, während Oberbahnramtsassistent Theodor Meyer, ein Vertreter der technisch gebildeten Angestellten- bzw. Beamtenschaft die zweite Vorstandsstelle noch vor dem k. Studienlehrer Dr. Wilhelm Vogt auf der dritten Vorstandsstelle einnahm¹²⁰.

Der Rückzug der „Intelligenz“ aus der vordersten Linie, das Nachrücken des Wirtschaftsbürgertums hatte einen Parallelen bereits 1848/49 beim Verein für deutsche Einheit und gesetzliche Freiheit. Das Bildungsbürgertum neigte relativ leicht zur Resignation, sobald sich zeigte, daß idealistische Vorstellungen nicht unmittelbar durchsetzbar waren. In Regensburg hatte man erkennen müssen, daß selbst relativ kleine Fortschritte, beispielsweise Verringerung der Bürgerrechtsgebühren, Veröffentlichung der magistratischen Sitzungsberichte, vom Stadtmagistrat boykottiert wurden. Auch eröffnete sich keine Aussicht, daß der Reichstagswahlkreis Regensburg wegen der Majorität konservativer Wähler des Umlandes der Stadt Regensburg jemals einem liberalen Kandidaten zufallen würde. Im Reich verloren die Nationalliberalen in ihrer Kompromißbereitschaft gegenüber Bismarck immer mehr an liberaler Substanz, die Fortschrittspartei war in eine ohnmächtige Oppositionsstellung abgedrängt worden¹²¹. In dieser Situation zeigte es sich, daß die Zielvorstellungen des bisher weitgehend einheitlich auftretenden Bildungs- und Besitzbürgertums auseinanderstrebten¹²². Die freihändlerischen Wirtschaftskreise begnügten sich im Grunde mit der Schöpfung des Nationalstaates, der Ausbau des konstitutionellen Systems kümmerte sie wenig.

¹¹⁸ Vgl. RM Nr. 109, 16. 5. 1877.

¹¹⁹ Bereits am 4. 5. 1877 war eine Versammlung mit der Tagesordnung „Neuwahl der Vereinsvertretung“ ausgeschrieben worden. Vgl. RTB Nr. 122, 4. 5. 1877; RM Nr. 109, 16. 5. 1877.

¹²⁰ Vgl. Ludwig an StM, 25. 5. 1877, StR ZR 3212; RTB Nr. 143, 26. 5. 1877; RM Nr. 120, 30. 5. 1877.

¹²¹ Vgl. G. Seeber S. 2 f., 8 ff.

¹²² Vgl. W. Bußmann, Geschichte S. 542 ff.

Sie waren bereit, Bismarck so lange zu folgen, als er ihren wirtschaftlichen Interessen nicht direkt entgegenarbeitete. Dieser Zeitpunkt trat aber schon sehr bald, mit der Hinwendung des Kanzlers zum wirtschaftspolitischen Protektionismus 1879, ein ¹²³.

Diese Differenzierung der liberalen Kräfte in der Reichspolitik läßt sich tendenziell auch in der Zusammensetzung von Vorstandschaft und Ausschuß des Liberalen Vereins verfolgen. Nachdem das wirtschaftliche Großbürgertum Regensburgs nach anfänglichem Zögern zunächst nur im Ausschuß des Liberalen Vereins vertreten war, hatte es 1877 in der Vorstandschaft die Führung übernommen, um sich davon aber bereits 1879 wieder zurückzuziehen. In diesem Jahre wurde ein technischer Beamter, Wilhelm Hofmann, Oberinspektor bei der Eisenbahn, an die Spitze gewählt, an der er auch bis 1883 verblieb. Während die Vorstandschaft 1879 lediglich zweiköpfig, mit Dr. med. Wilhelm Saalfrank ¹²⁴ an zweiter Position besetzt wurde, entschied man sich 1880 und die nächstfolgenden Jahre wieder für eine dreiköpfige Besetzung mit Privatier und Magistratsrat Friedrich Albrecht an zweiter und Kaufmann Georg Adam Schöpf an dritter Stelle ¹²⁵.

Das Bild der beruflichen Zusammensetzung der Ausschüsse fügte sich in diesen Gesamttrend ein. Mit Einschluß der Vorstandschaft zählten 1876 von 14 Personen sechs zum Bildungsbürgertum (davon ein Advokat, ein Rechtskonzipient, ein Gymnasialprofessor und drei Verwaltungsangestellte bzw. -beamte), sieben zum Besitzbürgertum (zwei Großhändler, ein privatisierender und ein aktiver Fabrikant, drei Handwerksmeister) und einer zu den nichtselbständig Beschäftigten ¹²⁶. 1879 fiel neben der Tatsache, daß der Ausschuß nicht einmal in seiner Sollstärke besetzt werden konnte, vor allem das Fehlen der Großhändler auf. Ein Zug ins kleinbürgerliche Milieu war unverkennbar, das Auftauchen eines Tändlers im Ausschuß bezeichnend ¹²⁷. Der Rückzug der Großhändler war allerdings nicht endgültig, bereits 1881 nahmen sie ihre Stellung im Ausschuß wieder ein ¹²⁸. Mitte der 1880iger Jahre behaupteten Beamte im Liberalen Verein ein relativ breites Feld, gleichzeitig sammelte sich das liberal ausgerichtete, politisch interessierte Bildungs- und Besitzbürgertum doch wieder hier, da sich ja außer dem bayerisch-patriotischen Katholischen Kasino lediglich der Liberale Verein als politisches Kristallisationszentrum anbot. 1885 setzten sich Vorstandschaft und Ausschuß aus sechs Vertretern des Besitzbürgertums (drei Großhändlern, zwei handwerklich Gewerbetreibenden, einem privatisierenden ehemaligen Konditor) und acht Vertretern des Bildungsbürgertums (zwei Ärzten, einem Rechtsanwalt, fünf staatlichen bzw. städtischen Beamten und Bediensteten) zusammen ¹²⁹. Nachdem ab 1884 mit Dr. Karl Reinhold ein Rechtsanwalt an die Spitze des Vereins gewählt worden war, der vom Bahnhofsinspektor Otto Leh-

¹²³ Vgl. H. Böhme S. 552 ff.

¹²⁴ Hofmann an StM, 23. 3. 1879, StR ZR 3212; Verzeichnis der politischen Vereine für 1879, 4. 12. 1879, StR ZR 3169.

¹²⁵ Vgl. Hofmann an StM, 17. 9. 1880, desgl. 8. 3. 1881, StR ZR 3212; Verzeichnisse der politischen Vereine für 1880, 1881, 1882, 1883, StR ZR 3169.

¹²⁶ Vgl. Buchmann an StM, 13. 1. 1876, StR ZR 3212; Verzeichnis der politischen Vereine für 1876, 15. 12. 1876, StR ZR 3169.

¹²⁷ Vgl. Hofmann an StM, 23. 3. 1879, StR ZR 3212.

¹²⁸ Vgl. Hofmann an StM, 8. 3. 1881, StR ZR 3212.

¹²⁹ Vgl. Reinhold an StM, 4. 5. 1885, StR ZR 3212.

ner als zweitem Vorstand unterstützt wurde¹³⁰, brach ab Anfang der 1890iger Jahre eine Phase der liberalen Kommerzienräte in der Führung des Liberalen Vereins an. Auf Kommerzienrat und Eisenhändler Georg Niedermayer¹³¹ folgte, nach Einschub des Rechtsanwalts Oskar Bernhold¹³² ab 1900 Kommerzienrat und Lederfabrikant Friedrich Pauer¹³³. 1903 wurde dieser abgelöst von Rechtsanwalt Dr. Georg Seitz, gleichzeitig trat der Weingroßhändler und Kommerzienrat Heinrich Zöllner nach fast zwanzigjähriger Tätigkeit als Vereinskassier zurück¹³⁴. Die Besetzung des Ausschusses im Jahre 1903 offenbarte ein Engagement des Besitzbürgertums, wie es vorher noch nicht der Fall war¹³⁵. Unter den 24 Mitgliedern des Ausschusses und der Vorstandschaft befanden sich allein sechs k. Kommerzienräte, daneben drei Großhändler, zwei Fabrikbesitzer, ein aktiver und ein privatisierender Bauunternehmer. Das Wirtschaftsbürgertum stellte 1906 mit dem Großhändler Wilhelm Laux und dem Sailerwarenfabrikanten Leonhard Seyboth nochmals eine Vorstandschaft¹³⁶. 1908 wurde Dr. Alfons Frhr. v. Gagern, k. Bezirksamtsassessor¹³⁷, nach dessen Wegzug von Regensburg 1909¹³⁸ der k. Regierungs- und Forstrat Peter Burgmayer an die Spitze gewählt¹³⁹. Diese Schwenkung in das Beamtenlager wurde noch augenscheinlicher durch die Einbeziehung des k. Gefängnisinspektors Friedrich Kretzer als zweitem Vorsitzenden¹⁴⁰. Der Ausschuß des Jahres 1908 — nunmehr in Vorstandschaft umbenannt — folgte in seiner Zusammensetzung ebenfalls dieser Tendenz¹⁴¹. Von

¹³⁰ Vgl. Reinhold an StM, 25. 4. 1884, 4. 5. 1885, 29. 11. 1887, 16. 5. 1890, StR ZR 3212.

¹³¹ Vgl. Aktvermerk Vigilant Griffke, 14. 2. 1894, StR ZR 3212.

¹³² Oskar Bernhold, der bereits 1876 als Rechtskonzipient zweiter Vorstand des Liberalen Vereins gewesen war, bekleidete die erste Vorstandsstelle von 1895 bis 1900; Kommerzienrat Niedermayer war in dieser Zeit zweiter Vorstand. Vgl. Aktvermerk Stobäus, 18. 1. 1895, StR ZR 3212; RTB Nr. 77, 19. 3. 1900.

¹³³ Vgl. Pauer an StM, 9. 8. 1900, StR ZR 3212.

¹³⁴ Vgl. RTB Nr. 59, 3. 3. 1903; Zöllner wurde 1884 zum erstenmal als Kassier aufgeführt. Vgl. Reinhold an StM, 25. 4. 1884, StR ZR 3212.

¹³⁵ Vgl. RTB Nr. 59, 3. 3. 1903.

¹³⁶ Vgl. BVBo Nr. 185, 14. 7. 1906; Laux war bereits zweiter Vorstand seit 1900. Vgl. Pauer an StM, 9. 8. 1900, StR ZR 3212; Vereinsregister des k. Amtsgerichts Regensburg I, Bd. 1, Nr. 22 (Einträge vom 10. 8 1903, 22. 6. 1904, 14. 7. 1905, 21. 7. 1906, 3. 9. 1907).

¹³⁷ Vgl. Protokoll der Vorstandssitzung des Liberalen Vereins, 5. 6. 1908 (Abschrift), StR ZR 3212; zweiter Vorsitzender verblieb Leonhard Seyboth. Vgl. ebd.

¹³⁸ Vgl. BVBo Nr. 76, 18. 3. 1909.

¹³⁹ Vgl. Vereinsregister des k. Amtsgerichts Regensburg I, Bd. 1, Nr. 22 (Eintrag vom 3. 6. 1909).

¹⁴⁰ Vgl. ebd. Kretzer wurde ein Jahr später, 1910, durch den Privatier Balthasar Berbert ersetzt. Vgl. Vereinsregister des k. Amtsgerichts Regensburg I, Bd. 1, Nr. 22 (Einträge vom 6. 7. 1910, 3. 7. 1911, 18. 5. 1912, 21. 1. 1913).

¹⁴¹ Vorstandschaft (früher Ausschuß) 1908: 1) k. Bezirksamtsassessor Dr. Alfons Frhr. v. Gagern, 2) k. Konrektor Dr. Philipp Keiper, 3) Fabrikbesitzer Leonhard Seyboth, 4) Großhändler Wilhelm Laux, 5) Großhändler Heinrich Christlieb, 6) Oberlehrer Karl Letz, 7) k. Gymnasialprofessor Dr. Hermann Schott, 8) Privatier Balthasar Berbert, 9) k. Forstrat Peter Burgmayer, 10) Obermagazinier Josef Baumann, 11) Baumeister Hans Schrickler, 12) k. Kommerzienrat, Guts- und Fabrikbesitzer Wilhelm Neuffer, 13) Postexpeditor 1. Kl. Jakob Binder, 14) Hofbuchhändler Wilhelm Wunderling. Vgl. Protokoll der ordentlichen Mitgliederversammlung des Liberalen Vereins, 22. 5. 1908 (Abschrift), StR ZR 3212.

14 Mitgliedern zählten sieben zum Bildungsbürgertum und Beamtentum, nur fünf zum Besitzbürgertum, je einer zu den unselbständig Beschäftigten und Privatiers. Lehrer spielten nach dem Abgang des Gymnasialprofessors Krafft 1876 im Liberalen Verein über eine längere Strecke hinweg nur mehr eine Nebenrolle. In den 1880iger Jahren versah der Turnlehrer Albrecht Balzer¹⁴², um die Jahrhundertwende der Lehrer Karl Mädler¹⁴³ und 1908 der Oberlehrer Karl Letz die Funktion eines Schriftführers¹⁴⁴. Letz war 1907 allerdings bereits als Zählkandidat für die Reichstags- und Landtagswahlen nominiert worden. Diese undankbare Aufgabe nahm er auch 1912 bei den Reichstagswahlen nochmals auf sich. Ab 1908 traten Akademiker wieder verstärkt auf den Plan, um bei der Gründung des Liberalen Klubs Regensburg 1912 dann die entscheidenden Impulse zu geben. Letzter Vorsitzender vor der Selbstauflösung des Liberalen Vereins und zugleich Liquidator des Vereinsvermögens war 1912 wiederum ein Kommerzienrat, Baumeister Hans Schricker¹⁴⁵, zugleich Vorstand des Verbandes der Arbeitgeber des Baugewerbes für Regensburg und Umgebung seit 1906¹⁴⁶.

Die Untersuchung der beruflichen und sozialen Zusammensetzung der Führungsschicht des Liberalen Vereins Regensburg, die durch nicht konstante Mitgliederzahlen von Vorstandschafft und Ausschuß kompliziert wird, zeigte eines deutlich: Von der Führungsstruktur her war die liberale Partei in Regensburg eine ausgeprägte Honoratiorenpartei. Dieses an sich zu erwartende Ergebnis, das für die lokale liberale Parteiorganisation im Deutschen Reiche typisch war¹⁴⁷, wird dadurch interessant, daß es sich näherhin differenzieren läßt: In verschiedenen Phasen waren verschiedene Gruppen jeweils unterschiedlich stark engagiert. Während in den Anfangsjahren das Bildungsbürgertum mit Rechtsanwälten, Ärzten und Gymnasiallehrern das Feld beherrschte, gab ab den neunziger Jahren und um die Jahrhundertwende das Wirtschaftsbürgertum mit seine Repräsentanten, den liberalen k. Kommerzienräten den Ton an. Dazwischen waren in einer Periode stark nachlassenden politischen Interesses Vertreter des kleinbürgerlichen Milieus in den Vordergrund gerückt. In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg lösten dann Verwaltungsbeamte und in zunehmendem Maße Lehrer das Wirtschaftsbürgertum ab.

Weniger als über die Führungsschicht läßt sich über die Zahl und soziale Zusammensetzung der Mitglieder des Liberalen Vereins für Regensburg und Umgebung aussagen. Zunächst aber sei auf den Umstand hingewiesen, daß „der liberalen Partei angehören“ vor der Gründung des Liberalen Vereins nur hieß, Wähler der liberalen Partei bzw. Parteien zu sein¹⁴⁸. Zum Landesauschuß der Fortschrittspartei in Bayern und somit zu den Parteimitgliedern im eigentlichen Sinne zählten¹⁴⁹ — soweit ich sehe — keine Regensburger. Nach der Gründung

¹⁴² Vgl. Reinhold an StM, 25. 4. 1884, 4. 5. 1885, 29. 11. 1887, StR ZR 3212.

¹⁴³ Vgl. Pauer an StM, 9. 8. 1900, StR ZR 3212.

¹⁴⁴ Vgl. Protokoll der Vorstandssitzung des Liberalen Vereins, 5. 6. 1908 (Abschrift), StR RZ 3212.

¹⁴⁵ Vgl. Vereinsregister des k. Amtsgerichts Regensburg I, Bd. 1, Nr. 22 (Einträge vom 18. 5. 1912, 21. 1. 1913).

¹⁴⁶ Vgl. Vereinsregister des k. Amtsgerichts Regensburg I, Bd. 1, Nr. 5 (Einträge vom 23. 5. 1906, 19. 9. 1914). Der Verband der Arbeitgeber des Baugewerbes für Regensburg und Umgebung bestand seit 5. 4. 1900. Vgl. ebd.

¹⁴⁷ Vgl. Th. Nipperdey, Organisation S. 42 ff., 85 ff.

¹⁴⁸ Vgl. Th. Nipperdey, Organisation S. 37, Anm. 1.

¹⁴⁹ Vgl. Th. Nipperdey, Organisation S. 20.

des Liberalen Vereins wurde die Zugehörigkeit zur liberalen Partei mehr und mehr an der Zugehörigkeit zur lokalen Organisation gemessen. Die Vereinsform mit ausdrücklicher Erklärung der Mitgliedschaft aber bedeutete eine festere Bindung, eine Kundgabe der politischen Einstellung nach außen, den Verlust der Anonymität und der Unverbindlichkeit der Parteigängerschaft, vielleicht auch eine Einschränkung der Entscheidungsfreiheit von Wahl zu Wahl. Dies verhinderte, daß die Zahl der organisierten Parteimitglieder jemals die Zahl der Parteisympathisanten bzw. -wähler erreichte. Diese Erkenntnis reifte im Verein selbst erst allmählich heran. Noch 1875 glaubte das Regensburger Tagblatt Persönlichkeiten öffentlich tadeln zu können, die zwar eindeutig nicht der Gegenpartei angehörten, sich aber auch dagegen sperrten, in den Liberalen Verein einzutreten. Gleichzeitig wurde aus der Formulierung deutlich, wie weit berufliche und geschäftliche Rücksichten eine parteipolitische Festlegung unratsam erscheinen lassen konnten ¹⁵⁰.

Der Liberale Verein stieß zum Zeitpunkt seiner Entstehung auf ein reges Interesse. Er hatte sich die Verwirklichung des kleindeutschen Nationalstaates auf sein Banner geschrieben und die Begeisterung über die Reichsgründung führte ihm bis 1873 nahezu 600 Mitglieder zu ¹⁵¹; das Katholische Kasino allerdings zählte zum gleichen Zeitpunkt etwa doppelt so viele Personen. Im Frühjahr 1874 war der Verein fast am Erlöschen begriffen und zur Generalversammlung kam nicht einmal mehr ein Fünftel der Mitglieder ¹⁵². Unter Kraffts Führung besserten sich die Verhältnisse allerdings wieder, bis zu Beginn des Jahres 1875 erreichte die Mitgliederzahl fast 700 ¹⁵³. In das Jahr 1875 fiel die erste Landtagswahl, bei der die Stadt Regensburg einen eigenen Wahlkreis bildete, weswegen die Anstrengungen der Mitgliederwerbung erheblich verstärkt wurden. Im gleichen Jahre konnten weitere 180 Mann gewonnen werden ¹⁵⁴. Bis zur Jahrhundertwende fehlt dann jeder weitere konkretere Hinweis auf Mitgliederzahlen, doch darf man aus der Entwicklung von Ausschußmitgliederzahl und den sonstigen, sehr spärlichen Lebenszeichen des Liberalen Vereins schließen, daß auch die Zahl der aktiven Mitglieder sehr stark abnahm; rein nominell mag freilich bei der Beitragsfreiheit der Mitgliedschaft die Zahl in etwa erhalten geblieben sein. Das würde jedenfalls zum Teil erklären, warum 1903 plötzlich eine Gesamtmitgliederzahl von „über 1000“ ¹⁵⁵ genannt wird, auch wenn man einen neuerlichen kräftigen Mitgliederschub durch die heftig aufflammenden Kämpfe um die Gemeindewahlen seit 1899 in Rechnung stellt.

Aktivitäten

In der Phase unmittelbar nach seiner Gründung, von Juni 1869 bis zum Ausbruch des deutsch-französischen Krieges im Juli 1870, entwickelte der Liberale Verein eine geradezu überschäumende Aktivität. Außer der Organisation der

¹⁵⁰ „Von den nicht ultramontan gesinnten Elementen unserer Stadt, die durch Unabhängigkeit ihrer geschäftlichen Stellung in ihrem politischen Verhalten unbeengt sind, fehlen nur wenige im Verzeichniß unserer Mitglieder, auffallender Weise aber gerade einige Namen, von denen man es am wenigsten erwartet hätte.“ RTB Nr. 19, 19. 1. 1875.

¹⁵¹ Vgl. Vigilant Kraus an StM, 14. 4. 1874, StR ZR 3212.

¹⁵² Vgl. ebd.

¹⁵³ Vgl. RTB Nr. 19, 19. 1. 1875.

¹⁵⁴ Vgl. WBR 17. 1. 1876, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 201.

¹⁵⁵ RTB Nr. 180, 10. 7. 1903.

Landtags- und Gemeindewahlkämpfe im November und Dezember 1869, der Absendung einer Protestresolution an den Landtag gegen die Einführung des Milizsystems¹⁵⁶ und der Durchführung einer Großveranstaltung mit auswärtigen Abgeordneten leitete er zu Beginn des Jahres 1870 auch die Gründung des Liberalen Kreisvereins der Oberpfalz in die Wege. Die erste politische Aktion aber, mit welcher er an die Öffentlichkeit trat, lag auf kommunalpolitischem Gebiet. Nach dem Vorbild anderer bayerischer Städte, etwa Münchens und Nürnbergs, sollte auch in Regensburg die Frage der hohen Bürgerrechtsgebühren erörtert werden¹⁵⁷. Das Bürgerrecht in Regensburg kostete zu diesem Zeitpunkt zwischen 50 und 200 Gulden, gestaffelt nach Steuereinkommen und gemeindefreier sowie staatlicher Zugehörigkeit¹⁵⁸, das Heimatrecht 48 Gulden für Inländer, 96 Gulden für Ausländer (d. h. Nichtbayern)¹⁵⁹. In der Vereinssitzung vom 2. August 1869 forderte Rechtskonzipient Ferdinand Heigl in einem Antrag an den Regensburger Stadtmagistrat und das Gremium der Gemeindebevollmächtigten eine Ermäßigung der hohen Bürgerrechtsgebühr auf das Niveau der niedrigeren Heimatrechtsgebühr und die unentgeltliche Aufnahme der zum Stichtag des 1. Juli 1869 vorhandenen Beisassen als Bürger. Zur Begründung berief er sich auf den Grundsatz, daß jeder Steuerpflichtige berechtigt sein müsse, am Bewilligungsrechte bzw. der Wahl der Repräsentanten, die dieses Recht stellvertretend ausübten, teilzuhaben¹⁶⁰. Unter dem 30. August 1869 lief schließlich beim Stadtmagistrat Regensburg eine Denkschrift des Liberalen Vereins ein, die nunmehr die unentgeltliche Verleihung des Bürgerrechts für alle forderte, die das Heimatrecht bereits am 1. 7. 1869 in Regensburg besaßen¹⁶¹. Die liberalen Regensburger Stadtväter waren jedoch wenig geneigt, auf diesen Vorschlag einzugehen. Abgesehen von Einnahmeverlusten für die Gemeindekasse befürchteten sie die Untergrabung ihrer durch das bisherige Wahlsystem gesicherten Stellung. Dieses Meinungsbild vermittelte Bürgermeister Oskar Stobäus offen dem Regierungspräsidenten der Oberpfalz und von Regensburg¹⁶². Die Höhe der Bürgerrechtsgebühren wirkte de facto als Zensus, durch den der wirtschaftlich schwächere, politisch überwiegend konservativ eingestellte katholische Bevölkerungsteil gezielt vom Gemeindewahlrecht ausgeschlossen werden konnte. Durch eine von Anfang an eingeschlagene Verzögerungstaktik¹⁶³ erreichte der Magistrat, daß die im Herbst 1869 stattfindenden äußerst wichtigen Gemeindewahlen — es wurden die städtischen Kollegien nach den Vorschriften der neuen Gemeindeordnungen von 1869 vollkommen neu gewählt — noch unter Geltung der bisherigen Gebührensätze abliefen. Eine gemischte Kommission aus Mitgliedern des Stadtmagistrats und Gremiums der Gemeindebevollmächtigten, die auf Magi-

¹⁵⁶ Vgl. RTB Nr. 187, 10. 7. 1870. Ende März 1870 hatte der pfälzische demokratische Abgeordnete Georg Kolb zur Verringerung der Militärkosten das Milizsystem nach Schweizer Vorbild vorgeschlagen. Er wurde dabei von der Patriotenpartei unterstützt, während sich die Fortschrittspartei dagegen wandte. Vgl. Th. Schieder, *Kleindeutsche Partei* S. 239—255.

¹⁵⁷ Vgl. RTB Nr. 210, 2. 8. 1869.

¹⁵⁸ Vgl. Bekanntmachung des StM, 9. 7. 1869, RW Nr. 28, 13. 7. 1869.

¹⁵⁹ Vgl. Bekanntmachung des StM, 4. 2. 1870, RW Nr. 7, 15. 2. 1870.

¹⁶⁰ Vgl. RTB Nr. 227, 19. 8. 1869.

¹⁶¹ Vgl. StR ZR 1887.

¹⁶² Vgl. WBR 23. 8. 1869, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 199.

¹⁶³ Vgl. RTB Nr. 221, 13. 8. 1869.

stratsbeschuß vom 31. August 1869 zur Beratung über die Herabsetzung der Bürgerrechtsgebühren eingesetzt wurde und der auch Advokat Sonnenleitner, der Vorstand des Liberalen Vereins als Magistratsrat angehörte, trat erst im Januar 1870 zusammen¹⁶⁴. Ergebnis dieser Gutachterkommission unter Vorsitz des Bürgermeisters Stobäus war die neue Gebührenordnung zum Heimat- und Bürgerrecht vom 4. Februar 1870, die eine geringe Ermäßigung um jeweils fünf Gulden für Niedrigstbesteuerte, jedoch keineswegs die kostenlose Verleihung des Bürgerrechts an alle Heimatberechtigten, wie vom Liberalen Verein beantragt, erbrachte. Lediglich eine differenziertere Staffelung der Bürgerrechtstaxe entsprechend steigenden Steuerabgaben, der Abzug der Heimatgebühr in allen Fällen und die Erwerbung des Bürgerrechts für ehemalige Regensburger Insassen innerhalb einer Frist von drei Monaten zum Niedrigstgebührensatz von 45 Gulden, abzüglich der vormals bezahlten Insassengebühr, wurde zugestanden¹⁶⁵. Der Antrag des Liberalen Vereins wurde somit von „liberalen“ Gesinnungsgenossen in Gemeindeämtern weitgehend unterlaufen und seiner Intention beraubt. Hier zeigte sich, daß es — was im allgemeinen Sprachgebrauch nicht zum Ausdruck kam — zwei verschiedene Arten von Liberalismus gab: Einen Weltanschauungsliberalismus, wie ihm die Gemeindeverteter huldigten, der, politisch konservativ, lediglich die geistige Freiheit für sich beanspruchte, und einen politischen Liberalismus, der immer mehr Freiheitsrechte auch im staatlich-politischen Bereich verwirklichen wollte¹⁶⁶.

Kurz nach der Landtagsauflösung (6. Oktober 1869) verabschiedete der Liberale Verein in einer außerordentlichen Versammlung am 11. Oktober 1869 einen Antrag an das Staatsministerium des Innern, für die Neuwahlen einen eigenen Wahlkreis für die Stadt Regensburg zu bilden¹⁶⁷. Die treibende Kraft, die, wie auch schon in der Frage der Bürgerrechtsgebühren, mit klar begründeten Anträgen die Versammlung für die Sache zu gewinnen verstand, war offensichtlich wieder Rechtskonzipient Ferdinand Heigl. Der Liberalismus hatte in Bayern vor allem im Besitz- und Bildungsbürgertum der Städte, insbesondere solchen mit reichsstädtischen, d. h. mit protestantischen Traditionen, seine feste Stütze¹⁶⁸. Deren Stimmen drohten jedoch in Wahlkreisen mit überwiegend katholisch-konservativem Umland, so etwa auch im Falle Regensburgs, unterzugehen. Als Ausweg bot sich die Isolierung der Städte als eigener Wahlkreise an, eine Möglichkeit, die dem Innenministerium durch Artikel 2 des bayerischen Wahlgesetzes vom 10. Juni 1848 in die Hand gegeben war¹⁶⁹. Groß war jedoch die Enttäuschung bei den Liberalen Regensburgs, als die Nichtberücksichtigung ihrer Forderung durch das liberale Ministerium bekannt wurde — ein Umstand, der auf die Bestrebungen des Liberalen Vereins momentan sehr deprimierend wirkte¹⁷⁰.

¹⁶⁴ Vgl. Aktvermerke StM 31. 8. 1869, 21. 9. 1869, 7. 1. 1870, 17. 1. 1870, StR ZR 1887; RTB Nr. 21, 21. 1. 1870.

¹⁶⁵ Vgl. RW Nr. 7, 15. 2. 1870.

¹⁶⁶ Vgl. F. Schnabel, Geschichte, Bd. 3, S. 125 ff., 220 ff.

¹⁶⁷ Vgl. RTB Nr. 282, 13. 10. 1869, Nr. 283, 14. 10. 1869; Kurier für Niederbayern Nr. 281, 14. 10. 1869.

¹⁶⁸ Vgl. D. Thränhardt S. 58 f., 68 ff.

¹⁶⁹ Vgl. Gesetz, die Wahl des Landtagsabgeordneten betr., Druck: Gesetzblatt 1848, Sp. 77—88.

¹⁷⁰ Vgl. StM an RegOR, 26. 10. 1869, StR ZR 3212; auch StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 13 917.

Hatte man in der Frage der Bürgerrechtsgebühren bereits erste negative Erfahrungen mit der Immobilität bzw. dem Willen zu eigenständiger politischer Einflußnahme liberaler Behörden gemacht, so setzte sich dieser Eindruck nun fort. Die Mitteilung aus dem Munde des Regierungspräsidenten der Oberpfalz und von Regensburg, eine entsprechende Änderung habe deshalb im Bereich der Unmöglichkeit gelegen, weil die Vorschläge über die Wahlbezirkseinteilung bei Einlauf der Regensburger Vorstellung bereits Seiner Majestät dem König zur Sanktion unterbreitet gewesen seien¹⁷¹, mochte vordergründig zutreffen. Ausschlaggebend dafür, daß das Ministerium des Innern, welches mit dem Mittel der sogenannten Wahlkreisgeometrie ansonsten virtuos zugunsten der Fortschrittspartei operierte, nicht schon von sich aus Regensburg-Stadt zum selbständigen Wahlkreis erhoben hatte, war sicher der Umstand, daß man einen derartigen Schritt nach der Niederlage der Regensburger Liberalen bei den Maiwahlen 1869 als nutzlos ansah; die Bemerkung, daß die „höchste Stelle . . . mit Befriedigung ersehen habe, daß in Regensburg die liberalen Bestrebungen nicht mehr vereinzelt dastehen, sondern eine Anzahl tüchtiger Kräfte“¹⁷² sich zusammengefunden hätten, ließ die Skepsis an der Schlagkraft der liberalen Partei in Regensburg, eine Entscheidung zu ihren Gunsten herbeizuführen, deutlich spüren. Auf längere Sicht aber liefen die Interessen der liberalen Kräfte selbstverständlich parallel. Nach dem Sieg der Liberalen im Stadtgebiet Regensburgs im November 1869 fanden sich im Gesetzentwurf für ein neues Landtagswahlgesetz vom Frühjahr 1870¹⁷³ dem Wahlkreis Regensburg vom Regensburger Umland nur mehr die Gemeinden Stadtamhof und Steinweg zugeschlagen. Doch auch dagegen wurde Protest in Regensburg erhoben. Zuerst wies das Gremium der Gemeindebevollmächtigten darauf hin, daß einer Reihe viel kleinerer Städte mit weniger als 20 000 Einwohnern, wie Amberg, Ingolstadt, Passau, Bayreuth, Hof und Aschaffenburg, ein eigener Wahlkreis zugestanden worden sei¹⁷⁴. Anschließend verabschiedete der Liberale Verein am 2. Mai 1870 eine Adresse an die Kammer der Abgeordneten, in der die Bitte erneuert wurde, die Stadt Regensburg zu einem selbständigen Wahlkreis zu erheben¹⁷⁵. Tatsächlich wurde zur nächsten Landtagswahl 1875 schließlich ein Wahlkreis Regensburg präsentiert, der einzig die Stadt selbst umfaßte. Dies war denn auch die Grundvoraussetzung, daß künftig wenigstens zeitweise — so 1875, 1887 und 1893 — ein liberaler Kandidat für Regensburg in den Landtag einziehen konnte. Die Entscheidung in dieser Richtung forciert zu haben, konnte der Liberale Verein als Teilverdienst für sich verbuchen.

In der erwähnten Adresse vom 2. Mai 1870 sprach der Liberale Verein auch den Wunsch aus, die aktive wie die passive Wahlfähigkeit mit dem 21. Lebensjahr beginnen zu lassen und von einer direkten Steuer als Wahlvoraussetzung abzu-sehen¹⁷⁶. Man stellte jetzt in Regensburg diese Forderung nach dem allgemeinen, gleichen Landtagswahlrecht, nachdem der von der Regierung vorgelegte neue Wahlgesetzentwurf den Erwartungen nicht entsprach.

¹⁷¹ Vgl. ebd.

¹⁷² StM an RegOR, 26. 10. 1869, StR ZR 3212; auch StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 13 917.

¹⁷³ Druck: KdA 1870, Beil. Bd. 2, S. 425—435, bes. S. 433.

¹⁷⁴ Vgl. GB an StM, 28. 4. 1870, StR ZR 142.

¹⁷⁵ Vgl. RTB Nr. 122, 4. 5. 1870.

¹⁷⁶ Vgl. ebd.

Als äußerer Höhepunkt seiner Tätigkeit aber wurde vom Verein selbst eine werbewirksame politische Großveranstaltung mit einer Reihe liberaler Landtags- und Zollparlamentsabgeordneten am 22. Mai 1870 im Saal des Neuen Hauses gewertet¹⁷⁷. Achthundert bis tausend Zuhörer nicht nur aus Regensburg, sondern der ganzen Oberpfalz, hatten sich hierdurch anlocken lassen¹⁷⁸. Als Referenten waren die Spitzen der Fortschrittspartei in Bayern, Landtagsabgeordneter Dr. Josef Völk aus dem Allgäu¹⁷⁹ und Prof. Heinrich v. Marquardsen aus Erlangen¹⁸⁰ erschienen. In ihrer Begleitung befanden sich die ebenfalls zur Fortschrittspartei zählenden Landtagsabgeordneten Karl Herz und Karl Föckerer aus dem niederbayerischen Vilshofen¹⁸¹. Der Vorstand des Liberalen Vereins, Rechtsanwalt Sonnenleitner, benutzte die Einführung sogleich zu einem Angriff auf die Gegenpartei: Bei der beharrlichen Schweigsamkeit der patriotischen Deputierten des eigenen Wahlkreises, mußten es die Abgeordneten anderer Bezirke übernehmen, über die politische Lage persönlich Bericht zu erstatten¹⁸². Die auswärtigen Referenten nahmen die ihnen zugedachte stellvertretende „Vaterstelle“¹⁸³ bereitwillig an, bot sich ihnen doch Gelegenheit, für die Vorstellungen ihrer Partei vor breitem Publikum zu werben. Neben aktuellen Problemen aus dem Bereich des Zollparlaments, wo Marquardsen und Völk eben für eine Erhöhung der Kaffeesteuer gestimmt hatten¹⁸⁴, und solchen der bayerischen Innenpolitik — Ehegesetzgebung und Schulgesetzentwurf¹⁸⁵ —, konzentrierten sich die Beiträge vor allem auf die Nationalstaatsfrage. Hier setzte sich Völk für einen unbedingten Anschluß Bayerns an Preußen ein. Widerspruch dagegen erhob sich dann allerdings von unerwarteter Seite. Nicht ein Anhänger der Patriotenpartei, sondern ein Mitglied des sozialdemokratischen Vereins Regensburgs, der Badergeselle Luber aus Etterzhausen, wagte es, den Parteigrößen entgegenzutreten. Er sah im Zollparlament nur ein Instrument zur Bewilligung von Steuern für Preußen und stritt den „deutschen Beruf Preußens“ mit dem Hinweis auf die Preisgabe Luxemburgs 1867 an Frankreich ab¹⁸⁶. Die Reaktion der Versammlung bestand darin, Luber die Fortsetzung des Diskussionsbeitrages durch tumultuarische Zwischenrufe¹⁸⁷ unmöglich zu machen. Abgeordneter Herz bedauerte nicht etwa diese Beeinträchtigung der Redefreiheit, sondern rügte das Auftreten solcher Vertreter des Arbeiterstandes, wo doch die liberale Partei durch die Kämpfe für

¹⁷⁷ Vgl. RTB Nr. 187, 10. 7. 1870.

¹⁷⁸ Vgl. StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 13 917; dort ist die Teilnehmerzahl durch Streichung von 400—430 in 800—1000 korrigiert; RTB Nr. 145, 27. 5. 1870 nennt 900—1000 Teilnehmer.

¹⁷⁹ Dr. Josef Völk (1819—1882), MdKdA 1855—1882, MdR 1871—1881. Vgl. Th. Schieder, *Kleindeutsche Partei* S. 9 f.

¹⁸⁰ Dr. Heinrich v. Marquardsen (1826—1897), Erlanger Staatsrechtler, MdKdA 1869—1897, MdR 1871—1897, Vorsitzender der Nationalliberalen Fraktion im Reichstag 1883—1887. Vgl. H. Kalkoff S. 101, 284.

¹⁸¹ Vgl. zu Föckerer Th. Schieder, *Kleindeutsche Partei* S. 15.

¹⁸² Vgl. RTB Nr. 142, 24. 5. 1870.

¹⁸³ RM Nr. 116, 24. 5. 1870.

¹⁸⁴ Vgl. J. Schmidt S. 357—361.

¹⁸⁵ Vgl. dazu H. Hesse S. 175 ff., 300 ff.; Th. Schieder, *Kleindeutsche Partei* S. 195 f.

¹⁸⁶ Vgl. Versammlungsbericht (undatiert), StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 13 917; Volksstaat Nr. 46, 8. 6. 1870.

¹⁸⁷ Vgl. StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 13 917.

die sozialen Gesetze¹⁸⁸ bewiesen habe, „daß sie den Arbeiterzustand liebe ... Daß sie über Nacht Arme reich mache, könne ihr kein Vernünftiger zumuthen“¹⁸⁹. Das liberale Lokalorgan empfand den Auftritt Lubers nur als „Störung“ und „komisch“¹⁹⁰. Zwangsläufige Folge solcher Reaktionen und Äußerungen war es, daß die Kluft zwischen liberaler Partei und Arbeiterschaft weiter vertieft wurde, die seit der Gründung des Sozialdemokratischen Arbeitervereins Regensburg im Herbst 1869 aufgebrochen war. In einer sich anschließenden heftigen Pressefehde zwischen Regensburger Tagblatt und Regensburger Morgenblatt berichtete das Morgenblatt in offensichtlicher Sympathie vom Auftritt des Arbeiters¹⁹¹. Dies veranlaßte das Tagblatt zum Vorwurf, die Sozialdemokraten würden „von den Priestern insgeheim ... gehätschelt“¹⁹². Wahr an dieser Behauptung war soviel, daß man Luber als einem Vertreter des Arbeiterstandes von patriotischer Seite taktische Schützenhilfe gegenüber dem großen politischen Gegner, der liberalen Partei, gewährte.

Der deutsch-französische Krieg 1870/71 wurde vom liberalen Regensburger Tagblatt vom ersten Tag an ganz im Lichte der Nationalstaatsfrage kommentiert. Der ursprüngliche Anlaß, die spanische Thronfolgefrage als dynastisches Problem, entschwand vollkommen aus dem Blick. „Ob wir Deutsche die Kraft in uns tragen, ein *selbständiges* Volk zu sein“¹⁹³, sollte im gerechten, von Frankreich angeblich aufgezwungenen Krieg entschieden werden. Die fiebrige Erwartung, daß in diesem Waffengang die nationale Frage für Deutschland endgültig gelöst werden könnte, sprach aus jeder der Zeilen¹⁹⁴. Von der bereits seit Ende August 1870 laufenden, von Berlin nach München übergreifenden Adreßbewegung zur Annexion Elsaß-Lothringens und der Errichtung einer Gesamtvertretung der deutschen Nation¹⁹⁵, war Regensburg nicht ergriffen. Erst Wochen nach der Schlacht bei Sedan am 2. September 1870 meldete sich auch der Liberale Verein zur „Kundgebung der Volkswünsche bezüglich der Neugestaltung Deutschlands“¹⁹⁶ zu Wort. Auf Vorschlag des Rechtsrats Heigl schloß man sich am 26. September 1870 einer sieben Tage vorher von den städtischen Kollegien in München verabschiedeten Adresse an König Ludwig II. von Bayern an¹⁹⁷, in der ein deutscher Bundesstaat auf der Grundlage der Verfassung des Norddeutschen Bundes gefordert wurde¹⁹⁸. Die Vorstellungen über die künftige Gestalt des Nationalstaates, speziell über seine verfassungsrechtliche Spitze, waren auch jetzt noch nicht eindeutig, etwa auf das Kaisertum, festgelegt. So mißbilligte der Altliberale Dr. Karl Gerster unter dem Beifall eines Großteils der etwa vierhundertköpfigen

¹⁸⁸ Gemeint war die sog. Sozialgesetzgebung Bayerns Ende der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts, die neben der Gewerbefreiheit vor allem Freizügigkeit und Erleichterungen bei der Eheschließung gebracht hatte. Vgl. H. Hesse S. 146—177.

¹⁸⁹ RTB Nr. 142, 24. 5. 1870.

¹⁹⁰ RTB Nr. 143, 25. 5. 1870.

¹⁹¹ Vgl. RM Nr. 116, 24. 5. 1870.

¹⁹² RTB Nr. 143, 25. 5. 1870.

¹⁹³ RTB Nr. 195, 18. 7. 1870.

¹⁹⁴ „Jeder empfindet heute, daß eine der großen Völkerstunden gekommen ist, die über Jahrhunderte entscheiden.“ Ebd.

¹⁹⁵ Vgl. L. Gall, Frage S. 307.

¹⁹⁶ RTB Nr. 264, 25. 9. 1870.

¹⁹⁷ Vgl. RTB Nr. 267, 28. 9. 1870.

¹⁹⁸ Vgl. H. Schulthess 1870, S. 211.

Versammlung eine am 23. September 1870 in einer Münchner Volksversammlung lautgewordene Kaiseroption¹⁹⁹ mit der Begründung, „daß wir bundesstaatlich gesinnt seien“²⁰⁰.

Drei Tage nach der Kaiserproklamation vom 18. Januar 1871 zu Versailles, trat auch Bayern durch die Ratifikation der Novemberverträge im Bayerischen Landtag dem Deutschen Reiche bei²⁰¹. Der Liberale Verein nahm dies zum Anlaß, eine Festfeier auf den 28. Januar 1871 einzuberufen. Am Nachmittag desselben Tages war die Nachricht der Kapitulation der Stadt Paris nach Regensburg gedrungen, die Donaustadt befand sich in nationaler Hochstimmung²⁰². Das Organ der Patriotenpartei jedoch, das Regensburger Morgenblatt, lehnte eine Beteiligung an der Festfeier von vorneherein mit der Begründung ab, daß auch dieser Abend „liberal“ gefärbt werde²⁰³. Tatsächlich gestalteten die Einberufer, allen voran Gymnasialprofessor Krafft und Rechtsrat Heigl, die Feier primär zu einem „Ehrenabend“ für die „deutschgesinnte Partei“²⁰⁴, deren Führer an dem Ziele eines einigen deutschen Vaterlandes festgehalten hätten, bis es erreicht war. Natürlich fehlte an diesem Tage des Triumphes nicht der unermüdete Herold der deutschen Einheit in Regensburg, Dr. Karl Gerster. Er pries das deutsche Volk als eigentlichen Vollender des Werkes. Als Zeichen der gesinnungsmäßigen Verbundenheit hatten die Fortschrittspartei in München und der Liberale Verein von Straubing telegraphische Grüße gesandt²⁰⁵. Die nationale Begeisterung erfaßte einen Großteil der Bevölkerung und führte sie in die Festfeiern des Liberalen Vereins, ohne daß sich die Besucher mit den sonstigen Zielen des Liberalismus identifizierten. Dies empfand offensichtlich auch der Berichtserstatter der Veranstaltung vom 28. Januar 1871. Er drückte die Erwartung aus, daß man die Festgäste auch im zukünftigen Kampfe um liberale Prinzipien im Verein zu sehen hoffe²⁰⁶.

Tatsächlich nahm der Liberale Verein auf der Welle der nationalen Euphorie einen starken Aufschwung. Mit Vorträgen über die neue Reichsverfassung versuchte man auch geistig den Boden für die neue Wirklichkeit zu bereiten²⁰⁷. Recht werbewirksam erwiesen sich weitere Friedens- und Siegesfeiern, so am 4. März 1871 in der Stadt Regensburg²⁰⁸ oder am 29. Mai 1871 auf dem Mündigl'schen Gute in Hohengebraching. Hier benutzte Krafft die Gelegenheit anläßlich der Einweihung einer Kaisereiche, den Vorstand des Katholischen Casinos, Friedrich Pustet, vor mehreren Tausend Zuhörern²⁰⁹ auf das schärfste anzugreifen. Anlaß war eine auf der Deggendorfer Katholikenversammlung vom 21. Mai 1871 von Pustet mit Blick auf die Kirchenpolitik (Haltung zum Vaticanum I) der liberalen bayerischen Regierung gemachte Äußerung, er „schäme

¹⁹⁹ Vgl. ebd.

²⁰⁰ RTB Nr. 267, 28. 9. 1870; vgl. auch RM Nr. 218, 28. 9. 1870.

²⁰¹ Vgl. D. Albrecht S. 283 f.

²⁰² Vgl. RTB Nr. 30, 30. 1. 1871.

²⁰³ Vgl. RM Nr. 24, 29. 1. 1871.

²⁰⁴ RTB Nr. 30, 30. 1. 1871.

²⁰⁵ Vgl. ebd.

²⁰⁶ Vgl. ebd.

²⁰⁷ Vgl. RTB Nr. 95, 5. 4. 1871.

²⁰⁸ Vgl. RTB Nr. 65, 6. 3. 1871.

²⁰⁹ Vgl. WBR 5. 6. 1871, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 200; die Teilnehmerzahl wurde hier auf 10 000 geschätzt.

sich, ein Bayer zu sein“²¹⁰. Nicht genug, daß Krafft es als „Unglück“ und „Schmach“ bezeichnete, daß die Stadt Regensburg einen solchen Mann zu ihren Bürgern zählen müsse²¹¹, ein Spottgedicht im Regensburger Tagblatt enthielt sogar die provozierende Behauptung, es wäre keineswegs ein Verlust, wenn Pustet aus der Stadt wegzöge²¹² — und dies, obwohl die Firma Pustet zu diesem Zeitpunkt bereits einer der größten Arbeitgeber der Stadt war. Die Reaktion der Gegenseite war entsprechend verbittert. Unter der Schlagzeile „Pariser Communismus in Regensburg“²¹³ bedauerte das Regensburger Morgenblatt, daß der Parteifanatismus in Regensburg bereits soweit gediehen sei, daß ein Mitbürger der Stadt wegen politischer oder religiöser Meinungsverschiedenheiten öffentlich — in Abwesenheit seiner Person — verunglimpft werde.

Der deutsch-französische Krieg hatte den deutschen Nationalstaat gezeitigt. Damit war eines der Hauptziele der liberalen Bewegung des 19. Jahrhunderts erreicht. Die Frage stellte sich, ob der Liberalismus sein zweites Hauptziel, die Durchsetzung eines freiheitlichen Staatswesens weiterverfolgen würde. Bei den Regensburger Liberalen waren Erkenntnis und Wille hierfür zweifellos vorhanden. Bereits anläßlich der Festfeier zur Reichsgründung am 28. Januar 1871 stellte das Regensburger Tagblatt fest: „... es gilt nicht nur die nationale Aufgabe gelöst zu sehen, sondern es gilt auch, für die Freiheit in den Kampf zu gehen ...“²¹⁴. Den führenden Leuten des Liberalen Vereins war bewußt, daß die eigentlichen Entscheidungen für eine Erweiterung der Freiheit im Reichstag fielen. Einfluß hierauf konnte man durch die Abgeordneten des eigenen Wahlkreises ausüben. Hier aber befanden sich die Regensburger Liberalen in einer mißlichen Lage. Bereits bei der ersten Reichstagswahl am 3. März 1871 fiel ihr Kandidat, der Gutsbesitzer Georg Hamminger von Aukofen, im Wahlkreis Regensburg durch, und bis zum Ende des Kaiserreichs gelang es nicht, einen liberalen Abgeordneten für Regensburg in den Reichstag zu bringen. Die Einflußnahme konnte infolgedessen nur indirekt erfolgen, über die Absendung von Petitionen etwa oder den Kontakt mit Abgeordneten anderer Wahlkreise.

Die Bildung eines einheitlichen Rechts war eines der ersten Erfordernisse des jungen Deutschen Reiches. Zu einem Teilaspekt dieser Problematik meldete sich auch der Liberale Verein Regensburg und Umgebung zu Wort. In einer Resolution an die bayerischen „deutschgesinnten“ Reichstagsabgeordneten Mitte Mai 1873 befürwortete er die Erhaltung der Geschworenengerichte gegen die in Diskussion stehenden Schöffengerichte. Als Adressat diente Dr. Völk²¹⁵, der im ersten Reichstag der neugegründeten rechtsliberalen Reichspartei angehörte und nach deren Auflösung 1874 zu den Nationalliberalen überschenkte²¹⁶. Die persönlichen Kontakte, die durch Völks Auftreten im Mai 1870 in Regensburg geknüpft worden waren, erwiesen sich in dieser Situation als hilfreich. Als Fragen der Justizgesetzgebung im Herbst 1876 im Reichstag erneut zur Entscheidung anstanden — so z. B. die Überweisung von Pressevergehen an Schwurgerichte, der Zeugniszwang der Redakteure bei Pressevergehen — mobilisierten liberale Partei-

²¹⁰ WBR 29. 5. 1871, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 200.

²¹¹ Vgl. RTB Nr. 147, 30. 5. 1871.

²¹² Vgl. RTB Nr. 151, 3. 6. 1871.

²¹³ RM Nr. 127, 6. 6. 1871.

²¹⁴ RTB Nr. 30, 30. 1. 1871.

²¹⁵ Vgl. WBR 26. 5. 1873, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 13 751.

²¹⁶ Vgl. D. Albrecht S. 296.

gänger besonders in Süddeutschland die öffentliche Meinung, um den in diesen Punkte übereinstimmenden Fraktionen der Fortschrittspartei und Nationalliberalen gegenüber den Vorstellungen des Bundesrats den Rücken zu stärken²¹⁷. Der Liberale Verein erklärte sich zwar bereit, „der Einheit als solcher jedes Opfer zu bringen, insofern es sich mit dem Wohl und der Freiheit der Bürger verträgt“²¹⁸, doch sträubte er sich mit aller Macht gegen die Vernichtung von Institutionen — etwa der Schwurgerichte —, die als „gleichbedeutend mit dem Verluste eines Theiles der bürgerlichen Freiheit betrachtet werden müßte[n]“²¹⁹. Auf Antrag des Rechtsanwalts Buchmann, Dr. Gersters und Professor Kraffts schloß man sich einstimmig einer bereits verabschiedeten Nürnberger Petition an den Reichstag an²²⁰.

Mit der Entsendung von Adressen und Telegrammen an Abgeordnete und Fraktionen des Reichstags und Landtags versuchte man, laufende politische Entscheidungsprozesse zu beeinflussen. Die gleiche Mitteilungsform, das Telegramm, wurde gewählt, um Monarchen und Staatsmännern bei besonderen Gelegenheiten Glückwünsche zu übermitteln oder Huldigung zu erweisen²²¹. Als im Oktober 1875 König Ludwig II. eine von der patriotischen Kammermehrheit verabschiedete Adresse, die den Rücktritt des liberalen Ministeriums forderte, zurückwies und den Landtag vertagte²²², veranstalteten die Liberalen Regensburgs aus „dem Gefühle freudigen Dankes“²²³ eine Festfeier, in der sie ein Huldigungstelegramm an den König verabschiedeten²²⁴. Im Herbst 1871 drückte der Liberale Verein dem oberösterreichischen Liberalen Verein seine Sympathie für den Kampf der Deutsch-Osterreicher gegen das Slaventum aus²²⁵; die liberale Partei in Linz ihrerseits dankte für diese Kundgebung²²⁶.

Die Idee, über die Einladung auswärtiger Landtags- und Reichstagsabgeordneter zu politischen Großveranstaltungen in Regensburg die Verbindung mit den entsprechenden liberalen Fraktionen in Landtag und Reichstag aufrechtzuerhalten, wurde unter der Vorstandschaft Kraffts im Liberalen Verein weiterverfolgt. Derartige, mit großem Aufwand angekündigte Versammlungen, erwiesen sich außerdem als großer Werbefaktor, um dem Liberalen Verein neue Mitglieder oder wenigstens Interessenten zuzuführen, zudem wurde das Informationsbedürfnis über Landtags- und Reichstagsverhandlungen aus erster Hand befriedigt. Am 17. März 1872 fanden sich in Regensburg wiederum Marquardsen, Herz und Föckerer ein, dazu Julius Knorr, Verleger der liberalen Münchener Neuesten Nachrichten und Landtagsabgeordneter des Wahlkreises München I²²⁷, Dr. Aub,

²¹⁷ Vgl. H. Schulthess 1876, S. 28, 189, 198 ff.; dazu W. Stephan S. 72 f.

²¹⁸ RTB Nr. 322, 21. 11. 1876.

²¹⁹ RTB Nr. 321, 20. 11. 1876.

²²⁰ Vgl. RTB Nr. 322, 21. 11. 1876. Zum Eingang der Petition beim Reichstag vgl. RT 1876, Bd. 3 Anl., Anhang, Petitionsverzeichnis Nr. 4, S. 29.

²²¹ Vgl. z. B. RTB Nr. 191, 14. 7. 1874, Nr. 192, 15. 7. 1874, Nr. 82, 23. 3. 1875.

²²² Vgl. D. Albrecht S. 332.

²²³ RTB Nr. 294, 25. 10. 1875.

²²⁴ Vgl. RTB Nr. 295, 26. 10. 1875.

²²⁵ Vgl. RTB Nr. 299, 30. 10. 1871.

²²⁶ Vgl. RTB Nr. 322, 22. 11. 1871. Der Liberale Verein in Regensburg bot anschließend auch einen vom Liberalen Verein Oberösterreichs herausgegebenen Volkskalender für das Jahr 1872 an. Vgl. ebd.

²²⁷ Vgl. H. Kistler S. 375, 381; zu Julius Knorr als Verleger vgl. K. A. Holz S. 194 f.

Landtagsabgeordneter für den Wahlkreis Dinkelsbühl und späterer Fraktionsvorstand der Nationalliberalen im Bayerischen Landtag²²⁸, sowie der Pfälzer Karl L. Golsen, Landtagsabgeordneter des Wahlkreises Kaiserslautern²²⁹. Weder Knorr noch Aub noch Golsen ergriffen allerdings das Wort in der Versammlung, was vom Regensburger Morgenblatt mit ironischen Anmerkungen begleitet wurde²³⁰. Das Regensburger Tagblatt verteidigte das Schweigen dieser Herren mit dem Hinweis, nicht die öffentliche Versammlung am Abend, sondern eine vorausgehende vertrauliche Besprechung zur Regelung der oberpfälzischen liberalen Parteiinteressen sei der Hauptzweck ihrer Anreise gewesen. Vermutlich handelte es sich um Organisationsfragen im Hinblick auf den inaktiven Liberalen Kreisverein der Oberpfalz, doch geht Näheres aus den Berichten nicht hervor²³¹. Von auswärts waren jedenfalls Parteigenossen aus Schwandorf, Amberg, Würth, aber auch aus Straubing, erschienen²³². An diesem Abend wurde Bilanz gezogen über die Ereignisse, die seit der letzten Großveranstaltung vom 22. Mai 1870 in Regensburg eingetreten waren. Für den Abgeordneten Herz bildete die gelungene Reichsgründung den Anlaß zu einem Lobpreis der Führungsmacht Preußen und der Verdienste der eigenen Partei²³³, während der Abgeordnete Föckerer dieses Werk als ein Verdienst des gesamten deutschen Volkes, speziell auch der patriotischen Abgeordneten, die am 19. Juli 1870 für einen Kriegseintritt Bayerns an der Seite Preußens im Bayerischen Landtag gestimmt hatten²³⁴, gelten ließ²³⁵. Herz rührte außerdem an die Thematik, die in den nächsten Jahren die politische Stoßrichtung der Liberalen bestimmte: Nachdem der äußere Feind geschlagen war, machte man sich an die Niederringung des vermeintlichen inneren Feindes, des „Jesuitismus“ und „Ultramontanismus“²³⁶. Die Fronten des Kulturkampfes wurden abgesteckt.

Nach der Verabschiedung des Jesuitengesetzes vom 4. Juli 1872 drängte das Regensburger Tagblatt mit allem Nachdruck darauf, daß die Ausweisung der Jesuiten aus der Stadt schleunigst und strengstens ausgeführt wurde²³⁷. Als Mitte November 1872 sich noch zwei Jesuiten in Regensburg befanden, suchte das Tagblatt selbst Druck auf die Regierung der Oberpfalz und von Regensburg auszuüben mit der Frage: „Weiß das die Regierung und warum duldet sie es?“²³⁸. Im Februar 1873 ging sogar die Meldung durch verschiedene Blätter, daß Regensburger Nationalliberale beabsichtigten, eine Deputation nach Berlin abzuordnen, um eine strikte Durchführung des Jesuitengesetzes zu erwirken²³⁹, doch scheint

²²⁸ Dr. Friedrich Ernst Aub (1837—1900), MdKdA 1871—1900, Fraktionsvorsitzender 1893—1898. Vgl. H. Kalkoff S. 269, 274.

²²⁹ Vgl. H. Kistler S. 375, 380.

²³⁰ Vgl. RM Nr. 65, 21. 3. 1872.

²³¹ Vgl. RTB Nr. 79, 19. 3. 1872, Nr. 82, 22. 3. 1872.

²³² Vgl. WBR 18. 3. 1872, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 200.

²³³ Vgl. RTB Nr. 80, 20. 3. 1872; dazu Versammlungsbericht (undatiert), StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 13 917.

²³⁴ Vgl. Th. Schieder, Kleindeutsche Partei S. 255—261.

²³⁵ Vgl. RTB Nr. 79, 19. 3. 1872.

²³⁶ Vgl. RTB Nr. 80, 20. 3. 1872.

²³⁷ Vgl. RTB Nr. 254, 14. 9. 1872 u. ff. Nrn.; RTB Nr. 260, 20. 9. 1872, Nr. 286, 16. 10. 1872, Nr. 288, 18. 10. 1872, Nr. 325, 24. 11. 1872, Nr. 331, 30. 11. 1872 u. ö.

²³⁸ RTB Nr. 319, 18. 11. 1872.

²³⁹ Vgl. WBR 17. 2. 1873, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 13 751.

es dazu nicht gekommen zu sein. Auch andere Kulturkampfgesetze wurden vom Liberalen Verein begrüßt. So betrachtete er es als seine Aufgabe, den „Kanzelparagraphen“ vom 10. Dezember 1871²⁴⁰ in einer seiner Vereinssitzungen als notwendige Maßnahme zu rechtfertigen und die bayerische Regierung, die das Gesetz im Bundesrat beantragt hatte, zu verteidigen²⁴¹. Advokat Adelmann, zweiter Vorstand des Vereins, befürwortete darüber hinaus eine weitere Expansion der Kampfmaßnahmen gegen die Kirche und meinte, „der Gesetzgebung des jungen deutschen Reichs sei in dieser Beziehung noch ein weites Feld geöffnet“²⁴². Ganz von Kulturkämpftönen war auch die nächste Großveranstaltung, drei Jahre später, am 18. April 1875, beherrscht²⁴³. Als Motiv für die Einladung hierzu wurde wiederholt das Informationsbedürfnis über die Vorgänge in der Abgeordnetenversammlung in den Vordergrund gerückt, wengleich das Ganze auch bereits als vorgezogene Wahlveranstaltung für die im Juli 1875 stattfindenden Landtagswahlen vom Vereinsausschuß projektiert war. Die Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche strebte in dieser Phase mit der Vorbereitung des sogenannten „Brotkorbgesetzes“ und des „Ordensgesetzes“²⁴⁴ gerade ihrem Höhepunkt zu, und die erschienenen Abgeordneten, nunmehr allesamt Leute aus dem zweiten oder dritten Glied der liberalen Partei, keine führenden Köpfe mehr — so die Landtagsabgeordneten Friedrich Lampert²⁴⁵, Dr. Melchior Stenglein²⁴⁶ und Heinrich Brandenburg²⁴⁷ — erschöpften sich darin, den Kulturkampf als Abwehrkampf der Liberalen zu rechtfertigen. Schlagworte vom „Kampf zwischen dem Romanismus und dem Germanismus“, vom „kulturhistorischen Kampf . . . gegen die sich steigernde Herrschsucht der römischen Curie“²⁴⁸ wurden ins Feld geführt. Der Katholik Stenglein vertrat zudem die Anschauung, die Gegenwehr der Katholiken und des Zentrums gegen die Kulturkampfgesetze sei nicht gegen diese Gesetze an sich, sondern gegen die Einheit des Deutschen Reiches gerichtet²⁴⁹. Die bayerischen Liberalen hatten sich damit Bismarcks Beurteilung des Zentrums als Sammelbecken reichsfeindlicher Elemente zu eigen gemacht²⁵⁰.

Mit dem Ausscheiden des Realgymnasialprofessors Krafft aus der Vorstandschaft des Liberalen Vereins zu Beginn des Jahres 1876 neigte sich eine Ära des Liberalen Vereins ihrem Ende zu. Rechtsrat Heigl, der zweite entschieden liberale Mann neben Krafft, war bereits im Frühjahr 1873 von Regensburg weggezogen

²⁴⁰ Druck: E. R. Huber, W. Huber, Bd. 2, S. 528.

²⁴¹ Vgl. RTB Nr. 25, 25. 1. 1872.

²⁴² RTB Nr. 26, 26. 1. 1872.

²⁴³ Vgl. RTB Nr. 108, 20. 4. 1875.

²⁴⁴ Druck: E. R. Huber, W. Huber, Bd. 2, S. 656—659; vgl. dazu R. Lill, Kulturkampf S. 42—45.

²⁴⁵ Friedrich Lampert (1829—1901), Pfarrer in Ippesheim, MdKdA 1870—1892. Vgl. H. Kalkoff S. 282.

²⁴⁶ Melchior Stenglein (1825—1903), Rechtsanwalt in München, MdKdA 1869—1874, MdR 1874—1876. Vgl. H. Kistler S. 377, 383; H. Kalkoff S. 121.

²⁴⁷ Heinrich Brandenburg, Kaufmann u. Bürgermeister von Wunsiedel, MdKdA 1863—1881. Vgl. H. Kalkoff S. 275; ebenfalls erschienen, aber im Pressebericht des liberalen Blattes nicht einmal erwähnt, war der erfolglose Kandidat der liberalen Partei bei der Reichstagswahl 1874, Karl Föckerer. Vgl. RM Nr. 86, 18. 4. 1875, Nr. 87, 20. 4. 1875.

²⁴⁸ RTB Nr. 108, 20. 4. 1875.

²⁴⁹ Vgl. ebd.

²⁵⁰ Vgl. K. E. Born, Reichsgründung S. 268 f.

und hatte sich als Rechtsanwalt in Aschaffenburg niedergelassen ²⁵¹. Später, im Jahre 1890, machte er sich einmal als kompromißloser Republikaner in Nürnberg bemerkbar ²⁵². Zudem verstarb am 4. August 1877 der Altliberale Josef Reitmayr ²⁵³, der als Redakteur des Regensburger Tagblattes kämpferisch bis zuletzt den ursprünglichen Idealen des Liberalismus angehangen hatte. Kraffts Rückzug war sicherlich nicht nur durch die ständigen persönlichen Angriffe von seiten der Patriotenpartei bedingt, er war auch Ausdruck einer Resignation gegenüber andersartigen Strömungen im Regensburger Liberalen Verein, gegen die er sich nicht durchsetzen konnte. Heigl und Krafft hatten tendenziell mehr dem Linksliberalismus, der Fortschrittspartei, nahegestanden, wie die Einladungen Abgeordneter dieser Richtung zu Großveranstaltungen in Regensburg, die Forderung nach dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht für Gemeinde- und Landtagswahlen, die inhaltliche Übernahme von Resolutionen der Münchner Fortschrittspartei als Wahlprogramm zur Reichstagswahl 1874 oder die Nominierung eines Mitglieds der Fortschrittspartei, Karl Föckerers, als Reichstagskandidaten erkennen ließen. Mit der Wahl Bürgermeisters Stobäus zum Landtagsabgeordneten noch während der Vorstandschaft Kraffts im Juli 1875 wurden die Weichen zu einem neuen Kurs im Liberalen Verein Regensburgs gestellt.

Oskar Stobäus, 1861 bis 1868 bereits Bürgermeister in Lindau am Bodensee, 1868 dann mit 37 Jahren zum Stadtoberhaupt in Regensburg gewählt ²⁵⁴, huldigte einem in bayerischen Beamtenkreisen damals weitverbreiteten, staatskonservativen Weltanschauungsliberalismus ²⁵⁵. Durch die Reichsgründung wurde er zum überzeugten Nationalliberalen und Verehrer Bismarcks. 1885 stand er an der Spitze eines Komitees, das die Umbenennung des „Oberen Jakobsplatzes“ in „Bismarckplatz“ veranlaßte ²⁵⁶. Im Bayerischen Landtag, dem er 1875 bis 1881 und nochmals 1887 bis 1899 angehörte, schloß er sich der Gruppierung der nationalliberalen Abgeordneten an ²⁵⁷. Er bescheinigte sich einmal selbst „stark konservative Neigungen“ ²⁵⁸ und lehnte linksliberal-demokratische Forderungen ab. Nicht zuletzt seiner Person war es zuzuschreiben, daß die Forderungen des Liberalen Vereins nach Abschaffung der Bürgerrechtsgebühren oder nach Veröffentlichung der Verhandlungen der Gemeindegremien abgeblockt wurden ²⁵⁹. Nach oben hin legte er eine ausgesprochen gouvernementale Haltung an den Tag, ganz besonders, nachdem er zum Landtagsabgeordneten gewählt worden war. Als die Ministerkrisis im Oktober 1875 zugunsten des liberalen Ministeriums Lutz gelöst wurde, berief Stobäus am 25. Oktober 1875 eine gemeinschaftliche öffentliche Sitzung der städtischen Kollegien ein, verlas feierlich den königlichen Erlaß vom 19. Oktober 1875 an das königliche Gesamtstaatsministerium und dankte im Namen der gesetzlichen Vertreter der königlich bayerischen Kreis-

²⁵¹ Vgl. WBR 31. 3. 1873, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 13 751; RTB Nr. 198, 21. 7. 1874.

²⁵² Vgl. P. Gilg S. 130 f.

²⁵³ Vgl. RTB Nr. 215, 7. 8. 1877.

²⁵⁴ Vgl. HStAM MInn 58 820; StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 2473; StR ZR 3572.

²⁵⁵ Zur politischen Ausrichtung der bayerischen Beamenschaft vgl. etwa K. Möckl S. 38 f.

²⁵⁶ Vgl. VBStM 1885, S. 138.

²⁵⁷ Vgl. H. Kalkoff S. 289 (Mandatsdauer zu korrigieren, fälschlich 1875—1899).

²⁵⁸ Stobäus an Graf Fugger, 29. 8. 1895, StA Lindau B I 921.

²⁵⁹ Vgl. RTB Nr. 27, 27. 1. 1872.

hauptstadt Regensburg dem „geliebten Landesvater, dem Gott ein weises Herz gegeben hat und königliche Gedanken, der die Freiheit des Geistes schützt und die Stellung des Staates wahr, der wiederum zur rechten Zeit das rechte Wort gesprochen“²⁶⁰ habe. Ein Protokoll über den Verlauf der Sitzung wurde zur Kenntnisnahme an den König gesandt²⁶¹. Auch gegenüber dem Reich bezeugte Stobäus seine Loyalität. Nach dem Attentat auf Kaiser Wilhelm I. durch Nobeling 1878 erging ein Telegramm von Magistrat und Gemeindegremium der Stadt Regensburg mit dem Ausdruck des Mitgeföhls an den „geliebten Heldenkaiser“²⁶². Am 23. März 1898 wurde Bürgermeister Stobäus von Prinzregent Luitpold der Titel eines k. Geheimen Hofrates verliehen²⁶³.

Stobäus besaß unter den Liberalen Regensburgs durch Amt und Funktion des Bürgermeisters und Landtagsabgeordneten ein ausschlaggebendes Gewicht. Ohne durch Übernahme einer Vorstands- oder Ausschußstelle im Liberalen Verein hervorzutreten, prägte er doch das Geschehen in diesem Verein in der Phase von 1875 bis 1899. Als Hinweis darauf sei ein Bericht des Regensburger Tagblattes über ein vom Liberalen Verein zu Ehren von Stobäus arrangiertes Kellerfest angeführt, wo es heißt: „Herr Bürgermeister v. Stobäus wird auch gestern wieder die Überzeugung gewonnen haben, daß die liberale Partei jederzeit fest und unentwegt zusammensteht und daß sein Name unauslöschlich mit derselben verknüpft ist.“²⁶⁴. Eine Exponierung als Vorsitzender des Vereins verbot sich ihm durch das Bürgermeisteramt, in dem er wenigstens nach außen hin als unparteilich erscheinen wollte. Ihm konnte auch nicht daran gelegen sein, durch immerwiederkehrende kirchenfeindliche Äußerungen — wie sie aus dem Munde des geradezu fanatischen Kirchengegners Krafft zu hören waren —, den konfessionellen Frieden im Gemeinwesen gestört zu sehen. Deshalb wirkte er auch auf Kurskorrekturen innerhalb des Liberalen Vereins hin. In einem persönlichen Brief an den Regierungspräsidenten der Oberpfalz und von Regensburg, Graf Fugger v. Kirchberg und Weissenhorn²⁶⁵ hob Stobäus in Rückschau auf seine siebenundzwanzigjährige Dienstzeit als Bürgermeister in Regensburg hervor, die Wahrung des konfessionellen Friedens sei eines der Prinzipien seiner Amtsführung gewesen²⁶⁶. Als Beleg dafür führte er u. a. die Verhinderung der Umwandlung der Volksschulen in Simultanschulen in den siebziger Jahren²⁶⁷, die Errichtung konfessioneller Friedhöfe statt eines vorgesehenen allgemeinen Gemeindefriedhofes²⁶⁸ und die Überführung des paritätischen St. Katharinen-Spitals, eines ständigen Streitpunkts zwischen den Konfessionen, 1891 in ausschließlich katholischen Besitz²⁶⁹ an, was ihm andererseits schwere Vorwürfe von seiten der Protestanten eingebracht habe. Das Verhältnis der Regensburger Liberalen zu dem von ihnen

²⁶⁰ RTB Nr. 295, 26. 10. 1875.

²⁶¹ Vgl. ebd.

²⁶² WBR 10. 6. 1878 (Abschrift des Telegramms), StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 202.

²⁶³ Vgl. Registraturvermerk, HStAM MIInn 58 820.

²⁶⁴ RTB Nr. 186, 9. 7. 1893.

²⁶⁵ Zu Graf Fugger vgl. W. SchärI S. 198.

²⁶⁶ Vgl. Stobäus an Graf Fugger, 29. 8. 1895, StA Lindau, B I 921.

²⁶⁷ Vgl. hierzu die Diskussionen im Liberalen Verein RTB Nr. 270, 30. 9. 1872, Nr. 37, 6. 2. 1878.

²⁶⁸ 1872 wurde der neue katholische Friedhof unterer Stadt südlich der Bahnlinie angelegt. Vgl. VBStM 1872, S. 100.

²⁶⁹ Vgl. dazu M. Hummel S. 89 ff.

früher sehr stark angefeindeten Regensburger Bischof Ignatius von Senestréy lenkte Stobäus wieder in Bahnen gegenseitiger Verständigung zurück. Zum 25jährigen Bischofsjubiläum überreichte er zusammen mit dem Vorstand des Gemeindegremiums am 2. Mai 1883 eine Glückwunschartikeladresse²⁷⁰. Im Liberalen Verein erschien Stobäus während seiner Abgeordnetenzeit des öfteren als Gast und erstattete Bericht über die Landtagsverhandlungen²⁷¹. Auswärtige Landtagsabgeordnete, die auf seine Vermittlung zu Versammlungen eingeladen wurden, gehörten dem rechten Flügel des bayerischen Liberalismus an. Eine Großveranstaltung, in der mehrere Abgeordnete zugleich mit ihm auftraten, fand nur noch einmal statt und zwar am 30. April 1876, als sich abzeichnete, daß die Regensburger Landtagswahl von 1875 für ungültig erklärt und eine Neuwahl fällig werde. Die Abgeordneten Feigl von Ansbach und Dr. Friedrich Schauß von München leisteten ihrem Parteikollegen Wahlhilfe²⁷². Aktionen des Liberalen Vereins, thematische Vortragsabende und Willensbekundungen zu aktueller Politik wurden in der „Ära Stobäus“ äußerst selten. Im Herbst 1876 verabschiedete man — wie schon erwähnt — eine Adresse zur Justizgesetzgebung an den Reichstag, am 24. Mai 1877 referierte Techniker Otto Dieterle im Anschluß an eine Generalversammlung „Über die Entwicklung der sozialdemokratischen Ideen“²⁷³ und am 4. Februar 1878 warf Kreisscholarch Leonhard Hirschmann einen „Blick auf unsere Schulverhältnisse“²⁷⁴; seine Aussage „daß, wenn auch nicht in nächster Zeit, doch sicher in spätern Jahren auch in hiesiger Stadt die Gründung von Simultanschulen erfolgen werde“²⁷⁵, dürfte auf den Widerspruch des Bürgermeisters Stobäus anspielen. Stobäus selbst erläuterte am 1. April 1878 den Gesetzesentwurf über die Errichtung des Verwaltungsgerichtshofes²⁷⁶. Als am 12. August 1879 das zehnjährige Bestehen des Liberalen Vereins gefeiert wurde, sprach das Regensburger Morgenblatt spöttisch vom „Galvanisieren des liberalen Leichnams“²⁷⁷.

Die Situation des Gesamtliberalismus hatte sich in der Zwischenzeit grundlegend verändert. Bismarck steuerte seit 1877 eine Reichsfinanzreform an und legte in völliger Abkehr von der bis dahin betriebenen Freihandelspolitik 1879 dem Reichstag einen Schutzzollgesetzentwurf vor. Die Nationalliberalen, seit 1867 tragende Stütze Bismarckscher Politik, wurden dabei durch die Taktik des Reichskanzlers in das Abseits parlamentarischer Bedeutungslosigkeit manövriert. Zukünftig operierte Bismarck mit der parlamentarischen Mehrheit von Zentrum und Konservativen. Dieser Bruch hatte noch weiterreichende Konsequenzen. Nicht nur, daß am Tag der Abstimmung über das Schutzzollgesetz die Einheit der nationalliberalen Fraktion zerbrach und 15 schutzzöllnerisch gesinnte Abge-

²⁷⁰ Vgl. WBR 8. 5. 1883, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 13 884.

²⁷¹ Vgl. RTB Nr. 273, 4. 10. 1875, Nr. 226, 6. 10. 1875, Nr. 200, 23. 7. 1877, Nr. 93, 3. 4. 1878; RM Nr. 224, 3. 10. 1875.

²⁷² Vgl. RTB Nr. 120, 1. 5. 1876; RM Nr. 99, 2. 5. 1876; WBR 1. 5. 1876, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 201; zu Feigl und Schauß, dem späteren Vorsitzenden der liberalen Fraktion im Bayerischen Landtag (1889—1892), vgl. H. Kalkoff S. 122, 267, 287; K. Petermeier, Anhang S. 27, 55.

²⁷³ RTB Nr. 143, 26. 5. 1877.

²⁷⁴ RTB Nr. 37, 6. 2. 1878.

²⁷⁵ Ebd.

²⁷⁶ Vgl. RTB Nr. 93, 3. 4. 1878.

²⁷⁷ Zit. nach RTB Nr. 220, 12. 8. 1879.

ordnete des rechten Flügels — darunter die Süddeutschen Schauß und Völk — die Partei verließen, im Jahr 1880 spaltete sich zudem der linke Flügel um Lasker und Bamberger als Liberale Vereinigung oder Sezession von den Nationalliberalen ab²⁷⁸. Der Verlust des Einflusses erschütterte das Selbstbewußtsein nicht nur der nationalliberalen Parteispitze, sondern auch ihrer bisherigen Anhängerschaft, das politische Engagement ließ merklich nach. Die Politikmüdigkeit im deutschen Bürgertum hatte sich aber schon vorher angebahnt: Zum einen war ein Hauptziel, der deutsche Nationalstaat, verwirklicht, zum anderen verleitete die Einsicht in die Regeln des konstitutionellen Systems zu bedingter Resignation. Es wurde eben deutlich, daß die liberalen Parteien trotz grundsätzlich regierungsfreundlicher Haltung immer nur Kompromisse ihrer Vorstellungen durchsetzen konnten.

Der Liberale Verein wurde vom Ende der siebziger bis in die neunziger Jahre primär durch die zyklisch anfallenden Wahlvorbereitungen, daneben durch Stiftungsfeste²⁷⁹, nationale Festfeiern und die in der Regel jährlichen Generalversammlungen²⁸⁰ am Leben erhalten. Die Generation, die die Reichsgründung ersehnt und durch Einsatz im Feld mit verwirklicht hatte, zehrte jahrzehntelang von dieser Erinnerung²⁸¹. Bereits 1874 hatte der Liberale Verein die Feier des 10. Mai, des Jahrestages des Frankfurter Friedensschlusses vom Jahre 1871, als nationalen Festtag in Regensburg angeregt, ja eine Zuschrift im Regensburger Tagblatt bezeichneter den 10. Mai geeigneter für einen nationalen Feiertag als den Sedantag, gegen den manche Einwände vom Standpunkt der Humanität erhoben werden könnten²⁸². Als Gedenktag an die Reichsgründung setzte sich dann jedoch der 2. September, der Tag der Schlacht von Sedan, durch. Er wurde 1872 erstmals in Regensburg gefeiert und von den Veteranen- und Kriegervereinen organisatorisch gestaltet, wobei die Mitglieder des Liberalen Vereins jeweils eigens eingeladen wurden²⁸³. Diese Festfeiern waren Demonstrationsveranstaltungen nationaler Gesinnung, gegen die besonders in den Anfangsjahren von der patriotisch-katholischen Seite stark opponiert wurde. Für das Stadtamhofer Neue Bayerische Volksblatt bildete der 10. Mai nur das Datum, das „den Schlächtereien zweier großer getriebener Nationen ein Ziel gesetzt hat“²⁸⁴, aber keinen Grund zum Feiern, wie ihn „nationalliberale Schleppträger des Militärabsolutismus“²⁸⁵ sahen. Das Regensburger Morgenblatt wandte sich gegen einen regelrechten „St.

²⁷⁸ Vgl. D. E. Born, Reichsgründung S. 232 f., 296 ff.; W. Stephan S. 76—83.

²⁷⁹ RTB Nr. 228, 20. 8. 1878, Nr. 233, 25. 8. 1878, Nr. 220, 12. 8. 1879, Nr. 250, 10. 9. 1880, Nr. 196, 19. 7. 1883.

²⁸⁰ Von den Generalversammlungen finden sich zwar noch die Anzeigen, aber über lange Zeit keine Berichte mehr. Vgl. RTB Nr. 163, 15. 6. 1878, Nr. 64, 5. 3. 1879, Nr. 249, 9. 9. 1880, Nr. 66, 7. 3. 1881, Nr. 173, 26. 6. 1882, Nr. 73, 13. 3. 1884, Nr. 96, 8. 4. 1885, Nr. 91, 1. 4. 1886, Nr. 124, 6. 5. 1890, Nr. 134, 16. 5. 1890, Nr. 136, 17. 5. 1892, Nr. 108, 20. 4. 1893, Nr. 116, 27. 4. 1896, Nr. 113, 26. 4. 1898, Nr. 77, 19. 3. 1900.

²⁸¹ Hierzu und zur Entstehung der Sedan- und Frankfurter Friedensschlußfeiern im Deutschen Reich vgl. Th. Schieder, Kaiserreich S. 10—13, 125 ff., 129 ff.

²⁸² Vgl. RTB Nr. 122, 4. 5. 1874, dazu Nr. 104, 16. 4. 1874, Nr. 121, 3. 5. 1874, Nr. 129, 11. 5. 1874, Nr. 130, 12. 5. 1874; der Tag wurde in Regensburg auch später sporadisch begangen. Vgl. RTB Nr. 126, 8. 6. 1883, Nr. 125, 6. 5. 1896.

²⁸³ Vgl. RTB Nr. 244, 4. 9. 1872.

²⁸⁴ NBV Nr. 122, 5. 5. 1874.

²⁸⁵ Ebd.

Sedans-Kult“ und Phrasen vom „höchsten Triumph des gesammten Deutschthums“²⁸⁶. Es erinnerte im Gegentheil an die Tausende von Toten und Verwundeten, die Verwaisten und lebenslangen Krüppel. Gleichzeitig flocht es aktuelle Bezüge in die Argumentation und verwies auf die Zerrissenheit, die der Kulturkampf in deutschen Lande gebracht habe.

Festfeiern widmete man auch Bismarck, dem Schöpfer des Deutschen Reiches. An Geburtstagen sandte ihm der Liberale Verein Glückwunschtelegramme²⁸⁷. Anlässlich seines 70. Geburtstages, am 1. April 1885, veranstalteten die Liberalen Regensburgs „ihrem Heros“ „ein großartiges Parteifest“²⁸⁸ und riefen zu einer Bismarckspende auf. Auf Beschluß der städtischen Kollegien wurde der obere Jakobsplatz gleichzeitig in „Bismarckplatz“ umbenannt²⁸⁹. Die Einladung des Stadtmagistrats Regensburgs zur Beteiligung der Bevölkerung an dieser Zeremonie wies der Regensburger Anzeiger mit Erinnerung an den Kulturkampf schroff zurück²⁹⁰. Auch nach seiner Entlassung als Reichskanzler erwies man Bismarck 1895 zu seinem 80. Geburtstag mit einem Festmahl und einem Huldigungstelegramm, abgesandt durch Rechtsanwalt Oskar Bernhold als Vorstand des Liberalen Vereins, nationale Verehrung²⁹¹.

Anfang März 1884 schloß sich die Liberale Vereinigung mit der Deutschen Fortschrittspartei zur Deutschen Freisinnigen Partei zusammen²⁹². Das Regensburger Tagblatt begrüßte in einem Leitartikel diese Einigung im linksliberalen Lager und hoffte, daß es gelingen werde, auch eine Brücke nach rechts zu den Nationalliberalen zu schlagen. Zugleich ließ es seine Sympathie erkennen für die Programmpunkte der neuen Partei²⁹³, insbesondere für die erneute Forderung nach fortschreitender Parlamentarisierung und der Abwehr eines Staatssozialismus und eines persönlichen Regiments²⁹⁴. Noch im gleichen Monat, am 23. März 1884, formulierte die Nationalliberale Partei in der Heidelberger Erklärung²⁹⁵ ihren Standpunkt neu, lehnte eine Verschmelzung mit anderen Parteien ab und näherte sich unter Verzicht auf eine liberale Fortentwicklung der Verfassung wirtschaftlich stark dem Programm der Konservativen an²⁹⁶. Kurz darauf berief der Liberale Verein eine Sonderveranstaltung mit dem Landtags- und Reichstagsabgeordneten Friedrich v. Schauß ein. Dieser verfocht die Heidelberger Beschlüsse und kritisierte scharf die neue Deutschfreisinnige Partei²⁹⁷. Die Einladung dieses exponierten Vertreters des rechten Flügels der Nationalliberalen Partei durch den Ausschuß des Liberalen Vereins entsprach sicher der dort weithin vorherrschenden

²⁸⁶ RM Nr. 198, 2. 9. 1875.

²⁸⁷ Vgl. z. B. RTB Nr. 93, 3. 4. 1878.

²⁸⁸ RA Nr. 86, 27. 3. 1885.

²⁸⁹ Vgl. VBSM 1885, S. 137 ff. Dazu der Regensburger Anzeiger: „Noch schöner würde es sich machen, wenn auf erhabenem Piedestal die eherne Statue des Reichskanzlers angebracht würde und rings im Kreise um denselben die Herren Antragssteller als Gypsfiguren. Dann wäre, um mit dem Tagblatt zu reden, die ‚Ehre Regensburgs, der alten freien Reichsstadt‘, vollends gerettet.“ RA Nr. 67, 8. 3. 1885.

²⁹⁰ Vgl. RA Nr. 87, 28. 3. 1885.

²⁹¹ Vgl. RTB Nr. 83, 24. 3. 1895, Nr. 92, 2. 4. 1895, Nr. 93, 3. 4. 1895.

²⁹² Vgl. H. E. Matthes S. 149—155; G. Seeber S. 128—134.

²⁹³ Druck: W. Mommsen, Parteiprogramme S. 157 f.

²⁹⁴ Vgl. RTB Nr. 69, 9. 3. 1884.

²⁹⁵ Druck: W. Mommsen, Parteiprogramme S. 158 ff.

²⁹⁶ Vgl. W. Tormin, Geschichte S. 82 f.

²⁹⁷ Vgl. RTB Nr. 117, 28. 4. 1884 u. ff. Nrn.

politischen Linie. Jedoch zeigten die vorangegangenen Äußerungen des Regensburger Tagblattes, daß Verfechter linksliberalen Gedankenguts in Regensburg nicht ausgestorben waren, auch wenn sie sich im Liberalen Verein, der weiterhin als Sammelpunkt der „freisinnigen und nationalgesinnten Elemente aller Schattierungen“²⁹⁸ angesehen wurde, nicht mehr durchsetzen konnten. Die Versammlung vom 26. April 1884 stieß auf das Interesse von etwa 400—500 Teilnehmern²⁹⁹, einer doch erstaunlich hohen Zahl, nachdem der Verein „einige Zeit wenigstens nach außen hin ein gar ruhiges Leben geführt“³⁰⁰ hatte. Die optimistische Erwartung des Regensburger Tagblattes, daß mit dieser Veranstaltung eine neue Phase der politischen Rührigkeit des Vereins eingeleitet werde, erfüllte sich jedoch nicht. Im Gegenteil, die Lebenszeichen wurden immer seltener. Nur noch einmal wurde ausdrücklich Anteil am überregionalen politischen Geschehen genommen: Im Mai 1895 lag in der Expedition des Regensburger Tagblatts eine Petition an den Reichstag gegen die geplante Umsturzvorlage gegen die Sozialdemokraten³⁰¹ zur Unterschrift auf; allerdings geschah dies nur auf Initiative einzelner, nicht im Namen des Liberalen Vereins³⁰².

Eine neue Phase begann für den Liberalen Verein ab 1899, als sich Bürgermeister Stobäus aus Altersgründen nicht mehr bereit fand, für den Landtag zu kandidieren. Ohne den „Amtsbonus“ des Bürgermeisters ging den Liberalen das Landtagsmandat im Juli dieses Jahres auch sofort verloren. Gleichzeitig stellten die Attacken des neuen Chefredakteurs des Regensburger Morgenblattes, Heinrich Held, bisherige, als festgeschrieben geltende Positionen im Hinblick auf die Gemeindewahlen in Frage. Dies schreckte die Liberalen auf und zwang sie zu einem Überdenken ihrer Position. Erste Konsequenz des Mißerfolgs bei den Landtagswahlen 1899 und des verschärften Parteikampfes war der Rücktritt der amtierenden Vorstände des Liberalen Vereins, Justizrat Bernhold und Kommerzienrat Niedermayer, in der Generalversammlung vom 17. März 1900, mit der Begründung, „daß man auch jüngeren Kräften Gelegenheit geben sollte, für die liberale Sache zu wirken“³⁰³. Die neuen Vorstände, Kommerzienrat Pauer und Großhändler Laux, leiteten eine begrenzte Reaktivierung des Vereins ein. Punctuell wurden wieder öffentliche Veranstaltungen angesetzt und auswärtige nationalliberale Landtagsabgeordnete zu Vorträgen eingeladen. So äußerte sich der Vorsitzende der liberalen Fraktion im bayerischen Landtag, Oberlandesgerichtsrat Josef Wagner aus Augsburg, am 16. März 1901 zum Thema „Der bayerische Landtag, dessen politische Parteien und dessen Tätigkeit“³⁰⁴ und Hofbuchdruckereibesitzer und Kommerzienrat Wilhelm Reichel, gleichfalls Landtagsabgeordneter aus Augsburg, am 24. März 1902 über die „Aufgaben und Ziele des Liberalismus in Bayern“³⁰⁵. Auch konnten Leute zur Bestreitung von Vorträgen aus dem Verein selbst gewonnen werden. Rechtsanwalt Dr. Julius Uhlfelder referierte am 12. Dezember 1900 über „politische Streiflichter“³⁰⁶. Politik wurde

²⁹⁸ RTB Nr. 113, 24. 4. 1884.

²⁹⁹ Vgl. RTB Nr. 117, 28. 4. 1884.

³⁰⁰ RTB Nr. 113, 24. 4. 1884.

³⁰¹ Druck: E. R. Huber, Dokumente, Bd. 2, S. 429—434.

³⁰² Vgl. RTB Nr. 119, 1. 5. 1895.

³⁰³ RTB Nr. 77, 19. 3. 1900.

³⁰⁴ Pauer an StM, 13. 3. 1901, StR ZR 3212.

³⁰⁵ Pauer an StM, 22. 3. 1902, StR ZR 3212.

³⁰⁶ Pauer an StM, 6. 12. 1900, StR ZR 3212.

wieder als eine Angelegenheit begriffen, die die eigenen Interessen berührte. Zum Schulbedarfsgesetz verabschiedete man im Jahre 1902 eine Adresse an die Leitung der liberalen Fraktion im Landtag ³⁰⁷.

Die Reaktivierung des Liberalen Vereins ging den jüngeren Elementen dennoch zu langsam vonstatten. Im Juni 1903 erfolgte die Gründung des Jungliberalen Vereins für Regensburg und Umgebung ³⁰⁸. Zunächst bestand ein gewisses Rivalitätsverhältnis zwischen den beiden Organisationen, das jedoch belebend auf die beiderseitigen Aktivitäten wirkte. Der Liberale Verein verstärkte seine Anstrengungen zur Mitgliedererwerbung. Im März 1904 erließ er ein Rundschreiben mit angefügtem Beitrittsformular, in dem potentielle Parteimitglieder aufgefordert wurden, angesichts der Wahlbündnisse von Zentrum und Sozialdemokratie zur Wahrung der Freiheit auf politischem, wissenschaftlichem und religiösem Gebiet der Front der Liberalen beizutreten ³⁰⁹. Ein Angebot „zwangloser Zusammenkünfte“ ab Herbst des Jahres 1904 erwies sich als psychologisch geschickter Weg, neue Leute an den Verein heranzuführen ³¹⁰. Zwei Jahre später, im Herbst des Jahres 1906, war die Parteigängerschaft bereits wieder so zahlreich und gefestigt, daß wieder regelmäßige Monatsversammlungen — wie in der ersten Zeit des Vereins 1869/70 — abgehalten werden konnten. Die Themen wurden vorwiegend aus dem kommunalen Bereich gewählt, so etwa „Die Verkehrspolitik im Allgemeinen und in Beziehung auf Regensburg“, „Grund- und Bodenpolitik, oder: Über die Bedeutung des städtischen Grundbesitzes“, „Stadterweiterung und Stadtverschönerung“, „Mittelstandspolitik (Vergebung gemeindlicher Arbeiten und Lieferungen)“, „Was hat das Zentrum für die Städte getan?“, „Die Simultanschule und der Münchener Lehrertag“, „Das Fortbildungsschulwesen“, „Die Krankenhausfrage“ und „Die Bekämpfung der Kindersterblichkeit“ ³¹¹; sie waren durchwegs von Bürgernähe geprägt. Die Suche nach Bürgernähe veranlaßte die Vereinsleitung auch zu dezentralisierten Vortragsveranstaltungen in Stadtteilen, sogenannte „Litera-Versammlungen“, benannt nach der Stadtgebieteinteilung in Bezirke nach den Buchstaben A—L. Dort konnte auf die speziellen Probleme der Bewohner noch besser eingegangen werden, beispielsweise die im Zusammenhang mit dem Hafenausbau erwartete Entwicklung des östlichen Stadtteils ³¹². Gesellige Unterhaltungen — wie Sommer- und Kellerfeste an Stelle der seit den neunziger Jahren eingeschlafenen Stiftungsfeste, Musik- und Familienabende ³¹³ brachten eine weitere Bindung an den Verein. Die Gründung einer „Volksbibliothek“ Ende 1904 bot die Gelegenheit, über das Bildungsstreben der Bevölkerung liberales Gedankengut zu vermitteln ³¹⁴; doch zog der

³⁰⁷ Vgl. RTB Nr. 59, 3. 3. 1903; zum Schulbedarfsgesetz vgl. K. Möckl S. 513 f., 520 ff.

³⁰⁸ Näheres zu den Jungliberalen s. u. S. 347 ff.

³⁰⁹ Vgl. RTB Nr. 68, 23. 3. 1904.

³¹⁰ Vgl. BVBo Nr. 213, 16. 9. 1904, Nr. 286, 11. 12. 1904, Nr. 7, 10. 1. 1905, Nr. 29, 5./6. 2. 1905; RTB Nr. 298, 3. 11. 1904.

³¹¹ BVBo Nr. 291, 30. 10. 1906.

³¹² Vgl. BVBo Nr. 339, 19. 12. 1906.

³¹³ Vgl. Pauer an StM, 5. 9. 1902, 12. 11. 1902, StR ZR 3212; RTB Nr. 233, 1. 9. 1903, Nr. 200, 26. 7. 1904; BVBo Nr. 81, 23. 3. 1907, Nr. 264, 26. 9. 1909, Nr. 268, 30. 9. 1909, Nr. 109, 23. 4. 1910; RNN Nr. 152, 29. 6. 1911.

³¹⁴ Vgl. BVBo Nr. 286, 1. 12. 1904; zugleich wurde ein Bibliotheksausschuß eingesetzt. Im Februar 1905 umfaßte die Vereinsbibliothek etwa 200 Bände. Vgl. BVBo Nr. 30, 7. 2. 1905.

Liberaler Verein in diesem Punkte nur gegenüber einer schon seit langem bestehenden Einrichtung beim Katholischen Kasino gleich.

Da grundsätzliche Differenzen in der Programmatik zwischen Liberalem Verein und Jungliberalem Verein nicht bestanden, ergaben sich in der Alltagspraxis des Vereinslebens und in der Frontstellung gegenüber dem politischen Gegner bald Brücken der Zusammenarbeit. Zunächst kündigte man gemeinsame Vortragsabende an. Im Herbst 1903 hatte die Regierung der Kammer der Abgeordneten einen Landtagswahlgesetzentwurf vorgelegt, der die von Zentrum und Sozialdemokratischer Partei seit langem geforderte Einführung des direkten Wahlrechts und einer geänderten Wahlkreiseinteilung vorsah³¹⁵. Die liberale Landtagsfraktion sperrte sich dagegen, da sie hierdurch Nachteile für sich befürchtete. Noch während der Beratungsphase veranstaltete der Liberale Verein Regensburg am 7. Dezember 1903 eine Versammlung mit dem Generalsekretär der Nationalliberalen Partei Bayerns, Baist aus Nürnberg, und verabschiedete eine Resolution gegen den Gesetzentwurf in seiner vorliegenden Form; Kommerzienrat Wilhelm Neuffer plädierte zudem für ein gemeinsames Vorgehen des Bayerischen Bauernbundes mit den Liberalen in der Kammer³¹⁶. Als nach dem Scheitern des Gesetzentwurfes³¹⁷ die Liberalen und Bauernbündler in einer Zentrumsprotestversammlung am 6. März 1904 in Regensburg von Heinrich Held des „Volksverrats“ bezichtigt und als „Wahlrechtsräuber“ tituliert wurden³¹⁸, luden Liberaler und Jungliberaler Verein gemeinsam zu einer Gegenveranstaltung unter dem Motto „Volksverrat oder Volksverführung?“³¹⁹ ein. Rechtsanwalt Dr. Julius Uhlfelder, einer der wenigen Verfechter des Linksliberalismus in Regensburg³²⁰, schonte die Sozialdemokraten, aus deren Munde die gleichen Vorwürfe zu hören waren, denen er aber trotz aller Heftigkeit sehr viel Idealismus zubilligte. Dafür griff er das Zentrum umso heftiger an, rechtfertigte das Abstimmungsverhalten der liberalen Fraktion damit, daß die geänderte Wahlkreiseinteilung eventuell eine absolute Mehrheit des Zentrums erbracht hätte, und appellierte unter Hinweis auf das Beispiel der Sozialdemokraten an die 800 Köpfe zählende Versammlung, die Organisation zu verstärken; denn „mehr Wert als eine gute Wahlkreiseinteilung habe eine gute Organisation“³²¹. Im Landtagswahlkampf des Jahres 1905, der weiterhin vom Schlagwort des „Wahlrechtsraubs“ beherrscht war, arbeiteten die Liberalen Regensburgs ebenfalls engstens zusammen. Dabei trat neben den Liberalen Verein und die Jungliberale Vereinigung als dritte, nunmehr formell-parteigebundene Untergliederung der bisherige Arbeiterfortbildungsverein als „Liberaler Arbeiterverein“³²² bzw. „Liberale Arbeitervereinigung“³²³. Während zu

³¹⁵ Vgl. KdA 1903/04, Beil. Bd. 13, S. 327—347; zur Vorgeschichte des Gesetzentwurfes vgl. K. Möckl S. 515—520.

³¹⁶ Vgl. RTB Nr. 333, 11. 12. 1903; BVBo Nr. 285, 7. 12. 1903.

³¹⁷ Vgl. K. Möckl S. 530.

³¹⁸ Vgl. RA Nr. 120, 8. 3. 1904.

³¹⁹ BVBo Nr. 59, 12. 3. 1904

³²⁰ Dr. Julius Uhlfelder, Rechtsanwalt, geb. 2. 10. 1865, gest. 27. 2. 1907, jeweils in Regensburg; Ausschußmitglied des Liberalen Vereins seit 1903, Präsident der Faschingsgesellschaft Narragonia 1898, Mitglied der Freimaureerloge Walhalla zum aufgehenden Licht. Vgl. RTB Nr. 58, 1. 3. 1907, Nr. 60, 3. 3. 1907; dazu H. Seyboth S. 62; Familienbögen StR.

³²¹ BVBo Nr. 59, 12. 3. 1904.

³²² BVBo Nr. 69, 24. 3. 1905.

³²³ BVBo Nr. 12, 15./16. 1. 1905.

Beginn des Wahlkampfes die drei Gruppen zwar gemeinsam, aber jede mit eigenem Namen, die Aufrufe zu den Wahlveranstaltungen unterschrieben³²⁴, zeichnete in der Endphase nur mehr ein „Wahlkomitee der vereinigten Liberalen“³²⁵ verantwortlich. Über die Kandidatenaufstellung allerdings hatte zu Beginn des Jahres 1905 noch ein erweiterter Ausschuß des Liberalen Vereins allein entschieden³²⁶.

Der Wille zu effektiver Zusammenarbeit auch außerhalb der Wahlkampfzeiten führte im Oktober 1906 zur Bildung eines gemeinsamen Ortsausschusses der Liberalen Regensburgs. In dem siebenköpfigen Gremium besaß allerdings der Liberale Verein mit vier Sitzen die sichere Stimmenmehrheit³²⁷. Frucht dieses Ortsausschusses waren regelmäßige gemeinsame Diskussionsabende aller drei liberalen Vereine Regensburgs ab Herbst des Jahres 1907³²⁸. Mit ihnen sollte das politische Interesse der Einwohnerschaft Regensburgs angeregt werden, gleichzeitig eine rhetorische Schulung erreicht werden³²⁹. Den Anstoß zu dieser Gründung hatte im April 1906 das neugegründete Münchner liberale Wochenblatt „Fortschritt“ gegeben; dort war die Erkenntnis ausgesprochen, daß zur Gewinnung von Wählermassen politische Ausbildung und Fortbildung der Parteigänger nötig sei, wie sie Sozialdemokraten und Zentrum schon längst demonstrierten³³⁰. Die Diskussionsabende wurden zwar während der Vereinssaison 1907/08 durchgezogen³³¹ und auch während des Winters 1908/09 neu — sogar wöchentlich — angesetzt, doch schienen sie zunächst noch auf wenig Gegenliebe, besonders auf Seite der Altliberalen zu stoßen. Sie wandten ein, daß die liberalen Wähler ihre Pflicht bei den Wahlen, namentlich den kommunalen, bisher auch so getan hätten³³². Es wurde deutlich, daß regelmäßige Kleinarbeit, die Auseinandersetzung mit kontroversen Meinungen — wenn auch nur innerhalb der verschiedenen Richtungen des Liberalismus —, der Kontakt mit Arbeitern und Handwerkern, den Honoratioren des Altliberalen Vereins zuwider

³²⁴ Vgl. BVBo Nr. 69, 24. 3. 1905.

³²⁵ BVBo Nr. 167, 7. 7. 1905.

³²⁶ Vgl. BVBo Nr. 16, 20. 1. 1905.

³²⁷ In den Ortsausschuß wurden als Delegierte abgeordnet: Vom Liberalen Verein: Vorstand Großhändler Wilhelm Laux, Kommerzienrat Wilhelm Neuffer, Baumeister Hans Schrickler, Rechtsanwalt Dr. Georg Seitz. Vom Jungliberalen Verein: Vorstand Buchhalter Otto Bäuerle, Kaufmann Friedrich Bleich. Vom Liberalen Arbeiterverein: Vorstand Photograph Franz Xaver Wittmann. Vgl. BVBo Nr. 291, 30. 10. 1906.

³²⁸ Vgl. BVBo Nr. 299, 5. 11. 1907.

³²⁹ Vgl. BVBo Nr. 8, 9. 1. 1909.

³³⁰ Vgl. Fortschritt Nr. 3, 14. 4. 1906. Der „Fortschritt, Liberales Wochenblatt“ erschien ab März 1906 in München, zunächst unter dem Herausgeber Alfred Scheel, ab 20. März 1909 unter dem Herausgeber Karl Kohl und der Redaktion von Dr. Wilhelm Ohr; ab 1910 diente das Blatt als offizielles Publikationsorgan der Arbeitsgemeinschaft der liberalen Kreisverbände Bayerns r. d. Rh. Kurz nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges, am 19. 9. 1914, stellte der „Fortschritt“ sein Erscheinen ein. Er arbeitete, ohne einer der bestehenden liberalen Parteien direkt anzugehören, für die Einigung des Liberalismus in Bayern. Er bietet Informationen über den Organisationsgrad der Liberalen in Bayern, da unter der Rubrik „Aus der Bewegung“ Tätigkeitsberichte aus dem ganzen Land erschienen. Von J. Reimann nicht benutzt.

³³¹ Vgl. BVBo Nr. 12, 14. 1. 1908, Nr. 26, 28. 1. 1908, Nr. 40, 11. 2. 1908, Nr. 53, 24. 2. 1908.

³³² Vgl. BVBo Nr. 8, 9. 1. 1909.

waren. Die Wende zu den Methoden einer Massenpartei wurde von ihnen innerlich nicht vollzogen. Die Verfechter der Diskussionsabende aber ließen sich in ihrem Konzept nicht beirren. In den folgenden Jahren trugen gerade diese Veranstaltungen zur Belebung und ständigen Aufwärtsentwicklung des Regensburger Liberalismus bei. Ihre Anziehungskraft beruhte auf geltenden parlamentarischen Spielregeln, jeder Anwesende konnte gleichberechtigt zu Worte kommen³³³. Die Themen waren teils allgemeinpolitisch, teils aktuell gewählt. Im Januar 1909 z. B. behandelte man Steuer- und Mittelstandsfragen³³⁴, im März 1909 wurde eine Protestresolution zum Fall des Pfarrers Tremmel von Volsbach, der vom erzbischöflichen Generalvikariat Bamberg wegen Zugehörigkeit zur liberalen Partei von der Ausübung des geistlichen Amtes suspendiert worden war, verabschiedet³³⁵. Im Herbst 1909 und Frühjahr 1910 fesselten die Einigungsbestrebungen im bayerischen Liberalismus weitgehend das Interesse³³⁶, die mit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft der liberalen Kreisverbände Bayerns r. d. Rh. am 19./20. März 1910 in Regensburg und der Verschmelzung der drei linksliberalen Parteien im Reich und in Bayern zur Fortschrittlichen Volkspartei endeten. Gleichzeitig zollte man der von nationalliberaler Seite betriebenen Imperialismusbegeisterung zunehmend mehr Tribut. Bereits 1907 vor den sogenannten Hottentottenwahlen hatte der liberale Reichstagskandidat des Wahlkreises Regensburg, Karl Letz, den Wahlkampf mit Parolen für Beibehaltung der Kolonialpolitik zur „Größe und Ehre des deutschen Vaterlandes“³³⁷ geführt. Nunmehr förderte man diese Tendenz mit Vortragsthemen, wie „Deutschland unter den Weltvölkern“³³⁸ oder Lichtbildervorträgen über Deutsch-Südwestafrika³³⁹. Weiterhin standen Schule und Kirche, Religion und Politik immer wieder im Brennpunkt der Landtagsverhandlungen³⁴⁰ und infolgedessen auch in Regensburg zur Diskussion³⁴¹. Auch wirtschaftliche Fragen, z. B. die Schutzzollpolitik, oder die Klärung des Verhältnisses zum Bauernstand wurden aufgegriffen; Zusammenarbeit mit dem Bauernstand wurde für durchaus denkbar gehalten, sofern dieser seine einseitige Interessenpolitik der Vertretung nationalen Gesamtinteresses unterordne³⁴². Das Wahlbündnis Liberalismus-Bauernbund-Sozialdemokratie von 1912 kündigte sich an.

Trotz weitestgehender Zusammenarbeit in den regelmäßigen wöchentlichen Diskussionsabenden, der Organisierung der Landtags- und Reichstagswahlkämpfe durch ein Wahlkomitee bzw. einen Wahlausschuß der vereinigten Liberalen seit 1905³⁴³ und der Einrichtung eines gemeinsamen Ortsausschusses hatten die drei lokalen liberalen Ortsvereine Regensburgs ihre vereinsrechtlich selbständige Existenz beibehalten und hielten weiter ihre gesonderten Generalversammlungen

³³³ Vgl. ebd.

³³⁴ Vgl. BVBo Nr. 10, 11. 1. 1909, Nr. 23, 24. 1. 1909.

³³⁵ Vgl. BVBo Nr. 75, 17. 3. 1909, Nr. 76, 18. 3. 1909.

³³⁶ Vgl. BVBo Nr. 275, 8. 10. 1909, Nr. 29, 30. 1. 1910, Nr. 43, 13. 2. 1910.

³³⁷ BVBo Nr. 24, 25. 1. 1907.

³³⁸ BVBo Nr. 3, 4. 1. 1910, Nr. 22, 23. 1. 1910.

³³⁹ Vgl. RNN Nr. 80, 30. 3. 1911.

³⁴⁰ Vgl. J. Reimann S. 113—117.

³⁴¹ Vgl. BVBo Nr. 305, 7. 11. 1909, Nr. 71, 13. 3. 1910.

³⁴² Vgl. BVBo Nr. 303, 6. 11. 1910, Nr. 324, 27. 11. 1910.

³⁴³ Vgl. BVBo Nr. 167, 7. 7. 1905, Nr. 22, 23. 1. 1907, Nr. 143, 29. 5. 1907; RNN Nr. 3, 4. 1. 1912, Nr. 30, 1. 2. 1912.

mit eigener Vorstands- und Ausschußwahl ab³⁴⁴, beriefen noch eigene Versammlungen ein — der Liberale Verein allerdings sehr vereinzelt, so z. B. am 23. Februar 1910 eine Veranstaltung mit dem nationalliberalen Reichstagsabgeordneten und Rittergutsbesitzer Paul Fuhrmann zum Thema „Reichsfinanzreform“³⁴⁵ — und setzten ihre Namen gesondert unter Aufrufe, z. B. zur Unterstützung des Nationalvereins für das liberale Deutschland³⁴⁶, zur Unterstützung der Regensburger liberalen Presse³⁴⁷ oder zur Wahrung des Parteifriedens während der oberpfälzischen Kreisausstellung 1910³⁴⁸. Nach der Gründung des Liberalen Klubs Regensburg im Frühjahr 1912 beschloß der Liberale Verein jedoch in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 28. Oktober desselben Jahres um der Einheit des Liberalismus in Regensburg willen seine Selbstauflösung³⁴⁹. Die Mitglieder wurden ersucht, dem Liberalen Klub beizutreten³⁵⁰. Eine letzte Generalversammlung am 27. Mai 1914 erledigte die noch anstehenden vermögensrechtlichen Fragen des Vereins³⁵¹.

2. Der Jungliberale Verein für Regensburg und Umgebung (1903—1910) und der Fortschrittliche Volksverein Regensburg und Umgebung (1910—1912)

Daß der politische Liberalismus im Deutschen Reich gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu einer vorher nicht gekannten Bedeutungslosigkeit abgesunken war, hatte eine Reihe von Gründen. Eine der Hauptursachen war die organisatorische Zersplitterung. Seit 1893 gab es drei linksliberale Parteien: Die Deutschfreisinnige Partei hatte sich bei der Abstimmung über die große Heeresvorlage im Mai dieses Jahres in die Freisinnige Vereinigung und die Freisinnige Volkspartei gespalten³⁵². Daneben existierte seit 1865 die vorwiegend auf Südwestdeutschland beschränkte Deutsche Volkspartei. Die Nationalliberalen stellten nach wie vor den rechten Flügel der Liberalen dar, näherten sich aber immer mehr den Konservativen³⁵³. Bei den Reichstagswahlen von 1898 büßte die Nationalliberale Partei sieben Sitze ein und fiel auf 46 Sitze. Die beiden linksliberalen Gruppen, Freisinnige Vereinigung und Freisinnige Volkspartei, erholten sich nach ihrer vernichtenden Niederlage von 1893, bei der sie von 66 auf 37 Sitze geschrumpft waren, kaum; sie gewannen lediglich vier Mandate hinzu. Mit den acht Sitzen der Deutschen Volkspartei errechneten sich für die Liberalen aller Färbungen im Reichstag 1898 95 Mandate, die jedoch wegen der Zerstrittenheit der Parteien kaum jemals als geschlossene Größe wirksam wurden. Demgegenüber besaß das Zentrum als größte Fraktion zu diesem Zeitpunkt allein 102 Sitze³⁵⁴.

³⁴⁴ Für den Liberalen Verein vgl. RTB Nr. 79, 20. 3. 1904; BVBo Nr. 185, 14. 7. 1906, Nr. 78, 20. 3. 1907, Nr. 137, 20. 5. 1908, Nr. 123, 6. 5. 1909 (zu korr.: Nr. 124, 7. 5. 1909!).

³⁴⁵ Vgl. BVBo Nr. 47, 17. 2. 1910, Nr. 53, 23. 2. 1910, Nr. 55, 25. 2. 1910, Nr. 57, 27. 2. 1910, Nr. 60, 2. 3. 1910 u. ff. Nrn.

³⁴⁶ Vgl. BVBo Nr. 83, 26. 3. 1907.

³⁴⁷ Vgl. RNN Nr. 78, 28. 3. 1911, Nr. 80, 30. 3. 1911.

³⁴⁸ Vgl. BVBo Nr. 117, 1. 5. 1910.

³⁴⁹ Vgl. RNN Nr. 292, 26. 10. 1912.

³⁵⁰ RNN Nr. 296, 30. 10. 1912.

³⁵¹ Vgl. RNN Nr. 132, 15. 5. 1914.

³⁵² Vgl. H. E. Matthes S. 312—330; G. Seeber S. 204 f.; K. Wegner S. 5 ff.

³⁵³ Vgl. W. Tormin, Geschichte S. 108.

³⁵⁴ Vgl. H. Kaack S. 64 f.

Gegen diesen fatalen, zunehmenden Bedeutungsverlust des Liberalismus regte sich Gegenwehr in den eigenen Reihen. Insbesondere die Jungliberale Bewegung, als Nachwuchsorganisation der Nationalliberalen Partei projiziert, suchte dem deutschen Liberalismus durch Akzentuierung liberaler Grundsätze und der Forderung nach dem Abrücken vom konservativen Lager neue Anziehungskraft zu verleihen ³⁵⁵. Am 23. Januar 1899 wurde in Köln der erste Jungliberale Verein gegründet ³⁵⁶, am 21. Oktober 1900 schlossen sich neun bis dahin im Rheinland und der Pfalz verbreitete Vereine in Köln zum „Reichsverband der Vereine der nationalliberalen Jugend“ zusammen. 1905 zählte der Verband 58 Vereine mit circa 10 000 Mitgliedern ³⁵⁷. Die jungliberale Bewegung entwickelte eine starke Eigendynamik, die zu häufigen Konflikten mit der Nationalliberalen Mutterpartei führte. Zudem gingen die bayerischen Jungliberalen, ähnlich wie die badischen, unabhängig vom Reichsverband, einen eigenen Weg ³⁵⁸. Der antisozialdemokratische Affekt war im Süden weit weniger ausgeprägt als im Norden. Bayerns Jungliberale sympathisierten mit dem Gedankengut der Nationalsozialen und näherten sich immer mehr dem Linkliberalismus. Folgerichtig schloß sich ein Großteil der jungliberalen Bewegung 1910 der neugegründeten Fortschrittlichen Volkspartei an ³⁵⁹.

Die Gründung des Jungliberalen Vereins für Regensburg und Umgebung erfolgte am 6. Juni 1903 inmitten eines lebhaften Reichstagswahlkampfes ³⁶⁰. Zwar gelang es der neuen Gruppierung nicht, auf die Reichstagswahl vom 16. Juni dieses Jahres noch irgend einen sichtbaren Einfluß zu nehmen, doch bekundete sie bereits in der ersten öffentlichen Sitzung am 8. Juli 1903 ihren Willen, die Zeit bis zu den nächsten Landtagswahlen im Juli 1905 „zu eifriger Arbeit und unentwegter Organisation“ ³⁶¹ zu benutzen. Das Ziel sei kontinuierliche Arbeit, nicht nur kurzfristige Aktivität in Wahlkampfphasen, wie beim Liberalen Verein bisher zu beobachten war. Der erste Vorstand des Jungliberalen Vereins bzw. der Jungliberalen Vereinigung, wie sie auch genannt wurde, Buchhalter Otto Bäuerle ³⁶², ging mit dem „senilen, kraft- und saftlosen, schläfrigen und öffentlich tatenlosen Liberalismus in Regensburg“ ³⁶³ scharf ins Gericht. Zur öffentlichen Vorstellung des Jungliberalen Vereins Regensburg am 8. Juli 1903, vier Wochen nach seiner eigentlichen Gründung, war auch der Vorstand des Jungliberalen Vereins München, Dr. Karl Behmer, erschienen. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß an den Münchner Verein die Einladung ergangen sei, sozusagen die Taufpatenstelle zu übernehmen. Ein Hinweis, daß die Gründung des Liberalen Vereins vom Münchner Verein veranlaßt wurde, liegt jedoch nicht vor. Eher läßt die Formulierung Behmers, „daß auch hier die liberale Jugend sich

³⁵⁵ Vgl. Th. Nipperdey, *Organisation* S. 94.

³⁵⁶ Vgl. P. Zimmermann S. 5, 17; C. Köhler S. 3 f.; H. Schwab S. 358 f.

³⁵⁷ Vgl. H. Schwab S. 359; auch Th. Nipperdey, *Organisation* S. 97 (ohne Baden und Bayern).

³⁵⁸ Vgl. C. Köhler S. 9 f.

³⁵⁹ Vgl. J. Reimann S. 87 f.

³⁶⁰ Vgl. Bäuerle an StM, 10. 6. 1903, StR ZR 3206.

³⁶¹ RTB Nr. 180, 10. 7. 1903.

³⁶² Otto Bäuerle, geb. 1. 10. 1871 in Heiligkreuzthal (Württemberg), gest. 27. 4. 1951 in Regensburg. Vgl. Familienbögen StR.

³⁶³ RA Nr. 341, 12. 7. 1903.

aufgegriffen hat zur Gründung einer Jungliberalen Vereinigung“³⁶⁴ den Schluß zu, daß die Initiative hierfür in Regensburg selbst lag. Behmer regte für die Zukunft eine Zusammenarbeit der Regensburger mit den Münchner und Augsburger Jungliberalen an.

Das Spezifikum der Jungliberalen Vereine lag intentional nicht in der Ausformung einer eigenen Programmatik mit dem Ziel einer eigenständigen Parteibildung, sondern in ihrem Charakter als Nachwuchsorganisation der liberalen Parteien, speziell der Nationalliberalen Partei. Daraus resultierte die Begrenzung des Mitgliedsalters für ordentliche Mitglieder auf 40 Jahre³⁶⁵. Diese Bestimmung fand sich dementsprechend auch in den Satzungen des Regensburger Jungliberalen Vereins (§ 4)³⁶⁶. Anhänger der liberalen und nationalen Sache, die das 40. Lebensjahr überschritten hatten, konnten als außerordentliche Mitglieder aufgenommen werden, allerdings ohne aktives oder passives Wahlrecht (§ 5). Der Mitgliedsbeitrag belief sich jährlich auf 2 Mark, höhere Beiträge waren freigestellt (§ 7); 1908 wurde der Beitrag auf 2,40 Mark angehoben³⁶⁷, 1909 eine erneute Erhöhung beschlossen³⁶⁸. Der Vorstandschaft war eine relativ starke Stellung zugeordnet; sie bestand aus einem Vorsitzenden und dessen Stellvertreter, zwei Schriftführern, einem Schatzmeister und sieben Beisitzern. Eine Trennung in Vorstandschaft und Ausschuß wurde hier nicht mehr vorgenommen. Die Zahl der Vorstandsmitglieder insgesamt konnte durch Ergänzungswahl auf 19 erhöht werden (§ 11).

Die erste Vorstandsstelle bekleidete der Buchhalter Otto Bäuerle, der Gründer des Vereins³⁶⁹, von 1903 bis Anfang 1906. Einer katholischen Lehrerfamilie entstammend, wurde er vom Regensburger Anzeiger stark angefeindet, da er sich „echt liberal“³⁷⁰ protestantisch verheiratet hatte und seine Kinder protestantisch erziehen ließ. Zweiter Vorstand war im gleichen Zeitraum Postexpeditor Hermann Gierster³⁷¹. Nach seinem Verzicht, weiterhin für die erste Vorstandsstelle zu kandidieren, wurde Bäuerle in der Generalversammlung vom 19. Januar 1906 zum zweiten, Rechtsanwalt Julius Mußnug zum ersten Vorstand gewählt³⁷². Jedoch scheint Bäuerle die erste Vorstandsstelle im Laufe des Vereinsjahres 1906/1907 wieder übertragen worden zu sein, denn in der Generalversammlung vom 22. Februar 1907 erstattete er in dieser Funktion den Jahresbericht³⁷³. In dieser Versammlung löste Lehrer Jakob Zintl Bäuerle dann definitiv in der Spitze ab, dieser rückte in die zweite Vorstandsstelle ein³⁷⁴. Dieses Gespann behielt anschließend die Führung bis zur Umwandlung des Jungliberalen Vereins in den Fortschrittlichen Volksverein Regensburg und Umgebung am 6. Mai 1910³⁷⁵.

³⁶⁴ RTB Nr. 180, 10. 7. 1903.

³⁶⁵ Vgl. C. Köhler S. 5 ff.

³⁶⁶ Vgl. Satzungen, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 9534, Beiakt (handschriftlich) und StR ZR 3206 (gedruckt).

³⁶⁷ May an StM, 9. 6. 1908, StR ZR 3206.

³⁶⁸ Höhe nicht genannt. Vgl. BVBo Nr. 98, 9. 4. 1909.

³⁶⁹ Vgl. Fortschritt Nr. 11, 16. 3. 1907.

³⁷⁰ RA Nr. 341, 12. 7. 1903.

³⁷¹ Vgl. RTB Nr. 180, 10. 7. 1903, Nr. 11, 11. 1. 1904; BVBo Nr. 12, 15./16. 1. 1905.

³⁷² Vgl. BVBo Nr. 19, 21. 1. 1906; Bäuerle an StM, 4. 2. 1906, StR ZR 3206.

³⁷³ Vgl. BVBo Nr. 55, 26. 2. 1907; Fortschritt Nr. 11, 6. 3. 1907.

³⁷⁴ Vgl. Zintl an StM, 3. 3. 1907, StR ZR 3206.

³⁷⁵ Vgl. Zintl an StM, 9. 3. 1908, StR ZR 3206; BVBo Nr. 67, 9. 3. 1908, Nr. 98, 9. 4. 1909, Nr. 128, 12. 5. 1910.

Ein Blick auf die soziale Zusammensetzung der Führungsschicht der Jungliberalen Vereinigung läßt eine Akzentverschiebung gegenüber der des Liberalen Vereins zur gleichen Zeit erkennen. Während dort die ausgesprochenen Honoratioren, k. Kommerzienräte und Rechtsanwälte, das Ruder führten, engagierten sich hier mehr Vertreter aus dem sogenannten „neuen Mittelstand“³⁷⁶, Angestellte, Techniker, Beamte aus vorwiegend technischen Bereichen. So gehörten der Vorstandschaft 1903 vier Buchhalter, zwei Kaufleute, drei Staatsbedienstete (ein Postexpeditor, ein k. Bauführer, ein k. Vermessungsassistent) und ein Uhrmachermeister an³⁷⁷. Ein Jahr später, 1904, zählten zwei Buchhalter, fünf gemeindliche oder staatliche Bedienstete, zwei Handwerker, ein Bautechniker und ein Lehrer dazu³⁷⁸. Trotz der Orientierung an einer neuen Zielgruppe schob sich aber nach einer bestimmten Anlaufzeit dann doch wieder ein Vertreter des akademischen Bildungsbürgertums, ein Lehrer, in die erste Führungsposition.

Die Jungliberalen waren mit dem Vorsatz angetreten, die soziale Basis der Partei zu erweitern, die liberalen Ideen „mehr in die Volksmassen“³⁷⁹ zu tragen. In Regensburg gelang ein erster erfolgversprechender Schritt in dieser Richtung insofern, als Vorstand Bäuerle unmittelbar nach der Gründung des Jungliberalen Vereins, einen Großteil des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes Regensburg als Mitglieder gewinnen konnte³⁸⁰. Die Ortsgruppe des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes war 1899 gegründet worden und zählte anfangs 1904 130 Mitglieder³⁸¹. Gegen die Werbung unter Verkehrsbeamten der Bahn und Post erhoben sich allerdings Widerstände; das Zentrumsblatt, der Regensburger Anzeiger, warf dem Postexpeditor Gierster unerlaubte Pression auf die unterstellten Bediensteten vor³⁸². Immerhin konnte in der ersten öffentlichen Sitzung, einen Monat nach dem Gründungstermin, bereits eine Mitgliederzahl von 92 Personen bekannt gegeben werden³⁸³. Vom Jahre 1905 auf 1906 konnte dann ein kräftiger Anstieg, von 149 auf 230 Mitglieder, verbucht werden³⁸⁴. Anfangs 1907 zählte der Verein 297 Mitglieder³⁸⁵, am Ende dieses Jahres etwa um 100 mehr³⁸⁶. Die Fluktuation war nicht unerheblich, im Vereinsjahr 1906/07 gingen dem Verein durch Ortswechsel infolge „Versetzungen“ rund 100 Mitglieder verloren³⁸⁷, ein Hinweis darauf, daß die Beamtenschaft anteilig sehr stark vertreten war. Konkretere Angaben über die Mitgliederstruktur des Jungliberalen Vereins lassen sich wegen des Fehlens von Mitglieder-

³⁷⁶ Th. Nipperdey, Organisation S. 96.

³⁷⁷ Vorstandschaft 1903: 1) Otto Bäuerle, Buchhalter, 2) Hermann Gierster, Postexpeditor, 3) Otto Hönigsberger, Kaufmann, 4) Friedrich Bleich, Kaufmann, 5) Hans Hupfer, k. Bauführer, 6) Robert Schmidt, Buchhalter, 7) Oswald Trier, Buchhalter, 8) Carl Reinemund (zu korr.: Raimund), k. Vermessungsassistent, 9) Carl Lux, Uhrmachermeister, 10) Ernst Rick, Buchhalter. Vgl. RTB Nr. 180, 10. 7. 1903; Adreßbuch 1903, I S. 136.

³⁷⁸ Vgl. RTB Nr. 11, 11. 1. 1904.

³⁷⁹ RTB Nr. 180, 10. 7. 1903.

³⁸⁰ Vgl. RA Nr. 341, 12. 7. 1903; RTB Nr. 184, 14. 7. 1903, Nr. 187, 17. 7. 1903.

³⁸¹ Vgl. Hand- und Nachschlagebuch S. 153.

³⁸² Vgl. RA Nr. 341, 12. 7. 1903.

³⁸³ RTB Nr. 180, 10. 7. 1903.

³⁸⁴ Vgl. BVBo Nr. 19, 21. 1. 1906.

³⁸⁵ Vgl. BVBo Nr. 55, 26. 2. 1907.

³⁸⁶ Vgl. BVBo Nr. 273, 9. 10. 1907. Weitere Zahlenangaben fehlen.

³⁸⁷ Vgl. BVBo Nr. 55, 26. 2. 1907.

listen etc., ähnlich wie beim Liberalen Verein, nicht erbringen. Letzlich scheinen die Jungliberalen, wie aus der Zusammensetzung der Vorstandschaft und anderen Anzeichen mit aller Vorsicht zu schließen ist, ihren Rückhalt auch nur im städtischen Bürgertum, und zwar dem neuen Mittelstand, gefunden zu haben.

In der Programmatik ordnete sich der Jungliberale Verein Regensburg weitgehend den bekannten Zielsetzungen der Jungliberalen Bewegung unter³⁸⁸. Zwar umriß Paragraph 1 der Satzungen nur äußerst knapp den Zweck dahingehend, „das Interesse der jüngeren Generation für Aufgaben des politischen Lebens zu fördern, um seine Mitglieder im Dienste der liberalen und nationalen Sache heranzubilden“³⁸⁹, eine nähere Erläuterung hierzu fand sich aber in einer Vorstellung des Jungliberalismus im Regensburger Tagblatt vom 9. Juni 1903³⁹⁰. Der Dienst an der „nationalen Sache“ wurde im Eintreten für eine zielbewußte Ausdehnung der imperialistischen Politik des Deutschen Reiches, für einen Ausbau des Flotten- und Militärwesens gesehen. Der Dienst an der „liberalen Sache“ sollte in der Wahrung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts sowie der Vereins- und Versammlungsfreiheit, ferner der schärferen Betonung der liberalen Prinzipien in der Politik insgesamt³⁹¹ zum Ausdruck kommen. Innerparteilich sollten parlamentarische Formen gepflegt (§ 2 der Satzungen), in der nationalliberalen Mutterpartei die Honoratiorenstruktur abgelöst und durch einen demokratischen Aufbau ersetzt werden³⁹². Die dritte Säule des Jungliberalismus, das Eintreten für „sozialen Fortschritt“, wurde zwar auch im zitierten programmatischen Artikel des Regensburger Tagblattes groß herausgestellt, doch fehlte dieser Punkt zunächst auffallenderweise in Paragraph 1 der Satzungen. Erst im Jahre 1908 wurde eine entsprechende Erweiterung im Zuge einer Satzungsänderung eingefügt; die Mitglieder sollten von da ab „im Dienste der liberalen, nationalen und sozialen Sache“³⁹³ herangebildet werden. Unter der „sozialen Frage“ wurde sehr wohl auch die Problematik der industriellen Arbeiterschaft begriffen³⁹⁴, doch engte sich das Begriffsfeld in den Beschlüssen der Vertretertag des Reichsverbandes der nationalliberalen Jugend fast ausschließlich auf soziale Fragen des neuen Mittelstandes ein³⁹⁵. Die Gegnerschaft sowohl gegen das Zentrum als auch gegen die Sozialdemokratie wurde scharf betont und apodiktisch verkündet: „Kein gläubiger Katholik kann ultramontan sein! . . . Kein Arbeiter, dem Wohl und Glück seines Standes am Herzen liegt, kann Sozialdemokrat sein.“³⁹⁶. Im Jahr zuvor, am 12./13. September 1902, hatte die Vertreterversammlung des Reichsverbandes der Vereine der nationalliberalen Jugend in Düsseldorf in einem eigenen Beschluß den Kampf gegen das Zentrum zu einer Hauptaufgabe liberaler Politik erklärt³⁹⁷. Der Jungliberale Verein wurde denn auch sofort nach seinem ersten öffentlichen Auftreten in

³⁸⁸ Zur Programmatik der Jungliberalen vgl. P. Zimmermann S. 6—17; C. Köhler S. 19 ff.; Th. Nipperdey, Organisation S. 94 ff.

³⁸⁹ S. o. Anm. 366.

³⁹⁰ Vgl. RTB Nr. 152, 9. 6. 1903.

³⁹¹ Vgl. auch RTB Nr. 180, 10. 7. 1903.

³⁹² Vgl. Th. Nipperdey, Organisation S. 98 f.; W. Tormin, Geschichte S. 109.

³⁹³ May an StM, 9. 6. 1908, StR ZR 3206.

³⁹⁴ Vgl. RTB Nr. 152, 9. 6. 1903.

³⁹⁵ Vgl. C. Köhler S. 22.

³⁹⁶ RTB Nr. 152, 9. 6. 1903.

³⁹⁷ Vgl. C. Köhler S. 19, 31.

Regensburg vom Zentrumsorgan, dem Regensburger Anzeiger, heftigst befiehlt: Man warf den Jungliberalen Romhaß und Nähe zur Sozialdemokratie vor, ihr Kampf gelte nur dem Zentrum und den Konservativen³⁹⁸. Dagegen verwahrten sich jungliberale Stimmen in ebenso heftiger Gegenreaktion im Regensburger Tagblatt³⁹⁹, insbesondere wurde die Anschuldigung der Katholikenfeindschaft zurückgewiesen⁴⁰⁰. In der Zukunft bemühten sich die Regensburger Jungliberalen sichtlich, antiklerikale Äußerungen möglichst zu vermeiden, um sich bei der überwiegend katholisch-konservativen Einwohnerschaft die Chancen bei Wahlen nicht zu verderben⁴⁰¹.

Ein Programmpunkt, der speziell im bayerischen Jungliberalismus ausgeprägt war und sich auch in Regensburg wiederfand, war der Gedanke der Einigung des Gesamtliberalismus⁴⁰². Ihn betonte Bäuerle denn auch sofort bei seinem ersten Auftreten, wenngleich es zunächst paradox anmuten mußte, daß neben dem alten Liberalen Verein, der traditionsgemäß die Einheit der Liberalen aller Richtungen in Regensburg verkörperte, eine zweite separate Organisation aufgebaut wurde⁴⁰³.

Das Verhältnis zwischen dem Jungliberalen Verein und dem Altliberalen Verein — wie der bisherige Liberale Verein jetzt auch genannt wurde — war, trotz anfänglicher Kritik an der Unaktivität des älteren Vereins durch die Jungen, von dem Willen geleitet, liberale Ziele gemeinsam zu verfolgen. Zu einer Entspannung der Atmosphäre trug neben der Tatsache, daß primär nicht programmatische Ziele, sondern nur die Intensität in der Verfolgung dieser Ziele strittig waren, auch das taktisch kluge Verhalten der Führung des Altliberalen Vereins bei. Nach deren Konzept sollte die Jungliberale Bewegung in die Linie des Altliberalen Vereins integriert werden⁴⁰⁴. Der Altliberale Verein erwartete sich vom Jungliberalen Verein vor allem die Heranbildung junger Kräfte für die politische Agitation und damit einen kräftigen Aufschwung der liberalen Bewegung, die sich an den Wahlen ablesen lassen sollte. „Schulter an Schulter“⁴⁰⁵ sollten die gemeinsamen Ziele erkämpft werden. Der Beitritt des ersten und zweiten Vorstandes des Altliberalen Vereins sowie eines Ausschußmitgliedes⁴⁰⁶ zum Jungliberalen Verein geschah sicher nicht nur aus Sympathie, sondern auch aus der taktischen Überlegung, den Jungliberalen Verein damit unter eine gewisse Kontrolle zu bringen, ihm, wie es der Regensburger Anzeiger ausdrückte, „den Bremsprügel zwischen die Räder zu halten“, falls es die Jungen „gar zu toll treiben sollten“⁴⁰⁷. Tatsächlich vollzog sich die Zusammenarbeit zwischen Alt- und Jungliberalen in Regensburg — anders als in vielen anderen Städten — ohne größeren Eklat, wenngleich manche Meinungsverschiedenheiten zwischen

³⁹⁸ Vgl. RA Nr. 339, 11. 7. 1903, Nr. 341, 12. 7. 1903, Nr. 348, 16. 7. 1903, Nr. 359, 22. 7. 1903, Nr. 352, 18. 7. 1903.

³⁹⁹ Vgl. RTB Nr. 184, 14. 7. 1903, Nr. 187, 17. 7. 1903, Nr. 191, 21. 7. 1903.

⁴⁰⁰ Vgl. RTB Nr. 189, 19. 7. 1903.

⁴⁰¹ Vgl. z. B. die Erklärung des jungliberalen Landtagskandidaten, Amtsrichters Theodor Dörfner, über seinen religiösen und kirchenpolitischen Standpunkt im Landtagswahlkampf 1912: RNN Nr. 21, 23. 1. 1912.

⁴⁰² Vgl. J. Reimann S. 87 f.

⁴⁰³ Vgl. RTB Nr. 180, 10. 7. 1903.

⁴⁰⁴ Vgl. RTB Nr. 180, 10. 7. 1903.

⁴⁰⁵ Ebd.

⁴⁰⁶ Vgl. RA Nr. 341, 12. 7. 1903.

⁴⁰⁷ Ebd.

den Zeilen der Parteipresse abzulesen waren ⁴⁰⁸. Das Gesetz des Handelns aber wurde fernerhin nicht mehr von den Altliberalen, sondern von den Jungliberalen diktiert. Von ihnen ging bereits Anfang 1904 der Vorschlag zur Bildung eines gemeinsamen Liberalen Ortsausschusses aus ⁴⁰⁹, etliche Jahre früher übrigens, als die Vertreterversammlung des jungliberalen Reichsverbandes in Jena 1909 eine entsprechende Empfehlung erließ ⁴¹⁰. Auch die Gründung des Kreisverbandes der liberalen und demokratischen Vereine der Oberpfalz im Mai 1907 war im wesentlichen ihr Werk. Der Anstoß zur Einrichtung und Beibehaltung gemeinsamer regelmäßiger Diskussionsabende ab Herbst des Jahres 1907, die von den drei liberalen Ortsvereinen, Altliberalem Verein, Jungliberalem Verein und Liberaler Arbeitervereinigung Regensburg getragen wurden, muß ebenfalls ihnen zugeschrieben werden ⁴¹¹. Selbst bei der Verschmelzung der Regensburger liberalen Organisationen zum Liberalen Klub 1912 stellte der Fortschrittliche Volksverein, die Nachfolgeorganisation des Jungliberalen Vereins, den Altliberalen Verein durch das Beispiel der vorangegangenen Selbstauflösung unter Zugzwang ⁴¹². Diese Effektivität wurde erreicht durch ein striktes Arbeitsprogramm, mit fest angesetzten Monatsversammlungen in den Anfangsjahren ⁴¹³, vielen Ausschußsitzungen ⁴¹⁴ und der Ausbildung rhetorisch geschulter Redner in einem eigenen Debattierklub ab 1906 ⁴¹⁵. Die Mißerfolge der vereinigten Liberalen bei den Landtags- und Reichstagswahlen 1905 und 1907, die zwar jeweils einen Stimmengewinn, aber nicht den Sieg der liberalen Kandidaten brachten, trafen die Jungliberalen in ihrem optimistischen Selbstvertrauen zwar empfindlich, reizten sie aber letztlich nur zu noch mehr Engagement ⁴¹⁶.

Im Angebot öffentlicher Versammlungen liefen sie dem Altliberalen Verein sehr bald den Rang ab. Mit der Einladung von Referenten der entsprechenden Couleur, meist führenden Mitgliedern der Jungliberalen Bewegung in Bayern, beeinflussten sie das liberale Denken in Regensburg mehr und mehr in ihrer Richtung. Das neue liberale Organ in der Stadt, der Bayerische Volksbote bzw. später die Regensburger Neuesten Nachrichten, arbeitete schließlich ganz in ihrem Sinne ⁴¹⁷. Noch im Jahre 1903 konnte Archivar Dr. Pius Dirr aus Augsburg ⁴¹⁸, ein profilierter jungliberaler Wahlkämpfer während des Reichstagswahlkampfes 1903 in Schwaben, zu einem Vortrag mit dem Thema „Liberale Kämpfe und

⁴⁰⁸ Z. B. in der Frage um die Fortführung der regelmäßigen Diskussionsabende 1909. Vgl. BVBo Nr. 8, 9. 1. 1909.

⁴⁰⁹ Vgl. RTB Nr. 11, 11. 1. 1904.

⁴¹⁰ Vgl. C. Köhler S. 37.

⁴¹¹ Vgl. BVBo Nr. 8, 9. 1. 1909.

⁴¹² Vgl. RNN Nr. 292, 26. 10. 1912.

⁴¹³ Vgl. Bäuerle an StM, 10. 7. 1903, StR ZR 3206. In den Vereinsjahren 1905/06 und 1906/07 wurden jeweils sieben Monatsversammlungen abgehalten. Vgl. BVBo Nr. 19, 21. 1. 1906, Nr. 55, 26. 2. 1907.

⁴¹⁴ Im Vereinsjahr 1907/08 werden z. B. 15 Ausschußsitzungen erwähnt. Vgl. BVBo Nr. 67, 9. 3. 1908.

⁴¹⁵ Vgl. BVBo Nr. 55, 26. 2. 1907.

⁴¹⁶ Vgl. BVBo Nr. 177, 17. 7. 1905, Nr. 273, 9. 10. 1907.

⁴¹⁷ Vgl. z. B. BVBo Nr. 151, 7. 6. 1907, Nr. 258, 24. 9. 1907, Nr. 267, 29. 9. 1909. Eine ähnliche Schwenkung vom Rechts- zum Linksliberalismus vollzogen auch die Münchener Neuesten Nachrichten. Vgl. A. Schnorbus S. 54.

⁴¹⁸ Zu Pius Dirr (1875—1943), MdKdA 1912—1918, nach 1918 einer der Führer der Deutschen Demokratischen Partei in Bayern, vgl. H. Geidel S. 445—448.

Ziele“⁴¹⁹ gewonnen werden; er mahnte zur Einheit des Liberalismus, der nicht die Sonderinteressen eines einzelnen Standes, sondern das Wohl des Ganzen gegen den „Ansturm der Reaktion und engherzige Interessenvertretung“⁴²⁰ durchzusetzen habe. Dr. Behmer aus München, der schon in der Erstveranstaltung des Jungliberalen Vereins am 8. Juli 1903 mit dem Grundsatzreferat über „Entstehung und Ziele der Jungliberalen Vereine“ die soziale Problematik angerissen hatte⁴²¹, verbreitete sich am 5. Mai 1904 näherhin zur Frage „Warum treiben wir Sozialpolitik?“⁴²². Er reproduzierte teilweise Gedankengut des Nationalsozialen Friedrich Naumann⁴²³, dessen Ideen besonders über den Münchner Nationalsozialen Verein und den Nationalökonomten Lujo Brentano der Jungliberalen und linksliberalen Bewegung Bayerns vermittelt worden waren⁴²⁴. Das Problem wurde vertieft durch vereinsinterne Diskussionen. Bereits im Anschluß an die Generalversammlung vom 9. Januar 1904 hatte das Vereinsmitglied Sigmund Prenitzer über „Soziale Theorien und Utopien“ referiert⁴²⁵, desgleichen Buchhalter Friedrich Bleich am 4. August 1904 über das Thema „Arbeitskammern“⁴²⁶, ein Stichwort, das vom Reichsverband der Vereine der nationalliberalen Jugend ausgegeben worden war⁴²⁷. Der nämliche Referent, Bleich, äußerte sich in der Monatsversammlung vom 10. November 1904 über „Liberalismus und soziale Fragen“⁴²⁸. Aus der Beschäftigung mit diesem Problemkreis erfolgte Ende 1904 / Anfang 1905 auch die Umwandlung des Regensburger Arbeiterfortbildungsvereins zur Liberalen Arbeitervereinigung Regensburg.

Bis zu welchen Konsequenzen Teile des Jungliberalismus in der sozialen Frage zu gehen bereit waren, demonstrierte Anfang Mai 1906 der Realschullehrer Dr. Baumann aus Nürnberg. Er forderte Gewinnbeteiligung für Arbeiter an der Dividende von Aktiengesellschaften und einen drei- bis fünftägigen Jahresurlaub. Unter der Fragestellung „Hat der Liberalismus Zukunft?“ proklamierte er einen demokratischen „proletarischen Liberalismus“⁴²⁹, der das, was gesund an den Forderungen der Sozialdemokratie sei, übernehmen müsse. Er hielt dem „bürgerlichen Liberalismus“ bzw. „Altliberalismus“⁴³⁰, der konservativ geworden sei „bis auf die Knochen“⁴³¹, ein ellenlanges Sündenregister vor — und erntete dafür in allen Punkten den Beifall der Regensburger Liberalen. Selbst der anwesende Vorstand des Altliberalen Vereins Regensburg, Dr. Seitz, zeigte in der Diskussion keinen prinzipiellen Widerstand. Das gemäßigt-liberale Regensburger Tagblatt, das zu diesem Zeitpunkt bereits vom Bayerischen Volksboten als Organ

⁴¹⁹ Einladungsschreiben der Jungliberalen Vereinigung Regensburg und Umgebung, 24. 11. 1903 (gedruckt), StR ZR 3206; RTB Nr. 317, 24. 11. 1903.

⁴²⁰ RTB Nr. 323, 20. 11. 1903.

⁴²¹ Vgl. RTB Nr. 180, 10. 7. 1903.

⁴²² BVBo Nr. 105, 7. 5. 1904.

⁴²³ Vgl. Th. Heuß S. 111—151; P. Gilg S. 178—215; D. Düding S. 63—84.

⁴²⁴ Vgl. J. Reimann S. 87—90; A. Schnorbus S. 54 ff.

⁴²⁵ Vgl. RTB Nr. 11, 11. 1. 1904.

⁴²⁶ Bäuerle an StM, 1. 8. 1904, StR ZR 3206.

⁴²⁷ Vgl. C. Köhler S. 32.

⁴²⁸ Vgl. Bäuerle an StM, 7. 11. 1904, StR ZR 3206.

⁴²⁹ BVBo Nr. 118, 4. 5. 1906.

⁴³⁰ Ebd.

⁴³¹ RTB Nr. 118, 4. 5. 1906.

der Regensburger Liberalen abgelöst worden war, stellte dazu lakonisch fest: „... man hat am Mittwoch, den 2. Mai im Jahr des Heils 1906 in Regensburg den Liberalismus in seiner bisherigen Gestalt feierlich begraben“⁴³². In einem der scharfsinnigsten Artikel seiner langjährigen Geschichte meldete dasselbe Blatt Zweifel an, ob ein Liberalismus dieser Prägung Erfolg haben würde. Denn hinter dem Liberalismus stünde seit Jahrzehnten eine gewisse wirtschaftliche Interessengruppe, von der es sehr fraglich sei, ob sie diese Schwenkung mitmache. Und ob die Arbeiter, Bauern und der handwerkliche Mittelstand die „Herrchen in Frack, Lack und Claque“⁴³³ aus den Reihen der Jungliberalen als ihre Vertreter anerkennen würden, soweit diese sich überhaupt der Mühe des Hinabsteigens zum Volke unterzögen, sei völlig offen.

Weniger extrem formuliert, insgesamt aber doch den „Zug nach links“⁴³⁴ verstärkend, der durch den bayerischen Liberalismus ging, wirkten auch die folgenden Vorstellungen auswärtiger, meist jungliberaler Gastredner. Am 2. November 1906 sprach Landtagsabgeordneter Dr. Friedrich Goldschmit⁴³⁵ über die politische Lage und die Tätigkeit der Liberalen im Bayerischen Landtag⁴³⁶, am 22. Februar 1907 Georg Osterkorn, Sekretär des Landesverbandes der Jungliberalen Vereine in Bayern, über die Situation nach den Reichstagswahlen vom Januar 1907⁴³⁷ und am 24. Mai 1907 der Sekretär des Liberalen Arbeitervereins München, Rechtspraktikant Robert Theilhaber, über die neuere Entwicklung des Liberalismus⁴³⁸. Rechtsanwalt Karl Kohl aus München, einer der Führer der jungliberalen Bewegung Bayerns⁴³⁹, machte die Regensburger mit dem Gedanken fortschreitender Parlamentarisierung vertraut. Er forderte die Übernahme der Regierungsverantwortung durch die Parteien und eine Reform der Reichsratskammer in Bayern, vor allem weil ihr der soziale Zug fehle⁴⁴⁰. In der Diskussion mit anwesenden Sozialdemokraten schloß Kohl zwar Kompromisse mit dieser Partei nicht völlig aus, lehnte aber ein grundsätzliches Paktieren zwischen Jungliberalen und Sozialdemokraten entschieden ab⁴⁴¹. Der Generalsekretär des Nationalvereins für das liberale Deutschland, Dr. Wilhelm Ohr⁴⁴², demonstrierte in Regensburg das Handwerk moderner Parteitagitation. Mit dem Allerweltsthema „Der Liberalismus und das deutsche Volk“⁴⁴³ angekündigt, aktualisierte er den Stoff sofort durch Bezug auf den kurz vorher abgehaltenen oberpfälzischen Zentrumsparteitag. Er bestritt dem Zentrum nicht nur das von Heinrich Held beanspruchte Prädikat „die im eigentlichsten Sinne *deutsche* Partei“⁴⁴⁴ zu sein, sondern überhaupt eine wirklich deutsche Partei zu sein. Im Gegenzug

⁴³² RTB Nr. 119, 5. 5. 1906.

⁴³³ Ebd.

⁴³⁴ BVBo Nr. 151, 7. 6. 1907.

⁴³⁵ Zu Goldschmit vgl. H. Kalkoff S. 279.

⁴³⁶ Vgl. BVBo Nr. 287, 26. 10. 1906.

⁴³⁷ Vgl. Bäuerle an StM, 20. 2. 1907, StR ZR 3206; BVBo Nr. 55, 26. 2. 1907; Fortschritt Nr. 11, 16. 3. 1907.

⁴³⁸ Vgl. BVBo Nr. 139, 25. 5. 1907.

⁴³⁹ Vgl. J. Reimann S. 87.

⁴⁴⁰ Vgl. BVBo Nr. 77, 19. 3. 1908, Nr. 78, 20. 3. 1908.

⁴⁴¹ Vgl. BVBo Nr. 79, 21. 3. 1908.

⁴⁴² Zu W. Ohr vgl. W. Link S. 425 f.

⁴⁴³ BVBo Nr. 21, 22. 1. 1909.

⁴⁴⁴ Fortschritt Nr. 6, 6. 2. 1909.

veranlaßte er die Versammlung, eine Resolution zu verabschieden, die u. a. gegen die Stellungnahme des oberpfälzischen Zentrumsparteitagés zur geistlichen Schulaufsicht Protest erhob ⁴⁴⁵.

Die Verbindung mit überregionalen Organisationen unterschied den Jungliberalen Verein von Anfang an vom Liberalen Verein. Auf Antrag Dr. Bruckmeyers, der mit Dr. Behmer vom Jungliberalen Verein München am 8. Juli 1903 in Regensburg erschienen war, beschloß der Jungliberale Verein Regensburg den Beitritt sowohl zum Reichsverband als auch zu dem für Herbst des Jahres 1903 projektierten Bayerischen Landesverband der Jungliberalen Vereine ⁴⁴⁶. Auf dem Delegiertentag des Reichsverbandes in Mannheim am 29./30. August 1903 war Regensburg, neben München und Augsburg, bereits vertreten ⁴⁴⁷. Die Haltung des Jungliberalen Vereins Regensburg gegenüber dem Reichsverband erfuhr dann allerdings eine Wandlung und Distanzierung, da auf der fünften Landesversammlung der Jungliberalen Vereine Bayerns r. d. Rh. am 21./22. September 1907 ein Antrag auf korporativen Anschluß der Jungliberalen Vereine Bayerns an den Reichsverband mit der Stimme des Regensburger Vertreters abgelehnt wurde ⁴⁴⁸. Die Tagungen des bayerischen Landesverbandes wurden von Regensburg meist beschickt ⁴⁴⁹. Im Jahre 1910 fand die Vertretertagung am 19./20. März in Regensburg selbst statt, gekoppelt mit der Tagung zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft der Liberalen Kreisverbände Bayerns r. d. Rh. ⁴⁵⁰. Unternehmungen, die einen Fortschritt in der Einigung des Gesamtliberalismus versprachen, wie etwa die Gründung der Liberalen Kreisverbände Bayerns und ihrer Arbeitsgemeinschaft, fanden die unbedingte Unterstützung der Regensburger Jungliberalen. Entsprechend wurde auch der 1907 gegründete Nationalverein für das liberale Deutschland, der einer Verschmelzung der liberalen Parteien in Deutschland den Weg bereiten wollte ⁴⁵¹, von Anfang an unterstützt. Lehrer Zintl unterzeichnete als Vorsitzender des Jungliberalen Vereins den Aufruf zur Gründung des Nationalvereins ⁴⁵² und warb in Regensburg um Beitritte ⁴⁵³. 1909 gab man dem Generalsekretär des Nationalvereins Gelegenheit zu einem Auftritt ⁴⁵⁴. Einem vom jungliberalen Landtagsabgeordneten Karl Hübsch auf dem Landesverbandstag der Jungliberalen am 28. Juni 1908 in Bamberg vorgelegten Organisationsplan für den Liberalismus Bayerns ⁴⁵⁵ stimmte der Jungliberale Verein Regensburg in einer Resolution zu ⁴⁵⁶. Als Hübsch im Herbst 1909 aus der Natio-

⁴⁴⁵ Vgl. BVBo Nr. 21, 22. 1. 1909.

⁴⁴⁶ Vgl. RTB Nr. 180, 10. 7. 1903.

⁴⁴⁷ Zu diesem Zeitpunkt zählte der Reichsverband 38 Vereine mit 6717 ordentlichen Mitgliedern; 23 Vereine standen außerhalb des Reichsverbandes, darunter Würzburg und Erlangen. Vgl. RTB Nr. 234, 2. 9. 1903. Die Feststellung J. Reimanns S. 87: „1902 lehnten die Bayern den Anschluß an den ‚Reichsverband der nationalliberalen Jugend‘ ab“, ist demnach unzutreffend.

⁴⁴⁸ Vgl. BVBo Nr. 253, 19. 9. 1907, Nr. 258, 24. 9. 1907, Nr. 273, 9. 10. 1907.

⁴⁴⁹ Vgl. BVBo Nr. 105, 7. 5. 1904, Nr. 12, 15./16. 1. 1905, Nr. 273, 9. 10. 1907, Nr. 254, 16. 9. 1909, Nr. 266, 28. 9. 1909.

⁴⁵⁰ Vgl. BVBo Nr. 76, 18. 3. 1910, Nr. 79, 22. 3. 1910.

⁴⁵¹ Vgl. W. Link S. 422 ff.

⁴⁵² Vgl. BVBo Nr. 83, 26. 3. 1907.

⁴⁵³ Vgl. BVBo Nr. 94, 8. 4. 1907.

⁴⁵⁴ Vgl. Anm. 443.

⁴⁵⁵ Gedruckt: K. Hübsch S. 3—16.

⁴⁵⁶ Vgl. Fortschritt Nr. 45, 7. 11. 1908.

nalliberalen Landespartei Bayerns ausgeschlossen wurde, ergriff der Jungliberale Verein Partei für ihn⁴⁵⁷ und entfernte sich während des Streits im liberalen Lager Bayerns immer mehr von der Nationalliberalen Partei⁴⁵⁸.

Am 24. April 1910 faßte der Landesverband der Jungliberalen Vereine Bayerns r. Rh. auf der außerordentlichen Landesversammlung in Nürnberg den Beschluß zur Selbstauflösung, um der Arbeitsgemeinschaft der Kreisverbände als zentraler Einrichtung mehr Gewicht zu verleihen. Gleichzeitig empfahl er den parteipolitischen Anschluß der Jungliberalen Ortsvereine an die in Kürze zu gründende Fortschrittliche Volkspartei in Bayern⁴⁵⁹. Dies bedeutete einen tiefgehenden Einschnitt, insofern die jungliberale Bewegung praktisch geschlossen in das linksliberale Lager übergeführt und der Bruch mit der Nationalliberalen Partei, der sich tendenziell jedoch schon längere Zeit abgezeichnet hatte, formell besiegelt wurde. Nachdem sich dann die Fortschrittliche Volkspartei in Bayern durch Verschmelzung der linksliberalen und demokratischen Parteigruppierungen am 1. Mai 1910 konstituiert hatte⁴⁶⁰, stand auch der Jungliberale Verein Regensburg vor der Entscheidung über seine weitere Zukunft. Wie der weitaus größte Teil der Jungliberalen Bewegung Bayerns, jedoch sicherlich als eine der ersten Mitgliedschaften, beschloß der Regensburger Verein am 6. Mai 1910 die Umwandlung in einen Verein der Fortschrittlichen Volkspartei in Bayern⁴⁶¹. Der Münchner Jungliberale Verein hingegen zögerte bis zum Dezember 1910, ehe er diesem Beispiel folgte⁴⁶². Neben der Bezeichnung „Verein der Bayerischen Volkspartei Regensburg und Umgebung“⁴⁶³ bürgerte sich auch bald die Benennung „Fortschrittlicher Volksparteiverein Regensburg und Umgebung“⁴⁶⁴, bzw. „Fortschrittlicher Volksverein Regensburg und Umgebung“⁴⁶⁵ ein. Die Satzung des Jungliberalen Vereins wurde — abgesehen von der Namensänderung — beibehalten⁴⁶⁶. Auch in der Vorstandschaft blieb weitgehend die Kontinuität gewahrt. Lediglich der bisherige erste Vorsitzende, Lehrer Jakob Zintl, rückte wegen Arbeitsüberlastung auf die zweite Stelle. Erster Vorsitzender wurde Amtsrichter Theodor Dörfler, desgleichen bestätigte man Stiftungskontrolleur Ludwig Krafft als Kassier, Lehrer Otto May als ersten und Bauzeichner Johann Geiger als zweiten Schriftführer. Ebenso wurden die übrigen Mitglieder des Ausschusses wiedergewählt und weitere sieben Beisitzer hinzugezogen⁴⁶⁷.

Die Mitgliederzahl kletterte bis April 1912 auf nahezu 600⁴⁶⁸. Ständige Kleinarbeit, vor allem in den heftigen Wahlkämpfen der Jahre 1911 und 1912, in denen Gemeindevahlen, Reichstagswahlen und Landtagswahlen innerhalb dreier Monate aufeinanderfolgten, hatte den Aufschwung mitbewirkt. Dem Volksverein

⁴⁵⁷ Vgl. Fortschritt Nr. 42, 16. 10. 1909.

⁴⁵⁸ Vgl. BVBo Nr. 312, 14. 11. 1909.

⁴⁵⁹ Vgl. BVBo Nr. 112, 26. 4. 1910.

⁴⁶⁰ Vgl. J. Reimann S. 128; dazu BVBo Nr. 115, 29. 4. 1910, Nr. 119, 3. 5. 1910; D. Albrecht S. 298, irrtümlich „1. März 1910“.

⁴⁶¹ Vgl. BVBo Nr. 128, 12. 5. 1910.

⁴⁶² Vgl. BVBo Nr. 344, 17. 12. 1910.

⁴⁶³ BVBo Nr. 128, 12. 5. 1910.

⁴⁶⁴ Z. B. BVBo Nr. 315, 18. 11. 1910.

⁴⁶⁵ Z. B. Fortschritt Nr. 9, 4. 3. 1911.

⁴⁶⁶ Vgl. Dörfler an StM, 9. 5. 1910, StR ZR 3206.

⁴⁶⁷ Vgl. ebd.; zu korrigieren bezüglich der Schriftführer BVBo Nr. 128, 12. 5. 1910.

⁴⁶⁸ Vgl. RNN Nr. 118, 3. 5. 1912.

war es dabei gelungen, als zugkräftigen Referenten zweimal den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Liberalen Kreisverbände r. d. Rh., den Mediziner Georg Hohmann, zu Wahlveranstaltungen nach Regensburg zu verpflichten⁴⁶⁹. Auch wurde erstmals ein Mitglied der Jungliberalen Bewegung bzw. der Fortschrittlichen Volkspartei, Amtsrichter Dörfler, und nicht mehr ein Kandidat aus den Reihen des Liberalen Vereins Regensburg als Landtagskandidat für die Wahl vom 5. Februar 1912 nominiert⁴⁷⁰. Die hauchdünne Niederlage Dörflers, der gegenüber dem Zentrums kandidaten Karl Mayer mit nur 17 Stimmen verlor — wobei allerdings Sozialdemokraten und Liberale ein Wahlbündnis geschlossen hatten⁴⁷¹ —, wurde denn auch als moralischer Sieg gewertet⁴⁷². Zuwachs erhielt der Verein auch aus völlig neu erschlossenen Feldern. Die Beteiligung der Frauen am öffentlichen und politischen Leben wurde schon seit geraumer Zeit von internationalen Frauenorganisationen, etwa dem „Frauenweltbund“ auf dem Berliner Kongreß Mitte des Jahres 1904 gefordert⁴⁷³. In Regensburg hatte sich im Mai 1903 ein Verein für Fraueninteressen nach dem Vorbild und auf Anregung des gleichnamigen Münchner Vereins unter Ika Freudenberg gebildet. Er stellte das bürgerliche, dem Liberalismus zuneigende⁴⁷⁴ Pendant zur gleichzeitig erstarkenden sozialistischen Frauenbewegung dar, schloß allerdings im Paragraph 3 seiner Satzungen politische und kirchliche Bestrebungen ausdrücklich aus. Der Regensburger Verein beschränkte sich auf Hilfestellung zur Erfüllung der „sozialen“, d. h. familiären Pflichten. Abgehalten wurden Koch-, Näh-, Bügel-, Frisier- und Säuglingskurse, Konversationskurse in Englisch und Französisch; ab 16. April 1910 existierte eine eigene Jugenduntergruppe, und im gleichen Jahr wurde ein Hort für Schulmädchen eingerichtet. Der Verein erhielt einen jährlichen Zuschuß von 500 Mark vom Stadtmagistrat Regensburg. Die Vorstandschaft hatten fast ausschließlich Frauen bürgerlicher Honoratioren, wie Regierungsrats- und Kommerzienrattsgattinnen inne, zum Teil waren auch Damen von Adel, wie Freifrau v. Horn, engagiert. Vom 27.—30. 4. 1913 hielt der Hauptverband der Bayerischen Frauenvereine den 8. Bayerischen Frauentag in Regensburg ab⁴⁷⁵. Die Zulassung der Frauen zu politischen Vereinen und Versammlungen, von denen sie durch das bayerische Vereinsgesetz von 1850⁴⁷⁶ ausgeschlossen waren, fand sich als Programmpunkt im Nürnberger Wahlprogramm der Vereinigten Liberalen und Demokraten Bayerns vom Januar 1905⁴⁷⁷. Als die Verwirklichung dieser Forderung durch das Reichsvereinsgesetz von 1908⁴⁷⁸ in Aussicht stand, rief der Altbayerische Kreisverband sofort die liberalen Vereine auf, diese Chance

⁴⁶⁹ Vgl. NDP Nr. 102, 4. 5. 1911; RNN Nr. 34, 5. 2. 1912.

⁴⁷⁰ Vgl. RNN Nr. 287, 5. 12. 1911.

⁴⁷¹ Vgl. Zeitschrift 44 (1912) S. 250.

⁴⁷² Vgl. RNN Nr. 35, 6. 2. 1912.

⁴⁷³ Vgl. BVBo Nr. 135, 14. 6. 1904.

⁴⁷⁴ Vgl. J. Reimann S. 89.

⁴⁷⁵ Vgl. Gedruckte Jahresberichte des Vereins ab 1903, StR ZR 7001; RNN Nr. 50, 23. 2. 1911, Nr. 109, 24. 4. 1913.

⁴⁷⁶ Art. 15: „Frauenspersonen und Minderjährige können weder Mitglieder politischer Vereine sein noch den Versammlungen derselben beiwohnen.“ Druck: Gesetzblatt 1849/50, Sp. 59.

⁴⁷⁷ Druck: BVBo Nr. 9, 12. 1. 1905.

⁴⁷⁸ Druck: E. R. Huber, Dokumente, Bd. 2, S. 374—378.

eines neuen Mitgliederreservoirs zu nutzen⁴⁷⁹. Oberlehrer Letz, der als Vertreter der oberpfälzischen Liberalen gastweise an einem Verbandstag des Alt-bayerischen Kreisverbandes im Herbst 1907 teilgenommen hatte, berichtete über die neue Problematik⁴⁸⁰, ohne daß jedoch Konsequenzen im Handeln der Folgezeit gezogen wurden. Erst am 25. Januar 1911 veranstaltete der Fortschrittliche Volksverein Regensburg eine spezielle Veranstaltung für Frauen. Martha Zietz aus Hamburg, die Vorsitzende der Frauenorganisation der Fortschrittlichen Volkspartei im Reiche, referierte über Frauenfrage und Liberalismus mit dem Erfolg, daß sich eine große Anzahl Regensburger Frauen zum Vereinsbeitritt entschlossen. Die Rednerin hatte die politische Gleichberechtigung der Frau und das Frauenstimmrecht gefordert⁴⁸¹.

Über die Gewerkschaften und Berufsverbände, die jeweils eine ziemlich eindeutige parteipolitische Orientierung aufwiesen, hatten Sozialdemokratie und Zentrum schon einen Großteil der Arbeiterschaft an sich gebunden. Die Liberalen dagegen besaßen, abgesehen von der nicht berufsspezifisch gegliederten Liberalen Arbeitervereinigung bisher nur zum Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverband als Arbeiter- bzw. Angestelltenorganisation gute Kontakte. Ein Hirsch-Dunckerscher Gewerkverein der deutschen Fabrik- und Handarbeiter war zwar am 1. Juli 1905 gegründet worden⁴⁸², konnte sich jedoch trotz flankierender Maßnahmen durch die Ausbreitungsstelle des Deutschen Gewerkvereins für Süddeutschland, Sitz Augsburg, nicht halten⁴⁸³. Anfang 1911 organisierte der Fortschrittliche Volksverein Regensburg eine Straßenbahnerversammlung mit dem Trambahnschaffner Lügenhol aus München, an deren Ende als Ergebnis die Gründung eines „neutralen“ Lokalverbandes der Straßenbahner Regensburgs stand. Dem neuen Verbands sicherten die anwesenden liberalen Gemeindegremiumsmitglieder, die Kommerzienräte Schrickler und Laux sowie Oberlehrer Letz, auch sofort volle Unterstützung zu⁴⁸⁴.

Die Umwandlung des Jungliberalen Vereins in den Fortschrittlichen Volksverein im Mai 1910 war unter dem ausdrücklichen Vorbehalt erfolgt, den Zusammenschluß mit den übrigen liberalen Regensburger Ortsvereinen einzuleiten, sobald die Verhältnisse es gestatteten⁴⁸⁵. Dieser Zeitpunkt bot sich bereits zwei Jahre später mit der Gründung des Liberalen Klubs an. Daher beschloß der Fortschrittliche Volksverein Regensburg und Umgebung seine Auflösung zum 31. Dezember 1912⁴⁸⁶.

3. Die Liberale Arbeitervereinigung Regensburg (1904—1918)

Bei der Bestandsaufnahme der Misere des Gesamtliberalismus um 1900 wurde den Jungliberalen sehr bald klar, daß die soziale Basis der liberalen Parteien viel

⁴⁷⁹ Vgl. Altbayerischer Kreisverband S. 23 ff.; ähnlich vorher schon Fortschritt Nr. 43, 26. 10. 1907.

⁴⁸⁰ Vgl. BVBo Nr. 299, 5. 11. 1907.

⁴⁸¹ Vgl. BVBo Nr. 26, 27. 1. 1911.

⁴⁸² Vgl. JBHGK 1905, S. 50. Ein 1871 gegründeter Gewerkverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter war bereits 1877 eingegangen. Vgl. o. Anm. 106.

⁴⁸³ Vgl. Fischer an StM, 24. 10. 1905, StR ZR 3173.

⁴⁸⁴ Vgl. Fortschritt Nr. 9, 4. 3. 1911.

⁴⁸⁵ Vgl. BVBo Nr. 128, 12. 5. 1910.

⁴⁸⁶ Vgl. RNN Nr. 269, 3. 10. 1912, Nr. 292, 26. 10. 1912; Fortschritt Nr. 45, 9. 11. 1912.

zu schmal war, um gegen Zentrum und Sozialdemokratie konkurrieren zu können. Zur Rückgewinnung der von der Sozialdemokratischen Partei — nach Ansicht der Jungliberalen — „nur irregeleiteten“, „im Kerne national“⁴⁸⁷ eingestellten Arbeiterschaft sollte die Sozialpolitik im Programm der liberalen Parteien wieder mehr Gewicht bekommen⁴⁸⁸.

In Regensburg gaben offensichtlich auch die Jungliberalen Ende 1904 / Anfang 1905 den Anstoß zur Gründung der Liberalen Arbeitervereinigung Regensburg, nachdem sie sich das ganze Jahr über mit der sozialen Problematik beschäftigt hatten. Auf der Generalversammlung des Jungliberalen Vereins vom 12. Januar 1905 wurde die Neuschöpfung der Öffentlichkeit vorgestellt. Vorstand Otto Bäuerle vom Jungliberalen Verein wurde hierbei, in Würdigung seiner Verdienste bei der Neukonstituierung der Liberalen Arbeitervereinigung, das Diplom eines Ehrenmitgliedes überreicht⁴⁸⁹. Bei der Liberalen Arbeitervereinigung Regensburg handelte es sich aber nicht um eine völlige Neugründung, sondern um eine Umfunktionierung des seit 1867 bestehenden Arbeiterfortbildungsvereins Regensburgs⁴⁹⁰. Dieser hatte von Anfang an der liberalen Partei nahegestanden und wurde von 1870 bis 1904 mit einem jährlichen etatmäßigen Zuschuß vom Stadtmagistrat unterstützt⁴⁹¹ — eine Vergünstigung, die anderen Gruppen, wie etwa den Katholischen Arbeitervereinen oder dem Gewerbegehilfenverein, nicht zuteil wurde⁴⁹². Erstmals bekannte sich der Arbeiterfortbildungsverein direkt zur liberalen Partei bei den Gewerbegerichtswahlen Ende des Jahres 1904, als er zu einer großen Wählerversammlung nicht nur seine eigenen Mitglieder, sondern die „gesamte liberale Arbeiterschaft Regensburgs“⁴⁹³ einlud. Bei den Landtagswahlen des Jahres 1905 leistete der Liberale Arbeiterverein, wie er nun auch genannt wurde, sofort Schützenhilfe für die Liberale Partei, er lud gemeinsam mit dem Liberalen Verein und der Jungliberalen Vereinigung zu Wahlversammlungen ein⁴⁹⁴. Auch veranstaltete er Wählerversammlungen speziell für Arbeiter, in denen ein Mitglied der bereits 1899 gegründeten Liberalen Arbeitervereinigung Augsburg⁴⁹⁵ und Werkführer Vinzenz Haubner aus Weiden auftraten⁴⁹⁶. Desgleichen agitierte der Verein bei den Landtags- und Reichstagswahlen 1907 und 1912. Die liberalen Kandidaten, Oberlehrer Karl Letz und Amtsrichter Theodor Dörfner, waren Ehrenmitglieder der Liberalen Arbeitervereinigung. Parteifreunde aus München, Sekretär Edemann und Dr. Gerlich, ermunterten die liberalen Arbeiter vor der Landtagswahl 1912 zur unermüdlichen Mithilfe⁴⁹⁷. Bei den

⁴⁸⁷ RTB Nr. 152, 9. 6. 1903.

⁴⁸⁸ So z. B. die Ansicht Robert Theilhabers, des Sekretärs des Liberalen Arbeitervereins München, am 24. 5. 1907 in Regensburg. Vgl. BVBo Nr. 139, 25. 5. 1907.

⁴⁸⁹ Vgl. BVBo Nr. 12, 15./16. 1. 1905.

⁴⁹⁰ S. u. Teil III. Diese Tradition war auch weiterhin ersichtlich, denn der Arbeiterfortbildungsverein Regensburg führte in den Briefköpfen seiner Korrespondenz die alte Bezeichnung weiter, jedoch mit dem Untertitel „Liberale Arbeitervereinigung“. Vgl. StR ZR 6813 und 10 018.

⁴⁹¹ Vgl. Arbeiterfortbildungsverein an StM, 15. 6. 1890, StR ZR 1890; für 1893 beispielsweise betrug der Zuschuß 1875 Mark. Vgl. Aktvermerk StM, 27. 12. 1892, ebd.

⁴⁹² Vgl. RA Nr. 620, 11. 12. 1904.

⁴⁹³ BVBo Nr. 273, 26. 11. 1904.

⁴⁹⁴ Vgl. BVBo Nr. 69, 24. 3. 1905.

⁴⁹⁵ Vgl. dazu I. Fischer S. 344.

⁴⁹⁶ Vgl. Wittmann an StM, 1. 6. 1905, StR ZR 6813; RA Nr. 280, 6. 6. 1905.

⁴⁹⁷ Vgl. RNN Nr. 32, 3. 2. 1912.

Gemeindewahlen 1911 achtete der Arbeiterverein zum erstenmal darauf, sich nicht nur vor den liberalen Karren insgesamt spannen zu lassen, sondern auch einen Vertreter seiner spezifischen Interessen durchzusetzen. Mit dem Maschinisten Georg Jobst gelangte dann tatsächlich auch ein liberaler Arbeiter ins Gremium der Gemeindebevollmächtigten ⁴⁹⁸.

Im Übrigen fügte sich die Liberale Arbeitervereinigung, die zahlenmäßig nicht sehr stark war und höchstens 100 bis 150 Mitglieder umfaßte ⁴⁹⁹, problemlos in den Regensburger Liberalismus ein. Ihr Vorsitzender war Mitglied des liberalen Ortsausschusses ab 1906 und des Wahlausschusses der Vereinigten Liberalen Regensburgs ab 1907. Im Vorstand des Kreisverbandes der liberalen und fortschrittlichen Vereine der Oberpfalz wurde ihm ab 1911 ein Sitz eingeräumt ⁵⁰⁰. Zwar gingen 1913 der Liberale Verein und der Fortschrittliche Volksverein im Liberalen Klub vollständig auf, die Liberale Arbeitervereinigung als dritte liberale Lokalorganisation aber bestand gesondert weiter. Das mag seine vordergründige Ursache im eigenen Kassenwesen (Kranken- und Sterbekasse) gehabt haben, in Wirklichkeit war es Ausdruck der nicht gelungenen Integration der Arbeiterschaft in die Partei. Der Liberale Krankenhilfsverein mit eigenem Kassenwesen wurde nämlich dem Liberalen Klub auch direkt angeschlossen. Die Arbeiterschaft blieb ein Sonderelement in der Liberalen Partei, das zwar als Stimmenreservoir gerne gesehen wurde, aber den Status der Normalmitgliedschaft, der vom Bürgertum alter Prägung und dem neuen Mittelstand okkupiert wurde, nicht erreichte. Immerhin war eine enge Kooperation zwischen Liberalem Klub und Liberaler Arbeitervereinigung durch die Vertretung des ersten Vorsitzenden der Liberalen Arbeitervereinigung im Hauptausschuß des Liberalen Klubs sowie in einem seiner Unterausschüsse, dem politischen Ausschuß, gesichert ⁵⁰¹.

Überregionale Kontakte wurden zum Landesverband liberaler Arbeitervereine Bayerns unterhalten. An der Konstituierung dieses Verbandes im Sommer 1906 war Regensburg zwar nicht beteiligt ⁵⁰², doch schloß sich die Liberale Arbeitervereinigung innerhalb Jahresfrist an ⁵⁰³. Man wollte an dem Austausch politischer Meinungen und Erfahrungen teilnehmen, der sich alljährlich auf den Vertretertagen des Landesverbandes bot. Die in Regensburg verwirklichte Anregung, daß bei Gemeindewahlen auch liberale Arbeiter auf die Kandidatenlisten gesetzt würden, fand sich beispielsweise bereits unter den Beschlüssen des Verbandstages vom 8.—10. August 1908 in Hof ⁵⁰⁴ und erneut auf dem Verbandstag vom 23.—25. Juni 1911 in München, wobei zusätzlich Arbeiterkandidaturen auch bei Landtags- und Reichstagswahlen gefordert wurden ⁵⁰⁵. Für 1914 war Regens-

⁴⁹⁸ Vgl. RNN Nr. 270, 15. 11. 1911, Nr. 32, 3. 2. 1912.

⁴⁹⁹ Genaue Mitgliederzahlen fehlen auffälligerweise in allen Zeitungsberichten; einen Anhaltspunkt bieten die Mitgliederzahlen der Krankenkasse dieses Vereins: 1906 waren es 61, 1910 sogar nur 56 Mitglieder. Vgl. StR ZR 10 018.

⁵⁰⁰ Vgl. Fortschritt Nr. 43, 28. 10. 1911.

⁵⁰¹ Vgl. Anm. 527.

⁵⁰² Der Verband wurde in Nürnberg von sieben Vereinen, u. a. aus Augsburg, München, Kaiserslautern und Erlangen, gegründet. Vgl. FT Nr. 184, 9. 8. 1906; dazu auch Fortschritt Nr. 23, 1. 9. 1906; I. Fischer S. 345 verlegt die Gründung dieses Verbandes, ohne näheren Beleg, in das Jahr 1905.

⁵⁰³ Vgl. BVBo Nr. 15, 16. 1. 1907.

⁵⁰⁴ Vgl. Altbayerischer Kreisverband S. 16 f.; Fortschritt Nr. 32, 8. 8. 1908.

⁵⁰⁵ Vgl. Fortschritt Nr. 26, 1. 7. 1911.

burg als Tagungsort des 9. Vertretertages des Landesverbandes liberaler Arbeitervereine in Bayern vorgesehen, doch fand dieser wegen des Kriegsausbruchs nicht mehr statt ⁵⁰⁶.

Der Landesverband, wie auch die einzelnen liberalen Arbeitervereine, verstanden sich als rein politische, nicht gewerkschaftliche Organisationen. Sie suchten über die Einflußnahme in den liberalen Parteien, so mit Resolutionen der jährlichen Vertretertage an die Landtags- und Reichstagsfraktionen, eine arbeiterfreundliche Politik durchzusetzen ⁵⁰⁷. Der Nationalverein für das liberale Deutschland trat sofort nach seiner Gründung für eine ernsthafte Befassung liberaler Politiker mit der Arbeiterfrage ein ⁵⁰⁸, zur Stärkung dieser Organisation beschloß der Landesverband der liberalen Arbeitervereine Bayerns auf dem 2. Verbandstag vom 17.—19. August 1907 in Augsburg seinen korporativen Beitritt ⁵⁰⁹. Zwar bezeugten einzelne, insbesondere jungliberale Abgeordnete der liberalen Arbeiterbewegung durch Anwesenheit auf den jährlichen Verbandstagen ihre Verbundenheit, zwar ließen sich auch die liberale Landtagsfraktion und die liberalen Landesparteien der Nationalliberalen und Fortschrittlichen Volkspartei in Bayern zu Grußadressen herbei ⁵¹⁰, doch wurde das Problem der Integration der Arbeitervereine in die liberalen Parteien bis 1918 nicht bewältigt ⁵¹¹. Auch blieben die Einflußmöglichkeiten allein von der Mitgliedstärke des Verbandes liberaler Arbeitervereine Bayerns her sehr begrenzt: 1913 zählte er erst 32 Vereine mit 4555 Mitgliedern ⁵¹². Zudem verhinderte die Spaltung des Liberalismus eine starke Vertretung auf Reichsebene. Dem 1912 gegründeten Reichsverband liberaler Arbeiter und Angestellter trat der bayerische Landesverband nicht bei, da der Reichsverband sich parteipolitisch einseitig an die Fortschrittliche Volkspartei gebunden hatte.

4. Der Liberale Klub Regensburg (1912—1918)

Der 1869 gegründete Regensburger Liberale Verein hatte stets die Liberalen aller Schattierungen umfaßt. Seit dem Auftreten des Jungliberalen Vereins Regensburg im Jahre 1903 fand jedoch eine gewisse Akzentverschiebung statt, insofern der Liberale Verein von nun an mehr als der Sammelpunkt des Rechtsliberalismus galt ⁵¹³. Dennoch funktionierte die Zusammenarbeit zwischen beiden Gruppierungen — seit 1905 auch noch unter Einschluß der Liberalen Arbeitervereinigung Regensburg — ohne größere Konflikte, worauf die Regensburger Liberalen zur rechten Zeit mit Stolz verwiesen ⁵¹⁴. Die intensiven Einigungsbestrebungen im bayerischen Liberalismus brachten 1910 nur einen Teilerfolg.

⁵⁰⁶ Vgl. Fortschritt Nr. 30, 25. 7. 1914, Nr. 32, 8. 8. 1914.

⁵⁰⁷ Vgl. Altbayerischer Kreisverband S. 15 ff.

⁵⁰⁸ Vgl. A. Erkelenz S. 3—33.

⁵⁰⁹ Vgl. Fortschritt Nr. 34, 24. 8. 1907.

⁵¹⁰ Vgl. z. B. die Berichte über den 4. Delegiertentag am 31. 7.—2. 8. 1909 in Erlangen, den 6. Delegiertentag am 23.—25. 6. 1911 in München, den 7. Delegiertentag im Juli 1912 in Nürnberg und den 8. Delegiertentag am 21.—23. 6. 1913 in Würzburg: Fortschritt Nr. 32, 7. 8. 1909, Nr. 26, 1. 7. 1911, Nr. 30, 27. 7. 1912, Nr. 26, 28. 6. 1913.

⁵¹¹ Vgl. Th. Nipperdey, Organisation S. 188 f.

⁵¹² Vgl. Fortschritt Nr. 26, 28. 6. 1913.

⁵¹³ Vgl. Fortschritt Nr. 45, 9. 11. 1912.

⁵¹⁴ Vgl. BVBo Nr. 119, 5. 5. 1906.

Lediglich die linksliberalen Gruppierungen verschmolzen zu einer Partei, die Nationalliberale Partei hingegen bestand auf ihrer Sonderexistenz, da sie eine Majorisierung durch die Linksliberalen in der neuen Partei befürchtete⁵¹⁵. Für die nächste Zukunft war daraufhin an einen Fortschritt in der Einigungsfrage auf Landesebene, wie übrigens auch auf Reichsebene, nicht zu denken. Anders jedoch auf der lokalen Ebene. In Regensburg wurde das Bemühen um einen Zusammenschluß keineswegs eingestellt, im Gegenteil. Man ging nun ernsthaft daran, der bisherigen Aktionseinheit auch die Organisationseinheit folgen zu lassen. Bei den Landtagswahlen im Februar 1912 hatte der liberale Kandidat mit 49,9 Prozent der Stimmen das Ziel nur ganz knapp verfehlt⁵¹⁶. Für die Regensburger liberalen Parteiführer bestätigte sich damit erneut ihre Ansicht, daß ein Erfolg innerhalb ihres begrenzten Aktionsraumes nur durch ein geschlossenes Vorgehen aller Liberalen zu erreichen sei. Um nun die organisatorische Vereinigung aller Liberalen der Stadt Regensburg herbeizuführen, stellte ein siebenköpfiges Komitee am 22. März 1912 der Öffentlichkeit das Projekt eines „Liberalen Klubs Regensburg“ vor⁵¹⁷. Ein Klubhaus als ständiger Treffpunkt, mit Gesellschaftszimmer, Lesezimmer, Bibliothek sollte die Integration der Liberalen aller Richtungen in die Einheitsorganisation beschleunigen. Mit einem Veranstaltungsprogramm, das zwar auch politische und allgemeinbildende Vorträge, vor allem aber gesellige und vergnügliche Unterhaltungen offerierte, sollten die verschiedenen, einander bisher offensichtlich noch recht distanziert gegenüberstehenden liberalen Kreise, eine schnelle Annäherung finden. Beabsichtigt war gleichzeitig die Förderung einer noch stärkeren Identifikation mit der liberalen Sache und emotionaler Bindungen auch im privaten Bereich. Als „Erfinder“ dieser Idee wurde Lehrer Karl Staudinger bezeichnet. Die eingeladenen Vorstände der drei liberalen Ortsvereine — des Liberalen Vereins, des Fortschrittlichen Volksvereins und der Liberalen Arbeitervereinigung — stimmten am 22. März 1912 dem Vorhaben zu und gaben der Hoffnung Ausdruck, daß ihre Organisationen sich schließlich zugunsten des Liberalen Klubs auflösen würden⁵¹⁸. Dies war denn auch relativ bald der Fall. Im Herbst 1912 beschlossen der Liberale Verein mit seinen rund 1100 und der Fortschrittliche Volksverein mit seinen 500—600 Mitgliedern ihre Selbstauflösung zum 1. Januar 1913 zu Gunsten des Liberalen Klubs⁵¹⁹. Die Liberale Arbeitervereinigung (Arbeiterfortbildungsverein) stand zwar in engem Kontakt zum Liberalen Klub, existierte aber als gesonderte Organisation weiter. Im Herbst des Jahres 1913, ein Jahr später als ursprünglich angekündigt, konnte das liberale Klubheim im 1. Stock des Restaurants „Münchner Hof“ eröffnet werden. Für größere Versammlungen war es nicht geeignet — insofern konnte es auch nicht mit dem Vereinshaus der katholischen Vereine Regensburgs, dem Erhardihaus, konkurrieren —, doch standen gemütlich eingerichtete Räumlichkeiten (Gesellschafts-, Lese- und Bibliothekszimmer) als ständiger Treffpunkt zur Verfügung⁵²⁰.

Die programmatische Aussage der Satzungen des Liberalen Klubs war relativ knapp und allgemein. Dort hieß es: „Zweck des Vereins ist die Vertretung und

⁵¹⁵ S. u. S. 383 ff.

⁵¹⁶ S. Anm. 471.

⁵¹⁷ Vgl. RNN Nr. 81, 24. 3. 1912 (1. Beiblatt).

⁵¹⁸ Vgl. ebd.

⁵¹⁹ Vgl. Fortschritt Nr. 45, 9. 11. 1912.

⁵²⁰ Vgl. RNN Nr. 262, 1. 10. 1913.

Ausbreitung der liberalen Bestrebungen in Regensburg und Umgebung. Er will alle liberal gesinnten Männer und Frauen sammeln, ihre politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen in fortschrittlichem Sinne fördern und durch Pflege der Geselligkeit und Unterhaltung eines liberalen Heims beständige Fühlung unter ihnen ermöglichen (§ 2)⁵²¹. Auffallend gegenüber der ähnlich formulierten Programmaussage des Liberalen Vereins von 1869, mit der sie vor allem den Sammlungs- und Werbegedanken gemein hatte⁵²², war die mögliche Mitgliedschaft von Frauen und die Absicht, neben den politischen auch die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Mitglieder zu fördern sowie durch Unterhaltung eines liberalen Heims die Fühlungsnahe unter den Mitgliedern zu verstärken. Die Formel, eine Förderung der Interessen „in fortschrittlichem Sinne“ zu erstreben, beinhaltet keine parteipolitische Festlegung auf die Fortschrittliche Volkspartei. Paragraph 18 der Satzung bestimmte ausdrücklich, daß der Verein nur solchen politischen Verbänden angehören könne, die den Gesamtliberalismus vertreten. Dagegen konnten die Mitglieder selbst jeder liberalen Partei beitreten (§ 18). Der Liberale Klub gehörte denn auch nur dem Kreisverband der liberalen Vereine der Oberpfalz an (GO 47). Für die Förderung der sozialen Belange „besonders der wirtschaftlich schwächeren Kreise“⁵²³ stand konkret der „Liberale Krankenhilfsverein Regensburg“ und ein „Wöchnerinnenunterstützungsverein“, beide dem Liberalen Klub als Nebenorganisationen angegliedert, zur Verfügung⁵²⁴. Der Liberale Krankenhilfsverein Regensburg ging aus dem Krankenhilfsverein Regensburg hervor, der am 24. März 1883 von liberalen Kreisen gegründet worden war und bereits zu den Gemeindewahlen 1884 als liberaler Wahlhelfer in Erscheinung getreten war⁵²⁵. Angeschlossen war dem Liberalen Klub zudem der im Jahre 1911 ins Leben gerufene Verein zur Erwerbung des Heimat- und Bürgerrechts (§ 20)⁵²⁶. Außer den ersten Vorsitzenden dieser zwei Vereine besaßen die Vorsitzenden des Arbeiterfortbildungsvereins (Liberale Arbeitervereinigung) und der Freien Vereinigung der städtischen Kollegien (Liberale Fraktion) sowie der am Ort ansässige Sekretär des Liberalen Kreisverbandes der Oberpfalz Sitz und Stimme im Hauptausschuß (§ 10). Insofern bildete der Liberale Klub die Dachorganisation aller lokalen liberalen Bestrebungen.

⁵²¹ Satzungen und Geschäftsordnung für den Liberalen Klub Regensburg e. V. (gedruckt), StR ZR 3204; zur Zitierweise: „(§ . . .)“ bezieht sich auf die Satzung, „(GO . . .)“ auf die Geschäftsordnung.

⁵²² Vgl. Anm. 27.

⁵²³ Fortschritt Nr. 45, 9. 11. 1912.

⁵²⁴ Die leistungsfähigeren Mitglieder des Liberalen Klubs wurden gebeten, dem Liberalen Krankenhilfsverein als Ehrenmitglieder beizutreten. Ordentliche Mitglieder zahlten einen wöchentlichen Beitrag von 0,25 Mark und erhielten im Fall der Erwerbsunfähigkeit in den ersten 13 Wochen 6 Mark, in den nächsten 13 Wochen 3 Mark, weiterhin 1 Mark wöchentlich als Unterstützung. Vgl. Satzungen und Geschäftsordnung für den Liberalen Klub Regensburg e. V. (gedruckt), S. 14, StR ZR 3204.

⁵²⁵ Vgl. RA Nr. 297, 27. 10. 1884; der Krankenhilfsverein Regensburg zählte am Ende des Jahres 1883 bereits 543 ordentliche Mitglieder, 327 Ehrenmitglieder und sonstige Wohltäter, 1904 noch 413 ordentliche und 227 Ehrenmitglieder. Vgl. VBStM 1883, S. 121, 1904, S. 133; spätere Zahlen fehlen.

⁵²⁶ Vgl. Satzungen und Geschäftsordnung für den Liberalen Klub Regensburg e. V., StR ZR 3204; Auszug aus den Satzungen des Vereins zur Erwerbung des Heimat- und Bürgerrechts, a. a. O., S. 13; dazu Fortschritt Nr. 45, 9. 11. 1912.

Die Funktionen innerhalb des Klubs waren nach dem Prinzip der Arbeitsteilung auf sechs Unterausschüsse verteilt (§ 13). Der wichtigste hiervon war der politische Ausschuß. Unter der Leitung des ersten Vorsitzenden des Klubs bestimmte er den Kurs des Regensburger Liberalismus. Laut Geschäftsordnung hatte er den Auftrag, dafür zu sorgen, daß im Vereine stets reges Leben herrsche. In sein Ressort fielen die Vorbereitung politischer Versammlungen, Vorträge, Diskussionsabende, Ausbildungskurse etc., ebenso die Verhandlungsführung mit anderen politischen Verbänden und die Wahlkampfführung bei Wahlen, soweit dafür nicht eigene Ausschüsse gebildet wurden. Dem politischen Ausschuß gehörten neben dem ersten Vorsitzenden des Liberalen Klubs auch dessen zweiter Vorsitzender, ferner die ersten Vorsitzenden des Arbeiterfortbildungsvereins und der Freien Vereinigung der städtischen Kollegien, sowie die Leiter des Presseausschusses und des Organisationsausschusses an. Andere Vorstandsmitglieder des Liberalen Klubs konnten im Bedarfsfall zu den Beratungen hinzugezogen werden (GO 23). Ein Organisationsausschuß war speziell mit der Werbearbeit für den Verein betraut. Mit den Obmännern und Hilfsobmännern (d. h. den Parteibeauftragten in den einzelnen Stadtbezirken) sollte er mit zusätzlicher Hilfe von Vertrauensmännern planmäßige Werbeaktionen in den einzelnen Straßenzügen durchführen. Zu diesem Zweck sollte er auch die Zuzüge von auswärts überwachen und mit auswärtigen liberalen Verbänden einen Meldedienst unterhalten (GO 24). Ein Presseausschuß, dem auch ein Vertreter der lokalen liberalen Presse angehörte, hatte für die Berichterstattung über das Vereinsleben in der Regensburger und auswärtigen Presse zu sorgen, die wichtigsten Zeitungen der verschiedenen Parteien zu beobachten, wenn nötig, Angriffe zurückzuweisen und auch die eigene Presse zu unterstützen. Dabei sollte aber in allen Punkten im Einvernehmen mit dem politischen Ausschuß gehandelt werden (GO 25). Ein sozialer Ausschuß sollte für die Probleme der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungsschichten Verständnis in den liberalen Kreisen wecken, einschlägige Anträge an die liberalen Fraktionen des Gemeindegremiums und des Landtags sowie an die liberalen Parteileitungen vorbereiten und gemeinnützige Einrichtungen in die Wege leiten (GO 26). Ein Bibliotheksausschuß hatte die Auswahl der politischen, allgemeinbildenden und unterhaltenden Bücher, Zeitschriften und Zeitungen zu treffen und das Vereinsarchiv zu verwalten (GO 28). Ein Geselligkeitsausschuß sollte die vergnüglichen, nichtpolitischen Veranstaltungen organisieren, vereinseigene Gesangs- und Musikgruppen fördern und war für die Einrichtung und Ausschmückung der Klubräume zuständig (GO 30).

Die Gesamtleitung des Liberalen Klubs übte ein sechsendreißigköpfiger Vorstand (Mindestzahl) aus, der sich aus dem bereits genannten Hauptausschuß (18 Mitglieder) und mindestens 18 Beisitzern zusammensetzte (§ 9). Dem Hauptausschuß oblag die Aufnahme der Mitglieder und die Vorbereitung der Tagesordnung der Vorstandssitzungen (§ 5, GO 15)⁵²⁷. Den Intentionen der Geschäftsordnung nach mußten im Vorstand die verschiedensten Berufsstände vertreten

⁵²⁷ Dem Hauptausschuß gehörten die beiden Vorsitzenden des Liberalen Klubs, seine beiden Schriftführer und Schatzmeister, die Leiter der sechs Unterausschüsse und der Jugendgruppe, die Vorsitzenden des Vereins zur Erwerbung des Heimat- und Bürgerrechts, des Liberalen Krankenhilfsvereins, des Arbeiterfortbildungsvereins und der Freien Vereinigung der städtischen Kollegien sowie der Sekretär des Liberalen Kreisverbandes der Oberpfalz an. Vgl. Satzungen, § 10, StR ZR 3204.

sein, auch weibliche Mitglieder sollten ihm angehören (GO 9)⁵²⁸. Alle Ausschüsse, auch der politische Ausschuß, waren dem Vorstand gegenüber für ihre Tätigkeit verantwortlich (GO 23). Der Vorstand seinerseits hatte gegenüber der jährlich stattfindenden ordentlichen Mitgliederversammlung Rechenschaft abzulegen und wurde alle zwei Jahre von dieser neu gewählt (§ 15).

Einer Jugendgruppe (§ 19) als weiterer Untergliederung des Liberalen Klubs war die Aufgabe zugeordnet, „den liberalen Nachwuchs politisch auszubilden und durch eifrige Pflege der Geselligkeit zum Zusammenhalten zu erziehen“ (GO 48). Vom 18. bis zum vollendeten 21. Lebensjahr mußten, bis zum vollendeten 25. Lebensjahr sollten ihr die männlichen Vereinsmitglieder (von weiblichen Vereinsmitgliedern in der Jugendgruppe ist nicht die Rede!) angehören. Der mindestens 25 Jahre alte Leiter der Jugendgruppe wurde von der ordentlichen Mitgliederversammlung des Liberalen Klubs gewählt, er saß auch im Hauptausschuß. Ansonsten wurde der Jugendgruppe relativ viel Eigenleben, so die Wahl eines gesonderten Jugendausschusses, die Abhaltung eigener Mitgliederversammlungen, die Abfassung eigener Anträge zugestanden. Zu den geselligen Veranstaltungen der Jugendgruppe hatten auch schulentlassene Jugendliche unter 18 Jahren Zutritt (GO 48—52).

Gegenüber dem Liberalen Verein von 1869 bedeutete der Liberale Klub Regensburg einen wesentlichen organisatorischen Fortschritt. Während der ältere Liberale Verein mit der Rohform der Vereinsstruktur (Vorstandschafft — Ausschuß — Mitgliederversammlung) auskam, wies der neue Klub eine ganze Palette nach Aufgabengebieten spezialisierter Unterausschüsse auf und war darüber hinaus mit allen am Ort wirkenden parteinahen Organisationen strukturell verflochten, um ein abgestimmtes Vorgehen zu erreichen. Die Differenzierung diente dem Ziel, eine möglichst breite Mitgliederbasis zu gewinnen. Dies setzte eine erhöhte Arbeitsintensität voraus, die sich nur über Arbeitsteilung bewältigen ließ. Initiativen und Innovationen hingen dabei nicht mehr nur von einer mehr oder minder agilen Vorstandsspitze allein ab. Der Einfluß der ordentlichen Mitgliederversammlung, die nicht nur den Vorstand als solchen, sondern auch die Leiter der Unterausschüsse und der Jugendgruppe direkt wählte, der außerdem der Vorstand Rechenschaft über alle Unternehmungen, nicht nur über das Kassenwesen, schuldig war, hatte sich bedeutend verstärkt. Die Umorientierung zur demokratischen Massenpartei, jedenfalls dem Ansatz nach, ist hier strukturell faßbar.

Das Komitee der sieben Herren, das die Gründung des Liberalen Klubs im Frühjahr 1912 vorbereitet hatte, wurde sofort auch in Führungsstellen gewählt. Zum ersten Vorsitzenden avancierte Gymnasialprofessor Dr. Heinrich Kübel, zum zweiten Vorsitzenden Lehrer Karl Staudinger, zum Schatzmeister Großhändler Nikolaus Müller, zum ersten Schriftführer der Postsekretär Josef Lohr, zum zweiten Schriftführer Postsekretär Hermann Gierster, zum Bibliothekar Lehrer Franz Mayer und zum Vergnügungskommissär Amtsgerichtsexpeditoren Georg Behr⁵²⁹. Nach der Überführung des Fortschrittlichen Volksvereins und des Liberalen Vereins Regensburg in den Liberalen Klub Ende 1912 wurde am 10. Januar 1913 in einer ordentlichen Mitgliederversammlung eine Neuwahl vorgenommen. Dabei wurden die ersten beiden Vorsitzenden, Dr. Kübel und Lehrer

⁵²⁸ Ein vollständiges Vorstandsverzeichnis des Liberalen Klubs ist nicht vorhanden, daher auch keine Kontrolle möglich, ob diese Vorschriften eingehalten wurden.

⁵²⁹ Vgl. RNN Nr. 81, 24. 3. 1912.

Staudinger, in ihren Funktionen bestätigt, desgleichen die beiden Schriftführer, allerdings in vertauschter Reihenfolge. Dem Schatzmeister Müller wurde ein zweiter Schatzmeister in der Person des Prokuristen Josef Nusser an die Seite gestellt⁵³⁰. An sich wäre die nächste satzungsgemäße Vorstandswahl nach zwei Jahren, somit Anfang 1915 fällig gewesen. Durch den Krieg trat jedoch eine Verschiebung bis zum Frühjahr 1918 ein.

In der außerordentlichen Generalversammlung vom 8. April 1918 wurde alsdann Gymnasiallehrer Dr. Julius Baer zum ersten Vorsitzenden gewählt, Lehrer Staudinger blieb zweiter Vorsitzender. Großhändler Georg Stadler wurde erster Schriftführer, Obersekretär Ludwig Krafft erster Schatzmeister. Lohr und Nusser behielten ihre Posten⁵³¹. Bildungsbürger — und zwar diesmal durchgehend jeweils zwei Lehrer in den Spitzenpositionen —, Beamte und Angestellte prägen auch hier wieder das Bild der Führungsschicht. Es fehlen aber auffallend — mit einer Ausnahme — Vertreter des selbständigen Besitzbürgertums, wie Großhändler und Fabrikanten.

Über die Mitgliederzahl des Klubs liegen zwei konkrete Angaben vor: Im Oktober 1912 besaß der Klub über 800 Mitglieder, ohne daß die noch existierenden Vereine, Liberaler Verein und Fortschrittlicher Volksverein, eine Einbuße erlitten hätten⁵³². Nach Auflösung der beiden letztgenannten Vereine zum 1. Januar 1913 schnellte die Mitgliederzahl innerhalb zehn Tagen um weitere 500 empor, wobei angeblich fast ein Drittel hiervon noch keiner der beiden Vorgängerorganisationen angehört hatte⁵³³. Für Anfang 1913 sind also rund 1300 Mitglieder als gesichert anzusetzen. Wäre jedoch der gesamte Mitgliederbestand des Fortschrittlichen Volksvereins (circa 500—600 Mitglieder) und des Liberalen Vereins (circa 1100 Mitglieder) zum Liberalen Klub übergegangen, würde sich für ihn eine Mitgliederzahl von circa 1700 errechnen.

Der Liberale Klub war auf der Idee aufgebaut, über die Pflege der Geselligkeit politische Gemeinsamkeiten zu vertiefen und zu intensivieren. Mit einer breiten Palette unterhaltlicher Veranstaltungen, angefangen vom Bockbierfrühschoppen⁵³⁴, über Maitanz⁵³⁵, Sonnwendfeiern⁵³⁶, Familienausflüge⁵³⁷, Sommerfeste⁵³⁸ bis hin zu Musik- und Theaterabenden⁵³⁹, gelang es ihm ganz offensichtlich, wie auch die Entwicklung der Mitgliederzahlen beweist, Anklang zu finden. Die durch die Vorgängervereine gut eingeführten wöchentlichen liberalen Diskussionsabende wurden beibehalten, allerdings als sogenannte „Wanderversammlungen“ in wechselnden Gasthäusern der Stadt noch attraktiver gemacht⁵⁴⁰. Auch „Groß-

⁵³⁰ Vgl. RNN Nr. 10, 12. 1. 1913.

⁵³¹ Vgl. RNN Nr. 82, 9. 4. 1918.

⁵³² Vgl. Fortschritt Nr. 45, 9. 11. 1912.

⁵³³ Vgl. RNN Nr. 10, 12. 1. 1913.

⁵³⁴ Vgl. RNN Nr. 77, 20. 3. 1913.

⁵³⁵ Vgl. RNN Nr. 118, 3. 5. 1912, Nr. 119, 5. 5. 1913.

⁵³⁶ Vgl. RNN Nr. 162, 18. 6. 1912, Nr. 169, 25. 6. 1912, Nr. 158, 16. 6. 1913.

⁵³⁷ Vgl. RNN Nr. 132, 20. 5. 1913.

⁵³⁸ Vgl. RNN Nr. 150, 8. 6. 1913.

⁵³⁹ Vgl. RNN Nr. 261, 25. 9. 1912, Nr. 268, 2. 10. 1912; Fortschritt Nr. 47, 23. 11. 1912, Nr. 48, 30. 11. 1912 (Versammlungskalender).

⁵⁴⁰ Vgl. z. B. RNN Nr. 275, 9. 10. 1912, Nr. 283, 17. 10. 1912, Nr. 289, 23. 10. 1912, Nr. 55, 26. 2. 1913, Nr. 69, 12. 3. 1913, Nr. 71, 14. 3. 1913.

veranstaltungen“ mit auswärtigen Referenten fehlten nicht, waren jedoch wegen der wahlkampffreien Zeit dünn gesät. Am 8. Mai 1912 beleuchtete Prof. Siegmund Hellmann „Unser Verhältnis zu England und die Wehrvorlagen“⁵⁴¹, am 8. März 1913 äußerten sich die Landtagsabgeordneten Sigmund Günther und Karl Schrepfer aus Hof über „Bayerische Politik unter dem Zentrumsministerium“ und „Mittelstands- und Arbeiterfrage im bayerischen Landtag“⁵⁴². Am 4. April 1914 referierte der Landtagsabgeordnete Karl Hübsch über „Die neueste bayerische Wirtschafts- und Steuerpolitik“⁵⁴³.

Der Kriegsausbruch störte zwar das Vereinsleben empfindlich, zu Besprechungsabenden, insbesondere über die neueste Frontlage, traf man sich aber im Parteihem immer wieder⁵⁴⁴. Die Kriegszielfrage beschäftigte die Gemüter von Beginn⁵⁴⁵ bis Ende des Krieges. Mit Archivar Dr. Pius Dirr⁵⁴⁶ hatte man am 27. April 1918 einen Annexionisten zum Thema „Krieg und Frieden“ eingeladen, der im Krieg nicht nur einen Kampf um die Selbsterhaltung, sondern auch einen Kampf um die deutsche Weltendung und das Recht auf freie wirtschaftliche Betätigung des deutschen Volkes in der Welt sah⁵⁴⁷. Nach dem Ende der Monarchie erklärte sich der Liberale Klub Regensburg zu einer Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei in Bayern⁵⁴⁸, änderte aber den Namen kurz darauf nochmals in „Deutsch-demokratischer Verein Regensburg“⁵⁴⁹.

5. Der Liberale Kreisverein der Oberpfalz und von Regensburg (1870—1871)

Die Organisation der liberalen Parteien in Deutschland erfolgte in der Anfangsphase zunächst auf zwei Ebenen: Auf der obersten Ebene in Gestalt der jeweiligen Landtags- bzw. später Reichstagsfraktionen, die de facto auch die oberste Parteileitung ausübten, und auf der untersten Ebene in Form der lokalen Komitees und Vereine. Als Mittelinstanzen bildeten sich Landes- oder Provinzialorganisationen, in Bayern etwa schon 1863 bei der Gründung der Deutschen Fortschrittspartei, als deren Führungsspitze ein kleiner, geschäftsführender Ausschuß fungierte⁵⁵⁰. Die Verbindungen zwischen den verschiedenen Ebenen, sowohl vertikal als auch horizontal, waren noch wenig institutionalisiert. Ein organisatorisches Vakuum stand vor allem noch zwischen unterster und mittlerer Ebene, im regionalen Bereich, offen. Über die funktionalen Einheiten der Wahlkreise hinaus boten sich hier in Bayern die politischen Eingrenzungen der Kreise (im späteren Sprachgebrauch: Regierungsbezirke) zur weiteren organisatorischen

⁵⁴¹ RNN Nr. 125, 10. 5. 1912.

⁵⁴² RNN Nr. 62, 5. 3. 1913, Nr. 67, 10. 3. 1913; Fortschritt Nr. 11, 15. 3. 1913.

⁵⁴³ Vgl. RNN Nr. 90, 1. 4. 1914; Vereinsregister des k. Amtsgerichts Regensburg I, Bd. 1, Nr. 68 (Eintrag vom 12. 4. 1918).

⁵⁴⁴ Vgl. z. B. RNN Nr. 19, 22. 1. 1915, Nr. 105, 20. 4. 1915, Nr. 119, 5. 5. 1915, Nr. 295, 2. 11. 1915, Nr. 331, 8. 12. 1915, Nr. 267, 1. 10. 1916, Nr. 249, 13. 9. 1916, Nr. 255, 19. 9. 1916, Nr. 262, 26. 9. 1916, Nr. 281, 15. 10. 1916, Nr. 238, 18. 9. 1917, Nr. 14, 17. 1. 1918.

⁵⁴⁵ Vortrag Konrektor Dr. Keiper über „Unser Kriegsziel“ am 8. 7. 1915. Vgl. RNN Nr. 171, 28. 6. 1915.

⁵⁴⁶ Vgl. o. Anm. 418.

⁵⁴⁷ Vgl. RNN Nr. 100, 30. 4. 1918.

⁵⁴⁸ Vgl. RNN Nr. 278, 29. 11. 1918, Nr. 281, 3. 12. 1918.

⁵⁴⁹ Vgl. RNN Nr. 84, 10. 4. 1919, Nr. 92, 22. 4. 1919.

⁵⁵⁰ Vgl. Th. Nipperdey, Organisation S. 20—24, 42 ff., 74 ff., 109 ff.

Zusammenfassung an. Einer überregionalen Organisation jedoch standen bedeutende Hindernisse durch die Vereinsgesetzgebung der deutschen Einzelstaaten gegenüber. Es galt allgemein ein Verbot überörtlicher Zusammenschlüsse politischer Ortsvereine, in Bayern etwa aufgrund des Art. 17 des Vereinsgesetzes vom 26. Februar 1850⁵⁵¹. Diese Beschränkung fiel erst durch eine Modifizierung des bayerischen Vereinsgesetzes vom 15. Juni 1898 und durch das Reichsgesetz vom 11. Dezember 1899, die sogenannte Lex Hohenlohe⁵⁵². Bis dahin konnten überregionale Verbindungen nur von Einzelpersonen aufgenommen werden, die sich wiederum in Vereinsform organisierten — abgesehen einmal von den zeitlich begrenzten Zusammenschlüssen von Wahlvereinen während der Wahlvorbereitungsphasen.

Der Tatendrang der Liberalen Regensburgs beschränkte sich in der Phase unmittelbar nach der Konstituierung des Liberalen Vereins für Regensburg und Umgebung nicht auf lokale Aktivitäten. In der Generalversammlung vom 17. Januar 1870 faßte man den Entschluß, auch die Organisation der liberalen Partei in der Oberpfalz in die Hand zu nehmen⁵⁵³. In einer zu diesem Zwecke am 23. Januar 1870 nach Schwandorf einberufenen Versammlung, die von 500—600 Liberalen aus der gesamten Oberpfalz besucht war, setzten die Regensburger Liberalen ihren Organisationsplan mit der Gründung eines Liberalen Kreisvereins der Oberpfalz gegen den Widerstand der Amberger Liberalen durch. Die Amberger stemmten sich gegen ein zu hohes Maß an Organisation, nach ihren Vorstellungen hätte die Wahl eines Vorortes genügt, der in entscheidenden Augenblicken eingegriffen hätte⁵⁵⁴. Jedoch brachte der Liberale Kreisverein der Oberpfalz⁵⁵⁵ ohnehin nur ein Minimum organisatorischer Bindungen mit sich. Entsprechend den organisationsrechtlich offen gelassenen Möglichkeiten in Vereinsform konzipiert, konnten ihm nur Einzelmitglieder angehören, die zu einem festen Jahresbeitrag verpflichtet wurden (§ 2). Der Verein war also, wenigstens formal, kein Zusammenschluß der bestehenden oder zu gründenden Ortsvereine. Die Leitung des Vereins lag in der Hand eines Vorstandes und dessen Stellvertreters, die von einer alljährlich stattfindenden Hauptversammlung gewählt werden sollten (§ 4 und § 9). Ihnen wurde ein Ausschuß von 24 Mitgliedern zur Seite gestellt, der durch Kooptation verstärkt werden konnte (§ 5). In die Kompetenz des Vorstandes fiel die Repräsentation des Vereins nach außen und die Berufung der Ausschußsitzungen (§ 7) — die auch auf Verlangen von mindestens sechs Ausschußmitgliedern abgehalten werden mußten (§ 8) —, in die Kompetenz des Ausschusses die Vorbereitung der Versammlungen (§ 8) — der Hauptversammlung und der Wanderversammlungen, die nach Bedarf abgehalten werden konnten (§ 9). Im Prinzip wurde einfach die Verfassung des Regensburger Lokalvereins auf die Ebene der größeren politischen Verwaltungseinheit, des Kreises Oberpfalz und Regensburg, übertragen.

Der Liberale Kreisverein der Oberpfalz und von Regensburg konstituierte sich

⁵⁵¹ Vgl. o. S. 224.

⁵⁵² Vgl. o. S. 261.

⁵⁵³ Vgl. RTB Nr. 16, 16. 1. 1870; WBR 24. 1. 1870, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 199.

⁵⁵⁴ Vgl. RTB Nr. 25, 25. 1. 1870.

⁵⁵⁵ Satzungen des Liberalen Kreisvereins der Oberpfalz, angenommen am 23. Januar 1870 in der Versammlung zu Schwandorf (hektographiertes Exemplar), StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 9418.

definitiv am 7. März 1870 in Regensburg⁵⁵⁶, das bereits in Schwandorf am 23. Januar zum Sitz der Vorstandschaft bestimmt worden war. Die Regensburger Liberalen fühlten sich dadurch in ihrem Führungsanspruch nur bestätigt, wonach die Stadt nicht nur die amtliche Metropole des Kreises, sondern auch „seine moralische Führerin“⁵⁵⁷ sein sollte. Zum Vorsitzenden des Kreisvereins wurde der Bezirksarzt Dr. Wilhelm Brenner-Schäffer aus Regensburg, zu seinem Stellvertreter der Gymnasial-Mathematik-Professor v. Peßl aus Amberg gewählt⁵⁵⁸. Brenner-Schäffer bekleidete die Stelle des Vorstandstellvertreters beim Liberalen Verein Regensburg und Umgebung. Von den 24 Ausschußmitgliedern stellte Regensburg neun, nämlich Schreinermeister Kaiser, die Großhändler Theodor Rümmelein und Eduard Engerer, die Kaufleute Samuel Eismann und Franz Poschinger, Rechtskonzipient Ferdinand Heigl, Gymnasialprofessor Gustav Krafft und Rechtsanwalt Anton Sonnenleitner⁵⁵⁹, durchwegs Namen, die auch beim Liberalen Verein Regensburg und Umgebung auftraten. Die übrigen Ausschußmitglieder wurden von anderen Orten der Oberpfalz durch eigene Wahl bestimmt. Vertreten waren Amberg und Cham je zweimal, Burglengenfeld, Maxhütte, Schwandorf, Fronberg, Pfreimd, Etzenricht, Weiden, Waldsassen, Pleystein, Vohenstrauß, Neunburg v. W. und Wörth a. D. je einmal⁵⁶⁰. Von der soziologischen Zusammensetzung her unterscheidet sich der Ausschuß des Kreisvereins trotz Zuziehung von ländlichen Elementen nicht wesentlich von dem des Liberalen Vereins Regensburg: Der ausgeprägte Honoratiorencharakter wird durch Berufe wie Bürgermeister, Notare, Ärzte, Apotheker, Oberförster etc. sogar noch verstärkt. Auffällig ist die starke Präsenz der juristischen Beamten und Beamtenanwärter in diesem Gremium.

Der Beitritt zum Kreisverein geschah durch Einzeichnung in Mitgliederlisten, die bereits nach der ersten Vorbesprechung am 23. Januar 1870 in Schwandorf an die Vertrauensmänner überall in der Oberpfalz von Regensburg aus samt Statut verschickt wurden⁵⁶¹. Am 25. März 1870 fand sich der Ausschuß zum erstenmal zu einer Sitzung in Schwandorf ein. Hier kamen aber bereits 36 Mitglieder⁵⁶², nicht 24, wie in der Satzung vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt zählte der Verein bereits 1300 Mitglieder, wobei ein weiterer Anstieg noch erwartet wurde, da nicht alle Einzeichnungslisten eingelaufen waren. In Regensburg hatten sich die meisten Mitglieder des örtlichen Liberalen Vereins für einen Beitritt zum Kreisverein begeistern lassen, eine Doppelmitgliedschaft in Kreisverein und Lokalverein war quasi die Regel⁵⁶³. In Vohenstrauß meldeten in einer Versammlung am 6. März

⁵⁵⁶ Vgl. RTB Nr. 68, 9. 3. 1870; WBR 7. 3. 1870, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 199; Heigl an StM, 8. 3. 1870, StR ZR 3190.

⁵⁵⁷ RTB Nr. 40, 9. 2. 1870.

⁵⁵⁸ Vgl. WBR 14. 3. 1870, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 199.

⁵⁵⁹ Vgl. RTB Nr. 68, 9. 3. 1870.

⁵⁶⁰ Es waren dies Notar Kößler in Maxhütte, Oberförster Grim in Etzenricht, Notar Schneider in Neunburg v. W., Landgerichtsassessor Oertel in Cham, Oberförster Faber in Pfreimd, Kaufmann Bischof in Weiden, Oberförster Bezold in Waldsassen, Rotgerbermeister Piller in Pleystein, Bürgermeister Oettig in Wörth, prakt. Arzt Dr. Rocher in Schwandorf, Apotheker Fleischmann in Vohenstrauß, Advokat Gaßner in Amberg, Gastwirt Ströhl in Amberg, Hammerbesitzer Eigner in Fronberg und Oberförster v. Reitzenstein in Cham. Vgl. Verzeichnis der politischen Vereine für 1870, StR ZR 3169.

⁵⁶¹ Vgl. RTB Nr. 36, 5. 2. 1870.

⁵⁶² Vgl. RTB Nr. 86, 27. 3. 1870.

⁵⁶³ Vgl. RTB Nr. 40, 9. 2. 1870.

etwa 100 Personen ihren Beitritt an ⁵⁶⁴, in Wörth a. D. wurde am 23. März 1870 ein Liberaler Verein mit 33 Mitgliedern gegründet ⁵⁶⁵. Das Regensburger Tagblatt konstatierte mit Zufriedenheit, daß die „Betheiligung des intelligenten und denkenden Theiles der Bevölkerung unserer Oberpfalz an dem liberalen Kreisverein . . . auch auf dem Lande sehr zahlreich“ ⁵⁶⁶ sei.

Zu Vereinsorganen wurden zwei bestehende Tageszeitungen, das Regensburger Tagblatt und das Amberger Tagblatt erklärt. In ihnen sollten die politischen Anschauungen des Vereins Verbreitung finden und die Vereinsveranstaltungen angezeigt werden. Auch sollte in Regensburg und Amberg je ein „Preßbureau“ als eine Art Vorzensurstelle eingerichtet werden. In ihnen wurde geprüft, ob eingesandte Beiträge als Vereinsäußerung publiziert werden könnten oder nicht. Als Adressat des „Preßbureaus“ in Regensburg figurierte der Kreisvereinsvorsitzende Dr. Brenner-Schäffer ⁵⁶⁷. Der Kreisverein hatte sich als Ziel „die Zusammenfassung aller liberalen Elemente des Kreises Oberpfalz und Verbreitung liberaler Anschauungen“ ⁵⁶⁸ gesetzt. Die liberalen Kräfte in der Oberpfalz waren bis dahin relativ schwach und zerstreut. Abgesehen von Regensburg, gruppierten sich die Parteigänger um einige wenige Landstädte. Bei den Landtagswahlen im Mai 1869 gelang es lediglich in den Wahlkreisen Amberg und Cham, je einen liberalen Abgeordneten — gegenüber 14 Abgeordneten der Patriotenpartei aus der Oberpfalz — in die zweite Kammer zu entsenden ⁵⁶⁹. Der Kreisverein mußte also vor allem danach streben, die Basis der Anhängerschaft zu verbreitern, den Anstoß zur Gründung neuer Ortsvereine zu geben, wo bisher nur vereinzelte Parteimitglieder zu finden waren ⁵⁷⁰, um gegen die bisherige Übermacht der Patriotenpartei in der Oberpfalz einige Aussicht auf Erfolg zu haben. Doch waren Zweifel, ob dies durchschlagend gelingen würde, von Anfang an vorhanden. So äußerte der stellvertretende Vorsitzende des Kreisvereins, Gymnasialprofessor Peßl von Amberg bereits in der ersten größeren öffentlichen Veranstaltung nach der Konstituierung des Vereins: Ob man äußere, greifbare Erfolge in dieser Provinz erringen werde, wisse man nicht; Hauptzweck des Vereins sei es, mit seiner Existenz Protest zu erheben gegen die übliche Fälschung des Volkswillens, zu bekunden, daß eine liberale Staatsregierung Sympathien im Volke habe und daß die Anstrengungen der liberalen Volksvertreter auch in der nicht vertretenen Provinz mit Spannung verfolgt und mit Stolz gewürdigt würden ⁵⁷¹.

Trotzdem wurden ernsthafte Anstrengungen unternommen, dem liberalen Gedanken neue Freunde zu gewinnen, und zwar zum einen durch den Einsatz der liberalen Presse, zum anderen durch zentral organisierte Parteiveranstaltungen, sogenannte Wanderversammlungen. Ende April 1870 wurde im Regensburger Tagblatt — wie auch im Amberger Tagblatt — eine Artikelserie „An die Ober-

⁵⁶⁴ Vgl. RTB Nr. 67, 8. 3. 1870.

⁵⁶⁵ Vgl. Bezirksamt Regensburg an RegOR, 7. 4. 1870, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 9418.

⁵⁶⁶ RTB Nr. 61, 2. 3. 1870.

⁵⁶⁷ Vgl. RTB Nr. 86, 27. 3. 1870.

⁵⁶⁸ So § 1 der Satzung, s. o. Anm. 555.

⁵⁶⁹ Vgl. Übersicht über die Wahl der Landtagsabgeordneten im Mai 1869, 23. 5. 1869, HStAM MInn 44 379.

⁵⁷⁰ Vgl. RTB Nr. 187, 10. 7. 1870.

⁵⁷¹ Vgl. RTB Nr. 109, 21. 4. 1870.

pfälzer“ gestartet⁵⁷². Mit dieser „Vereins-Korrespondenz“ versuchte man, Wesen und Ziele des Liberalismus zu erläutern und neue Mitglieder zu werben, allerdings in einer Sprache, durch die man sich — wie das Regensburger Morgenblatt ironisch anmerkte — „in eine Kinderschule versetzt“⁵⁷³ glaubte. Die bisher von der liberalen Presse als „zurückgeblieben“ bezeichneten Oberpfälzer⁵⁷⁴ wurden über Fragen wie „Was . . . ist Aufklärung, was ist Fortschritt?“⁵⁷⁵ belehrt und sollten dann als selbständig denkende und urteilende Zeitgenossen, von eigener Einsicht getrieben, in den Reihen der liberalen Partei Platz ergreifen. Die Oberpfälzer seien nicht ihrer eigenen Überzeugung gefolgt, als sie die jetzigen, mehrheitlich der Patriotenpartei angehörenden Abgeordneten nach München schickten, sondern sie seien von Geistlichkeit und Adel dazu verführt worden⁵⁷⁶. Kirche und Adel hätten ein Interesse daran, das Volk in Unaufgeklärtheit, Urteilsunfähigkeit und Dummheit zu erhalten⁵⁷⁷. Die Gewinnung von Mitgliedern auf dem Land hielt man in dieser Phase seitens der liberalen Partei größtenteils für ein Bildungsproblem, das zu lösen das Medium der Presse gut geeignet erschien. Daß dies jedoch weitgehend ein Trugschluß war, da auf die liberalen Blätter nur Leute abonniert waren, die sich in der Regel bereits parteilich entschieden hatten, scheint man jedoch bald erkannt zu haben, da ein weiterer lehrhafter Versuch dieser Art im Regensburger Tagblatt nicht mehr unternommen wurde. Unmittelbar nach der Gründung hielt der Verein an drei Feiertagen drei Wanderversammlungen ab, die erste am Ostermontag, den 18. April 1870, in Amberg⁵⁷⁸, die zweite an Christi-Himmelfahrt, den 26. Mai 1870, in Wörth a. D.⁵⁷⁹, die dritte am Feste Peter und Paul, den 29. Juni 1870, in Weiden⁵⁸⁰. Die erste Wanderversammlung in Amberg wurde vor etwa 400 Zuhörern von führenden Mitgliedern des Kreisvereins selbst bestritten. Es sprachen Gymnasialprofessor v. Peßl über die Motive zur Gründung des Liberalen Kreisvereins⁵⁸¹, Rechtskonzipient Heigl und Gymnasialprofessor Krafft aus Regensburg über Religion, Kirche und Liberalismus sowie Großhändler Rümmelein aus Regensburg über die Militärfrage und das von den Liberalen abgelehnte Milizsystem⁵⁸². Besonders die Ausführungen Heigls und Kraffts, die den Vorwurf der Gottlosigkeit des Liberalismus zurückwiesen, dafür aber eine Art Vernunftreligion frei von jeder konfessionellen Bindung propagierten, zudem einen Rückzug katholischer Geistlicher aus der Politik forderten, stießen auf die energische Gegenwehr der Patriotenpartei. Sie dienten umgekehrt nur dazu, das vorgefaßte Urteil über die Kirchenfeindlichkeit des Liberalismus zu bestätigen⁵⁸³. Daß dann Heigl unmittelbar

⁵⁷² Vgl. RTB Nr. 115, 27. 4. 1870, Nr. 117, 29. 4. 1870, Nr. 118, 30. 4. 1870, Nr. 119, 1. 5. 1870, Nr. 121, 3. 5. 1870, Nr. 123, 5. 5. 1870, Nr. 128, 10. 5. 1870, Nr. 129, 11. 5. 1870.

⁵⁷³ RM Nr. 99, 4. 5. 1870.

⁵⁷⁴ Vgl. RM Nr. 95, 29. 4. 1870.

⁵⁷⁵ RTB Nr. 117, 29. 4. 1870.

⁵⁷⁶ Vgl. RTB Nr. 115, 27. 4. 1870.

⁵⁷⁷ Vgl. RTB Nr. 117, 29. 4. 1870, Nr. 118, 30. 4. 1870.

⁵⁷⁸ Vgl. WBR 11. 4. 1870, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 199.

⁵⁷⁹ Vgl. WBR 30. 5. 1870, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 199; RTB Nr. 142, 24. 5. 1870.

⁵⁸⁰ Vgl. RTB Nr. 175, 28. 6. 1870.

⁵⁸¹ Rede abgedruckt in RTB Nr. 109, 21. 4. 1870.

⁵⁸² Vgl. RTB Nr. 108, 20. 4. 1870.

⁵⁸³ Vgl. RM Nr. 91, 24. 4. 1870, Nr. 94, 28. 4. 1870.

nach seinem Auftritt in Amberg vom liberal eingestellten Gremium der Gemeindebevollmächtigten in Regensburg zum neuen Rechtsrat und damit zum Bürgermeisterstellvertreter gewählt wurde, verschärfte die Spannungen zwischen den politischen Lagern erheblich. Selbst der Regierungspräsident der Oberpfalz und von Regensburg glaubte Heigls Wahl aus diesem Grunde und aufgrund der Tatsache, daß Heigl „einer ziemlich vorgeschrittenen liberalen Richtung“⁵⁸⁴ angehöre, bedauern zu müssen.

Zu der zweiten Wanderversammlung in Wörth a. D. erschienen drei auswärtige Landtagsabgeordnete⁵⁸⁵. Apellationsgerichtsrat Karl Heinrich Schmidt, Landtagsabgeordneter des Wahlkreises Zweibrücken-Pirmasens⁵⁸⁶, entwickelte das Programm der Fortschrittspartei. Der protestantische Pfarrer Max Kraußold, Landtagsabgeordneter des oberfränkischen Wahlkreises Hof⁵⁸⁷, suchte bei den Teilnehmern die durch Gerücht verbreitete Befürchtung zu zerstreuen, als müßten sie nach einer Einigung Deutschlands unter Preußens Vorherrschaft alle lutherisch werden. Advokat Dr. Friedrich v. Schauß, Landtagsabgeordneter des Wahlkreises Kronach⁵⁸⁸, argumentierte, wie auch schon Pfarrer Kraußold, bei seinem Bericht über die Tätigkeit der Abgeordnetenversammlung für die Durchsetzung des Schulgesetzes von 1869, das einen wesentlichen liberalen Fortschritt darstelle. Alle drei Gastredner bemühten sich zu beweisen, daß der Liberalismus nicht gegen die Religion gerichtet sei. Aus Regensburg war eine Gruppe von etwa 25 liberalen Parteigängern erschienen — darunter der Vorsitzende des Liberalen Vereins Regensburg und Umgebung, Rechtsanwalt Sonnenleitner —, aus Straubing eine solche von etwa 20 Mann. Die Versammlung mit insgesamt 400 bis 500 Teilnehmern leitete Rechtsrat Heigl aus Regensburg⁵⁸⁹.

In der dritten Wanderversammlung in Weiden traten als Hauptredner die Landtagsabgeordneten Ludwig Fischer, der „rote Bürgermeister von Augsburg“⁵⁹⁰, und Karl Föckerer von Vilshofen⁵⁹¹ auf⁵⁹². Fischer verteidigte in der Hauptsache die liberale Sozialgesetzgebung des bayerischen Landtags⁵⁹³ und wandte sich heftig gegen das passive Wahlrecht der Geistlichen⁵⁹⁴. Der Vorsitzende des Kreisvereins, Bezirksarzt Dr. Brenner-Schäffer, konnte bei dieser Veranstaltung nahezu 600 Personen begrüßen⁵⁹⁵.

Der Ausbruch des deutsch-französischen Krieges veranlaßte dann den Liberalen Kreisverein am 23. Juli 1870 zu der Erklärung, seine Wanderversammlungen für die Dauer des Krieges auszusetzen. Der Krieg selbst wurde mit dem Ruf „Das

⁵⁸⁴ WBR 25. 4. 1870, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 199.

⁵⁸⁵ Vgl. RTB Nr. 146, 28. 5. 1870; WBR 30. 5. 1870, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 199.

⁵⁸⁶ Vgl. H. Kalkoff S. 125, 287.

⁵⁸⁷ Vgl. H. Kistler S. 381.

⁵⁸⁸ Vgl. o. Anm. 272.

⁵⁸⁹ Vgl. Versammlungsbericht 26. 5. 1870, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 13 917.

⁵⁹⁰ Vgl. RM Nr. 145, 2. 7. 1870.

⁵⁹¹ Vgl. Anm. 181.

⁵⁹² WBR 4. 7. 1870, StAA Reg. KdI Abg. 1949, Nr. 14 199 erwähnt auch noch den Abgeordneten Golsen.

⁵⁹³ Vgl. RTB Nr. 178, 1. 7. 1870; Auszüge der Rede Fischers in RTB Nr. 180, 3. 7. 1870, Nr. 181, 4. 7. 1870.

⁵⁹⁴ Vgl. RM Nr. 147, 5. 7. 1870.

⁵⁹⁵ Vgl. RTB Nr. 178, 1. 7. 1870.

Vaterland ist in Gefahr!“ geradezu begeistert begrüßt ⁵⁹⁶. Dr. Brenner-Schäffer bekannte namens des Liberalen Kreisvereins der Oberpfalz und von Regensburg: „In solchen feierlichen Augenblicken schwindet jede Färbung der Partei. Sind wir ja zumal Bayern und allesamt Deutsche!“ ⁵⁹⁷. Gleichzeitig forderte der Kreisverein seine Mitglieder auf, die Bildung von Hilfskomitees zur Pflege Verwundeter und zur Betreuung von Kriegerfamilien in der Heimat in die Hand zu nehmen ⁵⁹⁸. In Regensburg organisierte Theodor Rümmelein, rühriges Mitglied des Liberalen Vereins Regensburgs sowie des Kreisvereins, wie schon 1866, ein Komitee zur Pflege verwundeter und erkrankter Krieger, dem neben bekannten Liberalen auch Persönlichkeiten der Patriotenpartei wie Buchhändler Karl Pustet und der Redakteur des Regensburger Morgenblattes, Johann Nepomuk Mühlbauer, angehörten ⁵⁹⁹.

In der Vorbereitungsphase zur Wahl des ersten Reichstages des neuen Reiches traf sich der Ausschuß des Liberalen Kreisvereins am 2. Februar 1871 in Schwandorf, offenbar um die Kandidatenfragen zu klären ⁶⁰⁰. Jedoch scheint ein abgestimmtes Vorgehen nicht erreicht worden zu sein, da im Reichstagswahlkreis Regensburg bei den Liberalen gegen die Kandidatur des Oekonom Georg Hamming von Aukofen Eisenwerksdirektor Fromm von der Maxhütte aufgestellt wurde. Im Interesse „eines einträchtigen Zusammenwirkens der gesammten deutschen Partei“ ⁶⁰¹ konnte Direktor Fromm jedoch zur Zurückziehung seiner Kandidatur bewegt werden.

Nach dem Kriege fand am 23. Juli 1871 in Amberg nochmals eine Hauptvereinsversammlung des Liberalen Kreisvereins der Oberpfalz und von Regensburg statt ⁶⁰². Zum neuen Vorort wurde auf mehrmaligen Antrag Regensburgs Amberg bestimmt, als Vereinsvorstand Gymnasialprofessor v. Peßl, als dessen Stellvertreter Advokat Gaßner, beide aus Amberg, gewählt. Der bisherige Vereinsvorstand Dr. Brenner-Schäffer hatte die Vorstandschaft „hauptsächlich aus persönlichen Gründen“ ⁶⁰³ niedergelegt. Nach dieser bereits „etwas schwach“ ⁶⁰⁴ besuchten Veranstaltung scheint der Liberale Kreisverein eingeschlafen zu sein. Ein hoffnungsvoller organisatorischer Neuanfang auf regionaler Ebene, der über die Grenzen der jeweiligen Wahlkreise, Landtags- oder Reichstagswahlkreise hinausgriff, kam damit bereits nach etwa eineinhalb Jahren zum Erliegen. Ob die Regensburger Liberalen mit ihrem Kreisverein vollkommen neue Pfade beschritten, kann fehlender Vergleichsmöglichkeiten wegen nicht mit Sicherheit gesagt werden ⁶⁰⁵. Jedenfalls sollte nach dem Vorbild des Kreisvereins der Ober-

⁵⁹⁶ „Der Geist Herrmanns sei mit Denen, die so glücklich sind, mit der blanken Wehr in der Hand ausziehen zu dürfen gegen den alten Feind der Deutschen . . .“ RTB Nr. 201, 24. 7. 1870.

⁵⁹⁷ RTB Nr. 201, 24. 7. 1870.

⁵⁹⁸ Vgl. ebd. und RTB Nr. 206, 29. 7. 1870.

⁵⁹⁹ Vgl. RTB Nr. 205, 28. 7. 1870.

⁶⁰⁰ Vgl. RTB Nr. 32, 1. 2. 1871.

⁶⁰¹ RTB Nr. 56, 25. 2. 1870.

⁶⁰² Vgl. RTB Nr. 195, 18. 7. 1871.

⁶⁰³ RTB Nr. 203, 26. 7. 1871.

⁶⁰⁴ Ebd.

⁶⁰⁵ Th. Nipperdey, *Organisation* S. 111 erwähnt diese Art von Organisationsform nur am Rande; er führt lediglich den Liberalen Kreisverein für Oberbayern ohne Gründungsdatum an.

pfalz im Sommer 1870 ein solcher auch in Niederbayern entstehen ⁶⁰⁶. Nach dem deutsch-französischen Kriege existierten zumindest noch zwei weitere liberale Kreisvereine in Bayern, so ein liberaler Kreisverein von Oberbayern ⁶⁰⁷ und ein 1872 gegründeter Kreisverein von Schwaben ⁶⁰⁸. Die Presse der Patriotenpartei brachte die Gründung liberaler Kreisvereine mit dem Umsichgreifen der altkatholischen Bewegung in Zusammenhang ⁶⁰⁹; möglicherweise im Blick darauf hatte man sich bei der letzten Hauptvereinsversammlung des Liberalen Kreisvereins der Oberpfalz und Regensburg in Amberg noch dahingehend geeinigt, „daß auch in Zukunft die Behandlung religiöser Fragen dem Verein ferne bleibe“ ⁶¹⁰. Das anfängliche Konzept, unter gezielter einheitlicher Führung mit sogenannten Wanderversammlungen das Interesse der Land- und Kleinstadtbevölkerung für die liberale Sache zu erregen, hatte sich als durchaus erfolgreich erwiesen, ließen sich doch bei jeder dieser Veranstaltungen 400 bis 600 Zuhörer anlocken. Die als ultrakonservativ eingestufte Bevölkerung der Oberpfalz zeigte sich also anders als die bisherigen Wahlergebnisse es zunächst hätten vermuten lassen, für die Kontakte der liberalen Partei aufgeschlossen. Um sie für dauernd zu halten, wäre jedoch weitere Breitenarbeit nötig gewesen. Dazu aber erwies sich die liberale Partei mit ihrer Honoratiorenstruktur als unfähig. Die ständige Aktion, der hierzu notwendige große Zeitaufwand widerstrebten offensichtlich dem Lebensstil der sie tragenden Schicht, worauf auch das nachdrückliche Verlangen auf einen Wechsel des Vorortes bereits nach einem Jahr durch die vordem so unternehmungsfreudigen Regensburger Liberalen schließen läßt. Für einen intensiveren Einsatz, der in der Konsequenz den Umbruch von der Honoratiorenpartei zur Massenpartei nach sich gezogen hätte, wären berufsmäßige Agitatoren nötig gewesen. Dieser Schritt wurde von den bürgerlichen Parteien aber erst nach der Jahrhundertwende vollzogen. So gelang die Zusammenfassung der liberalen Kräfte auf Regierungsbezirksebene auch erst wieder mit der Gründung des Kreisverbandes der liberalen und demokratischen Vereine der Oberpfalz im Jahre 1907.

*6. Der Kreisverband der liberalen und demokratischen Vereine
der Oberpfalz (1907—1918) und die Gründung der Arbeitsgemeinschaft
der liberalen Kreisverbände Bayerns r. d. Rh. am 19./20. März 1910
in Regensburg*

Am 7./8. Januar 1905 wurde in Nürnberg das „Programm der vereinigten Liberalen und Demokraten Bayerns“ ⁶¹¹ verabschiedet. Damit gelang dem bayrischen Liberalismus, in dem gesamtliberale Tendenzen immer lebendig geblieben waren ⁶¹², ein musterhafter, für die Entwicklung des deutschen Liberalismus wegweisender Schritt. Unterzeichnet hatten alle liberalen Organisationen Bayerns, von der Nationalliberalen Landespartei r. d. Rh. über die Deutschfreisinnige

⁶⁰⁶ Vgl. RTB Nr. 187, 10. 7. 1870. Ob er tatsächlich gegründet wurde, konnte nicht festgestellt werden.

⁶⁰⁷ Vgl. RM Nr. 227, 6. 10. 1872.

⁶⁰⁸ Vgl. I. Fischer S. 256.

⁶⁰⁹ Vgl. dazu RTB Nr. 277, 8. 10. 1871.

⁶¹⁰ RTB Nr. 203, 26. 7. 1871 — obwohl vorher Fragen der Kirche und Religion nicht ausgespart waren!

⁶¹¹ Druck: BVBo Nr. 9, 12. 1. 1905; dazu J. Reimann S. 95 f.

⁶¹² Vgl. J. Reimann S. 84 f.

Partei in Bayern, den Jungliberalen Landesverband in Bayern r. d. Rh., den Süddeutschen Verband der nationalsozialen Vereine in Bayern, den Liberalen Kreisverband für Schwaben und Neuburg bis hin zur Deutschen Volkspartei in Bayern, einschließlich des Gesamtvorstandes der Liberalen Vereinigung der Bayerischen Abgeordnetenversammlung⁶¹³. Die Einigung war allerdings nur programmatischer, nicht organisatorischer Art — denn alle aufgezählten Gruppierungen bestanden gesondert für sich weiter. Doch über den unmittelbaren Zweck als Wahlprogramm für die anstehenden Landtagswahlen des Jahres 1905 hinaus bildete das Nürnberger Programm die Grundlage weiteren Handelns für den bayerischen Liberalismus, insbesondere auch im Blick auf weitere Einigungsbestrebungen. Zur Koordinierung politischer Fragen konnte ab 7. November 1905 ein Zentralaussschuß der vereinigten Liberalen und Demokraten Bayerns eingerichtet werden. Mit der Gründung von Kreisverbänden glückte dann ein weiterer organisatorischer Schritt auf der mittleren Ebene. Innerhalb der Grenzen eines oder auch zweier Regierungsbezirke wurden die bestehenden liberalen Vereine aller Schattierungen zu einer Aktionsgemeinschaft zusammengeschlossen mit dem Ziel, durch die Gründung weiterer Vereine neue Stoßkraft zu erhalten. Nach dem Liberalen Kreisverband von Schwaben und Neuburg, der bereits vor der Abfassung des Nürnberger Blockprogramms existierte⁶¹⁴, trat als nächster im März 1905 der Altbayerische Kreisverband für die Regierungsbezirke Ober- und Niederbayern ins Leben. Mit „kaum einem halben Dutzend vesprengter und schwacher liberaler Vereine“⁶¹⁵ gegründet, zählte er im Jahre 1908 bereits 90 Vereine mit über 8000 Mitgliedern⁶¹⁶. Im Dezember 1905 kam der Westfränkische gesamtliberale Kreisverband hinzu⁶¹⁷.

Die Gründung des Kreisverbandes der liberalen und demokratischen Vereine der Oberpfalz erfolgte am Pfingstmontag, den 20. Mai 1907, zu Schwandorf⁶¹⁸. Die Vorarbeiten hierzu hatte der Jungliberale Verein Regensburg unter der beratenden Assistenz des Altbayerischen Kreisverbandes geleistet⁶¹⁹, dessen Sekretär Edelman aus München in Schwandorf anwesend war. Fast alle liberalen Vereine der Oberpfalz hatten Delegierte entsandt oder doch wenigstens Zustimmungserklärungen abgegeben, mit den beiden Regensburger Vereinen insgesamt 13⁶²⁰. Die Gründungsveranstaltung war verbunden mit einem Auftritt des Fraktionsvorsitzenden der Nationalliberalen Partei Bayerns r. d. Rh., des Bayreuther Bürgermeisters Leopold Casselmann⁶²¹. Als Vorsitzender des Zentralaussschusses der vereinigten Liberalen und Demokraten Bayerns (1905—1909)⁶²² erläuterte

⁶¹³ Vgl. BVBo Nr. 9, 12. 1. 1905.

⁶¹⁴ Vgl. J. Reimann S. 93.

⁶¹⁵ Altbayerischer Kreisverband S. 7.

⁶¹⁶ Vgl. a. a. O. S. 13 (dort genaue Angaben).

⁶¹⁷ Vgl. J. Reimann S. 97.

⁶¹⁸ Vgl. BVBo Nr. 135, 21. 5. 1907; RTB Nr. 140, 21. 5. 1907; Fortschritt Nr. 21, 25. 5. 1907.

⁶¹⁹ Vgl. Altbayerischer Kreisverband S. 11.

⁶²⁰ Vohenstrauß, Kirchenlaibach, Mitterteich, Amberg, Waldmünchen, Tirschenreuth, Weiden, Schwandorf, Burglengenfeld, Oberviechtach, Winklarn und Regensburg. Vgl. RTB Nr. 140, 21. 7. 1907.

⁶²¹ Leopold Casselmann (1858—1930), MdR 1890—1893, MdKdA 1897—1917, Fraktionsvorsitzender der Nationalliberalen Partei Bayerns r. d. Rh. 1905—1917. Vgl. H. Kalkoff S. 66, 276.

⁶²² Vgl. J. Reimann S. 85, 100 f., 123.

er das Nürnberger Blockprogramm im Sinne eines liberalen Minimalprogramms, das den Rahmen für das taktische, noch nicht organisatorische Zusammengehen der liberalen Parteigruppierungen geschaffen habe. Entsprechend ordnete er den Liberalen Kreisverband der Oberpfalz ein. Doch äußerte er gleichzeitig die sichere Überzeugung, daß aus dem taktischen auch einmal der organisatorische Zusammenschluß aller liberalen und fortschrittlichen Parteien erwachsen werde. Daß gerade in der als dunkelstem Teil Bayerns verschrieenen Oberpfalz sich eine Neubelebung bemerkbar mache, kennzeichnete er mit den Worten: „Es ist Frühling geworden in der Oberpfalz!“⁶²³. Im übrigen beherrschten Wahlkampföne den Hauptteil der Redezeit, denn die Gründung des Kreisverbandes fiel in die Endphase des Landtagswahlkampfes 1907⁶²⁴.

Der Blick bei der Konstituierung des Kreisverbandes war primär und voller Optimismus nach vorne gerichtet und eine „Begeisterung sondergleichen“⁶²⁵ sowie der Stolz, beileibe nicht der letzte der bayerischen Kreise zu sein — der mittelfränkische Kreisverband wurde erst am 25. September 1910 gegründet⁶²⁶ —, erfüllte die Zeilen der Parteipresse. Doch wurde bei diesem Anlaß auch Kritik an den früheren Führern der liberalen Sache laut, die die Organisation stark vernachlässigt hätten⁶²⁷. Der Ansatzpunkt für die Neubelebung der liberalen Kräfte lag in der bei den Liberalen im Vergleich zu den Sozialdemokraten allerdings sehr verspäteten Erkenntnis: „Das Geheimnis allen Erfolges liegt in der Organisation“⁶²⁸. Erste Konsequenz dieser Einsicht war die Gründung des Verbandes der liberalen und demokratischen Vereine der Oberpfalz selbst, dem folgerichtig die weitere Aufgabe zudiktiert wurde, „alle Fragen der Organisation und Agitation, insbesondere die Vorbereitung der Reichstags- und Landtagswahlen tunlichst nach einheitlichen Gesichtspunkten zu regeln und für die Ausbreitung freiheitlicher Anschauungen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens einzutreten“⁶²⁹.

Die politische Grundlage bildete das Nürnberger Programm der vereinigten Liberalen und Demokraten Bayerns vom Januar 1905⁶³⁰. Dieses enthielt an innenpolitisch-verfassungsrechtlichen Forderungen die Forderung nach einem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht, wenn möglich nach dem Grundsatz der Verhältniswahl, nach Erweiterung der Reichsratskammer, ferner nach Zulassung von Frauen zu politischen Versammlungen und Vereinen (noch nicht das Frauenwahlrecht!). Im schwerpunktmäßigen kulturpolitischen Teil des Programms wurde in Kontinuität zum bisherigen antiklerikalen Denken die Bekämpfung des Mißbrauchs der Religion zu politischen Zwecken, die Entkonfessionalisierung und Verstaatlichung der Schulen angezielt. Im wirtschaftspolitischen Teil wurde eine freie Entwicklung aller Berufsstände und Volksklassen, gleichzeitig aber auch eine den sozialen Ausgleich und die Gemeinsamkeit

⁶²³ BVBo Nr. 142, 28. 5. 1907.

⁶²⁴ Casselmann sprach am 20. Mai 1907 abends auch noch auf einer Wahlveranstaltung im Neuhaussaal in Regensburg. Vgl. BVBo Nr. 130, 15. 5. 1907, Nr. 135, 21. 5. 1907.

⁶²⁵ BVBo Nr. 135, 21. 5. 1907.

⁶²⁶ Vgl. BVBo Nr. 260, 24. 9. 1910, Nr. 264, 28. 9. 1910.

⁶²⁷ Vgl. BVBo Nr. 135, 21. 5. 1907.

⁶²⁸ BVBo Nr. 135, 21. 5. 1907.

⁶²⁹ Aus § 1 der Satzungen, beschlossen zu Schwandorf am 20. Mai 1907, StR ZR 3205 (handschriftlich und gedruckt).

⁶³⁰ Vgl. ebd.

der Volksinteressen betonende Wirtschaftspolitik verlangt. Bei einer Umgestaltung des Steuersystems sollte die allgemeine progressive Einkommenssteuer mit ergänzender Vermögens- und Erbschaftssteuer eingeführt werden. Mit der Forderung nach dem Schutz der einheimischen Produktion wurde das Freihandelsprinzip des Linksliberalismus fallengelassen. Dem Bemühen der Nationalsozialen und Jungliberalen war schließlich die Aufnahme einer Reihe von Forderungen aus dem Bereich der Sozialpolitik zu verdanken, wie Sicherung und Ausbau des Koalitionsrechts für alle Arbeiter, Einführung der Rechtsfähigkeit für Berufsvereine, Errichtung von Arbeiterkammern, Festlegung des Zehnstundenarbeitstages (vorerst allerdings nur für die industriellen Betriebe), Förderung der Tarifgemeinschaften zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Vereinfachung der Versicherungsgesetzgebung, Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug von Altersrente, planvolle Durchführung des Arbeitsnachweises und der Wohnungsfürsorge in Staat und Gemeinde, staatliche Förderung der Arbeitslosenfürsorge, Regelung der Urlaubsverhältnisse von Beamten, Bediensteten und Arbeitern, Schaffung staatlicher Rechtsauskunftsstellen für Minderbemittelte⁶³¹. Die Organisation des Kreisverbandes der liberalen und demokratischen Vereine der Oberpfalz war in der Satzung vom 20. Mai 1907, die von der konstituierenden Vertreterversammlung zu Schwandorf beschlossen worden war⁶³², folgendermaßen festgelegt: Die Leitung des Verbandes lag in den Händen eines Vorstandes, der sich aus einem ersten und zweiten Vorsitzenden, einem ersten und zweiten Schriftführer, einem Kassenwart und je einem Vertreter jedes dem Verbands angehörigen Vereins zusammensetzte. Die Geschäfte führte ein engerer Ausschuß aus den beiden Vorsitzenden, den beiden Schriftführern und dem Kassenwart. Der engere Ausschuß besaß das Recht der Kooptation und berief nach Bedarf den Gesamtvorstand ein. Als Beschlusorgan des Gesamtverbandes war der alljährliche ordentliche Verbandstag, der jeweils im Oktober stattfinden sollte, vorgesehen (§ 3). Auf jedem ordentlichen Verbandstag erfolgte die Neuwahl des Vorstandes und die Bestimmung des Ortes für den nächsten Verbandstag (§ 5). Zur Bestreitung der Kosten des Verbandes hatte jeder Verein pro Mitglied im Jahr zehn Pfennig an die Verbandskasse zu zahlen (§ 7). Zum Publikationsorgan wurde der „Fortschritt“, das in München erscheinende liberale Wochenblatt, welches bereits auch als offizielles Organ des Altbayerischen Kreisverbandes fungierte⁶³³, erklärt (§ 8). Sitz des Vereins war Regensburg (§ 9).

Der Kreisverband von 1907 umfaßte im Unterschied zum Liberalen Kreisverband der Oberpfalz und von Regensburg von 1870/71 nunmehr die Ortsvereine, nicht mehr nur Einzelmitglieder. Dies war durch die inzwischen eingetretene Änderung des Vereinsrechts von 1898/1899 möglich geworden⁶³⁴. Die Basisvereine besaßen durch eine direkte Vertretung in der Vorstandschaft — zunächst jedenfalls und theoretisch — ein entscheidendes Gewicht. Andererseits hatte der engere, geschäftsführende Ausschuß praktisch völlig freie Hand in der Verwirklichung der Vereinsziele. Eine Änderung sowohl hinsichtlich des Namens als auch der Leitungsorgane brachte das Jahr 1910. Nach dem Zusammenschluß der linksliberalen Parteigruppierungen zur Fortschrittlichen Volkspartei im Früh-

⁶³¹ Vgl. BVBo Nr. 9, 12. 1. 1905 (Programmabdruck); dazu J. Reimann S. 95.

⁶³² Vgl. Anm. 629.

⁶³³ Vgl. Fortschritt Nr. 43, 26. 10. 1907; Altbayerischer Kreisverband S. 27.

⁶³⁴ Vgl. o. S. 369.

jahr 1910 beschloß der Verbandstag am 9. Oktober 1910 in Schwandorf eine Umbenennung in „Kreisverband der liberalen und fortschrittlichen Vereine der Oberpfalz“⁶³⁵. Außerdem gehörten dem Vorstand zukünftig nicht mehr je ein Vertreter der einzelnen Vereine, sondern nur mehr fünf Beisitzer insgesamt an (§ 2). Dies mochte zwar aus Zweckmäßigkeitserüberlegungen entschieden worden sein, bedeutete aber eine strukturelle Beschneidung der Mitwirkungsmöglichkeit der Basis. Zudem wurde der engere Ausschuß auf den ersten Vorsitzenden, den neu angestellten hauptamtlichen Parteisekretär und den Kassenwart beschränkt (§ 2)⁶³⁶.

Zum ersten Vorsitzenden des Kreisverbands wurde der Regensburger Oberlehrer Karl Letz, liberaler Reichstags- und Landtagskandidat des Wahlkreises Regensburg im Jahre 1907, gewählt. Mit Ausnahme des zweiten Vorsitzenden, des Rechtsanwalts Hans Mayer aus Weiden, stammten auch alle weiteren Mitglieder des engeren geschäftsführenden Ausschusses aus Regensburg, so der erste Schriftführer, Gymnasialprofessor Wilhelm Egg, der zweite Schriftführer, Versicherungsoberinspektor Karl Gippe, und der Kassenwart, Buchhalter Otto Bäuerle⁶³⁷. Für den nach Schweinfurt beförderten Gymnasialprofessor Egg wurde noch im Jahr 1907 Dr. Hermann Schott, ebenfalls Gymnasialprofessor, zum ersten Schriftführer gewählt⁶³⁸. Diese personelle Besetzung blieb über fünf Jahre unverändert. Bezeichnend für die tendenzielle Ausrichtung der Kräfte im oberpfälzischen Liberalismus ist die Tatsache, daß die Jungliberalen, die eigentlichen Gründer des oberpfälzischen Kreisverbandes, sich mit der Zuteilung der weniger wichtigen Chargen begnügen mußten, während Mitglieder des mehr rechtsorientierten Liberalen Vereins Regensburg den ersten Vorsitzenden sowie den ersten Schriftführer stellten⁶³⁹. Erst auf dem Kreisverbandstag am 5./6. Oktober 1912 wurde der jungliberale Amtsrichter Theodor Dörfler zum ersten Vorsitzenden gewählt, nachdem er bereits — und nicht Letz — bei der aussichtsreicheren Landtagswahl vom Februar 1912 als Kandidat nominiert worden war⁶⁴⁰; Letz hingegen blieb Reichstagswahlkandidat. Zu Beginn des Jahres 1914 saßen im zwölfköpfigen Vorstand mit Ausnahme des Rechtsanwalts Hans Mayer aus Weiden als zweiten Vorsitzenden nur Regensburger⁶⁴¹. Die soziale Struktur dieses Führungsgremiums war eine getreue Fortsetzung des bereits bei den Regensburger liberalen Vereinen beobachteten Phänomens: Es gelang nicht, über das Bildungsbürgertum und den neuen Mittelstand hinaus neue Schichten in die Führungspositionen einzubauen. Ein beinahe etwas deplaziert wirkender Feuerwehrkorpsdiener am Ende der Beisitzerreihe verdankte sein Dasein der seit der Kreisverbandstagung von 1911 praktizierten Zuwahl des Vorsitzenden der Liberalen Arbeitervereini-

⁶³⁵ Satzungen vom 9. Oktober 1910, StR ZR 3205.

⁶³⁶ Vgl. ebd.

⁶³⁷ Vgl. Protokoll Bäuerle beim StM, 20. 7. 1907, StR ZR 3205.

⁶³⁸ Vgl. Letz an StM, 15. 10. 1907, StR ZR 3205.

⁶³⁹ Letz und Schott sind 1908 im Vorstand des Liberalen Vereins Regensburg nachzuweisen. Vgl. Protokoll der ordentlichen Mitgliederversammlung des Liberalen Vereins Regensburg, 22. 5. 1908, StR ZR 3212.

⁶⁴⁰ Vgl. Fortschritt Nr. 41, 12. 10. 1912.

⁶⁴¹ Erster Vorsitzender Amtsrichter Theodor Dörfler, Kassenwart Versicherungsoberinspektor Karl Gippe, Geschäftsführer Parteisekretär Johann Baptist Estenfelder, als Beisitzer die Herren Magistratsrat und Privatier Balthasar Berbert, die Gymnasialprofessoren Heinrich Kübel, Dr. Hermann Schott und Wilhelm Egg, Gefängnisinspektor Friedrich Kretzer, Oberlehrer Kart Letz und Hauptlehrer Jakob Zintl, Feuerwehrkorpsdiener Otto Forster. Vgl. Estenfelder an StM, 27. 3. 1914, StR ZR 3205.

gung Regensburg in den Vorstand⁶⁴². Im übrigen fällt die Massierung von Gymnasial- und Volksschullehrern stark auf: Unter den zwölf Vorstandsmitgliedern von 1914 befanden sich fünf Lehrer.

Der Ausbau der Organisation beanspruchte die meisten Energien des neuen Kreisverbandes. Wie schon in der Vorbereitungsphase der Konstituierung⁶⁴³, waren es auch nach der Gründung vor allem jungliberale Kräfte, die sich in dieser Beziehung stark engagierten⁶⁴⁴. Besonders Oberinspektor Gippe erwies sich als rastloser Organisator⁶⁴⁵, aber auch Gymnasialprofessor Dr. Schott, Schriftführer des Kreisverbandes und Mitglied des Liberalen Vereins Regensburg, zog zur Werbearbeit aufs Land⁶⁴⁶. Gegenüber 1907 konnte der Kreisverband im Oktober 1908 einen Zugang von sieben Vereinen (Regenstauf, Wörth, Parsberg, Kastl, Nittenau, Bodenwöhr, Neunburg v. W.) und einer Obmannschaft (Roding) verzeichnen⁶⁴⁷. Der Liberale Verein Wörth a. D. war am 21. Februar 1908 neugegründet worden⁶⁴⁸, nachdem sein Vorgängerverein von Anfang der siebziger Jahre offensichtlich seit langem entschlafen war⁶⁴⁹. Die Satzung des Kreisverbandes kannte als Unterorganisationen nur die Einzelvereine. In der Praxis aber kamen auch Obmannschaften, Bezirksvereine und Reichstagswahlkreisausschüsse hinzu. Obmannschaften wurden dort gegründet, wo zahlenmäßig die Voraussetzungen für eine Vereinsbildung noch nicht gegeben waren⁶⁵⁰. Bezirksvereine übernahmen, wie z. B. im Fall des am 13. November 1907 konstituierten Liberalen Bezirksvereins für Stadtamhof und Umgebung, die Aufgabe der weiteren Gründung von Ortsvereinen in ihrem Bereich⁶⁵¹. Ob allerdings die Bezirksorganisation über den ganzen Kreis Oberpfalz und Regensburg ausgebreitet wurde, ist unklar. Fest steht, daß bis gegen Ende des Jahres 1911 Reichstagswahlkreisausschüsse als Grundlage einer differenzierteren Organisation für den ganzen Regierungsbezirk eingerichtet wurden⁶⁵².

Bereits im ersten Jahr des Bestehens des Kreisverbandes wurde klar, daß eine effektive, dauerhafte Arbeit nur von einem hauptamtlich angestellten Parteisekretär geleistet werden könne. Das Vorbild dafür hatte man im Altbayerischen Kreisverband. Der auf dem Kreisverbandstag am 11. Oktober 1908 in Schwandorf gegründete Verein „Liberales Kreissekretariat der Oberpfalz“ sollte die hierfür nötigen Mittel beschaffen. Als Sitz des Vereins wurde Amberg gewählt, nachdem dieses Projekt auch vom Amberger Staatsanwalt Hans Dittrich in allen Einzelheiten vorbereitet worden war. Zum Vorsitzenden des Vereins wurde

⁶⁴² Vgl. Fortschritt Nr. 43, 28. 10. 1911.

⁶⁴³ So veranlaßten z. B. die Regensburger Jungliberalen Jakob Zintl und Karl Gippe nach einem Referat des Sekretärs des Jungliberalen Landesverbandes, Georg Osterkorn, Anfang Mai 1907 die Gründung des Liberalen Vereins Oberviechtach und Umgebung. Vgl. Fortschritt Nr. 19, 11. 5. 1907.

⁶⁴⁴ Vgl. BVBo Nr. 67, 9. 3. 1908.

⁶⁴⁵ Vgl. Fortschritt Nr. 2, 11. 1. 1908, Nr. 37, 12. 9. 1908.

⁶⁴⁶ Vgl. Fortschritt Nr. 38, 19. 9. 1908.

⁶⁴⁷ Vgl. Fortschritt Nr. 42, 17. 10. 1908.

⁶⁴⁸ Vgl. BVBo Nr. 52, 23. 2. 1908.

⁶⁴⁹ Vgl. Anm. 565.

⁶⁵⁰ Z. B. in Roding, wo aber doch einige Honoratioren, wie Bezirksarzt Dr. Aumüller oder Notar Spatze den liberalen Gedanken hochhielten. Vgl. Fortschritt Nr. 37, 12. 9. 1908.

⁶⁵¹ Vgl. Fortschritt Nr. 2, 11. 1. 1908.

⁶⁵² Vgl. RNN Nr. 251, 23. 10. 1911; Fortschritt Nr. 43, 28. 10. 1911.

Dittrich, zum Schrift- und Kassenführer Buchhalter Eduard Haas, zu dessen Stellvertreter Rentamtssekretär Fritz Hagen, sämtliche aus Amberg, bestimmt. Der Jahresmindestbeitrag betrug 3 Mark. Als Mitglieder sollten nicht nur bereits in liberalen Vereinen organisierte Parteigänger, sondern vor allem auch verschwiegene Gönner, die bisher aus lokalen oder persönlichen Interessen einem öffentlichen Parteibeitritt fern geblieben waren, gewonnen werden. Die Beiträge wurden gesammelt, bis die jährlichen Kosten von 5000 bis 8000 Mark für ein hauptamtlich besetztes Sekretariat bestritten werden konnten⁶⁵³. Dem Förderverein traten in Schwandorf auf dem Verbandstag 1908 sofort an die 200 Mitglieder bei⁶⁵⁴. Ab 1. Januar 1910 konnte der Kreisverband schließlich eine eigene Geschäftsstelle errichten, die zunächst noch provisorisch vom Verbandssekretär der Jungliberalen Vereine Bayerns, Georg Osterkorn, in Nürnberg geleitet wurde⁶⁵⁵. Ab 1. November 1910 wurde das Liberale Kreissekretariat in Regensburg, Ludwigstraße 1, mit Johann Baptist Estenfelder aus München als Kreissekretär hauptamtlich besetzt⁶⁵⁶. Seit Anfang Oktober 1913 befand sich das Kreissekretariat in den Räumen des Liberalen Klubs Regensburg; mit ihm verbunden waren eine Steuer- und Rechtsauskunftsstelle⁶⁵⁷. Kreissekretär Estenfelder entwickelte von Anfang an eine äußerst rege, zielgerichtete Tätigkeit⁶⁵⁸, die zu einer Vielzahl von Vereinsneugründungen führte⁶⁵⁹. Sein Arbeitsplan war auf wahlstatistischem Material aufgebaut⁶⁶⁰, die Organisierung der fünf oberpfälzischen Reichstagswahlkreisausschüsse war sein Werk⁶⁶¹. Nichts aber illustriert den Übergang zu professionell betriebener Politik mehr als ein Inserat im „Fortschritt“, in dem für die Dauer des Landtagswahlkampfes 1911/12 vom oberpfälzischen Kreisverband „mehrere bezahlte Hilfsarbeiter zur Organisation und Agitation“⁶⁶² gesucht wurden.

Das Hauptthema der Aktivitäten des Kreisverbandes bildete die Einigung des bayerischen Liberalismus. Durch die Einladung exponierter Befürworter des Einheitsgedankens unterstrich man diesen Standpunkt. Bereits der Kreisverbandstag vom 11. Oktober 1908 zu Schwandorf hielt einen engeren organisatorischen Zusammenschluß der Liberalen in Bayern für möglich und notwendig; der Ausbau der Kreisverbände und deren Vereinigung zu einem Landesverband, die Neuordnung der Finanzen und die Schaffung einer Zentralgeschäftsstelle der vereinigten Liberalen und Demokraten Bayerns wurden gefordert⁶⁶³. Man unterstützte damit die Reorganisationspläne, die der Jungliberale Karl Hübsch im Juni 1908 vorgelegt hatte⁶⁶⁴. Der oberpfälzische Kreisverband ging darin

⁶⁵³ Vgl. Fortschritt Nr. 45, 7. 11. 1908.

⁶⁵⁴ Vgl. Fortschritt Nr. 42, 17. 10. 1908.

⁶⁵⁵ Vgl. BVBo Nr. 5, 6. 1. 1910.

⁶⁵⁶ Vgl. BVBo Nr. 277, 11. 10. 1910 (zu korr.: Nr. 278, 12. 10. 1910!); BVBo Nr. 284, 18. 10. 1910.

⁶⁵⁷ Vgl. RNN Nr. 262, 1. 10. 1913.

⁶⁵⁸ Vgl. BVBo Nr. 278, 12. 10. 1910.

⁶⁵⁹ Die Tätigkeit Estenfelders läßt sich gut am wöchentlichen im „Fortschritt“ veröffentlichten „Liberalen Versammlungs-Kalender“ verfolgen. Vgl. z. B. Fortschritt Nr. 50, 16. 12. 1911, Nr. 15, 13. 4. 1912, Nr. 20, 18. 5. 1912.

⁶⁶⁰ Vgl. BVBo Nr. 294, 28. 10. 1910.

⁶⁶¹ Fortschritt Nr. 43, 28. 10. 1911.

⁶⁶² Fortschritt Nr. 46, 18. 11. 1911.

⁶⁶³ Vgl. Fortschritt Nr. 42, 17. 10. 1908.

⁶⁶⁴ Vgl. Anm. 455.

parallel mit dem schwäbischen und unterfränkischen liberalen Kreisverband. Für ein bereits abgestimmtes Vorgehen dieser Kreisverbände spricht der Umstand, daß von den gleichzeitig anberaumten Delegiertentagen in Würzburg und Memmingen Grußtelegramme in Regensburg eintrafen, in denen die positiven Beschlüsse dieser Versammlungen zum Einigungsgedanken mitgeteilt wurden⁶⁶⁵. Eine Regionaltagung des oberpfälzischen Kreisverbandes am 6. Dezember 1908 und eine Gautagung am 20. Mai 1909 in Wiesau, auf denen der Landtagsabgeordnete Karl Hübsch als Hauptreferent auftrat, befaßten sich ebenfalls mit der Einigungsbewegung. In Wiesau wurde erneut der Ruf nach einer Zentralgeschäftsstelle erhoben, gleichzeitig versprochen, sich an den Kosten entsprechend der Leistungsfähigkeit der eigenen Organisation zu beteiligen⁶⁶⁶. Nachdem Fortschritte in der Einigung wegen der obstruierenden Haltung der Nationalliberalen Partei nicht zu erzielen waren, kam es durch Äußerungen auf dem Jungliberalen Verbandstag zu Roth a. S. am 11. September 1909 zum großen Krach im Lager der Vereinigten Liberalen und Demokraten Bayerns⁶⁶⁷. In diesem Streit stellte sich der oberpfälzische Kreisverband entschieden auf die Seite der Jungliberalen. Auf seinem Delegiertentag am 24. Oktober 1909 verabschiedete er — sicherlich unter Formulierungsbeihilfe des herbeigeeilten jungliberalen Führers, Rechtsanwält Karl Kohl, des Verbandssekretärs des Jungliberalen Landesverbandes, Georg Osterkorn und des Sekretärs des Altbayerischen Kreisverbandes, Edelmann — eine Reihe von Resolutionen, die ein massives Votum für die weitergehende Einheit des bayerischen Liberalismus darstellten. Konkret wurde die Einberufung eines allgemeinen liberal-demokratischen Parteitages verlangt⁶⁶⁸. Als das Klima sich durch eine Erklärung des gleichzeitig (24. 10. 1909) zu Nürnberg tagenden Nationalliberalen Landesausschusses weiter verschlechterte, da dort die Entschlossenheit zum selbständigen Fortbestand der eigenen Partei betont und Genugtuung für bestimmte jungliberale Äußerungen gefordert wurde⁶⁶⁹, gehörte der oberpfälzische Liberale Kreisverband zu den Kräften, die auf eine rasche Lösung der Spannung im bayerischen Liberalismus drängten. Als einzige aller Organisationen, die dem liberalen Block in Bayern angehörten, beharrte er auf Abhaltung einer für 30. Januar 1910 in Aussicht genommenen Zentralausschußsitzung der vereinigten Liberalen und Demokraten Bayerns, obwohl sich die liberale Landtagsfraktion für eine Vertagung ausgesprochen hatte, bis die Lage durch die Vereinigung der linksliberalen Partei im Reich geklärt sei⁶⁷⁰. Angriffe von seiten der Liberalen Landtags-Correspondenz, die den Oberpfälzern Animositäten gegen die Nationalliberale Landespartei oder die Landtagsfraktion unterstellte, wies der Ausschuß des Kreisverbandes strikt zurück; dem entsprechenden Schwandorfer Beschluß vom 23. Januar 1910 hätten rein sachliche Erwägungen zum Wohl des bayerischen Liberalismus zugrundegelegen⁶⁷¹.

⁶⁶⁵ Vgl. Fortschritt Nr. 42, 17. 10. 1908.

⁶⁶⁶ Vgl. Fortschritt Nr. 50, 12. 12. 1908, Nr. 20, 15. 5. 1909, Nr. 22, 29. 5. 1909; BVBo Nr. 142, 25. 5. 1909.

⁶⁶⁷ Vgl. J. Reimann S. 120—126.

⁶⁶⁸ Vgl. Fortschritt Nr. 42, 16. 10. 1909, Nr. 45, 6. 11. 1909.

⁶⁶⁹ Vgl. BVBo Nr. 295, 27. 10. 1909.

⁶⁷⁰ Vgl. BVBo Nr. 26, 27. 1. 1910, Nr. 29, 30. 1. 1910.

⁶⁷¹ Vgl. BVBo Nr. 31, 1. 2. 1910.

Die Gründung der Arbeitsgemeinschaft der liberalen Kreisverbände

Die Situation im bayerischen Liberalismus hatte sich Ende 1909 / Anfang 1910 soweit zugespitzt, daß man ein baldiges Auseinanderbrechen des Liberalen Blocks nicht ausschloß⁶⁷². Um auch in diesem Fall nicht auf eine gesamtliberale Plattform verzichten zu müssen, wurde von jungliberaler Seite der Zusammenschluß der liberalen Kreisverbände Bayerns zu einer Arbeitsgemeinschaft forciert. Ein vorbereitendes Komitee, mit dem Sekretariat des Altbayerischen Kreisverbandes in München als Kontaktstelle, erließ Ende Februar 1910 einen entsprechenden Aufruf und lud auch die liberale Landtagsfraktion sowie sämtliche liberalen Landesparteien ein⁶⁷³. Der besondere taktische Schachzug aber bestand darin, daß das Projekt auch ohne die ausdrückliche Zustimmung der Landesparteien gute Aussicht auf Erfolg hatte. Denn die Kreisverbände, an sich parteineutrale, gesamtliberale Zweckverbände, standen unter jungliberalem Einfluß und waren von daher unbedingt einigungsfreundlich.

Am 19./20. März 1910 fand sodann in Regensburg die Gründung der Arbeitsgemeinschaft der liberalen Kreisverbände Bayerns r. d. Rh. statt. Daß der Akt sich gerade hier vollzog, war mehr zufällig. Zwar hatte sich der oberpfälzische Kreisverband in den Monaten vorher als besonderer Verfechter des Einheitsgedankens des bayerischen Liberalismus bekannt und blickten Regensburgs Liberale auf eine praktisch ungebrochene gesamtliberale Vergangenheit zurück⁶⁷⁴, doch kamen die Initiatoren des Ganzen, Rechtsanwalt Karl Kohl, der Vorsitzende des Altbayerischen Kreisverbandes, Karl Hübsch, der Vorsitzende des Jungliberalen Landesverbandes, und Gewerbegerichtsrat Dr. Otto Geßler aus München⁶⁷⁵. Der Einladung waren etwa 400 Delegierte gefolgt, die etwa 130 Einzelvereine innerhalb der Kreisverbände vertraten⁶⁷⁶. Die Arbeitsgemeinschaft wurde nicht nur von den fünf Kreisverbänden für Schwaben, Altbayern, Oberpfalz, Oberfranken und Unterfranken, sondern auch vom Landesverband der liberalen Arbeitervereine, dem National-sozialen Landesverband, sowie dem Landesverband der Jungliberalen Vereine r. d. Rh. getragen⁶⁷⁷. Die Liberale Fraktion des Landtags dagegen ließ lediglich über den Abgeordneten Schön Grüße übermitteln, desgleichen die Fortschrittliche Volkspartei in Bayern über den Schulinspektor Weiß aus Nürnberg⁶⁷⁸. Die Parteileitung der Nationalliberalen Landespartei Bayerns r. d. Rh. schließlich hatte sich von der Tagung gänzlich ferngehalten, ohne dadurch jedoch dem Gedanken solcher Arbeitsgemeinschaften die Berechtigung zu bestreiten, wie sie erklärte⁶⁷⁹. Außer den Landtagsabgeordneten Hübsch

⁶⁷² So z. B. die Ansicht des engeren Landesausschusses der Deutschen Volkspartei in Bayern am 8. 1. 1910. Vgl. BVBo Nr. 10, 11. 1. 1910.

⁶⁷³ Vgl. BVBo Nr. 58, 2. 2. 1910.

⁶⁷⁴ Vgl. BVBo Nr. 78, 20./21. 3. 1910.

⁶⁷⁵ J. Reimann S. 127 bezeichnet Dr. Geßler bereits als Regensburger Bürgermeister; er wurde jedoch erst am 12. Dezember 1910 gewählt.

⁶⁷⁶ Vgl. BVBo Nr. 81, 24. 3. 1910; die Zahlen schwanken: BVBo Nr. 79, 22. 3. 1910 nennt „über 300 Delegierte aus 130 Vereinen“, NDP Nr. 67, 22. 3. 1910, „etwa 300 Delegierte“, J. Reimann S. 126 f. im Anschluß an die Münchener Neuesten Nachrichten Nr. 134, 22. 3. 1910: „400 Delegierte aus 300 Vereinen“.

⁶⁷⁷ Entsprechende Zustimmungsbeschlüsse fielen bereits am Samstag, den 19. März 1910, in gesonderten Sitzungen dieser Verbände. Vgl. BVBo Nr. 79, 22. 3. 1910, Nr. 81, 24. 3. 1910.

⁶⁷⁸ Vgl. BVBo Nr. 79, 22. 3. 1910.

⁶⁷⁹ Vgl. NDP Nr. 68, 23. 3. 1910; BVBo Nr. 81, 24. 3. 1910.

und Schön wohnten auch der Nürnberger Abgeordnete Hans Häberlein, der Münchner Abgeordnete Anton Löweneck und der Demokrat Ludwig Quidde der Gründung bei. Zum Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft wurde Dr. Otto Geßler gewählt, der die Leitsätze der künftigen Organisation vor den Delegierten erläutert hatte und offensichtlich mit der Vorbereitung näher befaßt gewesen war ⁶⁸⁰. Er trat am 22. Oktober 1911 von der Leitung zurück, nachdem er, im Dezember 1910 zum Bürgermeister von Regensburg gewählt, vom Sitz der Zentralgeschäftsstelle in München räumlich zu weit entfernt war ⁶⁸¹. Jedoch gehörte Geßler dem geschäftsführenden Vorstand noch mindestens die nächsten beiden Jahre an ⁶⁸².

Die Konstituierung der Arbeitsgemeinschaft der Liberalen Kreisverbände r. d. Rh. 1910 stellte neben der programmatischen Einigung der Liberalen und Demokraten Bayerns 1905 die zweite größere Leistung des bayerischen Liberalismus zwischen Jahrhundertwende und Erstem Weltkrieg dar. Erreicht war damit zwar noch immer nicht eine Vereinigung der gesonderten Parteiorganisationen — auch nach der Verschmelzung der linksliberalen Parteien zur Fortschrittlichen Volkspartei bestand diese ja auch noch neben der Nationalliberalen Partei Bayerns weiter —, erreicht war lediglich, so die Einschätzung durch Ernst Müller-Meinigen, den Führer des bayerischen Linksliberalismus, eine Art „Dachorganisation und gesamtliberales Wahlkomitee“ ⁶⁸³. Allerdings brachte dieser Zusammenschluß nun endlich mit der Einrichtung einer bayerischen Zentralgeschäftsstelle, der Abhaltung eines jährlichen Vertretertages und sonstigen organisatorischen Festlegungen, z. B. der Vertretung der ersten Vorsitzenden der liberalen Reichstagswahlkreisausschüsse im Ausschuß, die Voraussetzungen zu massenagitorischer Tätigkeit mit sich. Der Arbeitsgemeinschaft gehörten laut Satzung von 1911 auf dem Boden des Nürnberger Programms von 1905 außer den fünf Gründerkreisverbänden auch der mittelfränkische Kreisverband, der Landesverband der Liberalen Arbeitervereine und der Münchner Verband liberaler Vereine an ⁶⁸⁴. Der Oberpfälzische Kreisverband arbeitete als Mitglied der Arbeitsgemeinschaft kontinuierlich mit. An der Gründung eines „Liberalen Preßvereins für Bayern“ im Herbst 1910, die von der Arbeitsgemeinschaft veranlaßt wurde, beteiligten sich auch Oberlehrer Karl Letz, Buchdruckereibesitzer Richard Neuhaus und Gymnasialprofessor Dr. Hermann Schott aus Regensburg ⁶⁸⁵. Auf den jährlichen Delegiertentagen der Arbeitsgemeinschaft ⁶⁸⁶ spielten die Oberpfälzer nicht nur eine stumme Rolle. Auf dem 4. Vertretertag in Passau wurde ein Antrag der Regensburger Parteifreunde an die Liberale Landtagsfraktion als Resolution angenommen, notfalls über das Mittel der Budgetverweigerung auf Einführung der Verhältniswahl zu dringen ⁶⁸⁷.

⁶⁸⁰ BVBo Nr. 81, 24. 3. 1910; dazu K. Sendtner S. 20.

⁶⁸¹ Vgl. Fortschritt Nr. 23, 10. 6. 1911 (Satzung), Nr. 43, 28. 10. 1911.

⁶⁸² Vgl. Arbeitsgemeinschaft S. 33.

⁶⁸³ J. Reimann S. 129.

⁶⁸⁴ Vgl. Satzungen der Arbeitsgemeinschaft der liberalen Kreisverbände Bayerns r. d. Rh., Fortschritt Nr. 23, 10. 6. 1911.

⁶⁸⁵ Vgl. BVBo Nr. 268, 2. 10. 1910, Nr. 273, 7. 10. 1910, Nr. 322, 25. 11. 1910.

⁶⁸⁶ 2. Delegiertentag am 25./26. März 1911 in Schwabach, 3. am 19./20. Oktober 1912 in Bamberg, 4. am 25./26. Oktober 1913 in Passau. Vgl. Fortschritt Nr. 9, 4. 3. 1911, Nr. 40, 5. 10. 1912, Nr. 42, 18. 10. 1913.

⁶⁸⁷ Vgl. Fortschritt Nr. 44, 1. 11. 1913; RNN Nr. 288, 27. 10. 1913.



Römische Fundmünze aus der Gemarkung Guttenberg, Landkreis Tirschenreuth;
Original: \varnothing 2,8 cm

Fotos: Pater Rektor Maldener, Tirschenreuth